M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328 D-7800 Freiburg
Telefon: 0761 / 7 40 03

Nr. 62 Juni 1977 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 74003.

Zusammengestellt von:
S. Bartels, R. Beckert, Y. Broyles, G. Cremer, H. Diefenbacher, E. Gohl, H. Hiltermann, K. Höweling, C. Jürgenmeyer, H. Maur, B. Merk, H. Pöttker, P. Poschen, P. Riedesser, J. Rösel, R. Salmela-Gohl, P. Schmid, B. Schulze-Mittendorf, A. Sommerfeld, B. Thill, H. Wenzler, W. Witzel.

Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580

Druck: SOAK, 3 Hannover 1, Am Taubenfelde 30, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 34,40 bzw. 42,40; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 41,60 bzw. 49,60; Australien, Südpazifik DM 48,80 bzw. 56,80.
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/FR 2,50/S 17,–

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Lateinamerika

MEXIKO

Entgegen der bisherigen mexikanischen Praxis der „strikten" Kontrolle der ausländischen Investitionen will der jetzige Präsident Lopez Portillo ihnen jetzt alle Türen öffnen. Früher mußten die ausländischen Investoren – jedenfalls auf dem Papier – eine Kapitalbeteiligung von mindestens 51 % den Mexikanern überlassen, wobei die Schlüsselindustrien schon immer von dieser Regelung ausgenommen waren. So ist die Autoindustrie –zum Beispiel Ford, Renault, Volkswagen – zu 100 % im ausländischen Besitz. Jetzt soll den ausländischen Kapitalisten die Möglichkeit geschaffen werden, ohne diese einheimische Beteiligung zu investieren. Dadurch hofft der unternehmerfreundliche Präsident die katastrophale Wirtschaftslage des Landes zu verbessern.
In der Tat ist die sprichwörtliche „wirtschaftliche Stabilität" Mexikos vorbei: mehrmalige Abwertungen des Peso letztes Jahr – insgesamt von über 50 % – eine Inflationsrate von über 20 %, verheerende Arbeitslosigkeit und Massenentlassungen, Preissteigerungen; dadurch ist die ohnehin arme Bevölkerung besonders hart betroffen (Sz 9.5.; NZZ 30.4.)
Dabei helfen auch nicht die Hoffnungen der mexikanischen Bourgeoisie auf die Erdölvorkommen, die Mexiko angeblich eine rosige Zukunft a la Kuweit versprechen.
Gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Stabilisierungspolitik Lopez Portillos werden die sozialen Unruhen immer größer.
Auch in Mexiko wird nach Terroristen gejagt, d.h. vor allem nach den Mitgliedern der linken „Bewegung 23. September". Es vergeht kaum ein Tag, daß nicht einige von diesen „Terroristen" von der Polizei erschossen werden. (SZ 16.4.; Le Monde 16.4.).
Diese Organisation ist eine Art Stadtguerilla lateinamerikanischen Musters und dürfte nicht einmal mehr so viele Mitglieder haben, wie bis jetzt schon durch die Polizei erschossen worden sind.
Größere Massenbewegungen waren die Demonstrationen und Streiks im Bundesstaat Oaxaca, einer der ärmsten Regionen des Landes. Die Demonstrationen, durchgeführt von Bauern, Arbeitern und Studenten richteten sich – wie schon vor Jahren – gegen die ungerechten Landbesitzverhältnisse (hier haben sich reiche Geschäftsleute und lokale Politiker das bewässerte Land, das eigentlich den Bauern gehört, angeeignet), gegen Wahlmanipulationen und neuerdings auch gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen die repressive Politik des Gouverneurs. Armee und Polizei wurden gegen die Demonstranten eingesetzt mit der Folge, daß insgesamt 34 Menschen erschossen und viele verletzt wurden. Mehrere Demonstranten sind von der Polizei verhaftet und danach spurlos verschwunden oder ihre Leichen irgendwo aufgefunden worden. Auch die paramilitärischen Gruppen, die offiziell geduldet werden, haben unzählige Bauern und Studenten ermordet.
Als Entgegenkommen für die Demonstranten wurde der Gouverneur vorläufig von seinem Amt suspendiert, aber damit sind die Probleme nicht gelöst. Der neue Gouverneur erklärte den Ausnahmezustand und verbot alle öffentlichen Veranstaltungen. Die Massenbewegung ist dabei, sich zu organisieren, vor allem eine von der offiziellen Politik unabhängige Gewerkschaft zu schaffen, die nicht nur die Interessen der Arbeiter vertreten, sondern auch für gerechte Landbesitzverhältnisse kämpfen soll.
(S.E.U.L., März/April 77)
Le Monde 26.4.)

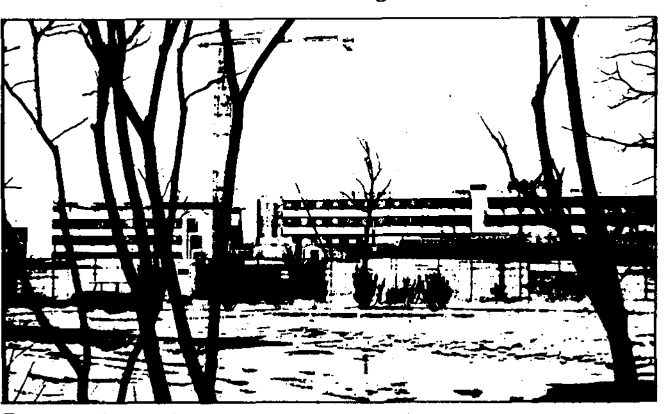
rsg

PERU

Forderungen des IWF
17.5.77 (IWF)
Peru hat im letzten Jahr ausländische Kredite in Höhe von 1,4 Mrd. Dollar aufgenommen. Die Auslandsverschuldung stieg damit auf über 4 Mrd. Dollar an. Peru müßte daher fast die Hälfte seiner Exporteinnahmen zur Verzinsung und Tilgung dieser Kredite aufwenden. Da dies zu Schwierigkeiten führen würde, will die peruanische Regierung neue Kredite (in Höhe von ca. 0,2 Mrd. Dollar) aufnehmen. Der Internationale Währungsfond (IWF), der hierfür einen Beistandskredit gewähren soll, fordert als Bedingung für einen solchen Kredit Korrekturen der peruanischen Wirtschaftspolitik; u.a.: Liberalisierung der Importe, Begrenzung des Haushaltsdefizits und Streichung der Subventionen für die staatlichen Unternehmen.
Schon im letzten Jahr waren die Kreditzusagen für Peru mit erheblichen Auflagen für die Wirtschaftspolitik des Landes verknüpft. Die Folge war Kaufkraftschwund, Rezession in der Industrie und eine verstärkte Repres-

Exportindustrie auf Pionierwegen

Sollte die Schweizer Industrie in Zukunft Mühe haben, bei den Maschinen, Uhren, Textilien und anderen Exportwaren international mitzuhalten, so kann sie getrost auf ein neues Schweizer Qualitätsprodukt umsteigen. Dieser Tage hat Saudiarabien 5 neue Knäste bei einem Genfer Architekturbüro bestellt. Den Leistungsnachweis erbrachten diese tüchtigen Geschäftsleute beim Bau des neuen Genfer Kantonsgefängnisses von Choulex. Eine Milliarde kostet der Spass (man bedenke die ständig steigenden Sicherheitsanforderungen!), und 5000 Oppositionelle könnten verfrachtet werden. Für die künftige Grossmacht Saudiarabien (7 Millionen Einwohner gegenüber 6 Millionen in der Schweiz) wird somit ein solider Grundstock jedes modernen Staatsapparates geschaffen werden. Anfänglich wurden unsere Schweizer durch die Neuartigkeit des Auftrages in gewisse Skrupel versetzt. Aber um ihren Beitrag zur Vollbeschäftigung in der Schweiz zu erbringen, konnten sie natürlich nicht kneifen.



Exportartikel: Gefängnisneubau Choulex, Genf.

Aus FOCUS Nr. 86/Zürich

sion (zur Durchsetzung dieser Maßnahmen) (siehe: „blätter ...", Nr. 56, S. 16 ff.) Es ist zu befürchten, daß die Erfüllung der IWF-Forderungen das Land noch rascher und tiefer in die Rezession (mit unkalkulierbaren politischen und sozialen Folgen)führt.

Peruanischer Orden für Pinochet
17.3.77 (Monitor-Dienst)
Der peruanische Ministerpräsident und Kriegsminister Arbulu besuchte im März Chile und verlieh dabei dem chilenischen Präsidenten Pinochet den höchsten peruanischen Militärorden.

wawi

Südliches Afrika

ZIMBABWE

Einseitiger Abbruch der Genfer Gespräche

Am 14. 12. 76 waren die kontrovers gebliebenen Verhandlungen in Genf 'vorläufig ausgesetzt' worden (vgl. „blätter" Nr. 58). Dabei blieb es; und die Hoffnung, durch Verhandlungen den Krieg abzukürzen, sind dank der Regierung Smith weiter drastisch gesunken.

Während einer dreiwöchigen Gesprächsreise durch das südliche Afrika versuchte der einstmalige Konferenzvorsitzende Sir Richard, ein ganzes Bündel neuer, mit den USA abgestimmter Vorschläge als Verhandlungsgrundlage anzubieten. (vgl. etwa NZZ 24. 12.) Als letzte Variante hatte Richard „als Übergangslösung die Einrichtung eines Staatsrats mit 20 schwarzen und zehn weißen Mitgliedern und eines Sicherheitsrats vorgeschlagen. Beide Gremien sollten einem amtierenden britischen Hohkommissar unterstellt werden". (FR 25. 1. 77) Auch diese Offerte des britischen Botschafters, der über kein Druckmittel verfügt, das Smith-Regime zum Einlenken zu zwingen, zensierte das Rassisten-Regime auf der Linie von 'nicht ernst zu nehmen' (vgl. NZZ 30. 12. 76) und „für die meisten Rhodesier (sic!) unannehmbar" (FR 25. 1. 77). Stattdessen insistierte die herrschende Regierung hartnäckig auf der Stereotype, 'nicht vom Kissinger-Plan abzuweichen', und pries „die Stärke der Vorschläge Kissingers als Paket" (FR 3. 1. 77); vgl. dazu „blätter" Nr. 58)

„Zutiefst enttäuscht" über die unnachgiebige rhodesische Haltung erklärte Sir Richard nach der entscheidenden Unterredung mit Smith am 24. 1. 77, „er sehe nun keinen Sinn mehr in einer Neuauflage der Genfer Konferenz. Er hob hervor, daß dieser Rückschlag nicht auf das Konto der vier Führer der schwarzen Befreiungsbewegung gehe. Sie alle seien bereit gewesen, seine Vorschläge zur Grundlage neuer Genfer Verhandlungen zu machen. 'Smith allein hat unsere Vorschläge als Basis weiterer Gespräche abgelehnt!" (FR 25. 1. 77) Kommentar und Konsequenz der Patriotischen Front: „Mit dem einseitigen Abbruch der Gespräche hat Großbritannien (das die Patriotische Front als einzig relevanten Verhandlungspartner ansieht) ... dem Volk von Zimbabwe nur die eine Option offengelassen, unseren bewaffneten Kampf zu verstärken als einziges Mittel zur Erreichung unseres Ziels - der Freiheit und Unabhängigkeit." (The Times 31. 1. 77)

Politische Manöver der Smith-Regierung

Offensichtlich hatte Smith diesen schroffen Kollisionskurs einkalkuliert, um sich mit dem „Scheitern" der Gespräche die Situation zu schaffen, in der ihm seine Rassisten-Partei „Rhodesien Front" die Ermächtigung für eine „interne Lösung" mit „gemäßigten" afrikanischen 'Führern' geben konnte (NZZ 29.1.77). Zweck: insbesondere an der Patriotischen Front und den Befreiungskämpfern als „extern" vorbeizumanövrieren. Sind bereits Großbritannien und die USA z.B., die an einer künftigen 'stabilen prowestlichen' Regierung interessiert sind, empört über derartige verschärfte Eskalation provozierende Beschränktheit (vgl. z.B. NZZ 29. 1.), so hat Smith selber in mehrerer Hinsicht Schwierigkeiten.

Heikel ist für ihn die Auseinandersetzung mit den eigenen repressiven Parteistatuten; heikel ist auch, daß sich so recht kein schwarzer Gesprächspartner finden will.

Formelle Veränderungen beim Landbesitzgesetz

Unter dem gegenwärtigen Druck entschloß sich Smith insbesondere eine (z.B. von seiten der Wirtschaft längst als erforderlich reklamierte) verbreiterte Elite für sich zu gewinnen. Mit der 'rechtlichen Gewähr' von Chancen zum Erwerb von Landbesitz sucht er um Gunst zu ködern. Speziell zielt dies wohl auf die Gunst jener schwarzen Arrivierten-Schicht, der finanziell jene Chancen prinzipiell zu realisieren gestattet ist. Besonders diese Zielgruppe gedenkt sich u.a. so die kleine weiße Herrenelite als 'zugehörig' zuzuschlagen.

Darauf sollten nun z.B. die diskriminierenden Gesetze über die Bodenverteilung abgestimmt werden. „Smith hatte unter anderem erklärt, künftig sollten Geschäftsviertel und Industriegebiete für alle Rassen freigegeben werden. Schwarzen solle es gestattet werden, auch in den bisher nur Weißen vorbehaltenen ländlichen Gebieten Grund und Boden zu erwerben. In Wohngebieten solle die Rassentrennung jedoch erhalten bleiben." (SZ 28. 2. 77)

Das 'Zusatzgesetz über Landgesetz' wurde mit exakt der für die hiermit nötige Änderung von Parteistatuten erforderlichen 2/3 Mehrheit verabschiedet (vgl. SZ 5./6. 3. 77) Diese 'Formsache': für den weitaus größten Teil der Afrikaner lediglich ein Stück beschriebenes Papier, führte zum Parteiausschluß von 12 Ultrarechten; die gegen derartig „radikale" (SZ 24. 2. 77) Änderung opponierten, darunter z.B. auch Sutton-Pryce (bis zur Abstimmung Vizeminister für Verteidigung und Verfassungsfragen; er zog nach der Gesetzesnovellierung aus der Regierung aus.)

Nach „Säuberung" der eigenen Reihen von diesen Rechtsaußen - die übrigens eine geographische Zwei- (bzw. Drei-) Teilung des Landes: hie weiß, hie schwarz, betreiben (Kürzel: „Provinzialisierung") vgl. z.B. MD 21.3.; 4. 5. 77; auch „blätter" Nr. 58 - ging es um den Kopf eines zukünftigen Vertreters der angepeilten schwarzen Zielgruppe.

Der Referendum-Plan

Der reizvollste Partner für eine interne Lösung scheint Muzorewa (der übrigens inzwischen in weiten Teilen der westlichen Presse vom Genfer politischen 'Rohr im Winde' zum einzigen Realisten avanciert ist). Er bietet sich an für die Idee einer Volksabstimmung darüber, „welcher schwarze Nationalistenführer die Mehrheit der Schwarzen hinter sich vereinigen kann" (MD 27. 3. 77; vgl. SZ 8. 3.). Hat er doch schon bei den Genfer Verhandlungen immer wieder auf einem raschen durchgeführten Wahlgang (zur Bestimmung des Ministerpräsidenten) bestanden (was ihm damals z.B. auch von Großbritannien als nicht durchführbar bescheinigt wurde; vgl. SZ 6. 12. 76). Nun trat er wieder „für ein international überwachtes Referendum" ein (SZ 8. 3. 77).

Gebilligt wurde dieser Vorschlag selbstverständlich von der „ZUPO", einer „ausreichend" finanziell gefütterten (NZZ 31.12. 76) Züchtung des Smith-Regimes: an der Spitze stehen zwei der kurze Zeit vorher in Kabinettsrang titulierten „chiefs" (vgl. „blätter" Nr. 54), die nun freigemacht wurden für diese politische Kreation. (Sie sind dem Stammessystem verpflichtet; ca. 250 Stammeshäuptlinge und 450 Dorfoberhäupter sind derart integriert; vgl. NZZ 31. 12. 76)

Es bestehen allerdings bislang wesentliche Differenzen zwischen Smith und Muzorewa über den Status dessen, der aus dem erwogenen Referendum hervorgeht. Für Muzorewa ist es der künftige Regierungschef. Für Smith lediglich der durch einen Urnengang prämierte Gesprächspartner und Vertreter der Schwarzen (vgl. etwa SZ 12./13. 3.; MD 27. 3.; SZ 29. 3.)

Sollte doch noch ein Arrangement mit Muzorewa zustande kommen, bietet der Bischof für Smith u.a. zwei Vorteile:
- er erhält den nach Presse- und Selbsteinschätzung populärsten
- und einen militärisch ungefährlichen Partner (dessen verbale Forderungen er gelassen anhören kann). (Zu allem hat Muzorewa sich noch mehr isoliert von der Patriotischen Front seit er „die USA, Smith und die britische Finanzgesellschaft 'Lonrho' eines Komplotts (bezichtigte) der zum Ziel habe, ... Nkome als Chef der Übergangsregierung einzusetzen." (SZ 30. 11. 76). Großbritannien verwahrte sich gegen diesen Vorwurf, Sambia brach die Beziehungen zum Muzorewa-ANC ab (vgl. SZ 21. 12.; NZZ 22. 12. 76).)

Verhandlungspolitik a la Smith-Regime

Die zweite Schiene einer „internen Lösung" bietet das Smith gegenüber ebenfalls militärisch machtlose Großbritannien. Am 18.4.77 erhielt Smith von einem Sonderkongreß der Rhodesien Front „ein definitives Mandat zu Verhandlungen mit dem britischen Außenminister David Owen über die neuen angloamerikanischen Vorschläge für eine Konferenz zur Regelung der Zukunft Rhodesiens" (MD 20. 4. 77).

Insbesondere wird die Smith-Regierung aufgefordert „sich zu bemühen, sich an die Grundsätze und die Politik der Partei zu halten" (MD 20. 4. 77).

Die inhaltliche Position in der Frage einer Mehrheitsherrschaft erläutern eine Rede an die Nation vom 15. 3. 77 und eine Erklärung vom 19. 3. 77 (vgl. MD 21. 3. und 31. 3.). Die wesentlichen Punkte:

- der „Treuhandfonds" stellt „mit seinem internationalen Rückhalt ...einen ... unerläßlichen Bestandteil der Regelung" dar (vgl. dazu „blätter" Nr. 58)
- „Es muß eine Verfassung ausgehandelt werden, die in wirksamer Weise die Rechte der Minderheitengruppen derart garantiert, daß sie nicht abgeschafft oder unwirksam gemacht werden können".
- Beibehalten werden sollen die gegenwärtigen Zustände
  - bei den Polizeikräften, in der Rechtsprechung, bei der Administration in Form von Beamtenwesen, in der Wirtschaft, wo „das private Unternehmertum und das Recht auf Privateigentum sichergestellt" sein müssen.

- Stellt man einige Äußerungen zum Termin einer Machtübergabe zusammen, ergibt sich:
  - „auch in zehn Jahren noch" könne die die derzeitige Macht der Weißen ausgeübt werden (FR 5. 2. 77)
  - es werde sicher „noch Jahre" dauern, bis eine Regelung erreicht sei (FR 14. 2. 77)
  - eine schwarze Mehrheitsregierung ab 1. 3. 78 (ein bei der Genfer Konferenz genannter Stichtag) sei ausgeschlossen (SZ 17. 3. 77)

- der Zeitraum von zwei Jahren könne erst nach Schaffung einer Übergangsregierung beginnen (so die Meldungen z. B. von FR u. NZZ 31. 3. 77)
- „Richtig ist die Position, daß die Regierung eine Mehrheitsherrschaft innerhalb von zwei Jahren akzeptiert hat, aber nur als Teil eines umfassenden Paket-Abkommens (!). Diese Periode würde erst dann beginnen, nachdem eine Interimsregierung gemäß dem englisch-amerikanischen Abkommen (!) eingesetzt worden ist." (MD 31. 3. 77)

Fazit: außerhalb des für alle weiteren möglichen Verhandlungspartner obsoleten Kissinger-Plans: nichts zur Terminfrage, d.h. keinerlei Gedanke an Machtübertragung, geschweige ein irgend konkreter Termin.

- Schließlich steht der Entschluß fest: „Der Kampf wird mit äußerster Energie weitergeführt werden, bis wir die Terroristen ausradiert haben" (MD 31. 3. 77)

Wirtschaftslage

„Mit massiven Steuererhöhungen will sich die weiße Minderheitsregierung Smith die nötigen Mittel für den Kampf gegen die schwarzafrikanischen Nationalisten verschaffen. Rhodesiens Finanzminister David Smith rief die Bevölkerung des Landes auf, kurzfristig Opfer zu bringen, um die durch die „Terroristen-Bekämpfung" geschwächten Staatsfinanzen zu sanieren. (Vgl. zum Verteidigungsbudget „blätter" Nr. 58) Diese Opfer seien „unvermeidlich". Die Maßnahmen sehen unter anderem eine zehnprozentige Anhebung der Lohnsteuer vom kommenden April an und Umsatzsteuererhöhungen zwischen 10 und 15 Prozent ab März vor. Außerdem werden Lohnerhöhungen bis Juni 1978 auf fünf Prozent begrenzt. Die Rentenzahlungen werden auf den gegenwärtigen Stand eingefroren". (SZ 26./27. 2. 77)

(Aufgrund derartiger Spar- und Sicherheitsmaßnahmen wurden Ende letzten Jahres über 800 streikende Arbeiter und Angestellte der öffentlichen Verkehrsbetriebe von Salisbury, die eine Erhöhung ihrer Weihnachtsgratifikation forderten, vorläufig inhaftiert. Vgl. z. B. NZZ 30. 12. 76)
1975 war das Bruttosozialprodukt um 1,1%, 1976 um 3,4% zurückgegangen. „Andererseits konnte das noch 1975 registrierte Zahlungsbilanzdefizit von 101,26 Millionen Dollar 1976 in ein Plus von 27,18 Millionen US-Dollar verwandelt werden. Der Überschuß der Handelsbilanz stieg innerhalb des letzten Jahres von 73,12 auf 270,51 Millionen Dollar. Die Einfuhren seien um 18 Prozent zurückgegangen, während sich die rhodesischen Exporte um zehn Prozent erhöht hätten. Einzelheiten wurden angesichts des von den Vereinten Nationen gegen Rhodesien verhängten Handelsembargos nicht bekanntgegeben." (FR 11. 5. 77)

now

Tropisches Afrika

AFAR UND ISSAS

(vgl. letztes Heft)

Mehrheit für die Unabhängigkeit

98 % der abgegebenen Stimmen sprachen sich bei der Volksabstimmung vom 8. Mai für die Unabhängigkeit des französischen Afar- und Issa-Territoriums aus, die am 27. Juni ausgerufen wird. 94 % der abgegebenen Stimmen entfielen auf die einzige, von Issa-Parteien aller politischen Richtungen dominierte, Kandidatenliste für die Nationalversammlung.

Obwohl die Afar-Bevölkerung teilweise die Wahlen boykottierte, drückt das Ergebnis der ersten nicht von den Franzosen gefälschten Abstimmung einen breiten Selbstbestimmungswillen der Bevölkerung aus (10. 5., Le Monde, 11.5., DW-Monitor-Dienst). Die Zusammensetzung der Nationalversammlung (33 Issas, 30 Afars, zwei Araber) spiegelt etwa die ethnischen Kräfteverhältnisse im Territorium wieder.
Die Zukunft des neuen Staates „Somaliküste" sieht wenig hoffnungsvoll aus. Die politischen Gruppen haben sich nicht nach ideologischen, sondern nach ethnischen Gesichtspunkten koaliert. Hinter den Afar-Interessen steht Äthiopien, hinter den Issa Somalia. Die Amerikaner, die dem „sozialistischen" äthiopischen Militärregime ihre Militärhilfe versagt haben, wurden als Schutzmacht Äthiopiens durch die UdSSR abgelöst und unterstützen jetzt die sudanesische Regierung. Die Ud SSR wiederum, die bislang Somalia zu einer der stärksten Militärmächte Afrikas aufgerüstet haben, verstärken jetzt Äthiopiens Armee und haben offensichtlich beide Länder verpflichtet, die Existenz des neuen Staates zu dulden. Die USA wollen die Somaliküste durch ihre arabischen Verbündeten unterstützen. Um beiden Nachbarländern die Lust an einem Präventivüberfall auf Djibuti zu nehmen, bleibt die französische Militärpräsenz erhalten. Die „Unabhängigkeit" des neuen Zwergstaates findet auf dem Papier statt. Selbst die schlimmsten Auswüchste des Kolonialismus sind kaum zu beseitigen. Der Stacheldrahtverhau und die spanischen Reiter, gewissen ostdeutschen Friedensbollwerken durchaus vergleichbar, die Djibuti zu einem Konzentrationslager machten, werden zwar verschwinden oder zumindest durchlässiger. Der von den Franzosen forcierte Drogenhandel ist jedoch wegen der großen Abhängigkeit der Bevölkerung kaum noch zu beenden.

KOMOREN

Reformen
Mai 1977, africa
Auf der im indischen Ozean gelegenen Inselgruppe der Komoren, die vor zwei Jahren abrupt mit der französischen Kolonialherrschaft brach, findet zur Zeit eine völlige Neuorganisation des gesellschaftlichen Lebens statt. Nach dem Abzug aller französischen Berater befand sich der Inselstaat in einer prekären Lage: von Anfang an bankrott, aus Mangel an qualifiziertem Personal unfähig, auch nur die wichtigsten technischen Dienste funktionsfähig zu halten, hatte man gegen ein Nahrungsmitteldefizit zu kämpfen und sich gegen die fortdauernde französische Besetzung der Komoreninsel Mayotte zu wehren.
Als neue Schutzmacht etablierte sich Tansania. Mit tansanischer Hilfe wurde eine Armee aufgebaut, die die Machtbasis des Präsidenten bildet und die wichtigste Dienste unterhält (Radio, Fernmeldewesen, Luftverkehr). Tansania lehnte es allerdings ab, die Verwaltungsspitzen zu besetzen, um nicht als neue Kolonialmacht zu erscheinen.
Die Kolonialverwaltung, die den gesamten Staatshaushalt verbrauchte, wurde aufgelöst, indem 4000 Beamte entlassen und alle vorhandenen Akten verbrannt wurden.



Die gesamte Staatsorganisation wird jetzt von Volkskomitees aus vor allem jungen Leuten wahrgenommen. Eine sozialistische Verfassung, die zur Zeit von der Nationalversammlung diskutiert wird, soll den Staat billiger und dezentralisiert organisieren.
In der Übergangszeit wurden bereits Schritte zur Befreiung der Frau unternommen – ein gefährliches Unterfangen in einem moslemischen Land – und mit einer Landreform begonnen. Die Verteilung des fruchtbaren Landes (zu 30 % im Besitz ausländischer Gesellschaften, im übrigen Feudalherren gehörend) könnte vor allem den entlassenen Beamten und Tausenden von Flüchtlingen aus Madagaskar ein Auskommen verschaffen.

as

UNTERDRÜCKUNG DER INDIOS

Eine Beschäftigung mit den frei unter ihren ursprünglichen gesellschaftlichen Bedingungen lebenden Indios in Lateinamerika, die von der gänzlichen Ausrottung durch die nationalen Gesellschaften bedroht sind und heute nur noch eine verschwindende Minderheit der Gesamtbevölkerung darstellen, halten wir dennoch aus drei Gründen für politisch wichtig:
Der erste Grund ist, daß die etablierte Völkerkunde, deren Objekte diese Indianergesellschaften sind, es in der Regel vermeidet, sich mit dem Problem der gewaltsamen Zerstörung fremder Ethnien kritisch auseinanderzusetzen. In der Universitätswissenschaft hat es sich z. B. eingebürgert, von „ausgestorbenen Stämmen" zu reden, wobei der Begriff „aussterben" offenläßt, ob es sich nicht vielleicht auch um eine Naturkatastrophe als Ursache handeln könne. Die wirklichen Gründe für die Vernichtung von Völkern werden damit verschleiert. Das hat seinen Grund: Die Völkerkunde war und ist ein Kind jener kapitalistischen Gesellschaft, deren Expansion das „Aussterben" bewirkt hat. Nach dem Motto: „Man muß den Feind kennen, um ihn schlagen zu können," hatten es die Eroberer mit dem Wissen über die aussereuropäischen Völker von jeher leichter, die Kolonien zu beherrschen. So qualifizierte sich die Völkerkunde zur stützenden Kraft des Kolonialismus. Von dieser Tradition hat sie sich bis heute noch kaum befreit.
Zweitens gibt es auch in der Bundesrepublik geschäftstüchtige Personen und Firmen, die ein Interesse an der fortgesetzten Indianerverfolgung und -Ausrottung haben und daran mitwirken. So hat sich z.B. die westdeutsche Firma DEMINEX am Ölboom in Peru beteiligt, der eine Entwurzelung der Indianerstämme in der betreffenden Region zur Folge hatte. Indianerland in Paraguay wird in der Bundesrepublik zu Spottpreisen zum Kauf angeboten. Über die Firma Höchst ist bekannt geworden, daß einer ihrer leitenden Angestellten in Paraguay einer Organisation vorstand, deren Aufgabe darin besteht, Morde an Indianern zu vertuschen. Solchen Personen und Firmen muß endlich das Handwerk gelegt werden.
Der dritte Grund ist, daß es zu den Aufgaben einer antiimperialistischen Zeitschrift gehört, das Bewußtsein von der prinzipiellen Veränderbarkeit gesellschaftlicher Tatbestände wachzuhalten. Schließlich wollen wir die Voraussetzungen für die Veränderung unserer eigenen Gesellschaft schaffen helfen. Ein Mittel, diese Aufgabe zu erfüllen, ist der Nachweis der Existenz von lebenstüchtigen Sozialstrukturen, die ganz anders sind als unsere von Entfremdung und Ausbeutung durchzogene eigene. In Lateinamerika ist die Existenz der indianischen Gesellschaften, gerade weil sie anders, menschenfreundlicher, naturgemäßer sind als der Kapitalismus der nationalen Gesellschaften, auf's schärfste bedroht. Nicht zuletzt daraus ergibt sich von selbst, daß sie unsere Solidarität und Hilfe verdienen.
Der erste der drei folgenden Artikel versucht eine allgemeine Einschätzung der verheerenden Lage der südamerikanischen Urbevölkerung unter Imperialismus und innerem Kolonialismus, wobei Indiostämme in Paraguay und Venezuela als Beispiele herangezogen werden. Die beiden anderen Artikel beschäftigen sich speziell mit der Verfolgung und kapitalistischen Inwertsetzung der Indios in Peru.

Red.

Direkter und indirekter Völkermord

DIE VERNICHTUNG DER INDIANISCHEN KULTUR DURCH DIREKTEN UND INDIREKTEN VÖLKERMORD

Kolonialismus – Bedingung für die Ausrottung der Indios

Während der Eroberung Lateinamerikas stießen zwei verschiedene Kulturen aufeinander, die europäische und die indianische, und damit auch zwei unterschiedliche Wirtschaftsweisen. In der Indianergesellschaft herrschte die Ökonomie des Gemeineigentums, das feudalistische Europa hingegen wurde durch Habgier nach privatem Eigentum geprägt, das Ursache für jede kolonialistische Expansion ist.
Die Ideologie des Kolonialismus ist der Rassismus. Nur die Unterstellung, der Indio sei minderwertig, kann die Vernichtung seiner Rasse rechtfertigen. Unterstützt wurde diese Ideologie durch die Kirche. Die Indianer wurden zu 'wilden Heiden' gestempelt, deren Seelen lediglich durch den Empfang der heiligen Sakramente gerettet werden konnten. Mit dieser Einstellung wurde im Laufe der kolonialen Entwicklung Lateinamerikas die Indianerkultur von den Konquistadoren immer mehr zerstört und den Indios die christliche Kultur Europas aufgezwungen.
Der Kampf der beiden Gesellschaftssysteme dauert auch heute noch an. Viele Indianer zogen sich immer weiter in die noch unentdeckten Gebiete des Kontinents zurück, weil sie der Unterwerfung durch die Kolonialherren entgehen wollten. Wo eine Flucht nicht möglich war, wurden sie getötet oder versklavt. Heutzutage gibt es Indianerstämme, die bisher jeden Kontakt mit der zivilisierten Welt vermeiden konnten, weil es in den tropischen Urwäldern Mittel- und Südamerikas noch „weiße Flecken" auf der Landkarte gibt.
Auch in den letzten Rückzugsgebieten werden die Indianer heute bedroht. Die Konquistadoren sind nicht mehr die Spanier und Portugiesen, sondern die jeweilige nationale herrschende Klasse. Sie versucht aus verschiedenen Motiven, weiteres Indianergebiet zu erobern. War es früher ausschließlich die landwirtschaftliche Nutzung und die Ausbeutung der indianischen Arbeitskraft, die die weißen Siedler (1) interessierte, so kommen heute die Bodenschätze (z.B. im Amazonasbecken und die Erdölvorkommen in Equador) und die Erschließung für den Tourismus hinzu.
Die herrschende Klasse verteidigt die auf dem Privateigentum basierende Gesellschaftsordnung, aus der sie profitiert. Ihr sind die autonom lebenden Stämme mit ihrer

mehr oder weniger erhaltenden ursprünglichen Gesellschaftsform ein Dorn im Auge. Diese Stämme machen deutlich, daß es sehr wohl möglich ist, in einer Gesellschaft zu leben, deren Wirtschaft auf dem Gemeineigentum beruht. Außerdem ist die Tatsache, daß es noch unerschlossene Gebiete gibt, für die Regierungen ein deutliches Zeichen der Schwäche und Rückständigkeit und stellt deshalb für sie einen Prestigeverlust dar. Diese Situation, zu der auch heute noch der Rassismus als rechtfertigende Ideologie gehört, ist der innere Kolonialismus.
Rassenvorurteile zeigen sich auf den verschiedenen Gebieten. Der Indio wird sozial und wirtschaftlich diskriminiert, er ist a priori dumm und faul, die noch freilebenden Indianer werden im schlimmsten Fall als wilde Tiere abqualifiziert. Die koloniale Haltung der herrschenden Gesellschaftsschicht gipfelt in ihren kolonialistischen Methoden, die Indianergesellschaft zu bekämpfen, im Kultur- und Völkermord.

Genozid und Ethnozid
In fast allen lateinamerikanischen Staaten, in denen Indianer in ihrer ursprünglichen Kultur mehr oder weniger eigenständig leben, werden sie verachtet und verfolgt. Worauf es den meisten Regierungen ankommt, ist die Zerstörung der indianischen Gesellschaftsform, das Ethnozid.
Der Indianer soll seine Lebensgewohnheiten, seine Sprache und Kultur aufgeben, eben aufhören Indianer zu sein, sonst wird er umgebracht. Das Genozid, die physische Vernichtung der Indios, ist dabei nur die einfachste Methode für die herrschende Schicht, sich des Störfaktors „Indianer" zu entledigen. Da die Ausrottung des indianischen Volkes zu weltweiten Protesten von seiten der verschiedenen Menschenrechtskommissionen führte, wird das direkte Genozid heutzutage nicht mehr offen von Regierungsseite betrieben, obwohl es auch heute noch zu Verfolgungsjagden kommt. Die Vernichtung der Indianer mittels des indirekten Genozid bedeutet die Veränderung der indianischen Lebensumstände derart, daß den Stämmen ein Überleben unmöglich gemacht wird. Es kommt in der einen oder anderen Form in allen Staaten Lateinamerikas vor, die die Indianerkultur auslöschen wollen.

Indirektes Genozid
Die wichtigste Voraussetzung für den Indio, seine Kultur aufrechtzuerhalten, ist der Besitz von Land. Ohne Land ist er zum kulturellen Tod verurteilt. In dem jeweiligen Staat werden aber die Stämme aufgrund allmählicher Aneignung durch nicht indianische Siedler oder Regierungsaktionen ihres Bodens beraubt.
Die Eroberung von Indianergebiet dient nicht allein dazu, sich des Grund und Bodens zu bemächtigen, sondern auch um die Arbeitskraft der dort ansässigen Indianer auszubeuten. Das grenzt in vielen Fällen an Sklaverei. Die Indianer sind weder in das Wirtschafts- noch in das Sozialsystem ihrer Eroberer eingegliedert und gelten daher in jeder Beziehung als Freiwild.
Bezeichnend für die Behandlung der Indios ist auch die Haltung der offiziellen Stellen. Die allgemeingültigen Gesetze einer Nation haben für den Indio nur dann Gültigkeit, wenn sie zu seinem Nachteil ausgelegt werden. Teilweise sind für die frei oder in Reservaten lebenden Indianer spezielle Gesetze geschaffen worden. Diese Gesetzgebung enthält den Indios alle Rechte vor, die der übrigen Bevölkerung zustehen. Andererseits unterwirft sie sie dem normalen Strafrecht. So kommt es beispielsweise vor, daß Indios wegen Viehraub jahrelang im Gefängnis sitzen (z.B. Kolumbien). Selten wird dem Indio ein Personalausweis oder sonstige persönliche Dokumente ausgestellt, trotzdem aber kann er zwangsweise zum Militärdienst einberufen werden. Das Recht auf Befreiung vom Militärdienst steht ihm nicht zu. (z.B. Venezuela). Nicht selten verelenden dadurch ganze Familien, weil ihnen die arbeitstüchtigen Männer fehlen.
Zusätzlich zur Entrechtung der Indio auf allen Gebieten wird ihm mit dem Prozeß seiner Anpassung von anderen Bevölkerungsteilen nur Verachtung zuteil. Er wird abgesondert, gedemütigt und gekränkt. Diese Behandlungsweise führt zur totalen Auflösung jeden Selbstbewußtseins und zum Unvermögen, sich je wieder mit seiner eigenen Kultur zu identifizieren.
Ebenfalls bedeutend für die indirekte Vernichtung der Indianer ist das Fehlen von ausreichender ärztlicher Betreuung, das zu einer hohen Sterblichkeits- und Krankheitsrate führt. Auch wenn die Indianer die Phase des absoluten Fehlens von Antikörpern (Abwehrstoffen) eingeschleppten Epidemien gegenüber teilweise überwunden haben, ist ihre Widerstandskraft schon durch ihre erbärmliche Existenzbedingung extrem geschwächt. Krankheiten, die leicht zu verhüten sind, wie zum Beispiel Lungenentzündung und Grippe, werden bei den Indianern kaum behandelt.



Eine weitere Zerstörung ihrer Kultur erfahren die Indianer auch infolge von Entführungen ihrer Kinder durch katholische und protestantische Missionare sowie private Familien. Da das Kind früh seiner Umwelt entrissen wird, verliert es jeden Kontakt mit seiner Gruppe und vergißt seine Muttersprache und andere Kulturtraditionen. Hinzu kommt oft auch ein Verbot aller kultureigener religiöser Zeremonien, des Gebrauchs der eigenen Sprache in den Schulen und das Tragen traditioneller Kleidung in der Öffentlichkeit. Die durch den indirekten Völkermord entwurzelten Stämme werden in das Elend, die Arbeitslosigkeit, Bettelei und Prostitution getrieben.

Die Situation der Indianer am Beispiel Paraguays
Die Indios leben in den verschiedenen Ländern unter ähnlichen Bedingungen. Zwar ist die Härte ihrer Verfolgung nicht in jedem Staat gleich, ihre Existenz ist jedoch in jedem Fall bedroht. Überall herrscht in der einen oder anderen Form der indirekte Völkermord, hinzu kommen aber auch in einigen Ländern wie Paraguay noch regelrechte Metzeleien.
Es liegt nahe Paraguay als Beispiel für die Situation der Indios zu wählen, da es gerade zu diesem Land viele Informationen über die Lebensbedingungen der Indianer gibt.

Historischer Überblick

Schon zu Beginn der Kolonisation im 16. Jhdt. , wurde von der spanischen Verwaltung die Vermischung der Rassen gefördert. Die Kolonialherren versprachen sich davon, das Land wirtschaftlich besser beherrschen zu können und mit der kriegerischen Tüchtigkeit des dort lebenden Guarani-Volkes schneller und leichter an die Goldschätze des Inkareiches heranzukommen.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1811 wurde sogar die Heirat zwischen Weißen bei Todesstrafe verboten, mit dem Ziel, ein einheitliches halbindianisches Volk zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik des unabhängigen und autarken Paraguay war stark von der indianischen kollektivistischen Produktionsweise beeinflußt. Es wurden große landwirtschaftliche Staatsbetriebe gegründet und eine Umverteilung des Vermögens zugunsten der ländlichen Bevölkerung angestrebt. In den Nachbarländern Paraguays, Brasilien, Argentinien und Uruguay herrschten hingegen Großgrundbesitz und Handelsoligarchie, gestützt durch das englische Kapital. Da das paraguayische Modell immer mehr Sympathie bei den Massen der ausgebeuteten Campesinos in diesen drei Ländern fand, begann der Dreibund (Argentinien, Brasilien, Uruguay) 1864 – 1870 mit britischer Unterstützung einen Ausrottungskrieg gegen Paraguay. In diesem Krieg kamen 70 % der Bevölkerung ums Leben, von 1 Mio. Menschen blieben ca. 300 000 übrig. Danach wurde das Land von den Siegern gewaltsam dem Welthandel geöffnet und der staatliche Grund und Boden an ausländische Bodenspekulanten verkauft. Durch besondere Gesetze wurde die Einwanderung von Europäern begünstigt.

Mit dem Ende des „Chaco-Krieges" (2) (1932 - 35) steht das Land fast ausnahmslos unter us-amerikanischem Einfluß. Um 1960 gelang es dem ebenfalls vom Ausland völlig abhängigen Brasilien, seinerseits Paraguay immer mehr in seinen ökonomischen Einflußbereich zu bringen.

Heute hat Paraguay 2,5 Mio. Einwohner, von denen 95 % Mestizen, 2 % Indianer und 3 % Weiße sind. Das Land ist fast völlig unter Großgrundbesitzer aufgeteilt. Etwas mehr als 2 % der Bevölkerung besitzen alle Produktionsmittel und 75 % des Grund und Bodens, während die Kleinbauern (99,4 % aller Landwirte) nur über 8,6 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen verfügen.

An die ersten 60 Jahre der Unabhängigkeit im letzten Jahrhundert erinnert heute nur noch die offizielle Landessprache, das indianische Tupi-Guarani, eine der großen Sprachfamilien Südamerikas.

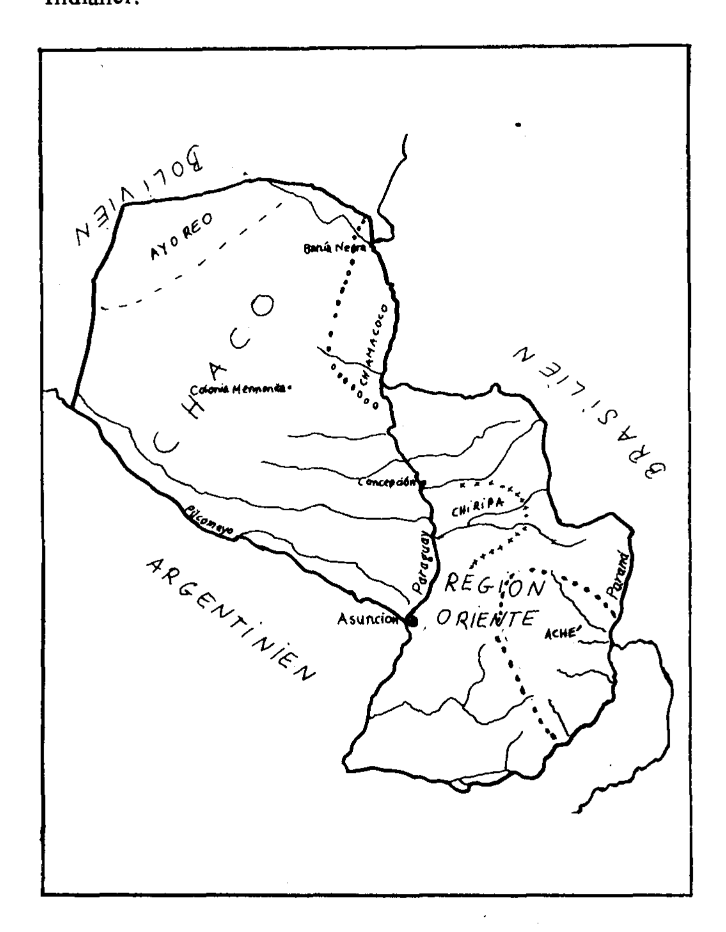
65 % der Bevölkerung können auch heute nur Guarani sprechen, die restlichen 35 % sprechen sowohl Guarani als auch spanisch. Einige tausend Menschen in Asuncion (Hauptstadt von Paraguay) sprechen ausschließlich spanisch. Obwohl Guarani eine Schriftsprache ist, bedienen sich die Zeitungen und der Rundfunk der spanischen Sprache. Ebenso werden die Gesetze und Ankündigungen in spanisch erlassen. Auch in den Schulen wird nur spanisch unterrichtet, was die indianische und halbindianische Bevölkerung, die teilweise bloß Guarani spricht von vornherein benachteiligt. Die Analphabetenquote liegt deshalb und wegen der minimalen Ausgaben für das Erziehungswesen (1,7 % des Bruttosozialprodukts) zwischen 20 und 50 % der Bevölkerung.

Die paraguayischen Indianer

Paraguay erstreckt sich zum größten Teil über das Gebiet des Gran Chaco. Der Gran Chaco wird im Süden von dem argentinischen Fluß Salado, im Westen von den Anden und im Osten von den Flüssen Parana und Paraguay begrenzt. Der Norden des Chaco-Gebietes zieht sich bis über die politischen Grenzen von Bolivien, Paraguay und Brasilien hinweg.

Es ist ein dürres Gebiet mit Strauchdickicht, Dornenbäumen und Kakteen. Nicht alle Flüsse, die vom Westen kommen, erreichen den Ostrand des Chaco, sondern verdunsten unterwegs unter Bildung ausgedehnter Salzsümpfe. Für Europäer und Nordamerikaner ist der Chaco deshalb ein uninteressantes Gebiet, auch gibt es entgegen früherer Vermutungen auf dem Gebiet des paraguayischen Chacos keine Erdölvorkommen, für Indianer allerdings ist er eines der letzten größeren Rückzugsgebiete.

Noch heute gibt es im Chaco 100 000 Indianer, von denen 4 000 jeden Kontakt mit Weißen entgehen konnten. Von den 100 000 leben 46 % in Argentinien, 33 % in Paraguay, 16 % in Bolivien und 5 % in Brasilien. Im paraguayischen Chaco machen die Indianer etwa 38 % der Gesamtbevölkerung aus, das ist außerhalb des Andenraumes der höchste Regionalanteil von Indios. Insgesamt leben in Paraguay noch 50 000 Indianer.



In Paraguay sind die Volksgruppen einiger kleiner und zweier größerer Sprachfamilien beheimatet: die zur Tupi-Sprachfamilie gehörenden Guarani und die typischen Chaco-Indianer der Guaicuru-Sprachfamilie. Die ursprünglich aus dem Osten stammenden und in den Chaco eingewanderten Guarani-Stämme bilden mit 30 000 Menschen die größte ethnische Gruppe.

Die Wirtschaftsweise der im Chaco lebenden Stämme ist durch die natürlichen Bodenverhältnisse bestimmt. Die Indianer ernähren sich in erster Linie vom Sammeln wilder Früchte und vom Jagen. Da im größten Teil des Chaco oft Wassermangel herrscht, sind die Bedingungen für den Feldbau ungünstig. Dennoch kennen alle Chaco-Indianer den Bodenbau in Form des Brandrodungs-Hackbau. Auf-Grund ihrer Wirtschaftsweise, des Jagen und Sammelns sowie des sporadischen Bodenbaus, sind die Stämme gezwungen, innerhalb ihres Territoriums umherzuziehen, so daß für sie eine größere Fläche Landes zum Leben notwendig ist.

Die ökonomische Ausbeutung der Indianer

Durch das Vordringen weißer Siedler ins Indianergebiet tritt heute die traditionelle indianische Wirtschaftsweise hinter der Lohnarbeit zurück. Alljährlich ziehen indianische Wanderarbeiter in die Zuckerrohrplantagen anstatt zur Jagd. Ebenso beschäftigt die Holzindustrie indianische Arbeiter und periodisch arbeiten Indianer auf den Viehzuchtfarmen der Weißen. Akkulturation (Anpassung) aufgrund von direktem ökonomischen Interesse kommt häufig vor. Betroffen sind davon z.B. die zur Zamuco-Sprachfamilie gehörenden Chamacoco im Norden Paraguays, westlich des Rio Paraguay an der bolivianischen Grenze. Zur Blütezeit der Holzwirtschaft und der Tanninindustrie (Tannin ist ein Gerbstoff der heute synthetisch hergestellt werden kann) in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrunderts wurden sie von den Unternehmen bei denen sie arbeiten mußten, mit Alkohol, den sie als einzigen Lohn für ihre Arbeit bekamen, vergiftet. Nach dem Absterben der Tanninindustrie konnten die indianischen Arbeiter ihre frühere, ökologisch sinnvolle Lebensweise nicht mehr wiederfinden, da ihre Kultur und ihre Traditionen mit der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zerstört wurden.
Heute gibt es schätzungsweise 1 100 Chamacoco-Indianer, die noch unbezwungen sind und um ihr Land kämpfen, das insbesondere in der Bundesrepublik zum Verkauf angeboten wird.

Wie den Chamacoco erging es auch anderen Stämmen in dem Gebiet. Ein weiteres Beispiel von Indianerausbeutung sind die Chiripa, eine Guarani-Gruppe mit 3100 Indianern auf paraguayischem Boden. Die Chiripa sind heute gänzlich „paraguayisiert". Sie leben in Ost-Paraguay in einem Gebiet, das wesentlich dichter besiedelt ist als der Chaco. Auf dem ausgedehnten Landbesitz der Firma „La Industrial Paraguay" bearbeiten die Indianer ihre Äcker als illegale, von den Unternehmen nur geduldete Ansiedler.
„Das System dieser Firma besteht darin, ein Stück Land einem Pächter zu übergeben, der seinerseits einen Unterpächter nimmt, dieser wieder einen Unterpächter und so fort. Das letzte Glied in der Kette bildet der Indianer, der das Land tatsächlich bearbeitet und von allen über ihm stehenden Gliedern gleichzeitig ausgebeutet wird. Nie erhält er seinen Lohn in bar, sondern immer nur in Waren. So haben alle Indianer Schulden, vor allem bei den Unterpächtern, die gleichzeitig auch die Warenlager verwalten und die Indianer zu Kreditkäufen ermuntern, bis sie sie buchstäblich wie Sklaven in der Hand haben." (Die Situation der Indios in Südamerika, Bd. II, Miguel Chase-Sardi, Die gegenwärtige Situation der Eingeborenen in Paraguay, S. 276).
Können die Indianer nicht als Arbeitskräfte gebraucht werden, ist ihre Existenz für die weißen Besiedler, die ins Indianergebiet eindringen, störend; sie werden versuchen, die Indios zu töten.
Noch Mitte dieses Jahrhunderts wurde jeder Soldat vom Militärdienst befreit, der einen Ayoreo-Indianer tötete.
Heute leben die Ayoreo, die ebenso wie die Chamacoco zur Zamuco-Sprachfamilie gehören und in Paraguay 3 000 Personen umfassen, einerseits in Reservaten, andererseits vollkommen zurückgezogen nahe der bolivianischen Grenze und haben gegenüber den weißen Eindringlingen eine Verteidigungshaltung angenommen.

Im Gegensatz zu den Widerstand leistenden Chamacoco, Ayoreo und den Choroti der Matako-Sprachfamilie stehen die Mak'a der gleichen Sprachzugehörigkeit. Sie werden von der nationalen Gesellschaft als Kuriosität geduldet, denn sie leben in Asuncion gegenüber dem zoologisch-botanischen Garten und bilden neben Pflanzen und Tieren eine weitere Sehenswürdigkeit. Wer ihre Siedlung besichtigen will muß Eintritt bezahlen und jedes Foto kostet Gebühren. Von diesem Geld bestreitet der Stamm seinen Lebensunterhalt.
Es ließen sich viele Stämme aufzählen, deren Behandlung durch die nicht-indianische Bevölkerung beispielhaft für die Situation der Indios ist.
Im folgenden sollen die sozio-ökonomischen Lebensbedingungen der Indianer an hand des Stammes der Aché exemplarisch aufgezeigt werden.
Aufgrund der Veröffentlichungen des Frankfurter Ethnologen Mark Münzel, dersich 1971 und 1972 in Paraguay in Aché-Reservaten aufhielt, wurden die unmenschliche Behandlung dieser Indianer hierzulande bekannt.

Die traditionelle Lebensweise der Aché-Indianer

Die Aché sind ein Tupi-Volk und sprechen eine der Formen des Guarani, der Landessprache Paraguays. Sie nennen sich selbst Aché das bedeutet Mensch. Im Gegensatz zu anderen seßhaften Guaranistämmen betrieben die Aché auch früher nur selten Bodenbau. Heute sind sie reine Jäger und Sammler. Die Jagd ist eine so grundlegende Gewohnheit im Leben der Aché, daß sie sich keine andere Art des Nahrungserwerbs vorstellen können. Es kommt vor, daß der gefangene Indianer im Reservat Ersatzjagden auf nährwertlose Vögel, Ratten oder sogar auf das tägliche Essen seiner Mitgefangenen veranstaltet.
In neuerer Zeit machen die freien Aché auch Jagd auf das Vieh der Siedler, die sich ohne Erlaubnis auf ihrem Land niederlassen und mit modernen Schußwaffen den Wildbestand vermindern. Neben der Jagd ernähren sie sich von Honig, den sie zu den verschiedenen Jahreszeiten sammeln, sowie von Waldfrüchten, einigen Kleintierarten und Insekten. Ein sehr wichtiges Nahrungsmittel für die Indianer, die Pindo-Palme, war bereits 1933 aus dem Gebiet des oberen Parana auf Grund des Raubbaus durch Holzfäller verschwunden.
Die Aché leben in Gruppen zusammen, die ca. 50-300 Mitglieder umfassen, sich aber in Untergruppen aufteilen können. Jede Gruppe besitzt ein fest umrissenes Territorium innerhalb dessen Grenzen sie umherzieht. Der völkerkundliche Fachausdruck für diese Gruppen ist „Horde", worin sich einmal mehr die europäische Überheblichkeit zeigt.
Die Gruppenmitglieder fühlen sich weniger zu einer Familie zugehörig, als vielmehr zu einer Altersklasse und zu einem der beiden Geschlechter. Die Rangfolge innerhalb der Aché-Gesellschaft wird durch das Alter bestimmt. Zur ranghöchsten Altersklasse zählen ältere (30-40 Jahre) Krieger und Jäger. Die „großen Töter" nehmen den höchsten Rang ein und übernehmen die Führung der Gruppe. Sie gelten bei den Weißen als „unzähmbar" und werden bei Aché Verfolgungen von ihnen getötet. Taktisch gehen die Weißen bei der Bezwingung der Aché so vor, daß sie einen Konflikt zwi-

PARAGUAY * Fruchtbares Wald-Weideland 1,2 Pfg/qm Stabile, investfreundliche Demokratie, mind. 100 ha mit Straßenanschluß *
PARAGUAYAN ESTATES COMPANY * Abteilung F * 86 Bamberg * Postfach 3267 * Telefon 0951-29145 * Telex 0662819

FAZ vom 13.2.76

schen den großen Tötern und den jugendlichen Aché (bis zu 15 Jahren) schüren, um eine innere Revolte gegen die Alten zu bewirken.
Zwischen Erwachsenen und Kindern gibt es keine Kluft. Die Kinder werden ernst genommen und nicht geschlagen. Frauen gegenüber haben die Aché großen Respekt. Die Anführer haben oft ältere Frauen, die sie bei wichtigen Entscheidungen um ihre Meinung fragen. Es kann sowohl ein Mann zwei Frauen, als auch eine Frau zwei Männer haben. Die Einstellung der Aché-Männer Frauen gegenüber steht damit im Widerspruch zur Einstellung der nationalen Gesellschaft, die durch den Männlichkeitskult (Machismo) geprägt ist.
Es herrscht jedoch bei diesen Indianern eine strenge Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Männliche Arbeiten sind zum Beispiel das Jagen und Braten des Wildes sowie das Errichten des Schutzdaches, weibliche Tätigkeiten sind beispielsweise Töpfern und Kochen. Am Sammeln der Nahrung beteiligen sich beide Geschlechter.
Die Namensgebung spielt für die eigene Identifikation eine große Rolle. Den Namen, den der Indianer mit einem Vorfahren gemeinsam hat, bestimmt die Stellung in seiner Alters- und Geschlechtsgruppe. Bis zu einem gewissen Grad übernimmt er mit ihm die soziale Position des Namensvorgängers. Muß der Aché im Verlauf seines Lebens den Namen wechseln, z.B. wenn er gefangen wird, bedeutet das für ihn die Zerstörung seiner Verwandtschaft zu den Vorfahren und den Verlust seiner Seele.
Da die Indianer in ihrem Territorium umherziehen, leben sie nicht in Hütten oder Zelten. Als Regenschutz dient ihnen lediglich ein zur Erde gebogener Ast o.ä, auf den die Männer Palmenblätter legen und so ein Schutzdach bauen.
Die materielle Kultur ist äußerst einfach und kennt noch keine Metallverarbeitung. Pfeil und Bogen dienen als Jagdwaffe. Die Pfeilspitzen sind mit Widerhaken versehen. Pfeilgift ist ihnen unbekannt. Erst durch den Einfluß anderer Indianerstämme haben die Aché eiserne Pfeilspitzen kennengelernt.
Viele Sitten der frei lebenden Aché kommen den Europäern völlig fremd und unverständlich vor. Eine der Sitten ist zum Beispiel das Nacktgehen. Die freilebenden Aché kennen keine Bekleidung. Zum Schlafen benutzen sie lediglich eine Matte aus einem Palmenblattgeflecht.
Eine weitere fremd anmutende Sitte ist der Tränenguß. Diese Begrüßungsart wird in der Aché-Sprache „besonderes Streicheln" genannt. Während der Begrüßungszeremonie wird der Begrüßte, gleich ob Freund oder Fremder, vom Grüßenden über Kopf und Körper gestreichelt, wobei der Grüßende weint und schluchzt. Diese Begrüßung dauert einige Minuten, danach ist der Fremde zu einem fiktiven Verwandten geworden.
Ebenfalls völlig unverständlich ist vom europäischen Standpunkt der Kannibalismus, der bei den Aché früher sehr selten – nur in äußerster Not – vorkam. Der Mensch wurde anstelle eines Wildes getötet und diente den Indianern ausschließlich als Nahrung, wenn sie wochenlang kein Tier erlegt hatten.
Die meisten dieser Sitten werden jedoch verständlich, wenn man sie unter dem Aspekt der notwendigen Anpassung an die unwirtliche Natur betrachtet. Der Kannibalismus ist z.B. eine Möglichkeit, in äußersten Notzeiten als Stamm zu überleben. Wie sehr die Indianer an die Natur angepaßt sind, äußert sich auch in ihrer oft beim Schlafen eingenommenen Sitzhaltung. Abgesehen davon, daß sie nahe beim Feuer schlafen, versuchen sie, möglichst wenig Körperwärme zu verlieren, indem sie den Oberkörper auf die ausgestreckten Beine legen, die Ellenbogen an die Seiten drücken und die Hände auf die Brust pressen. In dieser Haltung geben sie nur den Rücken der Kälte preis.
Die Indianergesellschaften kennen im Gegensatz zur nationalen Gesellschaft kein Privateigentum. Der Aché betrachtet nur die Geräte, die er selbst angefertigt hat, als sein Persönliches. Außerdem betreiben die Indianer keinen Raubbau mit ihrer Existenzgrundlage, der Natur.
Das Interesse dieser Stämme ist demnach diametral entgegengesetzt zu dem der herrschenden Gesellschaftsklasse. Dieses entgegengesetzte Interesse ist ein wichtiger Grund für die Verfolgung aller Indianerstämme, deren Lebensweise eine offenbar menschlichere Alternative zu der ausbeuterischen und entfremdeten Lebensweise der weißen Kolonisatoren und heute der nationalen Gesellschaften bietet, wenngleich die Produktivkräfte der Indianergesellschaften noch kaum entwickelt sind.
Die Verfolgung und Ausrottung der Indianergesellschaften wird mit ihren scheinbar unverständlichen und inhumanen Sitten – insbesondere dem Kannibalismus – gerechtfertigt. Er bot den weißen Besiedlern den scheinbaren Grund, die Indianer zu verfolgen und zu töten. (Der wahre Grund ist seit jeher ihre eigene Habsucht).
Die Aché sind kein aggressives Volk, im Gegenteil, sie verhalten sich sehr ängstlich. Daß es zu feindseeligen Angriffen gegen Weiße kommt, die ins Aché-Gebiet eindringen und die Natur zerstören, die die Lebensgrundlage der Aché ist, ist nur zu verständlich.

Vom Aussterben bedroht

Rio de Janeiro (dpa). Die Tubaroes-Indianer, die einst zu den stärksten Stämmen im westbrasilianischen Bundesterritorium Rondonia zählten, sind vom Aussterben bedroht.
Die Tubaroes leben in der Gegend von Pimenta Bueno rund 500 Kilometer von der Regionalhauptstadt Porto Velho entfernt und mußten allein in diesem Jahr bereits viermal ihre Lagerplätze räumen, weil wilde Siedler ihr Land beanspruchten. Der Stamm zählt nur noch 60 Eingeborene.

Badische Zeitung 3.12.76

Die Ausrottung der Aché

Die Verachtung dieses Indianervolkes durch die weißen Eindringlinge äußert sich bereits in ihrem Guarani-Namen Guajaki, was soviel bedeutet wie 'wilde Ratten'. Guajaki ist auch der in der Völkerkunde benutzte Begriff. So alt wie ihr Name, 'wilde Ratten', dürfte auch ihre Verfolgung durch Weiße sein.
Nach einem Augenzeugenbericht des deutschen Siedlers Friedrich Mayntzhusen vom Beginn dieses Jahrhunderts heißt es:
„Im Jahre 1903 schossen die Paraguayer mehrere Guayaki ab und legten sogar einen als Köder für den Jaguar zerstückelt, in eine Käfigfalle. Mayntzhusen sah, wie ein Siedler den Finger eines Guayaki aus seiner Jagdtasche zog und damit prahlte." (Herbert Baldus: Die Guayaki von Paraguay. In: Anthropos 66, S. 468).
Im Jahre 1900 hatte der deutsche Forscher Wilhelm von Weickmann, der sich mit Pseudonym 'Adoptivsohn der Wildnis' nannte, ein Aché-Lager angegriffen, nahm 4 Knaben gefangen und stahl den entsetzt fliehenden Indianern ihre Gebrauchsgegenstände. Diese Gegenstände kamen daraufhin ins Berliner Völkerkunde-Museum. Der ebenfalls

Erstens erklärte sich die Organisation für das Management des „Reservates" verantwortlich. Angesichts der oben beschriebenen Zustände im Lager kann von einer Hilfe keine Rede sein. Zweitens verhinderte die Kommission, daß der Fang von 80 Aché im Jahr 1972 an die Öffentlichkeit drang. Erst nach dem eine CAIG-Delegation das Lager besuchte und ihr Wort gab, daß dort alles in Ordnung sei, erschien einen Monat nach der Gefangennahme eine Notiz in der Zeitung mit besonderem Hinweis auf den Besuch. Drittens zeigte die CAIG keine Reaktion, als die Zeitung „La Tribune" 1972 darauf verwies, daß im Lager eine Epidemie ausgebrochen sei. Der Epidemie sind mindestens 50 Menschen zum Opfer gefallen.

Vor den Augen der Kinder

Polizei köpft Familienväter

Amnesty: Folter in Paraguay

London (ddp). Paraguayische Polizisten sollen in zwei Fällen Familienväter vor den Augen ihrer Frauen und Kinder geköpft haben. „Amnesty International" in London erklärte dazu, die meisten Opfer seien nach schwerer Folter durch die Polizei des Diktators Alfredo Stroessner gestorben.

Die Ehefrau und acht kleine Kinder, so heißt es in dem Bericht, mußten zusehen, wie der Bauer Constantino Coronel im April in seinem eigenen Haus von Polizisten enthauptet wurde. Die Frau sei verhaftet und gefoltert worden und befinde sich jetzt in einer Nervenheilanstalt. Ebenfalls im April sei in Santa Rosa im Osten des Landes der Bauernführer Silvano Flores im Beisein seiner Familie geköpft worden.

Amnesty zählte noch eine Reihe weiterer Ermordeter oder nach der Verhaftung verschwundener Personen auf. In 22jähriger Diktatur Stroessners habe sich die Unterdrückung ständig verschärft, erklärte die Organisation.

Badische Zeitung vom 6.12.76

Der Völkermord an den Aché-Indianern beruht also nicht nur auf der Willkür einzelner weißer Siedler, die sich auf Indianer-Gebiet niederlassen, sondern wird vom Staat unterstützt.

Paraguay wird von einer faschistischen Militärdiktatur beherrscht. Die Unterdrückung der Indios wird mit der Brutalität durchgeführt, mit der auch gegen Mitglieder der verschiedenen Gesellschaftsklassen, die nicht die Interessen der herrschenden Klasse vertreten, vorgegangen wird und die für die faschistischen Staaten Lateinamerikas, wie beispielsweise Chile und Brasilien, typisch ist. Genozid und Ethnozid sind aber keine Merkmale nur für faschistische Länder, sondern beruhen auf der kolonialen Haltung der nationalen Gesellschaften. Die Situation des inneren Kolonialismus soll im folgenden kurz noch einmal am Beispiel Venezuelas, einer präsidialen Demokratie, beschrieben werden.

Die Situation der Indianas in Venezuela

Wie überall in Lateinamerika nimmt der Indio auch in der venezolanischen Gesellschaft einen sehr niedrigen Status ein. Die Diskriminierung zeigt sich in den indianerreichen Staaten Apure und Amazonas schon allein darin, daß sich der Kreole „ racional" d.h. „Vernunftbegabter" nennt, um sich vom Indio zu unterscheiden.

Indirekter Völkermord kommt in nahezu allen Formen, wie sie am Anfang des Artikels dargestellt wurden, vor. Gruppenmord allerdings ist selten geworden.

Die freilebenden Stämme Venezuelas umfassen ca. 100.000 Personen, die sich in rund dreißig verschiedene ethnische Griuppen aufteilen. Sie gehören den drei großen Sprachfamilien des südamerikanischen Nordens an, den Kariben, Aruak und Chibcha.

Es sind in Venezuela in der Hauptsache die nicht indianischen Siedler und Viehzüchter, die ein unmittelbares ökonomisches Interesse an dem Indianer-Land haben und sich dessen bemächtigen. Noch Anfang der '70er Jahre herrschte ein schwerer Konflikt, auf der einen Seite zwischen Guajibo und Yaruro, beides unabhängige Gruppen mit jeweils 6000 und 3000 Mitgliedern und auf der anderen Seite den Viehzüchtern, die sich des gesamten Gebietes bemächtigt hatten.

Ähnlich den Aché sind diese Stämme auch Jäger und Sammler und müssen zur Nahrungsmittelsuche umherziehen. Sie stehen nun ebenso wie diese vor dem Problem der allmählichen Verminderung des Wildbestandes durch die Eindringlinge. Das führt dazu, daß die Stämme Hunger und Krankheit leiden müssen. In ihrer Not erlegen die Indianer hin und wieder ein Stück Vieh oder versorgen sich mit Bananen von den Plantagen der Siedler. Von den Siedlern werden die Indios daraufhin auch noch als Kriminelle diskriminiert. Somit ist ein neuer Vorwand geschaffen, die Indianer zu verfolgen.

Das letzte große Gemetzel, bei dem 14 Guajibos getötet wurden, fand 1967 im Staate Apure an der kolumbianisch Grenze statt. Die Indianer waren zuvor mit dem Versprechen, daß ihnen Arbeit und Nahrung gegeben würde, auf eine Großviehfarm gelockt worden. Bei solchen Aktionen zwar erhalten die Viehzüchter keinerlei Unterstützung der Behörden, werden aber für einen Mord an Indios in den seltensten Fällen belangt.

Um 1969 schlug die Regierung die politische Linie der „Entwicklung" und des „Nationalismus" ein. Aus ökonomischen Gründen wurde nun in den venezolanischen Süden vorgedrungen, zum einen wegen der Schaffung einer Schwerindustrie, zum anderen um den Tourismus zu fördern. Aufgrund der ökonomischen und politischen Vorteile, die eine Entwicklung des Südens (Apure, Amazonas, Bolivar) eventuell mit sich bringen würde, hat man auf die einheimischen Stämme keine Rücksicht genommen.

In das Gebiet der Maquiritare-Indianer, einen bereits ziemlich angepaßten Cariben-Stamm, mit ca. 3000 Personen im Süden des Staates Bolivar, drangen illegal Vertreter einer Firma ein, die in dieser Zone den Tourismus fördern wollten. Sie gaben vor, dem Land und gleichzeitig den Indianern zu nutzen. Später kamen Ströme von Bergleuten in die gleiche Region. Obwohl die Maquiritare beim Zentralbüro für Eingeborenenfragen und dem Justizministerium Beschwerde einlegten, wurde ihnen nicht zu ihrem Recht verholfen. Die herrschenden Kreise vertreten die Meinung, eine Handvoll Indianer dürfe die Entwicklung des Landes nicht aufhalten, außerdem sei die Einheit des nationalen Territoriums herzustellen.

Nach einem 1960 verabschiedeten Agrarreformgesetz haben die Indianer das Recht, auf ihren traditionsgemäß bewohn-

deutsche Ethnologe Karl von den Steinen, der Weickmann zu den Aché geschickt hatte, stellte in einer Beschreibung der Gegenstände 1901 fest: „In jeder Hinsicht, in athropologischer, ethnologischer und linguistischer, gehört die genauere Erforschung der Guayaki zu den dringensten und lohnendsten, allerdings auch zu den schwierigsten Aufgaben, die es heute noch in Südamerika zu lösen gibt." (Baldus a.a.O., S. 467).

Die Lösung der „schwierigsten Aufgabe" bestand über Jahrzehnte hindurch in der Ausrottung der Aché.

Für das Jahr 1910 schätzte Mayntzhusen die Mitglieder des Stammes auf 800 bis 1000. Im Jahr 1920 waren nach einer schweren Grippeepidemie nur noch 500 Menschen übrig. 1970 gab es nach Schätzungen des Leiters der 'Asociacion Indigenista del Paraguay' noch ungefähr 310 frei lebende Aché und 101 dieser Indianer in der 'Nationalen Kolonie Guayaki', einem Reservat.

Die Voraussetzung für den Völkermord an den Aché ist die Tatsache, daß in Paraguay das Töten eines Aché nicht nur kein Verbrechen ist, sondern eine Heldentat, ähnlich wie das Erlegen eines Jaguars.

Die Jagd und der Verkauf von Aché wurde zu einem ökonomischen Faktor in diesem Gebiet. Der Zoologe Luigi Miraglia schrieb 1961:

„In den Dörfern in der Nähe der Guajaki-Zone gibt es Sklavenhändler, die wahre Menschenjagden auf diese Eingeborenen veranstalten. Sie töten die Eltern und nehmen die Kinder mit, um sie zu verkaufen"

Der paraguayische Schriftsteller Oscar Ferreiro weiß in seinem Artikel der 1959 von UPI veröffentlicht wurde, zu berichten:

„... da jede schlechte Tat einen Vorwand braucht, die sie legitimiert, führen die Sklavenhändler an, sie bestrafen mit ihren Menschenjagden nur das 'schreckliche' Verbrechen, ein paar Maniokpflanzen gestohlen oder ein Maultier getötet zu haben. In aller Erinnerung ist noch der erfolgreiche Fang des Pichin Lopez, der vierzig an den Füßen gefesselte Guajaki nach San Juan Nepomuceno brachte, um sie hier öffentlich zu verkaufen." (Mark Münzel, The Aché Indians: Genocide in Paraguay).

Unter Führung des Ethnologen Leon Cadogan begann das Büro zum Schutz der Indianer' mit Unterstützung offizieller Stellen zwischen 1950 und 1960, eine hoffnungslose Kampagne gegen die Menschenjäger zu führen. Der paraguayischen Regierung lag damals daran, daß die Menschenjagden auf die Aché eingestellt würden, da zu dieser Zeit das Indianer-Gebiet ausländischen Investitoren geöffnet werden sollte. Sklavenhandel war dabei ein zu schlechtes Aushängeschild.

Durch diese Kampagne wurden zwar einige führende Sklavenhändler, wie zum Beispiel oben erwähnter Pichin Lopez, gezwungen, das Land zu verlassen, die Verfolgungen hörten damit allerdings nicht auf. Die Situation hatte sich also für die Indianer nicht geändert. Im Gegenteil. Die Jagd auf ihr Land, ihr Leben und ihre Arbeitskraft nahm im Laufe der Zeit zu. Der paraguayische Atnhropologe Miguel Chase Sardi (3) schrieb 1972 in 'abc color', einer bedeutenden Zeitung in Asuncion: „Sie werden gejagd; sie werden wie Tiere verfolgt. Ihre Eltern werden getötet und die Kinder verkauft ... und es gibt keine Familie, der nicht ein Kind ermordet wurde." (Mark Münzel, a.a.O., S. 14).

Aufgrund des großen Angebots von Aché-Sklaven betrug der Preis nur ungefähr 5 Dollar für ein fünfjähriges Mädchen. Die Vorliebe für Sklaven im Kindesalter liegt darin, daß sich die Kinder weitaus schneller der neuen Situation und Umgebung anpassen können und die Bindung zu ihren Traditionen noch nicht gefestigt ist.

In der Zeit von 1970-72 wurden verschiedentlich Überfälle auf Aché-Gruppen veranstaltet. Die Menschenjäger waren in den meisten Fällen von Vorarbeitern geleitete Arbeitertrupps der großen Haciendas im Gebiet von Alto Parana und Caaguazu. Die gefangenen Aché mußten entweder als Sklaven auf die Haciendas arbeiten oder wurden von den Sklavenhändlern verkauft.

Die Regierung setzte den Massakern keine gesetzlichen Schranken, sondern richtete „Reservate" ein, in die die Aché deportiert werden. Die Einrichtung der 'Nationalen Kolonie Guajaki' stieß bei der Bevölkerung auf Widerstand, da für sie die Indianer nicht mehr sind als wilde Tiere.

Die 'Nationale Kolonie Guajaki' wurde von einem ehemaligen Sklavenhändler geleitet, mit Namen Pereira. Nach dem bereits erwähnten Pichin Lopez war er der skrupelloseste Menschenjäger der Gegend gewesen. Er verwandelte seine Farm in eben dieses Reservat und unterstand in seiner Eigenschaft als Lagerleiter der Abteilung für Eingeborenenangelegenheiten des Verteidigungsministeriums. Für die offiziellen Stellen repräsentierte er die Lösung des Aché-Problems.

Chase-Sardi bezeichnet auf Grund der dort herrschenden Zustände das Reservat als Konzentrationslager. Daß dieser Ausdruck nicht übertrieben ist, belegen folgende Fakten aus der Zeit zwischen 1970 - 1972.



Photo: M. Münzel, Aché-Reservat, 8. Mai 1972

Da die Ache nicht freiwillig in das Reservat gingen, wurden sie in Menschenjagden eingefangen und dorthin gebracht. Pereira und seine Leute bedienten sich dabei auch sogenannter 'zahmer' Aché, die im Lager gefügig gemacht worden waren. Da sie die traditionelle Lebensweise kennen, können sie leichter als Weiße freilebende Indianer aufspüren. Waren die Aché einmal im Lager, war eine Flucht aussichtslos, da bewaffnete Wächter aufgestellt wurden. Abgesehen davon liegt das Reservat zu weit von ihrem ursprünglichen Lebensraum entfernt.

Für Pereira bestand der Vorteil dieses „Reservates" darin, auf eine neue Art Gewinn aus den Aché zu ziehen. Hatte er früher von dem herkömmlichen Sklavenhandel profitiert, beutete er nun die Arbeitskraft der Indianer aus. Er nahm ihnen ihre Gebrauchsgegenstände fort und verkaufte sie als Souveniers an Touristen. Außerdem schlug er Gewinn aus den Nahrungsmitteln, die für die Indianer von der Regierung bereitgestellt werden. Einen Teil der Lebensmittel zweigte er ab und verkaufte ihn auf eigene Rechnung. Infolgedessen litten viele der Aché an Hunger und damit verbundenen Krankheiten wie Tuberkulose und Diarrhoe. Eine medizinische Versorgung fand so gut wie gar nicht statt. Zwar war ein Arzt zur Betreuung vorgesehen, doch vernachlässigte er seine Pflicht total.

Auch der Sklavenhandel hörte nicht ganz auf. Obwohl offiziell mit den Aché nicht mehr gehandelt wurde, gab es Anzeichen dafür, daß sie dennoch unter der Hand verkauft wurden. So stellte Mark Münzel fest, daß es in der 'Nationalen Kolonie Guajaki' über die Hälfte weniger Frauen als Männer gab. Das läßt sich nicht darauf zurückführen, daß die Aché ein Volk sind, in dem ein so großer Männerüberschuß herrscht, sondern darauf, daß die weiblichen Aché im Kindesalter verkauft wurden. Da Frauen im allgemeinen weniger als Männer zu schwerer körperlicher Arbeit fähig sind, kann man annehmen, daß sie eher zu sexuellem Mißbrauch benutzt wurden. Es steht auf jeden Fall fest, daß Pereira die Aché-Mädchen in der Kolonie mißbrauchte. Er bot sie auch seinen Freunden an. Münzel bezeugt, daß ihm ein erwachsenes Mädchen angeboten wurde. Als er ablehnte, bot ihm Pereira ein 11 jähriges Mädchen an. Abgesehen von diesen Fakten erzählte eine Aché-Frau in einem Klagelied, daß ihre Tochter verschwunden sei und im Haushalt eines mächtigen Paraguayers arbeitete. Dieses Schicksal so klagte sie, erlitten viele Aché-Töchter. Aché-Indianer bestätigten auch, daß der Direktor der Abteilung für Eingeborenenangelegenheiten selbst einen Indianer deportierte in der Absicht ihn zu verkaufen. Der Direktor bat auch Münzel um ein Mädchen, das er einem General weitergeben wollte.

Bei der unmenschlichen Behandlung, der mangelhaften Ernährung, der Krankheiten und der physischen Gewalttätigkeit gegenüber den Indianern, starben viele Aché schon im ersten Monat ihrer Gefangenschaft. Jeglicher Widerstand der ohnehin verängstigten Aché konnte allein schon durch ihre körperliche Schwäche gebrochen werden.

Hinzu kam der erbämliche seelische Zustand der Indianer. Im Lager wurde ihnen jede Möglichkeit genommen, sich als Aché zu identifizieren. Das fing damit an, daß sie ihre Geräte nicht behalten durften und von der Lagerleitung christliche Namen aufgezwungen bekamen. Was der Name für die Aché bedeutet,wurde bereits oben geschildert. Weiterhin durften die Indianer keine traditionellen Feste mehr feiern und das Spielen ihrer Musik wurde verboten. Sie mußten ihre Haartracht ändern und statt ihrer eigenen Sprache wurden sie gezwungen, Guarani zu sprechen. Die für das Aché-Leben fundamentalen Jagden durften im Lager nicht mehr veranstaltet werden, zudem liegt das „Reservat" in einem Gebiet, das sich aufgrund des wenigen Wildbestandes zum Jagen nicht eignet. So könnten sie bei einer gelungenen Flucht in diesem Gebiet auch nicht überleben. Darüber hinaus wurde ihre Identität gebrochen, indem ihnen eingeredet wurde, es sei die größte Schande ein Aché zu sein. Aus diesem verachtenswerten Dasein führe nur der Weg, ein Jäger der noch frei lebenden Aché zu werden. Hiermit wurde eine Kluft zwischen den Indianern geschaffen.

Die neu eingetroffenen Aché-Familien wurden kaputt gemacht, indem die Frauen von den Männern getrennt wurden. Infolge des allgemeinen unnatürlichen Mangels an Frauen im Lager, konnten die Weißen Druck auf die Ache-Männer ausüben. Die priveligierten Aché-Männer bekamen eine Frau. Die zum Sexualobjekt degradierte Aché-Frau bestimmte somit den sozialen Status des Aché-Mannes. Außerdem waren diese Aché gut gekleidet, während die anderen entweder schäbig oder gar nicht bekleidet waren. So versuchte die Lagerleitung eine Gesellschaft im „Reservat" aufzubauen, der der nationalen Gesellschaft entspricht.



Photo: M. Münzel, Aché-Reservat, 3. Februar 1971
Ein „zahmer" Aché-Mann bekommt als Belohnung eine neu eingelieferte Ache-Frau. Sechs Monate später starben die Frau und ihr Kind.

Die Verbrechen an den Ache wären nicht in diesem Umfang möglich gewesen, wenn sie die zuständige Stelle, die Abteilung für Eingeborenenangelegenheiten des Verteidigungsministeriums, nicht wenigstens toleriert hätte.

Der für die Indianer zuständige Arzt war gleichzeitig Präsident der halboffiziellen „Vereinigung paraguayischer Indigenisten" und bewies mit seinen Veröffentlichungen, daß er sich völlig über das Gesundheits- und Ernährungsproblem in der Kolonie im Klaren war. Seine unterlassene Hilfe kann also nicht mit seiner Unkenntnis der Verhältnisse im Lager erklärt werden.

1970 wurde von in Paraguay ansässigen ausländischen Geschäftsleuten eine „Indianer-Hilfskommission" gegründet, die 1972 in „Guayaki-Indianer Hilfskommission" (CAIG) umbenannt wurde. Diese Organisation diente letztlich keinem anderen Zweck, als die Greueltaten an den Aché nicht an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. In wenigstens 18 Artikeln in der Zeitung „abc color" in den Jahren 1970-71 wurde von guten Taten dieser Commission zu Gunsten der „Guayaki" berichtet. Die Zeitung von Asuncion schenkte der CAIG deshalb so viel Aufmerksamkeit, weil sich deren Vorstand aus einflußreichen Persönlichkeiten zusammensetzte. Der Präsident der Kommission war Leiter von Hoechst del Paraguay, der Vizepräsident eine paraguayischer Fabrikant deutscher Staatsangehörigkeit und der Schatzmeister ein Vertreter der Bank of America in Asuncion. Diese Herren, die angeblich um das Wohl der Indianer besorgt waren, zogen aus dem Leid der Aché den Vorteil, im Zusammenhang von sozialem Engagement in der Zeitung erwähnt und dadurch populär zu werden. Die Verlogenheit der CAiG kann an folgenden Punkten deutlich gemacht werden:

ten Territorien auch weiterhin zu leben. Wenn ökonomische Interessen vorherrschen, wie im Beispiel oben, gerät das Gesetz jedoch in Vergessenheit.
Die nationale Eingeborenenpolitik ist immer noch weitgehend von der Ideologie der katholischen Kirche bestimmt. Mit einem Missionsgesetz aus dem Jahre 1915 übertrug der venezolanische Staat den Missionen die Aufgabe, die Indianer einem „zivilisierten Leben" zuzuführen. Erst 1948 gründete die Regierung die Nationale Eingeborenenkommission (Comision Indigenista Nacional), die dem Innenministerium unterstellt wurde.
1952 folgte die Einrichtung des Zentralbüros für Eingeborenenfragen (OCAI). Die Organisation arbeitete weitgehend mit der katholischen Kirche zusammen und überließ den Missionen einen großen Teil der erzieherischen Arbeit an den Indianern. Nach dem Missionsgesetz, teilen sich zwei religiöse Orden nahezu alle Indianer-Territorien, die Kapuziner und Salesianer. Die Missionseinrichtungen gleichen riesigen Latifundien. Auf ausgedehnten Landflächen wird Ackerbau, Viehzucht und Waldschlag betrieben.
„Die Kirchen und die Wohnsitze der Missionare und Ordensschwestern sind luxuriöse Gebäude, die kolonialen Schlössern gleichen. In den Internaten werden die Eingeborenenkinder bis zum dritten Schuljahr unterrichtet, was nach Auffassung einiger Missionare die Grenze ihrer geistigen Aufnahmefähigkeit ist. Körperliche Strafen sind an der Tagesordnung; das Essen ist sehr schlecht. Die Internate sind zweifellos der Hauptaktionspunkt der Missionen. Die Kinder werden früh von ihren Eltern getrennt und leben von nun an in der Schule. Früher wurde offen Jagd auf diese Kinder gemacht, heute geht die Loslösung von ihren Familien versteckter durch Versprechungen, Täuschungen und Erpressungen vor sich. Die in den Missionszentren erzogenen Kinder werden später zum Prototyp des entwurzelten Indianers, der weder zur Eingeborenengemeinschaft noch zur nationalen Gesellschaft gehört."
(Die Situation der Indios in Südamerika Bd. I, S. 56. Esteban Emilio Mosonyi, Die Situation der Eingeborenen in Venezuela: Perspektiven und Lösungen).
Das Ziel der Indianerpolitik ist weiterhin, den Indianer zu assimilieren, das bedeutet, mit dem vorgegebenen Ziel, ihn in die venezolanische Gesellschaft einzugliedern.
Tatsächlich werden die Indianer nur in Ausnahmefällen in die nationale Gesellschaft integriert. Denn die rassistische Ideologie, auf die sich der innere Kolonialismus stützt, macht den Indianer zu einem minderwertigen Wesen, das den Anforderungen der westlichen Gesellschaft nicht gerecht werden kann. Da die herrschende Klasse aufgrund ihrer Profitinteressen die Indianer auch nicht in ihrer traditionellen Lebensweise beläßt, muß der innere Kolonialismus auf die physische Vernichtung der indianischen Rasse hinauslaufen.
Die einzige Möglichkeit für ein Überleben der Indianerkulturen ist die sogenannte „interkulturelle Haltung". Sie hält es für undenkbar, daß sich die Indianer dem allgemeinen historischen Prozeß der übrigen Menschheit entziehen.
Die damit gemeinte Entwicklung darf den Indianern jedoch nicht aufgezwungen, sondern sie muß von ihnen selbst vollzogen werden.
Jede Kultur besitzt ihren Wert und die ihre Wichtigkeit, die ihr als Modell menschlichen Zusammenlebens zusteht. Dies gilt es zu erkennen, damit den Indianern das Selbstbewußtsein und die eigene Identität, die sie brauchen, um neben dem anderen System zu bestehen, erhalten bleibt. Schritte in diese Richtung sind in Venezuela von Anthropologen und Studenten unternommen worden. Sie hatten sich zur Aufgabe gestellt, die Viehzüchter anzuzeigen und zu bekämpfen. Sie organisierten Vorträge und Seminare, begannen eine Studie über die Indianerbevölkerung des Staates Apure, leiteten für Indianer praktische Hilfs- und Befreiungsaktionen ein und begannen eine Siedlungsgemeinschaft von ca. 300 Guajibos zu organisieren. Dabei verwalten sich die Indianer selbst und ein direktes Eingreifen nicht zur Gruppe gehörender Personen beschränkt sich auf ein Minimum. Außerdem konnte sich in Venezuela eine Indianerorganisation bilden. So bildeten z.B. die Guajiro (nicht zu verwechseln mit Guajibo), die mit 50 000 Personen größte und ethnisch bewußteste Gruppe, ein „Komitee zur Verteidigung des Guajiro". In diesem Komitee kämpfen sie für die Rückeroberung ihrer Rechte und veröffentlichten verschiedene Publikationen. Obwohl die Guajiro damit einen Vorsprung haben, verfügen auch andere Stämme über lokale Führer, die den jeweiligen Gruppen politisches Gewicht verleihen. Auf dieser Grundlage fand 1969 in Caracas der „Erste Indianerkongreß von Venezuela" statt. Der Kongreß diente u.a. dazu, die Rolle der Indianerbevölkerung im nationalen Leben neu zu überdenken. Man war sich bewußt, daß die kulturelle Identität erhalten bleiben muß, ohne daß die Indios sich von der venezuelanischen Gesellschaft abkapseln.
Ob eine solche Entwicklung stattfinden wird, ist allerdings angesichts der Übermacht der nationalen Gesellschaft und ihres zwangsläufigen Dranges zur Kolonisation und Fremdbeherrschung sehr fraglich.

bsm

Anmerkungen:

1) Wenn hier von „weissen Siedlern" die Rede ist, können auch Mestizen damit gemeint sein. „Weisse" sind in jedem Fall diejenigen, die der nationalen Gesellschaft angehören.
2) Der Chaco-Krieg kam zustande, weil die US-Ölgesellschaft Standard Oil, die die Ölvorkommen Boliviens ausbeutete und großen Einfluß im Land hatte, eine Pipeline durch den Chaco bauen wollte. Dies ging gegen die Interessen der Konkurrenzgesellschaft Shell, die sich in Paraguay festgesetzt hatte. Bolivien und Paraguay wurden von den beiden Ölkonzernen gegeneinander aufgehetzt, und aus dem daraus resultierenden Chaco-Krieg ging Paraguay als Sieger über Bolivien hervor.
3) Miguel Chase-Sardi ist einer der Initiatoren des Projektes Marandu. Dieses Projekt hat zum Ziel, die Indianer über die legalen Wege zur Verteidigung ihrer materiellen und kulturellen Existenz zu informieren. Die Bildung indianischer Selbsthilfeorganisationen zu fördern und den Rassismus in der Bevölkerung Paraguays zu bekämpfen. Wegen dieser Aktivitäten wurde Chase-Sardi mit seinen Mitarbeitern im Dezember 1975 von der Regierung Paraguays ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Er befindet sich heute wieder in Freiheit.

Literaturliste

HERBERT BALDUS, Die Guayaki von Paraguay (nach Angaben von F. C. Mayntzhusen und eigenen Beobachtungen. In: Anthropos LXVI, 3/4: 465-529
Die Situation der Indios in Südamerika.
Grundlagen der interethnischen Konflikte der nicht andinen Indianer Bd. I und II, Herausgegeben von Walter Dostal, Peter Hammer Verlag 1975 und 1976
EDUARDO GALEANO, Die offenen Adern Lateinamerikas. Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart. Peter Hammer Verlag 1973
MAURCIE GODELIER, Ökonomische Anthropologie. Untersuchungen zum Begriff der sozialen Struktur primitiver Gesellschaften. Der Begriff der „ökonomischen Gesellschaftsformation": Das Beispiel der Inka, S. 92 - 101; Rohwolt Verlag 1973
WOLFGANG LINDIG und MARK MÜNZEL, Die Indianer. Kulturen und Geschichte der Indianer Nord-, Mittel- und Südamerikas. Wilhelm Fink Verlag 1976
MARK MÜNZEL, The Ache Indians. Genocide in Paraguay IWGIA Document, Copenhagen 1973
Lateinamerika anders, Argentinien, Paraguay, Guatemala, Mexiko IGLA - Broschüre Nr. 1, Herausgeber Dr. Leo M. Gabriel, Wien
Von denen keiner spricht.
Unterdrückte Minderheiten – von der Friedenspolitik vergessen. Herausgegeben von Tilman Zülch, Rohwolt Taschenbuch Verlag 1975
Am Beispiel der ACHE-INDIANER:
„entwicklungsprobleme" in Paraguay. Pogrom-Broschüre. Herausgegeben von der GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER 1973
Paraguay, eine Nation – zwei Kulturen.
Militärdiktatur gegen Befreiung. Pogrom-Broschüre 1976.

Die Eroberung des peruanischen Amazonasgebietes

Ernst Jarrasch

Peru wird in drei Großlandschaften eingeteilt: 1) die Costa, das Wüstengebiet an der pazifischen Küste, das nur in den Tälern der von den Anden kommenden Flüsse besiedelt ist. Hier liegen die großen Städte, darunter die Hauptstadt Lima. 2) Die Sierra, ein meist zwischen 3500 und 4500 m hoch gelegenes Gebirgsland, das von über 6000 m aufsteigenden Bergketten eingerahmt und unterbrochen ist. Dies ist das Kernland des alten Inkareiches; es wurde wegen seines Gold- und Silberreichtums schon 1532-35 von den Spaniern erobert, die seine Bodenschätze über Lima und den Hafen Callao nach Europa verschifften. 3) Die Selva, das tropische Waldland im Osten, das in etwa 2500 m Höhe in der östlichen Andenkette beginnt und im Amazonastiefland bis zur Grenze gegen Bolivien und Brasilien im Osten und gegen Kolumbien und Ecuador im Norden reicht.

Etwa 60 % der Fläche Perus werden von der Selva eingenommen. In diesem Raum von der dreifachen Größe der Bundesrepublik Deutschland leben nur 8 % der peruanischen Bevölkerung; das entspricht der Einwohnerzahl Münchens. Die wenigen Menschen konzentrieren sich an den Osthängen der Kordillere sowie in den beiden Städten Iquitos am Amazonas und Pucallpa am Ucayali, während große Gebiete des Amazonatieflandes fast unbewohnt sind. Die ursprüngliche Bevölkerung, Indianer des tropischen Waldlandes, stellen heute nur noch 20 % der Bevölkerung der peruanischen Selva. Sie verteilen sich auf etwa 50 verschiedene Völker (siehe Tabelle). Die größeren Gruppen sind auf der nebenstehenden Karte eingetragen. Trotz großer sprachlicher Zersplitterung und kultureller Vielfältigkeit gibt es viele Gemeinsamkeiten unter den peruanischen Selva-Indianern: Sie alle sind ursprünglich Ackerbauern, die auf kleinen brandgerodeten Feldern Maniok (eine tropische Knollenfrucht), Mais und Bohnen anpflanzen, fast ebenso wichtig sind Fischfang und Jagd. Die Familienverbände, die in kleinen, auf Stelzen stehenden Giebeldachhäusern leben, sind in Dorfgemeinschaften zusammengefaßt, diese bilden lockere Stammesgruppen ohne feste hierarchische Strukturen. Als Verkehrswege dienen die Flüsse, die mit hervorragenden Kanus aus ausgehöhlten Baumstämmen befahren werden.

Das Imperium der Inkas hatte die kriegerischen peruanischen Selva-Indianer nicht unterwerfen können, und auch der kulturelle Einfluß der andinen Hochkulturen blieb auf einen schmalen, kaum 100 km breiten Streifen am Ostfuß der Anden beschränkt. Daran änderte auch nichts, daß größere Gruppen von Hochlandindios ins östliche Tiefland ausgewandert waren, die dort die Lebensweise der „Chunchos" (wie die Selva-Indianer von der Andenbevölkerung genannt werden) annahmen. Auf solche Wanderungen gehen die Quechua-sprechenden Völker am unteren Huallaga und am Napo zurück.

Nach der Eroberung des Inkareiches drangen die spanischen Konquistadoren auf der Suche nach dem sagenhaften El Dorado auf den großen Flüssen in das Waldgebiet vor, fanden aber keine Spur der begehrten Edelmetalle und verloren bald das Interesse an den menschenabweisenden Wäldern. Den Konquistadoren folgten die Missionare, im 16. und 17. Jahrhundert hauptsächlich Jesuiten. Ihr Versuch, im Gebiet des Maranon und seiner Zuflüsse einen von der spanischen Krone weitgehend unabhängigen Missionsstaat ähnlich wie in Paraguay zu errichten, führte nur bei wenigen Indianergruppen zu einer anhaltenden Christianisierung, die verbunden war mit der Eingliederung in einen an den Bedürfnissen der weißen Kolonialgesellschaft orientierten Produktionsprozeß. Als die Jesuiten aus Südamerika vertrieben wurden, bildeten ihre Missionsstationen die Zentren für die koloniale Durchdringung des Urwaldes. Die meisten Eingeborenengruppen entzogen sich der Christianisierung und dem Druck der spanischen Besetzung der Flußtäler durch Rückzug in die höher gelegenen Gebiete zwischen den Flüssen. Sie verließen damit die fruchtbaren Schwemmländer, die durch periodische Überflutung immer wieder mit Nährstoffen versorgt werden; sie verloren damit auch die besten Reviere für den Fischfang und die Jagd auf die großen Säugetiere (Tapire, Hirsche, Nabelschweine). Die Verdrängung in die ungünstigen Rückzugsgebiete führte zu einer materiellen und kulturellen Verarmung der betroffenen Indianervölker. Es ist heute erwiesen, daß vor der Ankunft der Spanier die Flußtäler dicht von Eingeborenengesellschaften besiedelt waren, die eine hochentwickelte, künstlerische Keramik, Web- und Flechtarbeiten und ein reiches religiöses Ritual besaßen.

Die Erben der Jesuiten, die Franziskaner, vertraten offener und direkter die Interessen der spanischen Krone. Sie dehnten die Kolonisationsgrenze nach Süden in das Tal des Ucayali aus; der Versuch, auch die zwischen den Anden und dem Flußtal lebenden Indianer zu unterwerfen, scheitert am erbitterten Widerstand der Eingeborenen, insbesondere der Campa. Das Interesse der Spanier richtet sich vor allem auf die Salzberge im Urwald östlich von Tarma. Dort bauen die Eingeborenen seit Jahrhunderten die Steinsalzlager ab und betreiben damit einen weiten Handel. Die Franziskaner schlagen dem Vizekönig in Lima vor, die Salzberge militärisch zu besetzen, dort eine Niederlassung zu gründen, die das Salz nur gegen eine schriftliche Erlaubnis der Missionsväter abgeben soll. Jedoch werden Expeditionen in dieses Gebiet von den Indianern aufgerieben.

Im 18. Jahrhundert kommt es zur großen Rebellion der Indios der zentralperuanischen Selva gegen die spanische Unterdrückung. Herausragende Gestalt ist der Quechua-Indianer Juan Santos Atahualpa, der von Jesuiten in Cuzco erzogen worden ist, in den Urwald geht und dort, unerreichbar für die Spanier, den Aufstand vorbereitet. Er erklärt sich zum Messias und verkündet in der Sprache der Campas eine Religion mit Elementen des Katholizismus, des Sonnenkults der Inkas und der Stammesreligionen der Selva-Indios Tänze, Masato (ein starkes Maniokbier) und Coca (alles war bei den Franziskanern Teufelswerk) sind die Medien, um mit der Gottheit Kesha in Verbindung zu treten. Der Ruf des Juan Santos – der sich zum Inka erklärt und die Weißen auffordert, sein Königreich, das ihm von Pizarro gestohlen worden sei, zu verlassen – dringt weit über den Siedlungsraum der Campas hinaus und vereinigt alle Völker der zentralen Selva. Indios aus der Sierra schließen sich an. Der Aufstand dauert etwa dreißig Jahre, er kennt keine festen Fronten, scheint zu versickern und flammt immer wieder auf. Schließlich wird er in der Sierra niedergeschlagen (wo aber wenige Jahre später der Inka Tupac Amaru den Kampf bis in die Zentren spanischer Macht trägt), aber in der zentralen Selva verlieren die Spanier alle Stützpunkte und Missionsstationen, und hundert Jahre lang wagt sich kein Weißer mehr in das Gebiet zwischen den Anden und dem Rio Ucayali.

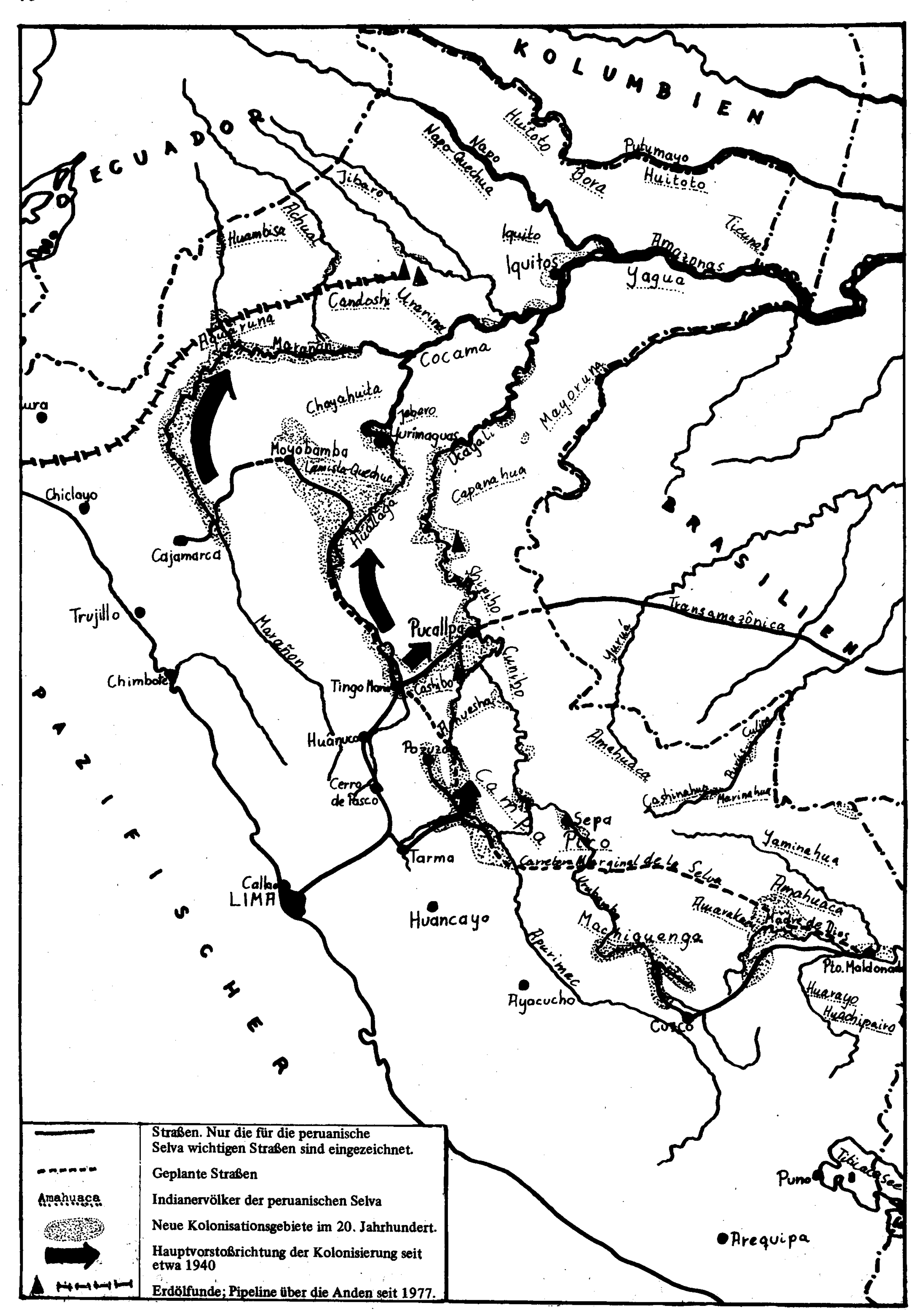

KOLUMBIEN
ECUADOR
BRASILIEN
PAZIFISCHER
Huitoto
Napo
Napo-Quechua
Putumayo
Bora
Huitoto
Jibaro
Achual
Huambisa
Iquito
Iquitos
Ticuna
Amazonas
Yagua
Candoshi
Urarina
Aguaruna
Marañon
Cocama
Chayahuita
Jebero
Yurimaguas
Moyobamba
Lamista-Quechua
Ucayali
Mayoruna
Capanahua
Chiclayo
Cajamarca
Huallaga
Trujillo
Shipibo
Pucallpa
Transamazônica
Marañon
Chimbote
Tingo Maria
Cashibo
Cunibo
Amuesha
Huanuco
Pozuzo
Amahuaca
Cashinahua
Cerro de Pasco
Campa
Sepa
Tarma
Carretera Marginal de la Selva
Yaminahua
Amahuaca
Callao
LIMA
Huancayo
Machiguenga
Apurimac
Pto. Maldonado
Madre de Dios
Huarayo
Huachipairo
Ayacucho
Cuzco
Puno
Titicacasee
Arequipa
Straßen. Nur die für die peruanische Selva wichtigen Straßen sind eingezeichnet.
Geplante Straßen
Amahuaca
Indianervölker der peruanischen Selva
Neue Kolonisationsgebiete im 20. Jahrhundert.
Hauptvorstoßrichtung der Kolonisierung seit etwa 1940
Erdölfunde; Pipeline über die Anden seit 1977.

TABELLE: DIE INDIANERVÖLKER DES PERUANISCHEN URWALDGEBIETES
(Angaben nach Stefano Varese 1973)

Sprachfamilie	Volk (Ethnisch-linguistische Gruppe)	Geschätzte Bevölkerungszahl	Wohngebiet (nach Flußgebieten)	Wirtschaftliche Aktivitäten							Wechselwirkung mit der nationalen Gesellschaft		
								Kommerzielle Ausbeutung von					
				Subsistenz-Ackerbau	Jagd- und Fischfang	Kommerzieller Ackerbau	Viehzucht	Holz	Kautschuk	Häute und Felle	Gelegentliche Kontakte	Dauernde Kontakte	Auflösung der ethnischen Identität
JIBARO	Aguaruna	18000	Oberer Maranon u. Zuflüsse	+	+	+	+	+		+	+	+	
	Huambisa	5000	Morona u. Santiago	+	+	+		+		+	+	+	
	Achual	5000	Morona, Pastaza, Tigre	+	+	?	?	?	?	?	+	+	
	Jibaro	3000	Corrientes	+	+					+	+	+	
CANDOA	Candoshi (Shapra) und Murato	5200	Morona, Pastazza, u. Zuflüsse	+	+					+	+		
CAHUAPANA	Chayahuita	6000	Huallaga, Shanusi	+	+	+	?	?	?	?		+	
	Jebero	3000	Yurimaguas	+	+	+						+	
	Paranapura, Balsapuertinos	?	---										+
HUITOTO	Ocaina	500	Amazonas-Putumayo	+	+	+	?	?	?	?		+	+
	Bora	1500	Ampiyacu-Yaguasyyacu	+	+			+	+	+		+	+
	Huitoto-Muinane, Murui	1000	Putumayo-Napo	+	+	?	?	?	?	?	+	+	+
ARAWAK	Amuesha	5000	Pozuzo-Palcazu-Chuchurras	+	+	+	+	+				+	
	Campa-Ashaninca, Gran Pajonal, Nomatsihuenga, Machiguenga	45000	Apurimac-Ene-Perene, Tambo, Pichis, Mazamari	+	+	+	+	+		+	+	+	
	Machiguenga	12000	Ob. Urubamba, Madre de Dios	+	+	+	?	+	?	+		+	
	Piro	5000	Urubamba, Madre de Dios	+	+	+		+	+	+		+	
	Amarakaeri	1500	Colorado, Madre de Dios	+	+						+		
	Culina	1500	Yurua-Purus	+	+				+	+		+	
PANO	Cashibo	2000	Aguaytia-San Alejandro	+	+	+		+	+	+		+	
	Shipibo-Conibo	20000	Mittl. Ucayali u. Zufl.	+	+	+	+	+	+	+		+	
	Amahuaca	4000	Curania-Inuya-Sepahua	+	+			+	+	+	+	+	
	Sharanahua-Cashinahua	3000	Purus-Curanja	+	+					+	+	+	
	Capanahua	2000	Buneuya Tapiche	+	+					+		+	
	Yaminahua	2000	Curiuja-Rio Piedras	+	+					+		+	
	Mayoruna	1500	Yaquerana, Blanco	+	+						+		
	Marinahua, Remo, Pishquibo, Chandinahua, Mastanahua	3000	Pisqui, Curanje	+	+	?	?	?	?	+		+	
TUCANO	Pioje, Angoteros, Orejon-Koto	1000	Oberer Napo-Ampiyacu	+	+	?	?	?	?	?	+	+	
TUPI-GUARANI	Cocama-Cocamilla	20000	Unt. Ucayali, Maranon Huallaga	+	+	+	?	+		+	+	+	
ZAPARO	Arabela, Iquito, Andoa	1000	Arabela, Ito Nanay, Pastaza	+	+	+	?	?	?	?	+	+	+
PEBA-YAGUA	Yagua	3000	Amazonas	+	+	+	?	?	?	?		+	
QUECHUA	Quechua (Rio Napo-)	10000	Napo, Unterer Tigre	+	+	+	?	?	?	?		+	
	Lamistas	15000	Unterer Huallaga	+	+	+	+	?	?	?		+	
SHIMACU	Urarina	5000	Chambira	+	+	?	?	?	?	?		+	
Nicht klassifiziert oder Klassifikation zweifelhaft	Ticuna	5000	Cushillococha	+	+	+		+		+		+	
	Huachipaire	1500	Oberer Madre de Dios	+	+						+		
	Huarayo	2100	Oberer Madre de Dios	+	+			+	?	+		+	
	Chamicuro, Arasaire, Tuyuneiri, Maneteneiri, Sirineiri, Inapari	2000	Madre de Dios	+	+						+		

Mitte des 19. Jahrhunderts holen die Franziskaner ihre Pläne, die Indios zu „zivilisieren", wieder hervor. Sie wenden sich an den liberalen peruanischen Präsidenten Ramon Castilla, der in der Geschichtsschreibung bekannt ist als derjenige, der in Peru die Sklaverei der Neger und die Leibeigenschaft der Indios abschaffte. Aber man braucht Arbeitskräfte für die Zuckerplantagen an der Küste und für die Bergwerke in der Sierra, und die Franziskaner schlagen vor, diese unter den Indios der Selva einzufangen. Eine zu diesem Zweck unternommene Expedition wird von den Campas wiederum zurückgeschlagen, und der Sklavenbefreierpräsident Castilla holt daraufhin auf englischen Schiffen mit peruanischem Geld für die englischen Haciendas und Minen chinesische Kulis ins Land.

20 Jahre später, nachdem Peru seine Grenzen weit der europäischen Einwanderung geöffnet hat, setzt eine neue gewaltsame Welle der Durchdringung und Eroberung der zentralen Selva ein. Die Kolonisten fordern und bekommen moderne Waffen, Winchester-Reptiergewehre, gegen die Indios; nachdem sie sich niedergelassen haben, fordern und bekommen sie den Schutz von Soldaten. Jetzt wird auch der alte Plan einer militärischen Besetzung der Salzberge verwirklicht. Die Regierung hofft, mit dem Gewinn aus der Salzsteuer den Verlust der im Krieg gegen Chile abgetretenen salpeterreichen Südprovinzen mit den Städten Tacna und Arica ausgleichen zu können.

Aus diesem Krieg ging Peru hoffnungslos verschuldet gegenüber englischen Banken hervor. Als Teilabzahlung der Schulden wurde den Engländern 1889 ein 100 km langes und 50 km breites Gebiet am Rio Perene abgetreten, wo die „Peruvian Company" die größte Kaffeeplantage des Landes errichtete. Es war auch das größte und berüchtigste Gefangenenlager des Landes. Durch die unablässigen Indianderkriege war die Zahl der in diesem Gebiet ansässigen Campas sehr dezimiert worden, und die übriggebliebenen flohen weiter nach Osten in die Wälder. Mit List und Versprechen wurden Indios aus den Anden hierhergelockt, die in den heißen, sumpfigen Niederungen wie die Fliegen starben. Ein Zurück gab es nicht. Der einzige Ausweg war, eine schwer bewachte Brücke, und ohne die, niemals erhältliche, Transiterlaubnis des englischen Chefs der Kolonie war der Übergang unmöglich. Der Transport und Vertrieb der produzierten Güter, die Versorgung der ganzen Region wurden durch Tochterunternehmen der Peruvian Company gewährleistet. Erst 1965 wurde die 5000 km^2 große Kolonie von den Engländern an den peruanischen Staat zurückgegeben.

Etwas weiter nördlich hatten sich Ende letzten Jahrhunderts Tiroler Bauern am Rio Pozuzo niedergelassen. Ihre Kolonie ist erst seit wenigen Jahren durch eine, nur in der Trockenzeit befahrbare, Straße mit der Außenwelt verbunden. Pozuzo besteht aus Häusern in Tiroler Bauart, es hat eine Holzkirche mit Zwiebelturm, und bis vor kurzem wurde an der Schule ausschließlich in deutscher Sprache unterrichtet. Angeplflanzt wurden Bananen und Ananas. Heute gehören einer aus Pozuzo stammenden Familie Müller: das größte Sägewerk mit ausgedehnten Waldungen dazu, ein Wasserkraftwerk (der einzige Stromlieferant der Region), mehrere große Viehhaciendas, eine Molkerei, Kaffee- und Avocadoplantagen, zahlreiche Häuser in Lima.

Die europäische Einwanderung, die beginnende kapitalistische Plantagenwirtschaft in der peruanischen Selva wurden in ihren Auswirkungen auf die Eingeborenengesellschaften weit übertroffen durch den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Kautschukboom. Nach der Erfindung der Vulkanisation des Naturgummis wurde der Wald Westamazoniens, wo der Kautschukbaum am häufigsten vorkommt, von einer Welle von Glückssuchern, Abenteurern, gewissenlosen Geschäftsleuten überschwemmt. Die Indiodörfer wurden überfallen, wer Widerstand leistete, niedergemacht, Knaben und Männer verschleppt und zum Kautschuksammeln gepreßt, die Mädchen und Frauen als Sexualobjekte mißbraucht. Es setzte ein umfangreicher Menschenhandel ein, indem man die Feindschaft zwischen den Indianervölkern durch Überfälle entfachte, als Preis für gefangene Knaben des Nachbarstammes Winchesterbüchsen bezahlte und anschließend bei diesem Stamm das gleiche tat. Innerhalb von zehn Jahren starben im Gebiet des Rio Putumayo über 80 % der dort ansässigen Huitoto, Bora und Ticuna, unter denen der Peruaner Arana im Auftrag der englischen Amazon Rubber Company seine Kautschuksammler rekrutierte. Zwischen 1880 und 1910 stellte Kautschuk das wichtigste Ausfuhrprodukt Perus dar. In dieser Zeit stieg Iquitos von einer Ansammlung armseliger Hütten zur zweitgrößten Stadt des Amazonasgebietes (nach dem brasilianischen Manaus, das ebenfalls während des Kautschukbooms entstand) auf, aber es war keine peruanische Stadt und der Reichtum floß nicht nach Peru, sondern über den Amazonas geradewegs nach Europa. Während in Iquitos die Straßen mit Pflastersteinen aus Portugal gebaut wurden und Jean Eiffel aus Paris hier ein stählernes Haus konstruierte, mußten die Beamten aus Lima eine Schiffsreise von 10 000 km über den Pazifik, Atlantik und den Amazonas aufwärts unternehmen, um dorthin zu gelangen (dazu kam die Eisenbahnfahrt über die Landenge von Panama, denn der Kanal wurde erst 1914 eröffnet), wenn sie nicht den gefährlichen Landweg über Moyobamba und den Rio Huallaga vorzogen. Nach 1910 warfen die Engländer in großem Maßstab Kautschuk aus ihren inzwischen angelegten Plantagen in Ceylon, Singapur und Malaya auf den Markt, mit dem der Wildkautschuk Brasiliens und Perus nicht konkurrieren konnte. Die Preise fielen ins Bodenlose, und Iquitos versank in der Bedeutungslosigkeit. Nur während des Zweiten Weltkriegs, als Hinterindien von den Japanern besetzt war, erlebte das Kautschukgeschäft Amazoniens noch einmal eine kurze Blüte.

Während des Kautschukbooms kommt es zum letzten großen Aufstand der peruanischen Waldlandindianer. Im Gebiet der zentralen Selva vertreiben die Campas und Amueshas noch einmal alle Kolonisten und Missionare; doch einige Jahre später ist der Widerstand mit massivem Militäreinsatz gebrochen. Wer sich nicht unterwerfen will, flieht in die unzugänglichsten Wälder (wo es die noch gibt; der Lebensraum ist zumindest westlich des Ucayali mehr und mehr eingeengt worden),die anderen werden „zivilisiert". Als Gummi nicht mehr gefragt ist, werden die Männer als Holzfäller und zur Erbeutung von Tierfellen (Ozelots, Jaguare, Affen, Krokodile) herangezogen, oder sie arbeiten auf den Bananen- und Ananasplantagen, die an den Flüssen angelegt werden. Die Frauen dienen als Hausgehilfinnen. Über ihre Rolle zitiere ich aus der peruanischen Zeitschrift „Expreso" (v. 1.11.72): „Sie (die Eingeborenen) sind beinahe Sklaven. Wenn sie einmal in den Dienst einer Familie oder eines Patrons eintreten, können sie nicht mehr entweichen. Sie sind dort für das ganze übrige Leben. Und sie müssen allen Anordnungen und allen kleinlichen Wünschen gehorchen. Die Mädchen haben die sexuellen Instinkte der Herren, der Söhne dieser Herren bis hin zu den Freunden der Söhne zu befriedigen. „Wenn sie Glück haben, erhalten sie umgerechnet DM 2,– pro Tag Arbeitslohn, in den meisten Fällen erhalten sie nichts. Sie leben oft ein paar Hundert Meter abseits der Hacienda in ihren eigenen Hütten, und sie ernähren sich von selbstgepflanztem Maniok

und von selbstgefangenem Fisch. In der Abhängigkeit werden sie festgehalten durch „Vorauszahlung" benötigter Gegenstände (Kleidung, Äxte zum Holzschlagen, Flinten und Schießpulver zur Jagd, Alkohol), durch ihre Unkenntnis vom Marktwert der geleisteten Arbeit und der produzierten Güter, von Rechnungen und Konten und schließlich durch ein System von Drohungen, Einschüchterungen und Gewalt.
In neuerer Zeit besinnt man sich wieder des Gebots der Christianisierung der Heidenkinder, was man in der Hektik des großen Geschäfts ganz vergessen hatte. Zusätzlich zu den unermüdlichen Franziskanern arbeiten heute in der peruanischen Selva zahlreiche nordamerikanische Missionen, voran die Adventisten und das Personal des Sommerinstituts für Linguistik (SIL, span. Instituto Lingüistico de Verano), über das hier berichtet werden soll:
1930 wurde von dem US-Amerikaner W. C. Townsend in California das Wycliffe Bible Translators (WBT) gegründet; sein Ziel war, die Bibel in alle Sprachen der Erde zu übersetzen, weil erst dann Christus sein Tausendjähriges Reich auf Erden errichten kann. Das WBT spezialisierte sich auf kleine abgelegene Gruppen: zuerst wurde die Sprache der Eingeborenen studiert, dann die Bibel übersetzt und gelehrt, die Bibel zu lesen. Dabei wurden die Segnungen des American way of life gleich mitgeliefert. Die Einstellung den Eingeborenen gegenüber wird in der WBT-Zeitschrift „Translation" so wiedergegeben: „Die Eingeborenen sind Kinder, die in einer verlorenen und verruchten Kultur unter der Herrschaft des Satans leben." Das WBT breitete sich schnell über viele Länder aus. Nachdem es 1941 aus Mexiko herausgeworfen worden war, gründete Townsend das Summer Institute of Linguistics, das jetzt nicht mehr als religiöse, sondern wissenschaftliche Institution auftrat. Diese Etikettenänderung wurde durch die Mitarbeit berühmter Linguisten (K. Pike, E. Nida) erleichtert. Zentrum des SIL ist die University of Oklahoma, die Gelder kommen v.a. aus Kreisen der amerikanischen Rechten und des US-Staates. Von der staatlichen Hilfsorganisation USAid wurden die Aktivitäten des SIL in Vietnam, Peru und Nepal finanziert. WBT-SIL ist heute die größte protestantische Missionsagentur der Erde; in 25 Ländern arbeiten mehr als 3000 Mitglieder, über die Hälfte davon keine Linguisten. In Peru ist SIL in vielen Fällen der einzige Kontakt der Indios nach außen, man versorgt sie mit Dosenmildch und Kleidern, damit die Wilden nicht nackt herumlaufen müssen,und am Ende steht eine Abhängigkeit, für die sie mit ihrer Arbeitskraft und den Reichtümern ihrer Wälder bezahlen müssen. Undurchschaubar ist die Verflechtung des SIL mit anderen Institutionen. Das Jungle Aviation and Radio Service, das oft die einzige Flug- und Radioverbindung in der tiefen Selva herstellt, ist eine Tochter des WBT-SIL. 1971 hatte SIL mit der Regierung Velasco ein Abkommen geschlossen, nach dem die Arbeit der Linguisten ungehindert, unkontrolliert weitergeführt werden konnte, in dem sich aber das SIL verpflichtete, alle seine Institutionen bis Ende 1976 in peruanische Hand zu übergeben und alle ausländischen Fachkräfte zugunsten peruanischer Ethnologen abzuziehen. Anfang Januar 1977 wird ohne Begründung bekanntgegeben, daß die Linguisten des SIL für weitere fünfJahre ohne Einschränkungen weiterarbeiten können (vgl. dazu den ausführlichen Artikel in diesem Heft).
1934 wurde von Nordamerikanern in der Nähe des mittleren Ucayali Erdöl entdeckt. Einige Jahre später wurde hier die erste Straße tief in die Selva hinein gebaut. Ihr Endpunkt, Pucallpa am Ucayali, wuchs in wenigen Jahren von einem vergessenen Nest zur zweitgrößten Stadt der peruanischen Selva mit heute über 70 000 Einwohnern heran. Aber die Stadt hat noch immer keine Trinkwasserversorgung. Zwar wurde einmal mit dem Bau einer Wasserleitung begonnen, aber dann fehlte das Geld für die Röhren. Das Wasser kommt aus Brunnen, die dicht neben den Latrinen liegen und zu 95 % verseucht sind. Pucallpa ist ein riesiger Infektionsherd, besonders für Hautkrankheiten. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Pucallpas ist chronisch unterernährt, vor allem die Kinder. Um die Eiweißversorgung zu verbessern, wurde der Anbau von Sojabohnen proklamiert. Fünf Jahre lang versprach das Landwirtschaftsministerium Unterstützung, aber niemand nahm den Bauern in der Umgebung die Sojabohnen ab, und so stellten sie die Produktion wieder ein.
Bis 1971 produzierte Pucallpa jährlich 7-8000 t Reis. Dann erging von der staatlichen Vertriebsorganisation EPSA, die den größten Teil der landwirtschaftlichen Produkte Perus abnimmt, die Anordnung, keinen Reis mehr aus der Selva aufzukaufen, zugunsten der großen Kooperativen an der Küste. Jetzt wird der gesamte Reisbedarf von dort über die Straße herangeschafft. In der Umgebung Pucallpas hatte sich eine beachtliche Rinderzucht entwickelt, und viele kleinere Bauern fingen damit an, Milchkühe für den Markt von Pucallpa zu halten. Der Bau einer Molkerei war im Gespräch, aber scheiterte an der Finanzierung, und niemand übernahm den Transport und Vertrieb der Milch. Stattdessen baute eine Gruppe von Privatleuten mit Steuererleichterungen für 10 Mio. US-Dollar eine Brauerei. Der Hopfen für das Bier stammt aus den USA, die Gerste zum Teil aus der Sierra, zum Teil ebenfalls aus den USA.
Die Gründe für eine solche Politik sind immer die gleichen. Seit die Kolonisation der Selva als nationale Großtat proklamiert wird, und verstärkt, seit für Privatinvestitionen in der Selva Steuerbefreiungen verkündet worden ist (1968), hat

Trauer um Indianerführer Justiano Lame

Über den Evangelischen Missionsrat und die Gesellschaft für bedrohte Völker erreichte mich die erschreckende Nachricht von Morden an indianischen Führer in Kolumbien. Unter ihnen ist mein Freund Justiano Lame. Er wurde am 2. Februar von der Polizei durch Schußwaffen so schwer verletzt, daß er auf der Straße in der Nähe von San Ignacio verblutete.
Er war der Direktor der im Regionalen Rat der Indianer in Cauca zusammengeschlossenen Indianer-Gemeinden San Isidro, San Ignacio und El Canel.
Ich lebte in seinem Dorf, malte die Gesichter seiner Freunde, ihre Gefühle, ihr Leben. Durch ihn hatte ich die Gelegenheit, die Unterdrückung mitzuerleben, zu empfinden. Sie nahmen mich wie ein Familienmitglied in ihrem Pueblo auf.
Er war eine der Persönlichkeiten, die die Indiogruppen zusammenhielten, man hatte Vertrauen zu ihm, er war die geistige Kraft. Die Indios trafen sich in seinem Dorf Ostern '76 zur Indigena (Versammlung), um alle Probleme zu besprechen. Dort in Silvia Cauca ist der historische Versammlungsort, wo die Führer der Indios zusammenkommen.
Justiano Lame schrieb in seiner Sprache ein Buch über die Lebensgewohnheiten der Leute in seinem Dorf und beschreibt ihre Empfindungen und Probleme.

Arja Toivonen
Lylyas Hirvijarvi
Finnland

eine Handvoll Kaufleute aus Pucallpa und Iquitos fast den gesamten Handel in der peruanischen Selva an sich gerissen und ist damit in die Gruppe der reichsten und einflußreichsten Familien des Landes aufgestiegen. Jeder Versuch einer Selbstversorgung der Region berührt natürlich ihre Interessen. Daß sich der Staat diesen Interessen unterzuordnen hat, wird an folgendem Beispiel deutlich: Seit der Entdeckung neuer Erdölvorkommen in der Selva ist der Frachtschifftransport von Iquitos auf dem Amazonas nach Nordamerika zu einem einträglichen Geschäft geworden (Iquitos ist für Seeschiffe bis zu 10 000 BRT Größe zu erreichen). Die Regierung wollte die staatliche peruanische Dampfschiffgesellschaft auf der Route Iquitos-Golfküste einsetzen und bestellte zu diesem Zweck auf deutschen Werften vier große Schiffe. Dann wurde es still um dieses Projekt, und von den vier Schiffen hat man nie wieder gehört. Stattdessen wurde bekannt, daß die Privatlinie NAPSA, die einem der größten Kaufleute in Iquitos (Joaquin Abensur) gehört, das Monopol im Transport mit den USA erhalten hat. Ein Tochterunternehmen dieser Linie ist inzwischen auch wichtigster Transporteur zwischen Pucallpa und Inquitos geworden.

Die „Eroberung der Selva durch die peruanische Nation" wurde in den letzten 20 Jahren durch die staatliche Propaganda in zunehmendem Maße als der Weg angepriesen, um die Bevölkerungslawine umzulenken, die sich aus der übervölkerten Sierra an die Küste und besonders nach Lima ergießt, wo die Elendsgebiete um die Hauptstadt herum immer ausgedehnter werden. Zwischen 1940 und 1969 betrug die Zuwanderung in den vier peruanischen Urwaldprovinzen etwa 300 000 Menschen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bevölkerung von Lima/Callao von 523 000 auf 3,2 Millionen und der Zuzu aus der Sierra in die übrigen großen Städte an der Küste über 600 000. So unerheblich die Binnenkolonisation im Osten im Rahmen der nationalen Gesellschaft ist, so stark sind die Auswirkungen in den betroffenen Regionen und besonders unter den Indianergesellschaften. „Die Eroberung der Selva als Lösung für das peruanische Agrarproblem war ein Schlagwort, das die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von dem wirklichen Problem der ungerechten Landverteilung an der Küste und in der Sierra ablenken sollte. Eine Politik, die kein Interesse daran hatte, die ungerechte Agrarstruktur Perus zu verändern, mußte in der Selva ein Expansionsgebiet sehen, das einen Lockvogel für die Bauern und für die öffentliche Meinung abgab. Und dies alles mußte natürlich mit einer Doktrin und mit den nötigen technischen Rechtfertigungen belegt und untermauert werden" (Varese 1976).

Die nationale Grenze schob sich zunächst keilförmig entlang der Straße Tingo Maria-Pucallpa und im Gebiet des Huallaga in den Urwald vor, nachdem die Täler der großen Flüsse schon vorher von den Kolonisten in Besitz genommen worden waren. Heute erfolgt die Expansion an breiter Front entlang dem Osthang der Anden, sie folgt dabei im wesentlichen dem Bau einer 2800 km langen Straße, der Carretera Marginal de la Selva, die inzwischen etwa zur Hälfte fertig gestellt ist. Die in diesem Raum ansässigen Indianervölker (z.B. die Campa, Amuesha, Machiguenga, Cashibo), die jahrhundertlang dem Druck der kolonialen Besitzergreifung widerstanden hatten, werden dadurch auf eine ständig kleiner werdende Insel zwischen den Bergen und den Flußtälern abgedrängt. Es wird nur noch kurze Zeit dauern, bis sie als eigenständige ethnische Gruppen verschwunden und in die nationale Gesellschaft „integriert"sind, das heißt, daß sie als sozial unterste Schicht der Willkür und Ausbeutung hilflos ausgeliefert werden. Herausgerissen aus ihrem eigenen Kulturkreis stellen sie am Ende dieses Eingliederungsprozesses die unterernährten und verhungernden Bewohner der Elendsquartiere von Pucallpa und Iquitos.

Der Widerstandswille dieser Völker ist noch immer nicht ganz gebrochen. Das zeigt sich an der Unterstützung, die die Guerillabewegung von 1965 durch die Campa-Indianer erhalten hatte. Bei der Niederschlagung dieser Bewegung waren die Campa-Dörfer durch nordamerikanische Flugzeuge bombardiert worden. Wie lebendig die Erinnerung an ihre großen Rebellionen noch ist, zeigte sich beispielsweise bei einem Kongreß, den die Dorfgemeinschaften der Campas im Oktober 1975 abgehalten haben. Damals waren die protestantischen Missionen, das Sommerinstitut für Linguistik, die katholischen Orden, das (nordamerikanische) Friedenskorps und andere ausländische Gruppen als Wegbereiter imperialistischer Machtübernahme in der Selva scharf verurteilt worden, und unter Hinweis auf die großen Rebellenführer früherer Jahre Juan Santos Atahualpa, Shora, Pedro Shuviante, war zum eigenen Befreiungskampf aufgerufen worden.

Es fällt schwer, die Aussichten dieses Kampfes für die Indios optimistisch zu beurteilen. Derzeit erlebt die peruani-Selva eine neue Welle imperialistischer Durchdringung, die in ihren Auswirkungen nur mit dem Kautschukboom verglichen werden kann. Seit man im ekuadorianischen Urwald große Erdölfunde gemacht hat, wird auch im benachbarten peruanischen Amazonasgebiet fieberhaft nach Öl gesucht. Die ersten Bohrungen 1970/71 verliefen sehr vielversprechend und lösten einen Boom aus, an dem sich zeitweise 24 Ölkonzerne beteiligten, darunter auch die westdeutsche Deminex. Eine riesige Pipeline über die Anden an den pazifischen Ozean wurde mit einem japanischen Kredit gebaut, für den sich der peruanische Staat verpflichtete, von 1979 an zehn Jahre lang erst 60 000, später 80 000 Faß Petroleum pro Tag an Japan zu liefern. Da fast alle späteren Bohrungen erfolglos blieben und mit den gesicherten Vorkommen allenfalls der Eigenbedarf des Landes gedeckt werden kann, wird Peru in Zukunft Öl importieren müssen, um die Lieferungen an Japan zu erfüllen. Fast alle internationalen Ölkonzerne haben inzwischen Peru wieder verlassen. Die Pipeline, die statt der veranschlagten 400 Mio. inzwischen fast 1 Mrd. Dollar gekostet hat, wird in absehbarer Zeit maximal zu einem Drittel ausgelastet sein. „Der Welt kürzester Erdölboom" hat in den fünf Jahren seines Bestehens bleibende Veränderungen bewirkt. In den entferntesten Regionen wurden Flugplätze angelegt, mit denen die Segnungen der Coca-Cola-Zivilisation verbreitet werden. Über die Bedingungen, unter denen die indianischen Ölsuchtrupps in der Selva zu leben haben, ist in den „blättern des iz3w" im März d.J. berichtet worden. Madre de Dios im äußersten Südosten des Landes – wegen seiner Abgelegenheit das letzte natürliche Rückzugsgebiet vieler Indianervölker – ist endgültig geöffnet worden. Bei vielen der kleinen in der Tabelle genannten Völker muß man heute wahrscheinlich – wie bei den Iquito, Huitoto etc. – von einer „Auflösung der ethnischen Identität" sprechen. Möglicherweise gehören einige dieser Gruppen heute bereits der Vergangenheit an.

Literatur:

Stefano Varese: La Sal de los Cerros. Lima 1973
Stefano Varese: Die innerethnischen Relationen in der Selva von Peru. In: Die Situation der Indios in Südamerika. Band 2, Wuppertal 1975.
Roger Rumrrill & Pierre de Zutter: Los Condenados de la Selva. Lima 1976.
Julio Ortega (Editor): Realidae Nacional. Band 1. Lima 1974.

Zivilisierung auf US-amerikanisch: Die „Linguisten" in Peru

Hatte die Anthro pologie schon in Kolonialzeiten die Funktion, den Kolonialherren die Lebensweise der fremden Völker analysieren und damit bezwingen zu helfen, so dient sie hier als Deckmantel für die Ziele der Imperialisten.
Das Institutio Linguistico de Verano (Linguistisches Sommerinstitut, im folgenden ILV) gehört zu der religiösen Sekte der „ Wycliff Bibelübersetzer", die das Ziel hat, allen Völkern der Erde die Bibel in ihrer eigenen Sprache zu bringen. Seine Missionierungslücke fand das ILV bei den eingeborenen Gesellschaften der Erde.
Die notwendige anthropologische und linguistische Vorarbeit war entscheidend bei dem Versuch des Gründers Cameron Townsend, auch in Peru Fuß zu fassen (19 45): Gegen die starke Konkurrenz katholischer und anderer evangelischer Glaubensgemeinschaften, konnte er der peruanischen Regierung Hilfe bei der Integration ihrer unzivilisierten Stämme im Urwaldtiefland („Selva") versprechen.
Der Vertrag des ILV wurde daher mit dem Erziehungsministerium geschlossen und stellt die angestrebte zweitsprachige Erziehung in den Vordergrund, eine rein missionarische Zielsetzung wäre mit der peruanischen Verfassung nicht vereinbar gewesen.
Die Verträge scheinen mit allen Ländern ähnlich zu sein. Einzelheiten wurden vor allem zu Kolumbien und Ecuador bekannt, wo die Linguisten 1975 des Landes verwiesen wurden. Die Regierungen gestehen dem ILV weitreichende Vergünstigungen über Einreise- und Einfuhrbedingungen für das Personal und über die Kommunikation innerhalb des Landes zu. Sie erteilen einen „Blankoscheck" der jede Kontrolle über die wahren Aktivitäten der Sekte unmöglich macht. Kennzeichnend ist auch, daß die Verträge meist mit rechten Diktatoren geschlossen wurden.
Als in Peru 1953 ernsthafte Opposition gegen das ILV aufkam, aufgrund religiöser Bedenken, konnte sich Townsend den persönlichen Einsatz des Rechtsdiktators General Odria für den Verbleib der Linguisten sichern (Latinamerica Press 18, Dez. 1975/55).
Wie andere Missionsgesellschaften vertreten auch die Linguisten wirtschaftliche und strategische Interessen ihres nordamerikanischen Mutterlandes, aber in verdächtig perfektionierter Form.
In Ecuador räumten Umsiedlungen der eingeborenen Bevölkerung, die um der besseren Missionierung willen unternommen worden waren, das Land für eine US' Ölgesellschaft. Und bezeichnenderweise war der erste Geologe der Texaco, der in Ecuador Erdöl fand, mit einem Flugzeug des ILV in den Urwald transportiert worden (Informationsdienst Nr. 98, ID). Überall fällt die ausgezeichnete Infrastruktur und das gute Kommunikationssystem des ILV mit zahlreichen Landepisten, Wasserflugzeugen und Radiosendern auf, das zu der vordergründigen missionarischen und anthropologischen Tätigkeit in keinem Verhältnis steht. In Kolumbien stellte sich heraus, daß das ILV in Lomalinda nur eine religiöse Tarnung für eine riesige amerikanische Militärbase im Dschungel war (Alternativa, Bogota, No. 38, Juni 1975; Cultrun Nr. 6, Sept. 76). Auch hier war zunächst eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch des ILV und den Tätigkeitsbereichen und der Ausrüstung des Instituts festgestellt worden (Von 61 Amerikanern waren nur 8 Linguisten, der Rest Wissenschaftler; es gab 28

DIE ORGANISATION DES ILV

1934 Gründung der Vereinigung „Wycliffe Bible Translators"durch Cameron Townsend in Orange County, Cal (USA).
Seither Gründung von Missionsbasen für 308 verschiedene Sprachgemeinschaften. Ihr Name „Summer Institute for Linguistic Studies" (daher in Übersetzung „Instituto Linguistico de Verano") gibt den Stationen einen wissenschaftlichen Anstrich.
Filiale in der BRD: „Seminar für Sprachmethodik" in Burbach-Holzhausen.
Institute bestehen in 23 Ländern, u.a. in Togo, Nigeria, Ghana, Kamerun, Vietnam, Kambodscha, Indonesien, Philippinen, Neu-Guinea; in Lateinamerika: Honduras, Guatemala, Venezuela, Surinam, Kolumbien, Ecuador, Bolivien, Brasilien, Panama.
1945 ILV in Peru.
Knapp 200 Mitarbeiter betreuen ca. 1 Million der Bevölkerung, auf einem Areal, das 2/3 des Landes einnimmt. 50 Sprachgemeinschaften im Hochland und dem peruanischen Anteil am Amazonastiefland.

Luftlandepisten und 30 Radiostationen; Alternativa a.a.O.).
In Peru soll das ILV Gold und Uran abgebaut haben (ID a.a.O.) Wirtschaftlich wichtig wurde die innertropische Selva, zwischen den Oberläufen der beiden Amazonasquellflüsse, vor allem in den letzten Jahren, als man dort Erdölvorräte vermutete. Die amerikanischen Erdölgesellschaften hatten auch hier ihre „Claims". Wenn in Peru zwar die direkte Verflechtung zwischen der Sekte und amerikanischen Konzernen nicht publik wurde, so kann man doch zumindest aufzeigen, wie die Sekte dem amerikanischen Imperialismus in die Hände arbeitet.

Die Basisarbeit des ILV

Die Lage des Zentrums in Yarinacocha bei Pucallpa spiegelt die Absicht der Amerikaner, ihren Einfluß vor allem auf die Indianer im Amazonasgebiet geltend zu machen.
Bei einem Besuch im August 1976 fand ich in der dortigen amerikanischen Siedlung die Lebensweise verwirklicht, die die Linguisten in diesem Teil der Welt vertreten. Eine weitläufige Anlage von individuellen Bungalows , wie man sie aus amerikanischen Fernsehserien kennt, Zweitauto, Supermarkt, Snackbar und Hausfrauen, die mit Lockenwicklern im Haar einkaufen. Eine Insel amerikanischer Mittelwesten im peruanischen Urwald, jenseits der Stichstraße von Lima. Die Landepisten und Hangars, technische Einrichtungen zur Wartung der Flugzeuge und die Radiostation sind z.T. im Urwald versteckt und dem Besucher nicht zugänglich.

Situation der indianischen Bevölkerung

Einzelne indianische Dorfgemeinschaften leben zerstreut entlang den Flussläufen. Ursprünglich treiben sie extensive Feldwirtschaft bzw. Sammelwirtschaft und Fischfang und leben im Kollektiv. Ihre Behausungen sind dem herrschenden Klima angepaßt: blättergedeckte Hütten ohne Wände.

Das Familienleben spielt sich auf einem erhöhten Bretterboden in aller Öffentlichkeit ab, Kleider tragen sie nicht. Die politische Organisation der einzelnen Gruppen ist unterschiedlich: Gruppen ohne Häuptling stehen matriarchalischen Gruppen und solchen mit einem Oberhaupt gegenüber. Mitunter sind mehrere Dörfer zu grösseren Gemeinschaften oder Stämmen zusammengefaßt, andere Dörfer sind völlig autonom.
Die peruanische Regierung hat wirtschaftliches Interesse an der Erschließung der Selva. Neben dem Erdöl und anderen Naturreichtümern verspricht sie sich die Lösung ihrer drängenden Probleme (Auslandsverschuldung, Unterernährung im Hochland, Bevölkerungsdruck). Die Ausfuhr von Edelhölzern aus dem Dschungel spielt in zunehmendem Maße eine Rolle. Und seit den 50er Jahren wird die erforderliche Ausdehnung der landwirtschaftlichen Anbaufläche (zur Importsubstitution) verstärkt in das Amazonasgebiet hinein betrieben. Bauern aus dem Hochland werden in die Selva umgesiedelt. Neben den ökologischen Problemen, die diese Politik beinhaltet, wächst mit ihr auch der Druck auf die eingeborenen Gesellschaften. Die Zentralgewalt hat ein Interesse an der Zivilisierung dieser Bevölkerung, um über deren Gebiete nach „nationalen Bedürfnissen" zu verfügen. Zwar wurde der Raubbau eingeschränkt und als nationales Integrations-Ideal die „Einheit in der Vielfalt" der Wertsysteme formuliert (Paulus/Reissert S. 13) (1), aber in der Praxis wirkt sich das Programm im kleinen aus wie die Entwicklungshilfe der Industrieländer an die Entwicklungsländer im großen.

Die Frage, ob es vom Standpunkt der eingeborenen Gesellschaften aus wünschenswert ist, zivilisiert zu werden, bzw. in ein bestehendes peruanisches Staatssystem des inneren Imperialismus eingegliedert zu werden, soll hier nicht gestellt werden. Ihre Lebensweise wird sich im Kontakt mit „unserer Zivilisation" in jedem Fall verändern, meist ist diese Entwicklung nicht mehr zurückzuschrauben. Was uns hier beschäftigen soll, ist die Frage, in welche Richtung die Veränderung in Lebensweise und -einstellung geht.
Für die Beurteilung der Arbeit des ILV soll als zentraler Grundsatz die Erhaltung von Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung der Eingeborenen gelten. Im einzelnen bedeutet das die Erhaltung
- der zwischenmenschlichen Verkehrsformen,
- der politischen Organisationsform,
- der Wirtschaftsweise,
- der kulturellen Tradition.

1. Phase
Für eine autochthone Dorfgemeinschaft ist ein Linguist aus dem ILV oft die erste Kontaktperson zur Zivilisation. In Peru berichtet man, daß der Linguist mit einem Hubschrauber vom Himmel fällt, Kleider für alle und einen elektrischen Generator mitbringt (man erinnert sich an die Schöpfungsgeschichte; übrigens gehört auch ein Funkgerät zu seiner Ausrüstung).
Bei disem ersten Kontakt bleibt der Missionar 6 Monate im Dorf, um Sprache, Sitten und Gebräuche zu beobachten. Er kann sich gut in dieser Umgebung bewegen, leben, denn er hat ein 6monatiges Überlebungstraining in Mexiko hinter sich.
In den Grundsätzen des ILV heißt es: „Er wird zunächst viel Zeit auf die Entwicklung persönlicher Beziehungen verwenden. Kranke besuchen und seine Dienste in Notfällen bereitstellen (Überschwemmungen, Epidemien)" (Jahresbericht für die peruanische Regierung, 1975).

Ohne Zweifel spielt er seine zivilisatorische Überlegenheit dafür aus, die Führerrolle im Dorf gegen die traditionellen Kräfte zu erlangen. Die religiöse Beeinflussung mit den puritanischen Lehren der Wycliffe-Sekte, die alles Heidnische dämonisieren, hilft ihm dabei. Die Eingeborenen geraten mehr und mehr in eine Abhängigkeit von der Person des Linguisten, und damit von dem Apparat, der hinter ihm steht.

DAS ENTWICKLUNGSKONZEPT DES ILV

(zitiert nach Paulus/Reissert „Mit Bibel, Aspirin und Marshmellows" Auswertungsbericht ASA Peru 1972, Mai 1973)

- Im Lesebuch:
  „Das Feld von Pepe und Paca"
  ... Pepe wird ein Kautschukfeld anlegen. 'Ich werde sie nahe bei meinem Haus anpflanzen. Nach ein paar Jahren brauche ich dann nicht mehr weit gehen und Kautschuk in den Bergen suchen. Ich kann mit Paca zu Hause bleiben. Ich kann genügend Kautschuk von meinem Feld für Jahre sammeln. Ich werde jedes Jahr neue Bäume pflanzen. Auf diese Weise verdiene ich mit dem Kautschuk mehr Geld mit weniger Arbeit."

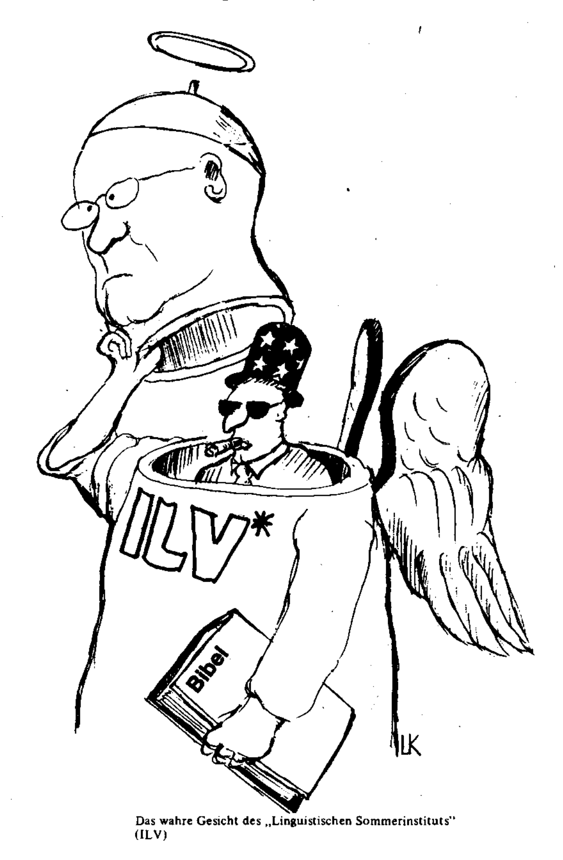
- In Selbstdarstellungen:
  (D. Kietzman in „Report of the Coordinator of Anthropology and Community Development in the Amazon, ILV 1968)
  „Bei der Übersetzung werden wir in andere Probleme verwickelt ... Wir verteilen Aspirin, wir erfüllen kommerzielle Aufträge von außerhalb, wir werben Sprachhelfer gegen Bezahlung an, kurz: wir werden in sozio-ökonomische Aktivitäten hineingezogen. Bei allem verfolgen wir einen Zweck: Wir müssen eine verständliche Rolle für uns etablieren, um das Vertrauen der Leute zu gewinnen in Erwartung bedeutsamer Weisheit. Aber wir machen alles selbst. Wir machen uns unersetzlich in dem Prozeß. In keiner Weise „entwickeln" wir die Gemeinde; wir besänftigen nur für eine Weile ihre sozio-ökonomischen Ansprüche."

- über Community Development
  „Die Rolle des ILV hinsichtlich Community Development ist noch nicht definiert, aber ich hoffe, zeigen zu können, daß Community Development, richtig verstanden, nichts ist, was einer Verbreitung des Neuen Testaments noch hinzugefügt werden müßte."
  - über das entwicklungsziel
  ..., „die Schaffung einer Atmosphäre einer dauerhaften geistlichen Führung, welche das Volk veranlaßt, nicht zu suchen bei Gottes Wort."

2. Phase
Einzelne Eingeborene, die sich als gelehrig erweisen, werden zu Kursen in das Zentrum nach Yarinacocha gebracht. Sie leben dort in einem Lager aus winzigen Hütten am Rande der amerikanischen Siedlung. Ein Teil wird als Lehrer, ein anderer als Gesundheitshelfer („Promotor de Salud") ausgebildet. Die Kurse wurden in Übereinkunft mit

der peruanischen Regierung von ILV ausgearbeitet.
Die Lehrer gehen als eingeborene „Führungskräfte" in ihre Gemeinschaft zurück. Mit weißem T-shirt made in USA bekleidet, alphabetisieren sie in ihrem eigenen Idiom, und gleichzeitig in Spanisch, nach Lehrplänen, die von den Linguisten ausgearbeitet sind.
Schon durch ihre eigene Karriere bringen sie das Leistungsprinzip in die Dorfgemeinchaft.

Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet
Die Eingeborenen werden auf verschiedenen Wegen in die Geldwirtschaft einbezogen. Zunächst wird das Bedürfnis nach pharmazeutischen Mitteln in einem frühen Stadium geweckt (s.o.). Das ILV gibt dann die Medikamente an die Gesundheitshelfer auf Kreditbasis ab. Das bedeutet für die Eingeborenen, daß Gesundheit jetzt Geld kostet. Der Geldeintreiber ist aber einer aus den eigenen Reihen. Gefragt, ob die Gesundheitshelfer denn auch zahlen würden, antwortete die leitende Krankenschwester in Yarinacocha, die Gesundheitshelfer fühlen sich meist persönlich verpflichtet, es gebe aber auch Fälle, wo sie das Geld selbst einstecken.
Sowohl Lehrer als auch Gesundheitshelfer werden mit einem vollen Gehalt von der peruanischen Regierung bezahlt. (Promotores 1100'-1450 soles monatlich. Für peruanische Verhältnisse ein beträchtliches Einkommen. („La Salud en las comunidades nativas de la selva", hrsg. Gesundheitsministerium, Pucallpa, 1975, S. 9).
Auf der einen Seite wird so ein monetäres Einkommen für die Indios notwendig, auf der anderen Seite auch erstrebenswert.
Seit 1972 unternimmt das ILV in Peru landwirtschaftliche Projekte, wenn auch in relativ kleinem Maßstab. Nach Angaben in einem verteidigenden Artikel in der peruanischen Illustrierten „Gente" (No 218/19, Dez. 1975) sind es insgesamt 320 Projekte.
Das Ziel ist es, die Produktion an Mais und Reis für die Lebensmittelversorgung zu steigern, nach Angaben im Jahresbericht 1975 wurden auch Rinder, Geflügel und Zitrusanbau eingeführt. Oft wird berichtet, daß die Linguisten bei der Produktionssteigerung die Bevölkerung hat herannehmen und auch Alte und Kinder zur Arbeit zwingen.
Der Überschuß der Agrarproduktion soll auf dem Markt verkauft werden. Dies zeigt, daß es bei den landwirtschaftlichen Projekten nicht nur um eine bessere Ernährung geht, sondern auch um die Einführung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise. Typische Exportprodukte sind unter den Anbaufrüchten zu finden. So hat beispielsweise der Stamm der Machiguenga 1974 15 t Bananen und Maniok 500 kg Mais und 1500 kg Kaffe verkauft und 20 ha Reis angebaut (Jahresbericht 1975).
Für den Transport der Produkte wurde von den Linguisten 25 Stämme mit einfachen Motoren für ihre Boote ausgerüstet. Dank der Großzügigkeit der westdeutschen Entwicklungshilfe konnten 1973 zusätzlich 2 Flußdampfer angeschafft werden, die zwischen Iquitos und Cushillococha (400 km) und zwischen Pucallpa und Nueva Luz (900 km) verkehren.
Ein eklatantes Beispiel für die wirtschaftliche Entwicklungsarbeit des ILV sind die Shipibos. Das ist der Stamm, der um Harina herum lebt und als erster in Peru missioniert wurde. Sie wurden dazu ermutigt, ihr Kunsthandwerk für den Tourismus auf kommerzieller Basis zu betreiben. Bald reichten die selbstgezogenen Samen, aus denen sie Halsketten machen, und die selbst angebaute Baumwolle, die sie bemalen, nicht mehr aus zur Deckung der Nachfrage. Plastikperlen und Synthetiks wurden über das ILV aus Japan eingeführt. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Entwicklungsstrategie für die unzivilisierten Gruppen den Prinzipien der Bedürfnisweckung folgt.
Es werden mitunter Entwicklungsstufen übersprungen, in denen weite Teile Perus noch steckengeblieben sind.
Es werden Technologien eingeführt, die einer vernünftigen Entwicklungspolitik, die auf die eigenen Kräfte baut, zuwiderlaufen. So werden z.B. für das wirtschaftliche Weiterkommen einzelner Gruppen Verbindungen zum Weltmarkt geknüpft. Dabei haben nicht nur die Amerikaner, sondern auch andere imperialistische Mächte wie z.B. die BRD die Hand im Spiel (s.o.).



Das wahre Gesicht des „Linguistischen Sommerinstituts" (ILV)

Auswirkungen des Kulturimperialismus im kleinen
Umwertung der Werte der Eingeborenen
Das Vertrauen, das die peruanische Regierung in das ILV setzt, ist ungerechtfertigt, wenn man die vertragsmäßig festgelegten Leistungen des ILV betrachtet. In keinem Land hat das ILV anthropologische und linguistische Werke veröffentlicht, die von seiner Arbeit in diesem Bereich überzeugen könnten. Auch die Methode von Cameron Townsend, die Indios in ihrer eigenen Sprache zu alphabetisieren und zu missionieren, ist so originell nicht. Sie wurde sogar schon von den Jesuiten in Paraguay praktiziert und gehört längst zur gängigen Lehrmeinung der pädaogischen Wissenschaft. Die vermeintlich unersetzliche Arbeit in der zweisprachigen Erziehung muß Peru zu teuer bezahlen, wenn es „Inhalt und Ausdruck der Bildungspläne den Linguisten völlig überläßt, weil ausgebildetes peruanisches Personal fehlt" (S. Varese: Die internationalen Relationen in der Selva von Peru = Die Situation der Indios in Südamerika, – Bd. 2, S. 207).
Nicht nur im Wirtschaftsdenken vermitteln die Linguisten kapitalistische Wertbegriffe in Reinform, wie sie für den amerikanischen Puritanismus typisch sind. Puritanismus und Protestantismus beinhalten auch eine völlige Umkehrung der ursprünglichen Wertbegriffe.
Die protektionistisch-paternalistische Haltung der Amerikaner gegenüber den Eingeborenen fördern in ihnen „ein isolationistisches und extrem vom ILV abhängiges Verhal-

ten. Sie führt zu einem Mißtrauen der Eingeborenen gegenüber allem, was nichts mit dem ILV zu tun hat (Varese, S. 208).



Amarakaeri

Die Aktivitäten des ILV resultieren in einem Aufbrechen des funktionierenden Gemeinschaftslebens in den Dörfern und ersetzen es durch die Abhängigkeit von einer externen Organisation. Die Folge sind Zwistigkeiten, die bis zu blutigen Auseinandersetzungen führen. Oft sind auch Teile von Bevölkerungsgruppen Anhänger anderer Missionsgesellschaften, in der Gegend von Yarina z.B. der Adventisten. Nach Angaben eines schwedischen Entwicklungshelfers hat der Krieg zwischen den rivalisierenden Glaubensanhängern schon zu spontanen Umsiedlungen der Eingeborenen geführt.



Amarakaeri

Die politische Konsequenz ist eine Aufspaltung der Solidarität, die gerade im Veränderungsprozeß unter den Eingeborenen notwendig wäre.

Auswirkungen auf peruanische Nationalinteressen
Das ILV macht die eingeborenen Stämme einer auswärtigen Macht hörig, von der Peru insgesamt abhängig ist. „Sie sichern sich eine soziale Basis, die jeden Moment zugunsten der Interessen des amerikanischen Imperialismus und gegen die Interessen der Nation und des Volkes von Peru manipulierbar ist.", sagen Spezialisten der Universität San Marcos (Latinamerica Press, S. 2). Die Enthüllungen über das ILV in Ecuador stehen wohl im Zusammenhang mit der Aufdeckung der antikommunistischen Strategie der CIA in Südamerika. Zu diesem Zeitpunkt wurde in Peru die Gefahr erkannt, die vom ILV ausgehen kann. Ende 1975 erschienen in 30 Tagen über 50 Beiträge gegen das ILV in Limas 5 wichtigsten Tageszeitungen. Man fand vor allem Unterschiede zwischen den Normen der Amerikaner und den allgemeinen Zielen der „peruanischen Revolution."

Sie wurden in dem linken peruanischen Magazin „marka" (29.12.75) so zusammengefaßt: Die Arbeit des ILV „hat den Eingeborenen nicht nur seine Lebensweise aufgepropft, die total verschieden ist von der, die sie (die Linguisten) dort vorgefunden hatten, und sogar ungünstig für die konkrete Realität dieser Gebiete, indem das ILV ihnen den Stempel des „American way of life" aufgedrückt hat, hat es einige Adepten gewonnen, die weggeschickt wurden, um sich für die New Yorker Bauwerke zu begeistern, und für die Badeorte von Miami, aber die noch nicht von Vietnam haben reden hören, oder davon, wie die amerikanische Armee von den Eingeborenensprachen Gebrauch macht, um die Liquidation von vietnamesischen Patrioten und Revolutionären effektiver zu machen."

Auswirkungen auf das politische Bewußtsein der Bevölkerung
Aus Vietnam ist bekannt, daß das ILV durch antikommunistische Hetze – der Dämonisierung der Kommunisten – Eingeborene aus Bergstämmen dazu brachte, als Dolmetscher und Führer der amerikanischen Truppen zu fungieren.

Das ILV beteiligt sich also nicht nur tatkräftig am Genozid durch repressive Systeme, wie in Kolumbien, wo es sein Sprachwissen bei der blutigen Niederschlagung eines Indianeraufstands der Guahibos zur Verfügung stellte (Cultrun S. 31). Nicht nur seine Wirtschaftsentwicklung treibt einen Keil zwischen Amazonien und dem übrigen peruanischen Volk. Die Tätigkeit der Missionare dient nicht nur als „counter-insurgency" für die Eingeborenen selbst, indem es ihre ursprüngliche Fähigkeit zerstört, solidarisch für ihre Interessen einzutreten. Die Indianer der Selva können auch zu einem konterrevolutionären Potential werden.



Arabela

Zusammenfassung
Die Arbeit des ILV zerstört in allen genannten Bereichen die gewachsenen Organisationsformen und Wertsysteme der eingeborenen Gesellschaften.
An die Stelle von Selbstbestimmung und Solidarität setzen die Linguisten wirtschaftliche und psychologische Abhängigkeit von einer auswärtigen Organisation.

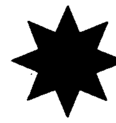
- Sie oktroyieren kapitalistische Wirtschaftsformen und Wertmaßstäbe, die zu Leistungsdenken und individuellem Gewinnstreben führen.
- Das Wirken des ILV wertet die kulturelle Tradition bei den Eingeborenen ab und schwächt damit ihr Selbstbewußtsein gegenüber der Zivilisation, die ihnen gebracht wird.
- Auf der politischen Ebene beugt die antikommunistische Ideologie des ILV etwaigen Aufständen vor und schafft dem amerikanischen Imperialismus eine „soziales Basis" in der eingeborenen Bevölkerung.

Dem ILV war von der peruanischen Regierung zum 1.1.77 gekündigt worden. Es zeichnete sich aber schon Mitte '76 ab, daß der Vertrag verlängert werden würde.

bt

ZUR FRAGE DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER CIA

Der Verdacht, daß das ILV mit der CIA zusammenarbeitet, ist wohl begründet. Zwar ist es schwierig, solche Aktivitäten direkt nachzuweisen, aber einige verdächtige Anhaltspunkte weisen darauf hin, z.T. haben sie sich in Kolumbien und Ecuador als berechtigt erwiesen (in Kolumbien kaschiert das ILV eine amerikanische Militärbase. S. Artikel)
Überall fällt die ausgezeichnete Infrastruktur und das gute Kommunikationssystem des ILV mit zahlreichen Landepisten, Wasserflugzeugen und Radiosendern auf, das zur vordergründigen missionarischen und anthropologischen Tätigkeit in keinem Verhältnis steht.
Zumindest ist das ILV allen peruanischen Behörden in der Selva in technischer und logistischer Hinsicht weit überlegen. Peruanisches Militär und Polizei sind sogar darauf angewiesen, in dringenden Fällen mit den Wasserflugzeugen des ILV transportiert zu werden, da sie selbst nicht damit ausgerüstet sind. Statistisch waren das im Jahr 1975 jeweils über 100 Flüge (Jahresbericht 1975).
Das ILV allein hat die Kontrolle über Perus Amazonien. Es kann jederzeit jeden Linguisten auf Außenposten per Funk abrufen und erhält daher Informationen aus erster Hand. Diese Monopolstellung in Erschließung von Naturreichtümern und im direkten Informationsfluß wird von der CIA nicht ungenutzt bleiben.
Auch die ausgeprägte antikommunistische Ideologie des ILV ist typisch für Organisationen, die von der CIA unterstützt werden (s. P. Agee, „Inside the Company"). Es ist nicht jedem einzelnen Linguisten zu unterstellen, er sei ein CIA-Agent. Die meisten mögen in naivem Glauben unter großem persönlichen Einsatz arbeiten. Aber wie aus anderen Ländern erwiesen ist, dienen sie den Interessen des CIA. Das ILV hat z.B. in Lima ein Büro im Erziehungsministerium mit einem ständigen Draht nach Washington.
Verdächtig ist auch die Finanzierungspraxis der Wycliff-Sekte. Dem Anspruch nach sind „alle Mitglieder des ILV selbst für ihren eigenen finanziellen Unterhalt verantwortlich und erhalten keine finanziellen Zuwendungen, weder von ihrer Heimatregierung noch vom peruanischen Staat. Alle werden durch Schenkungen und Spenden von Verwandten, Freunden, Kirchen und philantrhropischen Organisationen unterhalten. „Eine der „philanthropischen Organisationen" sind die „Wycliffe Associates", eine Gruppe von Unternehmern, die die Bibelübersetzer beraten (ID Nr. 98).
In Peru ist zu erfahren, daß amerikanische Firmen, die ihre Gewinne aus Peru nicht rücktransferieren dürfen, das Geld im ILV anlegen.
Mr. Loos, derzeitiger „director in Peru", hat angeblich bei einem Interview 1970 die Frage, ob das ILV auch von der CIA unterstützt wird, nicht verneint (Paulus/Reissert, S. 22).



INDIEN

Zur Lage der Stämme

Georg Pfeffer

Nahezu 600 Millionen Menschen leben heute in der Indischen Union. Wir wissen einiges über ihren durchschnittlichen Lebensstandard, über ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt und ihre politische Führung. Die internen Probleme des Landes, die nicht so meßbar sind, weil sie zum „Überbau" gehören, sind uns weniger bekannt. Wenn wir erfahren, daß es 15 offizielle Landessprachen, ca. 65 Millionen Muslims, 10 Millionen Sikhs und 14 Millionen Christen gibt, sagt das unserer „säkular" bestimmten Vorstellungswelt wenig, obwohl das noch gemessene Angaben sind. In der innerindischen politischen Diskussion aber bestimmen solche Informationen wichtige Kontroversen, die Titel wie „Kommunalismus" und „Regionalismus" tragen und andeuten, daß die „nationale Einheit" der Inder noch keine Selbstverständlichkeit ist. Man muß sich zusammenfinden, und man muß diesen Prozeß der Nationwerden (nationbuilding) bezahlen.
Eine der vielen Randgruppen Indiens hat wohl besonders viel zahlen müssen. Gerade deshalb hört man außerhalb des Landes nicht sehr viel von ihr. Die indischen Stämme, mit 40 Millionen Menschen (etwa 7% der Gesamtbevölkerung) wohl kaum zu übersehen, machen auch zu Hause keine Schlagzeilen. Sie haben keine politische Interessenvertretung. Als Kleinbauern, Land- und Plantagenarbeiter oder als Industrieproletariat verdient ihr ökonomischer Status keine besondere Aufmerksamkeit. Oder doch?

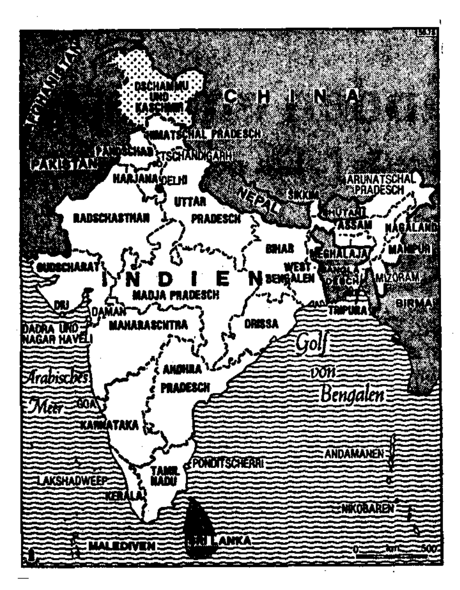
Anders als andere indische Bauern und Arbeiter sind sie Neulinge in der Klassengesellschaft. Die Stammesangehörigen haben erst in den letzten 150 Jahren gelernt, für andere zu arbeiten, die ein Recht an ihrem Land, ihrem Wald oder ihrer Person erworben hatten. Die A d i b a s i (Ureinwohner) haben das nicht „freiwillig" gelernt. Gewalt hat sie in den Rechtsstaat gezwungen. Sie verstehen diese Gewalt, dieses Recht bis heute nicht, aber sie sind ohnmächtig.

Vor sechs Jahren wurden in 17 Bundesstaaten 255 Stämme aufgelistet: Kleine Wildbeutergrüppchen und Millionen zählende Ethnien wie die Gond, Santhal, Kond, Bhil oder Oraon. Geographisch und kulturell grenzt man die Adibasi des Nordostens, also die nördlich und östlich von Bangladesh lebenden, gegenüber denen des Zentrallandes und denen aus Südindien ab. Über weite Gebiete zerstreut, wo immer Wald und Berge Deckung gaben, liegen die Siedlungsschwerpunkte dieser heterogenen Minderheit. Die einzelnen Sprachen der Stämme gehören zu unterschiedlichen Sprachgruppen, wie etwa der indo-arischen, der dravidischen oder der einheimischen, der sogenannten kolarischen Gruppe. Kein souveräner politischer Verband hat jemals die Stämme - oder auch nur einen einzigen von ihnen als solchen - in einer „nationalen" Einheit zusammengefaßt. Es gab zwar Staaten der Gond, aber nie einen Staat aller Gond.

Die traditionale Stammesgesellschaft

Wenn wir die Geschichte dieser Ethnien verstehen wollen, müssen wir zunächst festhalten, daß Indien noch vor hundert Jahren ein u n t e r bevölkertes Land war. Die produzierten Nahrungsmittel deckten den Bedarf. Boden stand zur Verfügung. Ausländische Eroberer, die bis zur Zeit der Europäer immer wieder von Nordwesten her eindrangen, mochten zwar die Ebenen des Indus oder Ganges einnehmen: Ihr Steuerdruck auf die jeweiligen Voreinwohner wurde aber immer durch deren Abwanderungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die so Abgedrängten verbreiteten auch im Süden und Osten des Subkontinents die Zivilisation von den Flußtälern aus. Zentrale Verwaltungen ließen etwa an den Mündungsläufen des Brahmaputra, Mahanadi, Godaveri oder Kaveri reiche Pflugbau-Kulturen aufkommen. Aber die Kontrolle dieser Verwaltungen und ihre technischen Neuheiten (z.B. der Pflug) konnten sich außerhalb der Flußsysteme nur sehr allmählich oder gar nicht durchsetzen. An den Staatsgrenzen konnten sich die Stämme dementsprechend den wirtschaftlichen, politischen oder religiösen Aussagen der Zivilisation anpassen. Sie hatten aber auch die Waffen, Widerstand zu leisten, oder die Aussicht, sich durch weitere Abwanderungen in Bergregionen dem staatlichen Druck zu entziehen.

Die soziale Organisation der größeren Stämme ähnelte der der zentralindischen Munda: Der einzig wichtige politische, wirtschaftliche und kultische Verband war die Dorfgemeinschaft, der erweiterte Verwandtenkreis, den wir hier Sippe nennen können. Die Sippe hatte das Dorfland gerodet und kontrollierte es deshalb. Stammbäume stellten einen lockeren Bezug zu anderen Sippen in der Nachbarschaft her. Nachbarn nahmen an Festen teil, stellten Schiedsrichter bei internen Konflikten und halfen bei Fehden gegen Fremde (des gleichen Stammes). Mit diesen Fremden mußte man sich aber auch arrangieren, weil die eigenen Ehefrauen immer aus fremden Sippen kamen. Das Verbot der Endogamie, d.h. Heirat innerhalb der eigenen Sippe, gewährleistete die Friedensbereitschaft der Sippe nach außen.



Wichtiger als die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Fremden war die mit der Natur. In einer Gemeinschaftsanstrengung wurde etwa alle drei Jahre neuer Boden durch Brandrodung urbar gemacht und dann mit Hilfe von Hacken bebaut. Zur Besänftigung der Naturgeister nach diesem Eingriff in die natürliche Ordnung ließ man einige Bäume des Ur-Waldes stehen als Kultzentrum der Sippe, als heiliger Hain.

Die Sippenältesten verstanden den Umgang mit der Natur und den Fremden. Nur deshalb achtete man sie. Keine wirtschaftlichen Vorrechte erhoben sie über ihre Verwandten. Solche Privilegien hatten aber alle Nachfahren der Dorfgründer gegenüber „Dauergästen" der Siedlung. Als „Gäste" galten die durch Heirat (nicht durch Abstammung) verwandten Bewohner und die Handwerker (Schmiede, Töpfer, Weber), die anderen Stämmen angehörten, anders arbeiteten und deshalb ungleich, nicht selten auch unrein/gefährlich waren.

Unterschieden wurden auch die Jungen der Sippe von den Verheirateten. Jugendclubs halfen bei Sonderarbeiten (z.B. Hausbau) und als „Springer" zu Erntezeiten. Vor allem organisierten sie die Musik- und Tanzwettbewerbe und den Besuchsverkehr bei Festlichkeiten. Fremde Jungen übernachteten in den Klubhäusern der Mädchen. Knaben und Mädchen erlernten in ihren jeweiligen Versammlungszentren die Überlieferungen und Gesetze von Sippe und Stamm.

Die Idylle dieser Stammesverfassung wurde natürlich durch eine Reihe von Faktoren gestört, wie etwa durch das im Sommer mörderische Klima, Krankheiten und wilde Tiere. Auch im vorstaatlichen Stadium gab es immer wieder Kontakte zur Zivilisation. Man baute den Hindus die Reisfelder nach und mußte diese langfristigen Investitionen dann durch Sippenverbände verteidigen. Obskure Hindufürsten verbündeten sich mit Stammeskriegern, um ihre Nachbarn zu bedrohen und nach dem Feldzug Ehrentitel und Geschenke zu verleihen. Offiziere der muslimischen Kaiser von Delhi brachen seit dem 12. Jahrhundert mit ihren Truppen alle paar Jahrzehnte in die Waldgebiete ein, auf der Suche nach Elefanten für das Heer und Diamanten für die Staatskasse. Wenn sie sich nicht verirrten, „eroberten" sie das Land, ohne ihren Anspruch durchsetzen zu können. Allerdings verbündeten sich einige Sippenälteste mit den Vertretern des Kaisers, und nachdem sie etwas vom höfischen Pomp und der Ahnenreihe der hinduistischen Kriegerkaste gelernt hatten, sollten die Stammesmitglieder Steuern für den Hofstaat der neuen Fürsten aufbringen. Aber nur in der unmittelbaren Nachbarschaft dieser „entwickelten" Adibasi setzte sich der Herrschaftsanspruch durch - zumindest bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.

Kolonialismus

Im wichtigsten Stammesgebiet, in Zentralindien, ändert sich diese Lage im 19. Jahrhundert, als die „Segnungen der europäischen Zivilisation" einbrechen. Die Engländer legen Verkehrswege in die Rückzugsgebiete. Ihre Verwaltung führt Stempel und Währung ein, ihre Justiz den Rechtsstaat. Einheimische Fürsten gelten jetzt als Eigentümer des Bodens und sind deshalb steuerpflichtig. Wo früher keine Fürsten waren, kommen sie jetzt plötzlich auf. Um ihre Steuerpflicht zu erfüllen und den Fortschritt zu verbreiten, rufen diese fürstlichen Großgrundbesitzer eine Horde indischer, von den Stammesmitgliedern aber als Ausländer angesehener Experten ins Land: Bildungsexperten für die jetzt florierenden Tempel und Klöster, Sicherheitsexperten für die Privatpolizei und Wirtschaftsexperten für die Kapitalbeschaffung und -verwertung. Diese Masse von Hindus, Muslims und Sikhs, in der Ebene an koloniales Verwaltungsrecht gewöhnt, besetzt das Land der Adibasi gewaltsam oder schwätzt es ihnen ab, erfindet ständig neue Steuertitel und neue Möglichkeiten der Unterverpachtung. Friedliche Händler stoßen zu den D i k u (d.h. Fremden der Ebene), um die Neureichen mit Luxuswaren zu versorgen. Für die Stammesmitglieder wird Frondienst zur Institution und ihre „nackten Weiber" sind natürlich Beute der Zivilisatoren.

Die Adibasis wehren sich gegen jeden Vorstoß ins Stammesland. Jede neue Steuer oder Landnahme führt zu einem spontanen Aufstand, der mit Gewalt niedergeschlagen werden muß. Die Engländer, gewohnt mit wenigen (meist indischen) Truppen den Subkontinent zu erobern, entdecken hier den edlen Wilden. Ihre Hochachtung gilt denen, die, nur mit Axt, Pfeil und Bogen bewaffnet, sich alljährlich niederkartätschen lassen. Die britischen Hilfswilligen dagegen werden geschmäht und - unterstützt. Der Staat muß sich im Interesse von „good government" gegen Aufständische durchsetzen.

Im größten und wichtigsten Stammesgebiet, das den Süden Bihars, den Osten Madhya Pradeshs und den Westen Orissas ausmacht, tritt um 1850 eine neue politische Größe auf: Lutherische Missionare aus Berlin, später aus Anglikaner und Jesuiten. Sie bauen Kirchen, Schulen und Krankenhäuser. Für die Adibasi gelten sie bald als Anwälte und Heilsbringer, denn diese europäischen Humanisten engagieren sich ganz offensichtlich für die Stämme, ohne dabei immer zimperlich mit Versprechungen zu sein. Für Glaube und Gehorsam etwa verspricht ein deutscher Pfarrer die Rückgewinnung des verlorenen Landes. Die Missionare setzen sich auch tatsächlich für diese Dinge bei der Kolonialverwaltung ein. Sie prozessieren und starten „Prayer, Protest and Petition"-Bewegungen, aber sie erreichen nichts.

Die letzte große Stammesbewegung (1890-1900) ist die enttäuschte Reaktion. Sie ruft zum Widerstand gegen Dikus, Briten und Missionare auf, denn „alle Weißen tragen denselben Hut".
Ihr Führer, der Prophet Birsa Munda, ist ein Missionsschüler. Er ähnelt dem Jesus auf den verteilten Kitschbildchen und predigt in Gleichnissen, vor allem aber o r g a n i s i e r t er erstmals eine überlokale militante Kirche für die Vision eines Gegenstaats ohne Fremde, für das neue Reich und nicht mehr für die Sippenverfassung. Natürlich hat diese Bewegung keine Chance gegen die Kolonialpolizei.

Kapitalistische Durchdringung

Im 20. Jahrhundert weicht der Widerstandswille der Adibasi einer Phase „lähmender Verzweiflung", wie es in der Litaratur heißt. Eine Reihe formaler Zugeständnisse (siehe unten) können das Trauma der erfahrenen Gewalt nicht verdrängen. Im zentralindischen Kerngebiet (Chota Nagpur) kommt es in dieser Phase zu einigen markanten Veränderungen der Gesellschaft. Die wichtigste davon ist der Sprung in den Kapitalismus. Mitten im Stammesgebiet werden die wichtigsten indischen Bodenschätze (Kohle, Eisen) entdeckt und die Ausbeutung wird Großkonzernen überlassen. Diese Konzerne bauen seit der Jahrhundertwende nicht nur Fabriken sondern ganze Großstädte in den Dschungel. Neben der Beschäftigung in den Plantagen von Bengalen und Assam wird Industriearbeit deshalb eine Geldquelle für die Adibasi und die Arbeit der Adibasi eine Geldquelle für andere. Ohne die anderswo übliche Zwischenstufe der hinduistischen Kastengesellschaft erleben die Stämme also unmittelbar die Gesetze des Marktes.

Eine weitere Neuerung sind die dann anfallenden ersten Erfolge der Missionsschulen. Gebildete Adibasi können sich jetzt von Ungebildeten distanzieren und z.B. in den „ohne Ansehen der Person" operierenden Großbetrieben des Bergbaus Schreiber werden.

Die Missionsarbeit wirkt sich auch auf die Organisationsweise der Stämme aus. Gemeinden zeigen Adibasis, daß Gruppen nicht selbstverständlich durch Verwandschaft bestimmte Gruppen sein müssen. Gemeinden und Assoziationen innerhalb und außerhalb der Kirchen werden deshalb aufgebaut. Besonders Gebildete vereinen sich für alle möglichen Zwecke. Klubs entstehen, deren Mitglieder wie Hindus Rindfleisch und Alkohol meiden, in denen Mitgift statt Brautgeld bezahlt oder auf Stühlen statt auf Matten gesessen wird.

Politische Organisation

Verfassungsänderungen 1919 und 1936 verändern schließ-

lich auch die politische Szene. Gewählte Parteivertreter übernehmen die lokale Selbstverwaltung und einige Parteien können sich öffentlich organisieren. Die Kongress-Partei um Gandhi kämpft gegen die englischen Kolonialherren, die Muslim Liga um Jinnah und die Unberührbaren um Ambedkar gegen die Vorherrschaft der Kastenhindus. Erste Versuche, eine Partei der Adibasi zu gründen, scheitern, bis ein Führer vom Kaliber der oben genannten Notablen 1939 die rivalisierenden Honoratioren einigen kann. Natürlich ist diese neue Jharkhand-Partei nur schlagkräftig, wenn die Gebildeten, die Aufsteiger und Missionszöglinge, die Klubpräsidenten und Firmenangestellten alle wichtigen Ämter besetzen. Trotzdem schließt sich auch die Masse der Ungebildeten der Forderung ihres Führers Jaipal Singh an, der auf Oxford-Englisch „nichts weniger als eine eigene Existenz" für die Stämme verlangt, d.h. Autonomie von Jharkhand, dem „Waldland" in Zentralindien. Zu mehr als Äußerungen dieser Art ist es seitdem nicht gekommen. Wie die in Indien verbliebene Rest-Muslim Liga oder die Republikanische Partei der Unberührbaren bringt es die Jharkhand-Partei niemals zu mehr als einer Handvoll Ministerien in höchst fragwürdig zusammengewürfelten Provinzkabinetten. Ihr Führer Jaipal Singh beschäftigt sich hauptsächlich in Untersuchungskommissionen. Die Funktionäre unter ihm machen nur Schlagzeilen, wenn sie mit der Partei- oder Gewerkschaftskasse durchgegangen sind.

Zur heutigen Situation

Dieser politische Fehlschlag ist die Folge der indischen Verfassungswirklichkeit. Die Verfassungsväter hatten von der Kolonialmacht das System der „arrangierten Toleranz" gelernt, auch wenn sie die Engländer verteufelten. Denn so wie im Kolonialreich den diversen indischen Minoritäten ein repräsentativer Freiraum zugestanden wurde, so bewahrt auch die gegenwärtige Verfassung die „nationale Einheit", indem sie einigen Minderheiten „protektive Diskriminierung" zukommen läßt. In der Sache der Stämme stützt sie sich sogar explizit auf Kolonialgesetze.

Artikel 15, 16 und 19 der Verfassung gestatten diese Sondergesetzgebung, Artikel 46 schützt die vom Präsidenten bestimmten „Scheduled Tribes" vor „jeglicher Form der Ausbeutung" u.s.f.

Materiell sieht dieser vielfach propagierte Stammesschutz vor, daß Schwerpunktgebiete der Adibasi („Scheduled Areas") mit Sondermitteln der Zentralregierung und durch ihre Sondervollmachten aufgebaut werden sollen. Posten im Staatsdienst werden speziell für Adibasis reserviert, ebenso wie Sitze in Provinz- und Zentralparlamenten. Stammesangehörige sollen Lehrmittelfreiheit, Stipendien und Heime in den Schulen erhalten und ihr Land darf nur mit Sondergenehmigung verkauft, ihr Wald nicht geschlagen werden. Gesetze sollen ferner Geldverleiher und Schnapsbrenner auf Distanz halten.

Diese formellen Regelungen, die alle zehn Jahre von Regierungskommissionen kritisch (und selbstkritisch) überprüft werden, leiden daran, nicht durchführbar zu sein. Kein Gesetz kann z.B. private Geldgeschäfte regeln und das Verbot der Schnapsbrennerei trifft in erster Linie die Adibasis. Was sie früher in Eigenproduktion für alle rituellen Anlässe herstellten, müssen sie nun von teuren Lizenzhaltern oder Schwarzhändlern kaufen.

Der Wald scheint im wesentlichen v o r den Adibasis geschützt zu werden, nicht aber vor den Holzkonzernen, die in den letzten Jahrzehnten katastrophale Schäden anrichteten. Niemals hat die so oft verteufelte Brandordnung auch nur entfernt so effektiv wie die Holzbranche den Wald vernichten können, aber wenn das Holz mit Lastwagen abgefahren wird, geschieht das mit Lizenz und zum nationalen Aufbau.

Die Sondergenehmigungen zum Landverkauf sind bei (meist hinduistischen) Distrikt-Kommissaren zu bekommen. Auch wenn sie nicht erteilt werden, ist das Eigentumsrecht der Adibasi in der Regel nicht in Grundbüchern eingetragen, weil es in den Stammesgebieten meist keine Grundbücher gibt. Folglich kann auch eine Eigentumsübertragung nicht blockiert werden.

Die reservierten Verwaltungsposten werden heute, 30 Jahre nach Erlangung der indischen Unabhängigkeit, langsam tatsächlich von der Adibasi-Elite aufgefüllt. Aber diese Elite hat sich angepaßt. Vielleicht unter Entbehrungen lernten Stipendiaten wie man gebildet wird, Rindfleisch meidet und sein Land behält. Aber vor allem lernten sie wohl, daß ihr persönlicher Aufstieg immer von der Gunst irgendwelcher Hindu-Bescheiniger abhängt. Um des persönlichen Fortkommens willen müssen sie für die Hindus und nicht für die Adibasis akzeptabel sein. Außerdem sind die Chancen dieser inzwischen konsolidierten „Kaste" der Stammeselite auf dauerhafte Kontrolle der reservierten Posten um so größer, je unbedarfter die Masse der Stammesmitglieder bleibt. Bei den Parlamentariern kommt eine weitere Außenkontrolle hinzu: In den für Stammesabgeordnete reservierten Wahlkreisen wählen alle Einwohner, auch die Nicht-Adibasi, die manchmal bis zu 45% der Bevölkerung stellen. Ihr Stimmanteil gibt dann den Ausschlag für die Wahl. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß Adibasi-Parlamentarier bisher nicht auffielen, es sei denn als Stimmvieh.

Die Sondermittel zur Entwicklung der „Scheduled Areas" schließlich sind zwar geflossen, man weiß nur nicht, wohin. Weil diese Schwerpunktgebiete nicht mit Distrikten identisch sind, Abrechnungen der Entwicklungsgelder aber immer auf Distriktebene erfolgen, weiß man nicht, wem genau die Mittel zugute kamen. Oder man will es nicht wissen.

Zweifellos sind aber die Stammesgebiete in den letzten Jahrzehnten in vieler Hinsicht weiter entwickelt worden. Straßen und Staudämme wurden gebaut, ebenso wie (mit sowjetischer und mit westdeutscher Hilfe) Stahlwerke. Gegenwärtig ist man dabei, den Bastar-Distrikt einzunehmen, der den Südosten Madhya Pradeshs ausmacht, weil dort enorme Bodenschätze gefunden wurden. Die Frage ist nur, was die Stämme von dieser Entwicklung haben.

Sieht man von ihrer kleinen bereits „verkasteten" Elite ab, so ist die Lebenserwartung eines Adibasi Plantagen- oder Industriearbeiters heute sicher nicht höher, als die eines Brandrodungsbauern vor 200 Jahren. Heute dürfen die Adibasi - als unterste Schicht - an der Zivilisation teilnehmen, sie dürfen sich sogar in linken Parteien engagieren. Etwa die Lektüre von spontanistischen Naxaliten-Erhebungen zu Beginn der 70er Jahre in den Stammesgebieten kann aber kein vernünftiger Anlaß für neue Hoffnungen sein, ebenso wie rückorientierte ethnologische Berichte von den letzten Inseln der Stammeskultur diese nur gefährden. Die Stämme haben als eigenständige politische, ökonomische oder kulturelle Einheiten zu existieren aufgehört, denn sie ertragen heute, was alle indischen Land- und Industriearbeiter zu ertragen haben: Not und Elend.

Literatur:

1) Schwerin, Detlef, Von Armut zu Elend, Kolonialherrschaft und Agrarverfassung in Chota Nagpur, 1858-1908. Wiesbaden 1977
2) Bailey, F.G., Tribe, Caste and Nation. A Study of Political Activity and Political Change in High Land Orissa. London 1960
3) Orans, Martin, The Santhal. A Tribe in Search of a Great Tradition. Berkeley 1962
4) Elvin, Verrier, A New Deal for Tribal India. Delhi 1963
5) Report of the Commissioner for Scheduled Castes and Scheduled Tribes. Delhi, jährlich. Besonders wichtig ist der Report von 1961.

Eine große Anzahl von anschaulichen Schilderungen über die Lebensweise der Stämme haben V. Elvin und S.N. Roy gefaßt. In größeren Bibliotheken erhältlich.

IMPERIALISMUS
Interview mit André Gunder Frank

Einleitung

Die Arbeiten Andre Gunder Franks über Länder der Dritten Welt gehören zu den grundlegenden Beiträgen der Dependenz-Debatte. Der Begriff der Dependenz - - Spanisch dependencia - - rückte in den frühen 60'er Jahren ins Zentrum der progressiven Diskussion um das Phänomen der Unterentwicklung. Der Dependenz-Ansatz beinhaltet eine qualitative Ergänzung der „klassischen" Imperialismustheorien, die vor allem die Mechanismen des Imperialismus der Analyse unterzog und die Entwicklungsländer nur als Randzonen des kapitalistischen Marktes betrachteten. Mit der Dependenz-Debatte werden nun die Entwicklungsländer selbst in den Brennpunkt der Betrachtung gerückt. Die neue Perspektive ermöglicht eine gezielte materialistische Analyse Lateinamerikas (und der Dritten Welt) vom Blickwinkel der unterentwickelten Länder her: zum ersten Mal werden unter der Frage nach den Auswirkungen des weltkapitalistischen Systems die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Strukturen der Dritten Welt-Länder selbst systematisch untersucht. Die Dependenz-Forschung wendet ihren Blick also nicht primär auf die Herrschaft des Kapitalismus (des externen Imperialismus), sondern auf die grundsätzlich anders gearteten gesellschaftlichen Strukturen und Mechanismen der beherrschten Länder (der internen Dependenz).

Eine der wichtigsten Anstöße in der Dependenztheorie gab Andre Gunder Franks Ausdifferenzierung des „Metropolen-Satelliten" Verhältnisses in einer seiner frühesten Schriften „Capitalism and Underdevelopment in Latin America" (1967), dessen Übersetzung ins Deutsche erstmals die Dependenztheorie in der Bundesrepublik in die Diskussion brachte. Aus Kapitalismus und Unterentwicklung (1) stammt der folgende Passus, der die Metropolen-Satelliten Beziehung in Kürze schildert:

> *„Somit enteignet die Metropole wirtschaftlichen Surplus von ihren Satelliten und eignet sich ihn für ihre eigene Entwicklung an. Aus Mangel an Zugang zu ihrem eigenen Surplus und wegen der gleichen Polarisierung und der ausbeutenden Widersprüchen, die die Metropole in der einheimischen Wirtschaftsstruktur des Satelliten einführt und aufrechterhält, bleiben die Satelliten unterentwickelt. ..*
> *Wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung sind zwei Seiten einer Medaille. Beide sind notwendiges Ergebnis und gleichzeitig die Manifestation der inneren Widersprüche im weltkapitalistischen System. Wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung unterscheiden sich nicht nur relativ oder quantitativ, etwa daß ein Land größere wirtschaftliche Entwicklung aufzeigte als das andere; wirtschaftliche Entwicklung und Unterentwicklung sind aufeinander bezogen und zeigen qualitative Differenz, da strukturelle Verschiedenheiten bestehen, die dennoch durch gegenseitige Beziehung hervorgerufen wurden. Trotzdem sind sich Entwicklung und Unterentwicklung gleich, insofern als sie Produkt einer einzigen aber dialektisch widersprüchlichen wirtschaftlichen Struktur und eines Prozesses des Kapitalismus sind. Man kann sie daher nicht als Produkte verschiedener Entwicklungsstadien wirtschaftlichen Wachstums, die innerhalb des gleichen Systems erreicht wurden, betrachten. Ein und derselbe historische Prozeß der Ausdehnung und Entwicklung des Kapitalismus über die ganze Welt hat simultan – und fährt fort das zu tun – sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch die strukturelle Untrentwicklung hervorgebracht."*

Die Studien Andre Gunder Franks und der gesamten Dependencia Debatte liefern einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer wirksamen revolutionären Politik zur Befreiung vom Imperialismus in den unterentwickelt gehaltenen Ländern.
Andere Arbeiten von A. G. Frank sind:
- *Latin America: Underdevelopment or Revolution (1969)*
- *Sociology of Development and Underdevelopment of Sociology (1967/1969)*
- *Lumpenbourgeoisie: Lumpendevelopment (1970)*
- *Accumulation, Dependence and Underdevelopment (mit D. Johnson und J. Cockcroft, 1970)*

In Vorbereitung ist außerdem eine Studie mit dem Arbeitstitel The Contemporary World Crisis.
Andre Gunder Frank wurde 1929 als Sohn des Schriftstellers Leonhard Frank in Berlin geboren.
Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung floh die Familie Frank 1933 in die Schweiz und 1940/41 in die USA. Dort ist A. G. Frank aufgewachsen. Er promovierte im Jahr 1957 in Ökonomie an der Universität von Chicago. Er erwies sich jedoch als „schlechter Schüler" dieser Fakultät, deren Hauptvertreter, Milton Friedman (der diesjährige Nobelpreisträger für Ökonomie) und Arnold Harberger, die wichtigsten ökonomischen Berater der chilenischen Militärjunta sind. (2) Nach seiner Promotion war Frank als Professor tätig in verschiedenen Universitäten in den USA. Canada, sowie in Belgien, Brasilien und Mexiko. Zwischen 1968 und 1973 war A. G. Frank Dozent an der Universität in Chile. Nach dem Putsch der Militärjunta 1973 floh Frank in die Bundesrepublik, wo er einen Forschungsauftrag des Max-Planck Instituts in Starnberg erteilt bekam. Im Wintersemester 73/74 war er Gastprofessor an der Freien Universität Berlin. Danach bewarb er sich um eine Professur an der Universität Frankfurt. Das Ergebnis dieser Bewerbung zeigt deutlich, wie wenig eine Nationalökonomie der Befreiung bei den Kultusministern in der BRD willkommen ist (siehe Kasten). Willkommen ist Frank auch nicht bei den USA-Behörden, die ihm seit 1963 die Wiedereinreise verweigern. Ende Februar dieses Jahres sollte A. G. Frank zu einer Dritte Welt Tagung nach Canada reisen. Jedoch wurde ihm auch dort die Einreise verwehrt mit der Begründung, er sei ein „Sicherheitsrisiko". Aus Protest gegen diese Maßnahme zogen mehrere canadische Wissenschaftler ihre Teilnahme zurück, woraufhin die ganze Tagung abgesagt wurde. Die Verweigerung der Einreise bestätigt noch einmal: Theorien der Befreiung der Dritten Welt sind ein „Sicherheitsrisiko" für die kapitalistischen Länder.
Im folgenden drucken wir ein Interview ab, das André Gunder Frank einem Redaktionsmitglied der blätter Ende 1976 gab. Das Interview dreht sich in der Hauptsache um das Problem: gegenwärtige Krise des Imperialismus und die Auswirkungen auf die Länder der Dritten Welt.

jols

Frage: Könnten Sie Stellung beziehen zum Schlagwort „Krise des Imperialismus" oder „Krise des Kapitalismus"? Gibt es eine solche Krise? Oder eher eine Konsolidierung?

A. G. F.: Ich glaube nicht, daß „Krise" das richtige Wort ist, wenn mit „Krise" gemeint wird, daß der Imperialismus im Begriff ist unter seinem eigenen Gewicht zusammenzubrechen. Was jedoch klar zu sein scheint ist, daß es eine Krise der Kapitalakkumulation (3) gibt in der gesamten kapitalistischen – d.h. imperialistischen Welt – und daß es eine Krise von großem Ausmaß ist; vergleichbar der Krise der 30er Jahre, was eigentlich eine Krise der Jahre 1914 bis 1945 war, und vergleichbar der Krise von 1873 bis 1896 – wovon letztere die Entstehung des klassischen Imperialismus (4) mit sich brachte und die zuerst erwähnte wie wir wissen, nicht nur die beiden Weltkriege, den Faschismus, den Monopolkapitalismus (5) und staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern auch die Sowietische und Chinesische Revolution.
Diese Krisen der Kapitalakkumulation der Vergangenheit haben es einerseits notwendig und andererseits möglich gemacht, daß der Kapitalismus sich reorganisierte und sich den Wachstumsschwierigkeiten der vorangehenden Expansionsperiode anpaßte – sich also in diesem Sinne konsolidierte.
Der Prozeß der Kapitalakkumulation ist immer ungleichmäßig verlaufen – räumlich und sogar zeitlich – und war immer gekennzeichnet durch sogenannte Konjunkturzyklen (6) und auch durch sogenannte lange Wellen der Expansion und Kontraktion (7) (oder Expansion und verminderte (Expansion). Nach einer Zeit der Expansion entwickelte das System eine Reihe von Hindernissen, die nur durch eine wesentliche qualitative Anpassung zu überwinden sind, wovon die Entstehung des Imperialismus ein Beispiel ist, sowie die Entwicklung des Monopolkapitalismus.
Nach der Expansion der Nachkriegszeit (nach dem 2. Weltkrieg) – eine Expansion, die zum Teil die Anpassungen darstellte auf die vorhergehende Krisenzeit d.h. auf die Depression (8) und die Kriege – gibt es zunehmend Beweise dafür, daß sich der Weltkapitalismus seit Mitte der 60er Jahre wieder in einer Persiode der Akkumulationskrise befindet. Erstens istseit der Mitte der sechziger Jahre die Profitrate gesunken. Zweitens hat es in zunehmendem Maße Finanzkrisen gegeben, wie die von 1971. Und dann die Krise der Gegenwart: die Finanzkrisen, die Ölkrise, der Übergang vom Bilateralismus oder Bipolarismus zum Multipolarismus (wie es Kissinger nennt, oder fünf-seitigem Polarismus, was immer), und dann natürlich auch die wachsende Häufigkeit und zunehmende Schwere und Gleichzeitigkeit der Rezessionen (9) bei der Rezession von 1967 in verschiedenen Ländern. In den USA wurde die Rezession in Schach gehalten durch die Vietnam-Kriegs-Ausgaben – das aber auf Kosten der Schaffung eines riesigen Inflations-Potentials u.a., und zwar nicht nur für die USA, sondern auch für die restliche Welt, wohin die USA diese Inflation exportiert hat. Und dann die Rezession von 1970, die Rezession von 1973-75, die die schwerste war seit den 30er Jahren: über 17 Millionen Arbeitslose – offiziell arbeitslos – in den führenden Industrieländern; in den USA eine Arbeitslosenrate von 9,2 % im Mai 1975, und dazu die Inflation; und weiter die relativ l a n g s a m e Erholung von dieser Rezession seit Mitte 1975 – eine Erholung mit verschiedenen wichtigen Merkmalen: erstens hat diese Erholung in keiner der Industrieländer die Arbeitslosigkeit beseitigt – in Europa steigt die Arbeitslosigkeit weiter an, besonders in Großbritannien und Italien. Zweitens beruht die Erholung gänzlich auf der Konsumentennachfrage und der Auffüllung der Lagerbestände und nicht, bemerkenswerterweise, auf eine erneute Zunahme der produktiven Investitionen (10), so daß es fast sicher ist, daß diese Erholung oberflächlich und zeitlich begrenzt sein wird. Es kommt hinzu, daß seit Anfang dieses Sommers diese konjunkturelle Erholung schon wieder beginnt sich abzuflachen, daß in den führenden Industrieländern die Arbeitslosigkeit noch weiter zunimmt und daß die Wachstumsrate der Produktion schon wieder gefallen ist.
Es fragt sich, ob wir uns bereits am Anfang einer neuen Rezession befinden – wie manche, aber noch sehr wenige meinen– oder wann der erneuerte Rückfall in eine neue Rezession erfolgen wird. US. News & World Report veröffentlichte im Juli (1976) eine Umfrage, in der auch Lawrence Kline (Wirtschaftsberater von Jimmy Carter) befragt wurde. Hier hieß es, daß die Erholung sich fortsetzen würde und sich bis in die 80er Jahre hinein zu einem Boom der Art der Kennedy-Johnson-Ära entwickeln könnte. Jedoch erschien dann in U.S. News im Oktober eine Umfrage von sogenannten 'business economists' (Wirtschaftsberater der Konzerne). Von diesen

> „glauben 6 %, daß die nächste ökonomische Abwärtswende 1977 stattfinden wird, 54 % glauben, sie findet 1978 statt und 25 % meinen 1979 ..."

Und zugleich meinen einige von ihnen – wie ich auch vermute – daß die kommende Rezession noch schärfer sein wird als die, die wir gerade durchgemacht haben. Die Abwärtswende wird diesmal einsetzen bei einer noch sehr hohen Arbeitslosigkeit. In den USA war im vorigen Frühjahr die Arbeitslosigkeit gesunken – offiziell bis auf 7 % – aber jetzt ist sie auf 7,9 % wieder gesteigen. Das bedeutet, daß sie in den wichtigsten Industriestädten über 10 % liegt; unter weißen Jugendlichen liegt die Arbeitslosigkeit bei 20 %, unter den nicht-weißen Jugendlichen bei 40 %.

Ein sehr bedeutender Aspekt dieser Entwicklung ist zum Beispiel dies: Die September Ausgabe der Zeitschrift Fortune spricht mit großem Nachdruck von einigen angeblich neuen wissenschaftlichen Studien aus den USA, die besagen, daß die Obergrenze für „natürliche" Arbeitslosigkeit („Vollbeschäftigung" bei 6 % bis 6 1/2 % anzusetzen sei und nicht bei 4 %, wie bislang irrtümlich behauptet worden sei. Vor einigen Tagen wurde in einem Editorial (New York Times oder Washington Post) „vorgeschlagen", daß die „natürliche" Arbeitslosenrate sogar noch höher anzusetzen sei, ungefähr bei 7 % oder 8 %. Dieses ist nur einer von vielen Beweisen dafür, daß das Kapital und seine Vertreter eine Politik der gewollten Arbeitslosigkeit betreiben, um die Arbeiterschaft zu disziplinieren und ihr eine Verminderung des Reallohns (11) aufzuzwingen; – dies als einer von vielen Mechanismen zur Reduzierung der Produktionskosten und zur Erhöhung der Profitraten. Andere Mechanismen sind die Ersetzung von ehemals führenden Industrien durch neue Industrien mit einer neuen Technologie, besonders im Energiesektor, in der Ausbeutung von Rohstofflagern im Meeresboden und im Gebrauch von biochemischen Stoffen in der Industrie. Für all das sind unermeßliche Finanzmittel erforderlich. Kissinger sprach von Investitionen in Höhe von einer Billion (d.h. 1.000,000 Millionen US-Dollars) allein für die Entwicklung von neuen Energiequellen. Diese Art Investitionsprogramme werden nicht verwirklicht werden, ehe die Profite wieder gestiegen sind, und sie werden nicht wieder steigen, ohne die Durchsetzung einer ganzen Vielfalt von Zwangsmaßnahmen wie wir sie jetzt schon in England, Italien, Frankreich und Portugal angewendet sehen.

Frage: Wie wirkt sich die Krise des Kapitalismus – mit den

BERUFSVERBOT AUF UMWEGEN: DER FALL ANDRE GUNDER FRANK

Nach dem Militärputsch vom September 1973, der ihn zwang Chile umgehend zu verlassen, kehrte A. G. Frank in sein Geburtsland Deutschland zurück. Er bewarb sich hier 1975 an der Universität Frankfurt um einen zum Arbeitsbereich „Ökonomische Strukturen und sozio-politische Bewegungen in der Dritten Welt" ausgeschriebene H-4- Dozentur. Seine herausragende wissenschaftliche Qualifikation sicherte ihm auf der Berufsungsliste des zuständigen Fachbereiches 'Gesellschaftswissenschaft' erwartungsgemäß Platz Nr. 1. Die Berufungsliste wurde von der Fachbereichskommission einstimmig angenommen. Auch der Senat der Universität gab – nach einigem Widerstand – seine Zustimmung für die Berufung von A. G. Frank und der Berufungsvorschlag wurde im Februar 75 dem hessischen Kultusminister Krollmann (SPD) zugeleitet. Was dann geschah kommt einem Skandal gleich:

Berufungsabsichten der Universitäten bedürfen wie in allen anderen Bundesländern auch in Hessen der Billigung durch den Kultusminister. Das war bis vor wenigen Jahren in der Praxis mehr oder weniger nur ein formaler Akt. In aller Regel stimmten die Kultusminister den Berufungsvorschlägen der Universitäten kommentarlos zu. Erst in neuerer Zeit haben die Kultusminister der Länder begonnen, von dieser Regel abzuweichen und von dem ihnen legal zustehenden Ablehnungsrecht von Berufungslisten zunehmend häufiger Gebrauch zu machen. So auch der hessische Kultusminister Krollmann im Fall A. G. Frank. Offenbar aus Sorge vor einem politischen Eklat (Frank ist Sohn des antifaschistischen Schriftstellers Leonhard Frank und einer jüdischen Mutter, die vor dem Faschismus aus Deutschland fliehen mußten und ist als politischer Flüchtling in die BRD zurückgekehrt) tat Krollmann solches nun nicht in direkter Offenheit, sondern inszenierte eine legalistisch aufgezogene Schmierenkomödie:

Krollmann verlegte sich zunächst einmal darauf, über Monate hinweg den ihm im Februar 1975 schriftlich zugegangenen Berufungsvorschlag der Universität gänzlich zu ignorieren. Die Eingangsbestätigung des Berufungsvorschlages kam erst im Juni 1975, n a c h der Verhängung eines allgemeinen Einstellungsstops im Hochschulbereich. Dem Minister war damit die Gelegenheit geboten, mit einer politisch weniger anfechtbaren legalistischen Begründung (allgemeiner Einstellungsstop) die Berufung von A.G. Frank an die Frankfurter Universität zu unterbinden.

Doch die Geschichte ging noch weiter: Auf Druck von verschiedenen Gruppen, die an den Hochschulen von dem Einstellungsstop betroffen waren, sah sich der Minister gezwungen, den Termin für das Inkrafttreten des Einstellungsstops um einige Wochen zu verschieben. Damit war das gegen eine Berufung Franks anzuführende Argument des allgemeinen Einstellungsstops hinfällig. Seine Berufung hätte jetzt erfolgen können. In dieser Situation nahm Krollmann wieder Zuflucht in die schon vorher verfolgte Verschleppungstaktik. Er verlegte sich auf weitere sechs Monate Schweigen und teilte dann im Dezember 75 dem Fachbereich Gesellschaftswissenschaft der Universität Frankfurt mit, daß er aus finanztechnischen Gründen einer Besetzung des Lehrstuhls für „Ökonomische Strukturen und sozio-politische Bewegungen in der Dritten Welt" nicht zustimmen könne, womit auch die Berufung Franks endgültig abgelehnt war. Wörtlich argumentiert der Minister wie folgt:

„Nach reiflicher Überlegung (neun Monate; Anm. d. Red.) habe ich mich entschlossen, den Berufungsvorschlag zurückzugeben. Wesentlich für meine Entscheidung war vor allem folgendes: Obwohl der Berufungsvorschlag wenige Tage vor Verhängung der allgemeinen Stellensperre eingegangen ist, kann die Besetzung der Professur angesichts der äußerst schwierigen Haushaltslage nicht losgelöst von der Gesamtsituation im Fachbereich betrieben werden. Da zur Zeit 3 H 4 Stellen im Fachgebiet Soziologie frei und die Zulassungszahlen für Soziologen hoch angesetzt sind, ist es vordringlich, den Schwerpunkt Soziologenausbildung im Fachbereich zu stärken. Es sollte daher versucht werden, etwa 2 dieser Soziologenstellen möglichst bald wieder zu besetzen. Insoweit werde ich Freigabeanträge unterstützen. Angesichts der Stellensperrungen und der ungewissen zukünftigen Haushaltsentwicklung ist besonders darauf zu achten, daß die für die Soziologenausbildung wichtigsten Fachgebiete im Fachbereich vertreten sind sowie darauf, daß verschiedene wissenschaftlich bedeutsame fachliche, wissenschaftstheoretische und methodische Richtungen oder Schulen berücksichtigt werden"



(Brief des Hessischen Kultusministers vom 9. Dezember 1976 an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.)

Man kann – wie dieses Fallbeispiel der wieder einmal in Deutschland laufenden Hexenjagd auf politisch anders Gesinnte zeigt – in einem so „difizilen" Fall wie dem A. Gunder Franks auch einmal umgekehrt verfahren: Statt den politisch unerwünschten Bewerber selbst abzuweisen, manipuliert man die Stelle fort, der seine Bewerbung gilt. Unter dem Strich kommt dasselbe 'raus: ein politisch motiviertes Berufsverbot.

Versuchen die Produktionskosten zu senken und die Profitrate zu erhöhen – auf die Entwicklungsländer aus?

A. G. F.: Ein weiterer wichtiger Mechanismus des Kapitals zur Senkung der Kosten und Erhöhung der Profitrate ist die Verlagerung einiger arbeitsintensiven Industrien in die unterentwickelten Länder (Exportsubstitution) (12) sowie die Verlagerung mancher Industrie – aus den politisch besonders anfälligen Produktionsbereichen wie der Stahlproduktion und der Autoindustrie – in unterentwickelte Länder und in sozialistische Länder – dies aber für die Belieferung des Weltmarktes. Das bedeutet eine qualitative Änderung der internationalen Arbeitsteilung, in der die unterentwickelten und natürlich auch die imperialistischen Länder einen anderen Platz als früher einnehmen, und in der die unterentwickelten und sozialistischen Länder dabei behilflich sein sollen, ihren substanziellen Beitrag zu einer erneuten Erhöhung der Profitrate zu leisten und eine neue Expansion des Kapitalismus durch Ausbeutung und Überausbeutung zu ermöglichen: dieses auf der einen Seite durch die sogenannte Exportsubstitution oder Exportförderung, wobei arbeitsintensive Konsumgüter produziert werden (in Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapore, und seit Neuestem auch in Malaysia, Marokko, Tunesien, Haiti und in anderen Teilen Lateinamerikas) und auf der anderen Seite durch die Differenzierung der unterentwickelten Länder in subimperialistische und sub-subimperialistische Länder. Für letzteres ist natürlich das beste Beispiel Brasilien, und neuerdings der Iran sowie auch andere ölproduzierende Volkswirtschaften, die nach einer ähnlichen (wenn auch verhältnismäßig kleineren) Rolle streben, z.B. Venezuela und Nigeria, vielleicht Indonesien. Hier finden sich bereits Industrieanlagen nicht nur für die Konsumgüter-Produktion, sondern jetzt auch für die Schwer- und Maschinenindustrie, dies aber gleichfalls für die Belieferung des Weltmarktes. Was all dieser Exportförderung oder Exportsubstitution gemeinsam ist, ist daß der Produzent dieser Produkte nicht der Konsument ist. Der Konsument ist anderswo auf dem sogenannten Weltmarkt.
Hier zeigt sich ein Unterschied zu der früheren Periode der sogenannten Importsubstitution, wo man anfing, am Ort selbst Konsumgüter (die früher importiert wurden) für den lokalen Markt zu produzieren; Konsumgüter, die einer lokalen Kaufkraft bedurften für eine ausreichend effektive Nachfrage. Das bedeutete, daß die Produzenten – die Arbeiter – ein Einkommen haben mußten, das ihnen erlaubte, wenigstens einen Teil davon zu kaufen, was sie produzierten (zum Beispiel kaufen die Textilarbeiter Textilien). Dieses war die wirtschaftliche Grundlage für die Einkommensverteilung, die verhältnismäßig progressiv war, und die wirtschaftliche Grundlage für ein Bündnis zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse war. Das führte zu populistischen Regierungen der Art von Getulio Vargas, Peron, Cardenas (13).
Exportsubstitution läuft auf genau das Gegenteil hinaus. Jetzt ist der Produzent nicht zugleich auch der Konsument und daher ist es unwichtig für das Kapital, ob der Produzent auch ein adequates Einkommen hat, um das kaufen zu können, was er produziert. Im Gegenteil: was wichtig ist, ist, daß er einen möglichst niedrigen Lohn hat, damit die Kosten möglichst niedrig gehalten werden können, so daß das Kapital möglichst gut auf dem Weltmarkt konkurrieren kann.
In der Tat konkurrieren diese Länder miteinander, um diese Produktion (Exportsubstitution) ins Land zu holen. Und das einzige Mittel, womit sie konkurrieren können, besteht in der Reduzierung der Reallöhne und auch durch die Gewährung staatlicher Subventionen an die multinationalen Konzerne, die dort produzieren. Dies bedeutet zudem, daß die wirtschaftliche Basis für Klassenbündnisse ganz anders ist: Exportsubstitution schafft die wirtschaftliche Basis dafür, daß das lokale Kapital zum Junior-Partner der Multis wird und kein gemeinsames Interesse mehr mit der lokalen Arbeiterschaft teilt, sondern eher ein gemeinsames Interesse mit dem internationalen Kapital an der Unterdrückung der lokalen Arbeiterschaft hat. Exportsubstitution bedeutet auch, daß der Staat in den unterentwickelten Ländern zum dritten Partner (durch die gemischten Unternehmungen) in diesem System wird, der die gleichen Interessen hat wie die Multis.

Frage: Sehen Sie die Möglichkeit, daß die nationale Bourgeoisie eine progressive Rolle in der Entwicklung einer nationalen Strategie für die Befreiung vom ausländischen Kapital in den Entwicklungsländern spielen könnte?

A.G.F.: Es gibt keine nationale Bourgeoisie. Weniger als je zuvor gibt es eine nationale Bourgeoisie. Deswegen kann sie auch keine Politik machen. Als solche ist die Frage nach der nationalen Bourgeoisie bedeutungslos. Es gibt keine nationale Bourgeoisie, weil das lokale Kapital notwendigerweise ein Junior-Partner des internationalen Kapitals in dieser internationalen Arbeitsteilung ist, und das lokale Kapital gleiche Interessen mit dem internationalen Kapital gegen die eigene Arbeiterklasse hat. Dies ist so sehr der Fall, daß sogar ein Teil des lokalen Kapitals – das nationale Kapital –, wenn man es so nennen will – unter diesem Bündnis leidet, wie man es heute in Chile und Argentinien sehen kann.

Frage: Oder sind nicht doch irgendwelche Differenzen zwischen dem nationalen und internationalen Kapital denkbar, die das nationale Kapital möglicherweise dazu bringen könnten, zu versuchen sich aus der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital zu lösen?

A. G. F.: Es gibt lokales Kapital und einen wichtigen Teil der Kleinbourgeoisie, der auch unter diesem Prozeß leidet. Aber diese Kleinbourgeoisie, so ist an allererster Stelle festzustellen, hat keine selbständige wirtschaftliche Existenz; zweitens hat sie keine wirtschaftliche oder politische Macht und drittens, was am wichtigsten ist, das lokale Kapital hat kein Interesse – und kann auch kein Interesse haben – an einer signifikant anderen und praktikablen ökonomischen Strategie, auch wenn es leidet. Wie Sie sehen, das einheimische Kapital befürwortete den Putsch in Chile. Einige von ihnen sind jetzt unzufrieden geworden und sprechen durch Orlando Saenz oder durch Pablo Rodriguez – den Gründer von Patria y Libertad, dem faschistischen Haufen.

Frage: Wie würden Sie dann diese Gruppe einordnen, die im Allgemeinen als „nationale Bourgeoisie" bezeichnet wird?

A. G. F.: Als ein Teil des Kapitals oder der Bourgeoisie, der primär vom internen Markt abhängig ist, welcher zugunsten des Monopolkapitals eingeschränkt ist. Dieses Monopolkapital ist mit dem internationalen Kapital verbündet, das zunehmend für den internationalen Markt produziert.
Es gibt keine nationale Bourgeoisie in dem klassischen Sinne des Begriffs (der nationalen Bourgeoisie). Sie haben keine und können keine nationalistische Strategie haben.

Daß die Chinesen oder Maoisten auf der Grundlage ihres Vier-Gruppen-Schemas (nationalen Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie, Arbeiter und Bauern) weiterhin, oder wieder, von jenem Bündnis und von jener Strategie sprechen, zeigt, daß sie wenigstens in dieser Beziehung in Übereinstimmung mit den Moskau-orientierten kommunistischen Parteien sind, die ja auch davon reden. Worauf läuft das hinaus? Es läuft darauf hinaus, daß die Kommunistische Partei Argentiniens stillschweigend die Militärjunta unterstützt; die Kommunistische Partei Indiens unterstützt Frau Gandhi in ihrer Notstandspolitik, die nur dem großen Kapital und dem internationalen Kapital in Indien genützt haben. Die Kommunistische Partei Perus unterstützt die peruanische Militärregierung.

Frage: In welchen anderen Formen noch – die mit Exportsubstitution zusammenhängen – hat sich die kapitalistische Krise in den Entwicklungsländern spürbar gemacht?

A. G. F.: Ein anderer Punkt in dem sich die Krise des Kapitalismus ganz unmittelbar in den Entwicklungsländern spürbar macht ist das Zahlungsbilanz- und Schuldenproblem: Sie können nicht genug exportieren, um ihre Importe zu zahlen. Es sind Importe, die sie auf der einen Seite für den Konsum brauchen, und auf der anderen Seite für die Aufrechterhaltung ihres Produktionsapparats. Und so gibt es die dauernde Bedrohung, den Schuldentilgungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können und dauernde Bitten auf der UNCTAD (und bilateral) ein Moratorium für die Schuldentilgung zu erlassen oder die Schulden-Frage neu zu verhandeln. Und das bedeutet, daß die imperialistischen Länder – ihre Banken wie auch ihre Regierungen – über eine Erpressungsmöglichkeit verfügen und sie auch wahrnehmen. Wir können das jetzt gut am Fall Großbritanniens und Italiens beobachten: der Internationale Währungsfonds zwingt sie zu Sparmaßnahmen als Preis für erneute Kredite zur Stützung des Pfunds und der Lira. Dann gibt es den Fall Peru: Hier wird sogar von der New York Times angeprangert, daß die nordamerikanischen Bankiers eine wirtschaftliche und politische Kursänderung in Peru als Preis für die Verlängerung der Kredite forderten. Mit dieser wirtschaftlichen und politischen Kursänderung ist, kurz gesagt, das gemeint was die New York Times die „Entgleisung der peruanischen Revolution" nennt, d.h. die Eliminierung der mit Fernandez Maldonado verbündeten sogenannten Linken aus der peruanischen Junta und ihre Ersetzung durch Leute der Rechten. So gibt es guten Grund anzunehmen, daß Peru in zunehmendem Maße zu einer Wirtschaftspolitik im Stil von Friedman übergehen wird wie das schon Chile, Argentinien und Uruguay getan haben.
Das ist, wenn nicht d i e , so wenigstens e i n e r der wirtschaftlichen Grundlagen oder Hauptursachen für die Art von korporativen Militärregimes und Staaten im Ausnahmezustand, wie wir sie nicht nur in ganz Lateinamerika finden (in Südamerika gibt es nur zwei Länder, die nicht von Militärs regiert werden), sondern auch in Südostasien und in zunehmender Zahl in Afrika. Das sagt auch etwas aus über die Aussichten für eine neue Weltwirtschaftsordnung oder über das, was von der UNCTAD erwartet werden kann. Die UNCTAD und die neue Weltwirtschaftsordnung ist vor allen Dingen der Versuch, die Preise der Rohstoffe denen der Industrieprodukte anzugleichen. Falls es noch eine weitere ernsthafte Rezession gibt wird die wirtschaftliche Basis dafür sehr klein sein. So glaube ich nicht, daß man in dieser Hinsicht viel erwarten kann. Die Politik der imperialistischen Länder im Bezug auf die unterentwickelten Länder besteht darin, diese entstandene, neue – wenn man es so nennen kann – internationale Arbeitsteilung weiter voranzutreiben.

Frage: Könnten Sie weiterhin den Zusammenhang zwischen internationaler Arbeitsteilung und der wachsenden Zahl von Militärdiktaturen herausarbeiten, einschließlich solcher Militärdiktaturen mit subimperialistischen Bestrebungen?

A.G.F.: Der brasilianische und iranische Subimperialismus oder der Südafrikas und Israels ist in erster Linie ein Ergebnis ihrer wachsenden Beteiligung an der internationalen Arbeitsteilung in dem oben genannten Sinne, also daß (in diesen Ländern) für den Weltmarkt nicht nur Verbrauchsgüter, sondern auch Kapitalgüter produziert werden. Dazu kommt natürlich ihre damit einhergehende Beteiligung an der internationalen strategischen Arbeitsteilung als Spezialpolizisten ihrer wirtschaftlichen und politischen Einflußbereiche. Und, wenn Sie so wollen, die Beteiligung selbst an der ideologischen Arbeitsteilung, dies in dem Maße, daß z.B. jenes Konzept der „Nationalen Sicherheit" – als das A und O in den unterentwickelten Ländern – zu allererst in Brasilien entwickelt wurde. Ich möchte hinzufügen, daß Indien und Argentinien in diesem Sinne eine subimperialistische Rolle anstrebten, was gescheitert ist. Der Versuch der argentinischen Bourgeoisie, das brasilianische Modell des Subimperialismus zu kopieren, wurde zum Scheitern gebracht auf der einen Seite durch die Unmöglichkeit, die Macht der Arbeiterschaft in dem dafür erforderlichen Maße zu brechen, und auf der anderen Seite durch den brasilianischen Erfolg selbst, der die politisch-ökonomischen Möglichkeiten von Argentinien in dieser Region eingeschränkt hat. Und jetzt ist es bereits zu spät, vermute ich. Und beide, Indien und Argentinien, haben sich in einer permanenten Wirtschaftskrise befunden, über ein Jahrzehnt hinweg – Argentinien zwei Jahrzehnte. Dies hat jetzt notwendigerweise zu der Installierung von Regimes der Stärke geführt, oder Regimes des sog. Notstands oder der Ausnahmesituation, in beiden dieser wichtigen Länder. Aber die „Ausnahme"-Regimes sind die Regel geworden. Wenn wir die unterentwickelten Länder durchgehen und schauen würden, wieviele von ihnen sich heute im Ausnahmezustand befinden so hätten wir den Ausnahmezustand zu konstatieren für Süd-Korea, die Philippinen, Indonesien, Malaysia, Thailand, Chile, Peru, Argentinien, Uruguay, Brasilien, Nicaragua, Guatemala und ich weiß nicht für wieviele Länder in Afrika.
Der Putsch vom 6. Oktober in Thailand hat – wie wir wissen – zu einer massiven politischen Unterdrückung geführt und zu Versuchen die gesamten staatlichen Institutionen umzustrukturieren; demgegenüber sind keinerlei ökonomische Schritte unternommen – es hat keine Zeit dafür gegeben – mit Ausnahme einer Maßnahme, nämlich Streiks zu verbieten. Überall werden Streiks verboten, Gewerkschaften unterdrückt, die Lohnquote gesenkt. All das wird dann gerechtfertigt im Namen der sogenannten „Nationalen Sicherheit", die die neue Ideologie ist, die sie propagieren.
Man institutionalisiert diese Ausnahmezustände durch Veränderungen der Verfassung (so wie Anfang November in Indien und Pakistan), um sie ungeschminkt zu einem institutionalisierten Ausnahmezustand zu machen. Und dann gibt es die sogenannten Verfassungsakte in Chile, die das Jesuiten-Magazin Mensaje als die wahrscheinlich grundlegendsten Verfassungsänderungen in den 160 Jahren der chilenischen Geschichte bezeichnet – durch die die Exekutive im Verhältnis zur Legislative und Judikative allmächtig wird; und die „Nationale Sicherheit" wird zum

Heiligtum. Ich zitiere aus Mensaje:

In den 160 Jahren der chilenischen Republik hat es vielleicht niemals ein Paket gesetzgeberischer Maßnahmen gegeben, das vergleichbar wäre mit den Verfassungsakten vom 11. September 1976. Sie bringen wesentliche Änderungen für unser politisches System und für die Konzeption der Verfassung und hinsichtlich der charakteristischen Merkmale des Staates, der Souveränität, der Menschenrechte, und hinsichtlich des Ausnahmezustands, etc.

Pinochet erklärte am 11. September 1976:

Innerhalb dieses Rahmens führen wir das Konzept der nationalen Sicherheit ein, das fast die Gesamtheit der neuen Vorschriften umfaßt. Nationale Sicherheit versteht sich als ein Konzept, was dazu bestimmt ist nicht nur die territoriale Unverletztheit zu schützen, sondern insbesondere jene essentiellen Werte zu verteidigen, die die Seele der Nation oder die nationale Tradition ausmachen, da ohne diese Werte die nationale Identität zugrunde ginge. Der Marxismus ist heute eine permanente Aggression im Dienste des Sovietischen Imperialismus. Die Konzeption einer nicht-konventionellen Kriegsführung läßt den Feind inmitten der Nation erstehen. Und sogar solche Individuen, die wir ehemals unsere eigenen Landsleute nannten, sind Feinde: die Aggression ist allgegenwärtig, der Feind befindet sich in unserer Mitte. Die Erwägung, daß wir Opfer einer permanenten Aggression sind legt uns die Pflicht auf, uns auf strenge und wirksame Notstands-Regelungen zu verlegen, um die kommunistischen Umsturzbestrebungen zu besiegen und um diejenigen, die ihnen helfen, zu neutralisieren. Die permanente Aggression zwingt uns die Macht den Streitkräften und den Trägern der öffentlichen Ordnung zu übertragen, da nur sie so ausgestattet und organisiert sind, dem Feind zu widerstehen. Dieser Krieg muß geführt werden von denen die dazu die Kompetenz haben. Dasselbe Konzept der nationalen Sicherheit verleiht auch vielen die Arbeiterschaft betreffenden Anordnungen ihren Sinn. Das Streikrecht ist aufgehoben in allen Unternehmungen oder Dienstleistungsbetrieben, deren Tätigkeiten lebenswichtig für die Nation sind. Es wird vielleicht notwendig sein, eine neue gewerkschaftliche Organisation zu gründen, die sicher stellt, daß die nationale Sicherheit nicht gefährdet wird.

Ich könnte unzählige andere fast identische Beispiele zitieren zu Indien, ganz zu schweigen von den Philippinen oder Korea. Hier ist noch ein Beispiel. Ich zitiere:

Das brasilianische Militärregime hat als Modell gedient für das neue geo-politische Staatskonzept – ein Modell, das bereits von verschiedenen anderen lateinamerikanischen Ländern übernommen worden ist. Das Modell beruht hauptsächlich auf den Thesen des Generals Golbery de Couta e Silva (Chef des Zivilkabinetts vom Präsidenten Ernesto Geisel). Dieses neue Modell setzt an bei der Neutralisierung der verschiedenen Sektoren, die den traditionellen westlichen Staat charakterisieren: die dekorativen Organe der Legislativen und der unwichtigen Judikativen. Die Völker sind ein Mythos. Nur Nationen existieren, und die Nation ist der Staat. Der Krieg gehört zu den permanenten Bedingungen der menschlichen Existenz; und jede Nation lebt im Kriegszustand. Alle ökonomischen, kulturellen, sowie andere Aktivitäten sind Kriegshandlungen für oder gegen die Nation. Infolge dessen ist es notwendig, die Macht des Militärs zu stärken als Garantie für die nationale Sicherheit. Die Bürger müssen verstehen, daß die Sicherheit viel wichtiger ist als das persönliche Wohlbefinden und daß der Verzicht auf individuelle Freiheiten gleichfalls notwendig ist. Die Streitkräfte sind die nationale Elite, verantwortlich für die Führung des Staates. Dies muß so sein in Lateinamerika aufgrund des Wankelmuts der zivilen Bevölkerung, die demagogisch und korrupt ist; und dies ist auch eine Erfordernis des Krieges.

Das ist eine Meldung der bolivianischen Nachrichtenagentur, zitiert von der brasilianischen Zeitung Estao de Sao Paulo vom 6. August 1976. Es gibt noch weitere – unzählige – Zitate ähnlicher Art. Es ist offensichtlich, daß die Konterrevolution in der Offensive ist und auch erfolgreich so weit man voraussehen kann. Echeverria ist der Meinung, daß innerhalb von fünf Jahren auch Mexiko ein Militärregime haben wird, weil das den derzeitigen Bedürfnissen des Kapitals entspricht. Das hat Echeverria (der gerade aus dem Amt geschiedene Staatspräsident Mexicos) vor einem Jahr gesagt.

Frage: Die Rolle der kapitalistischen Industrieländer in der Dritten Welt und ihre Interessen dort sind ziemlich klar. Weniger klar sind jedoch die Rolle und die Interessen der kommunistischen Länder in der Dritten Welt – China, zum Beispiel: wie erklären Sie die Rolle Chinas in Lateinamerika oder Afrika (z.B. die Anerkennung der faschistischen Militärjunta in Chile, die Kredite an Chile – oder die Unterstützung der FNLA in Angola).

A.G.F.: Die chinesische Politik ist ziemlich klar. Kernsatz ist: 'Der Feind meines Feindes ist mein Freund'. Ich habe erfahren, daß das nicht nur meine Formulierung ist, sondern die Formulierung der Chinesen selbst. So erzählte mir neulich ein Freund, daß ihm genau dieselben Worte in einer Kader-Schule in China gesagt wurden. Das erklärt, warum sie Pinochet unterstützen. Das erklärt warum sie die FNLA unterstützt haben in Angola. Das erklärt warum maoistische Gruppen in Portugal, die von der Volksrepublik China anerkannt sind, eine total konterrevolutionäre Politik dort machen: weil sie Parteien bekämpfen, die mit der Sovietunion alliiert sind, und die Sowietunion ist Chinas – wie die Chinesen sagen – Hauptfeind.

Mit der Sowietunion ist es nicht anders. Das ist der Grund, weswegen die Sowietunion Lon Nol unterstützt hat bis zum bitteren Ende, während Sihanouk in Peking saß.

Frage: Meinen Sie, daß die Maxime „der Feind meines Feindes ist mein Freund" der Hauptbeweggrund für Chinas Politik gegenüber Chile darstellt oder sehen Sie auch gewisse ökonomische Interessen?

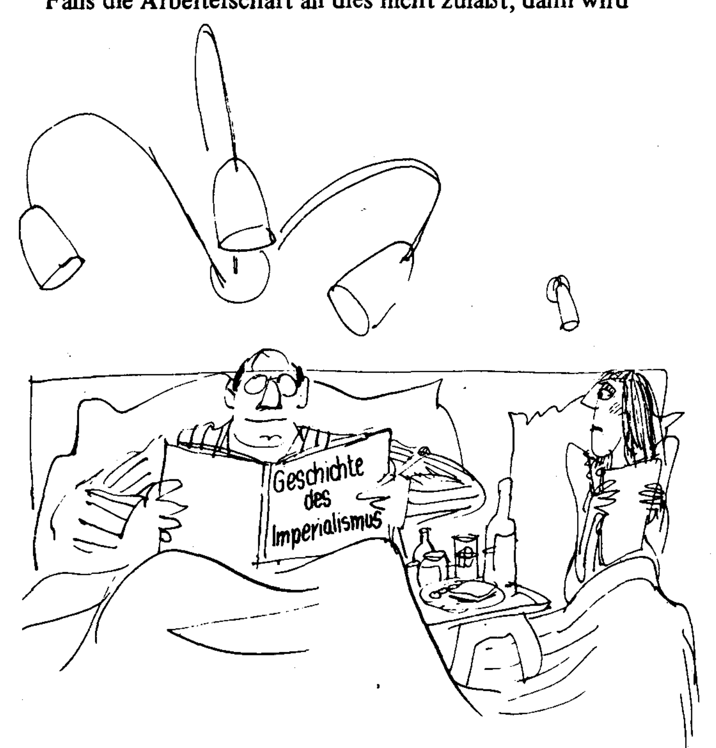
A. G. F.: Das ist eine komplizierte Frage. Ich glaube nicht, daß China direkte ökonomische Interessen in Chile hat, die sie zu dieser Politik veranlaßt haben.

Wahr ist jedoch, daß die Machthaber in der Sowietunion und in Osteuropa ein starkes und wachsendes Interesse haben an Entspannung einerseits und andererseits an einer verstärkten Teilhabe an der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung – eine Teilhabe ähnlicher Art wie die der unterentwickelten Länder. Und gewisse Wirtschafts-Sektoren in China haben ähnliche Interessen; und diese haben sich mit oder durch den Sieg von Hua behaupten können. Alle Kommentare in der Presse – ob rechts, links, oder Mitte – waren einstimmig der Meinung, daß jetzt die ökonomischen Beziehungen zwischen China und dem Westen wieder blühen werden, wie das der Fall war zwischen 1971 und 1974.

Frage: Glauben Sie, daß die zukünftige Entwicklung eine

zunehmende Konsolidierung des Kapitalismus bringen wird?

A.G.F.: Die Konsolidierung des Imperialismus oder des Kapitalismus hängt von der Entwicklung der Klassenkämpfe ab – in den imperialistischen Ländern wie auch in den unterentwickelten und den sozialistischen Ländern. Krise und Konsolidierung schließen sich nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: die Krise ist notwendig für die Konsolidierung. Aber die Meisterung der Krise ist auch notwendig für die Konsolidierung. Wenn die Arbeiterschaft dem Kapital unterliegt und/oder die Arbeiterschaft mit dem Kapital kollaboriert (infolge einer Niederlage oder auch ohne eine direkte Niederlage im Rahmen sozialdemokratischer Regimes) in der Reorganisation der internationalen ökonomischen Ordnung und der internen Ordnung – dies indem sie immer niedrigere Löhne hinnimmt, indem sie neue sogenannten Arbeitsabläufe sowie neue Organisationsformen des Arbeitsprozesses duldet und indem sie die politischen und ideologischen Mechanismen akzeptiert, die notwendig sind zur Förderung des ökonomischen Wandels: dann kann das Kapital die Krise bewältigen, sich erholen und konsolidieren.
Falls die Arbeiterschaft all dies nicht zuläßt, dann wird



das Kapital mit der Krise nicht fertig werden, dann wird vermutlich der Kapitalismus durch ein anderes soziales System ersetzt. Einstweilen ist nicht viel Hoffnung, nicht viel Grund optimistisch zu sein, was die Aussichten der Arbeiterklasse und ihre Verbündeten angesichts der Offensive des Kapitals anbelangt – und das wohl in allen Teilen der kapitalistischen Welt: entweder weil die Arbeiterschaft in dieser Runde schon geschlagen ist, wie in Lateinamerika und gegenwärtig in weiten Teilen Südostasiens, außer Indochina; oder weil nirgends die Führung oder die Organisation der Arbeiterschaft oder des Volkes sichtbar ist, die notwendig wäre, um das Kapital in dieser Phase des Kampfes zu schlagen. Hinsichtlich der Organisationen und der Führung der Arbeiterschaft in West Europa, zum Beispiel – sei es im nördlichen Europa oder im südlichen Teil – sehe ich keine nennenswerten Perspektiven für einen Sieg über das Kapital. Im Gegenteil: die Organisationen und die Führung der Arbeiterschaft kapitulieren permanent vor dem Kapital.

Anmerkungen:

1) Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika, A.G. Frank. Frankfurt: 1969. S. 27-28. (Europäische Verlagsanstalt)
2) Vergl. dazu die von A. G. Frank an Milton Friedman und Arnold Harberger gerichteten zwei Offenen Briefe, in denen sich Frank mit dem theoretischen Ansatz der „Chicago-Schule" und mit der Beratertätigkeit Friedmans und Harberger für die Chilenische Junta kritisch auseinandersetzt. Die Briefe sind auszugsweise in den „blättern des iz3w", Heft 48 und 58 abgedruckt. In ihrer vollständigen Fassung werden sie zu einem späteren Zeitpunkt als Broschüre des iz3w erscheinen.
3) Krise der Kapitalakkumulations = Konjunkturkrise, Wachstumskrise; die Investitionen der privaten Unternehmer gehen zurück oder stagnieren, der privatwirtschaftliche Produktions- und Verteilungsapparat schrumpft, wächst nicht mehr oder wächst nur noch sehr langsam.
4) Klassischer Imperialismus = Ausdehnung der europäischen Nationalstaaten und Begründung von Kolonialreichen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Zweck und Triebfeder war die Entwicklung des Kapitalismus, die zur (gewaltsamen) Schaffung von neuen Absatzmärkten und vor allem zur Erschließung von Rohstoffquellen führte.
5) Monopolkapitalismus = steht im Gegensatz zum Konkurrenzkapitalismus. Im Konkurrenzkapitalismus ist die ökonomische Macht auf relativ viele Unternehmen verteilt, im Monopolkapitalismus ist die ökonomische (und letztlich auch die politische) Macht bei relativ wenigen Großunternehmen (= Monopole) konzentriert.
6) Staatsmonopolistischer Kapitalismus: gemäß der Theorie vom Staatsmonopolistischen Kapitalismus („Stamokap") wird der Staat als ein unmittelbares Instrument der Monopole angesehen.
7) Konjunkturzyklen: das Auf und Ab von Wachstum (Expansion) und Krise (Kontraktion) im Kapitalismus.
8) Lange Wellen von Expansion und Kontraktion: im Gegensatz zu den Konjunkturzyklen, die als kurz- bis mittelfristige Erscheinungen gelten, sind hierbei die langfristigen Bewegungen (Trends) des Auf und Ab der kapitalistischen Entwicklung gemeint. Solche langfristigen Trends lassen sich mit statistischen (ökonometrischen) Methoden ermitteln. (z.B. das „Wirtschaftswunder" in der BRD war solch eine langfristige Aufschwungbewegung).
9) Depression: schwere Krise der Kapitalakkumulation.
10) Rezession: gewöhnlich wird der Begriff Rezession zur Bezeichnung einer relativ leichten Wirtschaftskrise gebraucht.
11) Produktive Investitionen: Investitionen zur Verbesserung und/oder Erweiterung des Produktions- und Verteilungsapparates.
12) Reallohn: der Begriff Reallohn steht gegenüber dem sogenannten Nominallohn (= Geldbetrag des Lohnes). Ein Wachstum des Nominallohns ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit einem Wachstum des Reallohns (= der Kaufkraft). Wenn die Preise stärker steigen (Inflationsrate) als der Nominallohn, dann sinkt der Reallohn (die Kaufkraft des Lohnes).
13) Zur Frage der Importsubstitution – auch „international subcontracting" genannt – siehe blätter des iz3w Heft 52 (Produktionsverlagerung in die Dritte Welt).
14) Populistische Regierungen waren solche, denen es durch progressive Einmalmaßnahmen – die aber nichts am gesellschaftlichen status quo änderten – und durch persönliche Ausstrahlungskraft gelungen war, überwiegende Zustimmung von Seiten des Volkes zu ihrer Politik zu erlangen. Populistische Regierungen haben aber in langfristiger Sicht keine tiefgreifende (z.B. sozialistische) Veränderungen herbeigeführt. Lazaro Cardenas (Mexico; Regierungszeit: 1934-1940), Getulio Vargas (Brasilien; Regierungszeit: 1930-1945), Juan Peron (Argentinien; Regierungszeit: 1946-55) führten populistische Regierungen.

NICARAGUA

Interview mit einem Offizier: Eine Welt, die untergeht

Seit Jahrhunderten wird Nicaragua von ausländischen Mächten beherrscht und daran gehindert, eine an den nationalen Bedürfnissen orientierte Wirtschaft aufzubauen und über sein eigenes Schicksal selbst zu bestimmen.

Seit Eroberung des größten Teils Lateinamerikas durch die spanischen Kolonialisten im 16. Jahrhundert gehörte auch Nicaragua zum spanischen Kolonialreich. Mit dem Niedergang des spanischen Weltreichs Anfang des 19. Jahrhunderts erlangte Nicaragua und die anderen lateinamerikanischen Länder ihre formelle politische Unabhängigkeit. Sofort meldeten die USA Herrschaftsansprüche über Lateinamerika an. 1823 erklärte US-Präsident Monroe, daß die USA jeden Versuch der Restauration der spanischen Herrschaft ablehnen und jede Intervention europäischer Staaten in Lateinamerika als unfreundlichen Akt betrachten würden. Amerika müsse den Amerikanern gehören (sog. Monroe-Doktrin). Gemeint war, daß das US-Kapital sich Lateinamerika als Rohstoffquelle, Kapitalanlagesphäre, Lieferant billiger Arbeitskräfte und Absatzmarkt sichern wollte. Zielstrebig ging das US-Kapital daran, sich Lateinamerika zu seinem „Hinterhof" auszubauen und Großbritannien als nunmehr wichtigsten und gefährlichsten imperialistischen Konkurrenten in Lateinamerika zurückzudrängen. Im „Clayton-Bulwer-Vertrag" von 1850 mußte sich Großbritannien verpflichten, in Mittelamerika keine Kolonien oder Protektorate einzurichten. Neben den genannten allgemeinen ökonomischen Interessen hatte der US-Imperialismus an Nicaragua noch ein besonderes zusätzliches Interesse. Es bestand der Plan, durch Nicaragua einen Kanal zu bauen, der Antlantik und Pazifik miteinander verbinden sollte. Dieser Kanal sollte die Warenströme zwischen Ost- und Westküste der USA sowie zwischen der Ostküste der USA und der Westküste Lateinamerikas erleichtern. Zudem sollte es möglich werden, schneller und einfacher US-Truppen an die Orte zu werfen, an denen es erforderlich werden würde, die Oberherrschaft zu sichern. Dieses Kanal-Projekt wurde erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgegeben und stattdessen in Panama ausgeführt.

Der US-Imperialismus versuchte, in Nicaragua – wie in allen Ländern, in denen er seine Interessen sichern wollte –, ihm gefügige Marionetten-Regimes einzurichten. Im Kampf gegen den britischen Konkurrenten sowie gegenüber dem entgegenschlagenden Widerstand des Volkes von Nicaragua war er aber wie in kaum einem anderen Land gezwungen, zum Mittel der direkten militärischen Intervention und Besetzung des Landes zu greifen. Zum ersten Mal fielen US-Truppen 1847 in das Land ein, wurden jedoch ein Jahr später wieder von den Briten hinausgeworfen. In den Jahren 1855, 1885 und 1899 folgten weitere Invasionen von US-Söldnern. 1908 sagte der US-Außenminister Roof, daß immer dann, wenn in Mittelamerika das investierte US-Kapital in Gefahr sei, eine militärische Intervention vollauf gerechtfertigt sei. Ein Jahr danach marschierten wieder US-Truppen in Nicaragua ein. Dieses Mal blieben sie bis 1925. Das pro-imperialistische Regime, das die US-Truppen bei ihrem Abzug zurückließen, konnte nicht lange die Interessen des US-Finanzkapitals in der von diesem gewünschten Form wahrnehmen. Nur wenige Monate später im Jahre 1926 blieb dem US-Imperialismus erneut kein anderes Mittel als das der militärischen Intervention. Der Widerstand gegen die ausländischen Eindringlinge hatte sich jedoch inzwischen organisiert. Unter Führung des Minenarbeiters Augusto Cesar Sandino leisteten vor allem Land- und Minenarbeiter einen über 6 Jahre dauernden zähen und heldenhaften Kampf. Die hochgerüsteten US-Truppen mußten dabei zahlreiche Schläge einstecken und 1933 das Land wieder verlassen.
Als Sandino und andere wichtige Führer der Widerstandsbewegungen 1934 nach einem Verrat ermordet wurden, begann eine Phase relativer Schwäche des Widerstands. Im selben Jahr gelang es dem US-Imperialismus, den Mann an die Macht zu bringen, der seine Interessen in Nicaragua am besten vertreten konnte: Anastasio Somoza Garcia stürzte mit einem Putsch den gewählten Präsidenten Sacasa. Bis heute hat es der US-Imperialismus verstanden, ihm hörige Statthalter-Regimes in Nicaragua zu installieren und die erforderlichen Marionetten-Politiker aus dem Familien-Clan der Somozas zu rekrutieren.
Der Somoza-Clan ist der politische Interessenvertreter des Imperialismus und eines kleinen Haufens von Großgrundbesitzern und Großbourgeoisie, die sie sich auf Kosten des Volkes von Nicaragua in unglaublichem Umfang bereichert haben und noch bereichern.

Die Folgen der Ausplünderung des Landes durch den Imperialismus und seiner einheimischen Verbündeten, insbesondere unter der Diktatur des Somoza-Clans, für die nationale Wirtschaft und für das Volk von Nicaragua sind katastrophal.
Die Industrie befindet sich zu 80 % in der Hand von US-Kapital. 1/6 der „in der Landwirtschaft Tätigen", d.h. einige wenige Großgrundbesitzer, beuten 55 % des bebaubaren Bodens aus. 70 % der „Wohnungen" der gesamten Stadtbevölkerung sind aus Stroh oder ähnlichem Material. 87 % der Bevölkerung von Managua, der Hauptstadt Nicaraguas, in der 26 % der Gesamtbevölkerung leben, verfügen nicht über trinkbares Wasser, Strom, Entwässerung, Kanalisation, asphaltierte Straßen, sanitäre Einrichtungen. Die Kindersterblichkeitsrate beträgt infolge Unterernährung und Darmerkrankungen 33 % –eine der höchsten der Welt. Die häufigste Todesursache sind vermeidbare Krankheiten vor allem Darminfektionskrankheiten. 80 % der Bevölkerung leiden unter Parasitenerkrankungen; in manchen Gegenden sind sogar 92 % der Kinder daran erkrankt. Rd. 20.000 Nicaraguaner haben fortgeschrittene Tuberkulose. 1969 haben 60 % der Verstorbenen keine ärztliche Behandlung erhalten. 70 % der Bevölkerung sind Analphabeten, auf dem Lande beträgt der Prozentsatz gar zwischen 80 und 100 %.

Ende der 60er Jahre begann der Widerstand gegen diese Zustände wieder festere Formen anzunehmen. Verstärkt schlossen sich die Bauern zusammen, führten Landbe-

setzungen durch und organisierten sich. In den Städten gab trotz eines allgemeinen Streikverbots Streiks und Demonstrationen. An den Universitäten erzielten revolutionäre Studenten Erfolge bei den Wahlen zu den Vertretungskörperschaften. Die Ende der 50er Jahre unter Berufung auf die Tradition des Widerstands unter Führung von Sandino begründete Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) führte und führt ununterbrochen Widerstandsaktionen durch. Anfangs noch durch individuelle militärische Aktionen gekennzeichnet, versucht die FSLN zunehmend, die Verbindung von Guerilla und den Kämpfen der Massen in den Städten und auf dem Land zu schaffen. Mitte der 70er Jahre nimmt der Widerstand immer größere Ausmaße an. 1974 streiken die Textilarbeiterinnen. 1975 organisieren die Gewerkschaften der Bauarbeiter einen 3 Monate dauernden Streik, um höhere Löhne zu erreichen. Verschiedene Sektoren der Bauernschaft führen Aktionen gegen Großgrundbesitzer durch und besetzen dabei z.T. auch deren Ländereien.



Die Somoza-Clique versucht mit allen Mitteln, den sich formierenden Widerstand zu ersticken.
Hauptinstrument ist die „Nationalgarde", die vom US-Imperialismus ausgebildet und ausgerüstet wird. Die Nationalgarde bestand Anfang 1976 aus 220 Offizieren, 4.000 bis 6.000 Soldaten und einer Reserve von mindestens 4.000 Mann. 8.994 Soldaten der Nationalgarde erhielten zwischen 1950 und 1970 eine militärische Ausbildung im Rahmen der „Zusammenarbeit" mit den USA. Die US-Militärhilfe für den Somoza-Clan betrug z.B. allein 1974/75 14,2 Mill. US-Dollar.
Aber der US-Imperialismus behält seine Kontrolle auch direkt aufrecht. Nach Berichten der FSLN vom Januar 1976 operieren zur Zeit ungefähr 300 US-Ranger in Nicaragua, unterstützt von Brasilianern und Südvietnamesen.
Ein weiteres wichtiges Mittel zur Unterdrückung des Volkes von Nicaragua ist der CONDECA, der Zentralamerikanische Verteidigungsrat, der 1964 nach „Anregung" der USA von den Ländern in Mittelamerika gebildet wurde. Funktion des CONDECA ist es, den Kampf des US-Imperialismus und seiner Marionetten-Regimes in den mittelamerikanischen Ländern gegen die aufbegehrenden Völker besser zu koordinieren. Gleichzeitig soll es den USA ermöglicht werden, die Hauptlast dieses Kampfes verstärkt den einheimischen Oligarchien aufzubürden, um so Streitkräfte für andere Regionen in der Welt (zur Zeit der Gründung des CONDECA vor allem Indochina) frei zu bekommen. McNamara machte dies in einer Rede vor dem US-Kongreß deutlich: „Die USA können nicht gleichzeitig überall auftreten ... Das Kräfteverhältnis und die notwendigen Alternativen, mit der uns die sich verändernde zeitgenössische Welt herausfordert, können lediglich mit treuen Partnern bewältigt werden, die gut ausgerüstet sind, um die Aufgabe, die auf sie zukommt, zu erfüllen ... Das Militärhilfe-Programm ist so gestaltet worden, daß dies alternativen Kräften gewonnen und vorangetrieben werden können, um unsere eigenen Streitkräfte in ihrer Aufgabe ergänzen zu können." (1)
Im November 1976 wurde im Norden Nicaraguas, wo die Bauernbewegung besonders stark ist und wo es schon zahlreiche militärische Aktionen der Nationalgarde gegen die Bevölkerung gegeben hatte, eine umfangreiche militärische Operation durchgeführt, an der dieses Mal neben der Nationalgarde Nicaraguas zusätzlich die Streitkräfte der meisten anderen CONDECA-Länder gemeinsam teilnahmen. Die „Operacion Aguila VI", die als „Übungsmanöver" ausgegeben wurde, stand unter Leitung von Denis McAuliffe, dem Chef der in Panama stationierten US-Streitkräfte ('Comando Sur').

Auch diese immer massiver werdenden Unterdrückungsversuche können den Widerstand des Volkes von Nicaragua jedoch nicht eindämmen. Im Gegenteil: Der Widerstand hat seine Auswirkungen bis in die Köpfe der Angehörigen der Nationalgarde und deren Bewußtsein. Der Kampf für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, für Demokratie und Freiheit hat zur Zersetzung der bewaffneten Formationen der herrschenden Klassen geführt und Einsprüche in deren Kampfmoral erzielt. Dafür gibt das folgende Interview, das der amerikanische Journalist James L. Carrington mit einem Offizier der Streitkräfte von Nicaragua führte, ein gutes Beispiel. Das Interview wurde zuerst in der Zeitschrift „The Christian Observer" im Juli 1976 abgedruckt.

– W. F. / N. Q. –

1) „Statement of Robert McNamara, Secretary of Defense, before the Senate Foreing Relations Committee in Support of the Fiscal Year 1967 Military Assistance Programm 20.4.66, in: „What should be the Foreing Aid Policy of the United States?" 89. Kongress, 2. Sitzung, Dokument 89, U.S.-Printing Office, Washington 1966

Interview

Wir befinden uns in einem dieser kleinen Lokale mit Klimaanlage, die in ganz Managua in den Geschäftsvierteln nach dem Erdbeben eröffnet wurden und wo es scheint, daß die Nikaraguaner sich angewöhnt haben, die Lautstärke ihrer lebhaften Unterhaltung zu senken, die man sonst gewöhnt ist. Ich hatte den Offizier vor zwei Nächten durch einen nordamerikanischen Freund kennengelernt während eines Festes im Gebiet der Sierras (außerhalb Managuas), einem beliebten Ort, der wegen des besseren Klimas bevorzugt wird. Nachdem wir eine Weile allgemein über das Land gesprochen hatten, überzeugte ich ihn, zu diesem Treffen zu kommen, um eingehend über die politische Situation in Nikaragua zu sprechen unter der Bedingung natürlich, daß ich seinen Namen in meiner Reportage nicht erwähnen würde.

Offizier: „Das Ansehen der Streitkräfte hat sich im ganzen Land verschlechtert mit dem von Somoza. Für diejenigen, die die Gelegenheit wie ich gehabt haben, eine militärische Ausbildung an ausländischen Akademien zu erhalten, ist die Situation deutlicher: es gibt keinerlei Ideologie, nicht einmal eine der Rechten, derentwegen man uns in den Kampf schickt. Wir sind ganz einfach Teil einer Leibwache,verwickelt in eine Sache ohne Sinn ...

Carrington: „Wird Ihre Auffassung von anderen Mitgliedern der Streitkräfte unterstützt?

Offizier: „Ja, vor allem unter den jungen Offizieren, die verpflichtet sind, in die Berge zu gehen, um gegen einen Feind zu kämpfen, der sehr schlüpfrig ist und sehr schwer zu stellen ist. Ich selbst bin dort viele Monate gewesen. Die Tatsache, daß man uns zu Teilnehmern einer unbarmherzigen und unterschiedslosen Unterdrückung macht, berührt uns. Wenn der Feind in sog. „Roten Zonen" der Nordregion nicht zu finden ist, veranlassen uns die höheren Dienstgrade, gegen wehrlose Bauern und ihre Familien vorzugehen. Ich habe mit Kameraden gesprochen, die an der Operation von Sofana teilnahmen,und ich kann Ihnen versichern, daß sie Probleme mit ihrem Gewissen hatten ..."

Carrington: „Die Operation von Sofana ist bekanntgemacht worden durch die nordamerikanischen Priester Bernardo Wagner und Daniel Kabat; letzterer ist höchster Würdenträger der Kapuziner in Bluefields, im Bezirk von Zelaya. Im Februar 1976 wurden nach dem Augenzeugenbericht der Priester 43 Personen, unter ihnen Frauen und Kinder, von Patrouillen der Nationalgarde verschleppt und tauchten nie wieder auf.

Offizier: „Ich selbst habe die Operation von Sofana nicht miterlebt, aber ich habe Einzelheiten darüber, was geschehen ist, und das würde Ihnen die Haare zu Berge stehen lassen. Aber man erhält Befehle, die man nicht mißachten kann ... Aber im November 1975 befand ich mich in Boca de Piedra, wo eine ähnliche Sache geschehen ist. Man erteilt den Befehl, die Zone zu durchkämmen, wenn der militärische Informationsdienst über Bewegungen der Guerrilleros berichtet. Und man geht in die Siedlungen mit Feuer und Schwert, wobei jede Person als Feind angesehen wird. Es ist wirklich schrecklich ..."

Carrington: „Die Publizität des Falles Nikaragua hat in den USA einen Aufschwung genommen. Es gibt schon eine Kommission des Kongresses, die, nachdem sie sich das erste Mal im Juni damit beschäftigt hatte, beschloß, die Untersuchungen über Ermordungen und Folterungen fortzuführen. Auch der Senat beginnt ernstlich wegen der Militärhilfe an Somoza zu beunruhigen und wegen der Anschuldigungen gegenüber einigen Beamten des State Department, sie hätten reichliche Geschenke von ihm erhalten ... es gibt Komitees von nordamerikanischen Bürgern in Washington, Los Angeles, San Francisco, San Jose, die Kenntnisse über die Wirklichkeit von Nikaragua verbreiten wollen. Zumindest in der nordamerikanischen Öffentlichkeit verschlechtert sich das Ansehen von Somoza schnell."

Offizier: „Innerhalb der Streitkräfte weiß man wenig darüber, wegen der fehlenden Information natürlich. Aber die Verschlechterung des Ansehens von Somoza ist nicht nur international. Im Land, das können Sie beobachten, gibt es sehr viele Leute, die dahin gekommen sind, zu allem bereit zu sein. Vor dem Militärgericht sind Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und Händler erschienen, Leute, die auf irgendeine Weise mit der FSLN zusammengearbeitet haben. Ich habe den Verdacht, daß von 10 Nikaraguanern die Hälfte in irgendeiner Form gegen Somoza konspiriert. Und ich glaube nicht, daß man das noch aufhalten kann, nicht einmal mit der ganzen Militärhilfe aus Nordamerika. Alle diejenigen meiner Waffenkameraden, die das nicht offen zugeben wollen, wissen im Grunde, daß es so ist. Viele haben schon genug Geld gesammelt, um abzuhauen. Andere wie ich werden auf jeden Fall bleiben. Mal sehen, was danach kommt..."

Carrington: „Zwischen der gegenwärtigen Situation in Nikaragua und der in Kuba in den letzten Monaten vor dem 1. Januar 1959 gibt es große Ähnlichkeiten."

Offizier: „Das stimmt. In der Zeitschrift der Streitkräfte, die wir alle lesen müssen und die „Zivile Aktion" heißt, werden wir immer wieder daran erinnert, daß Batista stürzte, weil er ein korrupter Politiker war und weil die Streitkräfte durch die fehlende Disziplin unterminiert waren. Als ob es bei uns dafür keine Beispiele gäbe ... Die Nationalgarde ist keineswegs ein Beispiel für Streitkräfte, eben weil Somoza alle ihre Berufsprinzipien zerstört hat bis dahin, daß sie nur noch eine Karrikatur von Militär waren. Man schaffte praktisch die Luftwaffe ab und die einzigen Einheiten, die eine systematische Ausbildung erhalten, sind die der Anti-Guerrilla-Truppen. All das wegen der Furcht vor einem Aufstand innerhalb unserer eigenen Reihen."

Carrington: „Deswegen rechnet Somoza mit dem CONDECA und deswegen kann er jederzeit die Streitkräfte anderer mittelamerikanischer Länder zu Hilfe rufen."

Offizier: „Ich zweifle sehr an der Effektivität dieses Mechanismus. Berücksichtigen Sie, was wäre, wenn die Bürger von Guatemala und El Salvador z.B. wüßten, daß Soldaten aus ihren Ländern Nikaragua besetzen. Oder umgekehrt, wenn die Nikaraguaner wüßten, daß ausländischen Soldaten hier sind. Das würde nur das Feuer weiter anheizen! NEIN. WENN EIN VOLK ZU ALLEM ENTSCHLOSSEN IST, KANN ES NIEMAND MEHR AUFHALTEN.
Fassen Sie unsere Meinung als pessimistisch auf. Ich sehe für die Zukunft schwarz. Und ich weiß noch nicht einmal, ob die Nationalgarde als solche überleben kann. In der Stunde, wo Somoza in seinem Flugzeug nach Miami abhaut, werden sich die höheren Dienstgrade der Garde massenhaft absetzen ... jeder mit seinem Geldkoffer."
Ich muß jetzt schnell nach Hause zurückkehren, da ich rechtzeitig meine Frau abholen muß, um an der Hochzeitsfeier eines Waffenkameraden teilzunehmen. Sogar die Hochzeitsfeiern müssen fast im Geheimen stattfinden... In diesem Land herrscht die Angst, die Unsicherheit. Seit dem 27. Dezember 1974 (1) gibt es keine ruhigen Feiern mehr ..."
Anmerkung von Carrington: Durch die Scheibe des Cafes sehe ich noch, wie er sich entfernt und die Tür seines luxuriösen nordamerikanischen Autos öffnet. Für ihn, daran gibt es keinen Zweifel, ist dies eine Welt, die untergeht.

1) An diesem Tag drangen 8 Mitglieder der FSLN in die Villa eines ehemaligen Landwirtschaftsministers in Managua ein und nahmen 12 prominente Partygäste als Geisel.

PERU
Beiträge zur Unterdrückung der Arbeiter

Ernst Jarrasch

Seit der politischen Krise im Juli 1976 und dem damals verhängten Ausnahmezustand sind Gewerkschaften und Bauernorganisationen in Peru einer immer schärferen Repression ausgesetzt. Sie äußert sich in massenhaften Entlassungen der Arbeiter (allein in der Fischindustrie wurden in den letzten Monaten 10 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt) und in der Verhaftung (in der Regel ohne Anklage) zahlreicher Gewerkschaftsführer. Durch ein im August letzten Jahres erlassenes Gesetz (Decreto ley 011-76 TR) werden Streiks und streikähnliche Maßnahmen zu kriminellen Handlungen erklärt.

Dieses Gesetz regelt die Arbeitsbeziehung unter dem Ausnahmezustand. Danach ist jeder Versuch einer „Lähmung der Produktion" verboten; darunter fallen nicht nur Streiks, sondern jede Verminderung der Arbeitsleistung. Eine solche Lähmung der Produktion können die Unternehmer jederzeit durch manipulierte Produktionszahlen nachweisen. Das Arbeitsministerium kann daraufhin – unter Umgehung des noch immer geltenden Gesetzes über die Aufrechterhaltung der Arbeit (Ley de Estabilidad Laboral, das zumindest auf dem Papier einen gewissen Kündigungsschutz gewährt) – sofort Entlassungen aussprechen.

Nach dem Gesetz 011-76 sind in den letzten Monaten Hunderte von Entlassungen ausgesprochen worden, die vor allem unbequeme Gewerkschaftsführer und klassenbewußte Arbeiter treffen. Die Arbeiterföderation der Metallarbeiter FETIMP nannte bereits im Januar eine Zahl von 250 auf diese Weise entlassenen Gewerkschaftler.

1. Beispiel: Die Arbeitergewerkschaft des Stahlwerks Siderperu

400 km nördlich von Lima liegt die Industriestadt Chimbote, Zentrum der peruanischen Stahl- und Fischindustrie. Das staatliche Stahlwerk Siderperu in Chimbote deckt den einheimischen Bedarf an Roheisen und Rohstahl zu etwa 70 %; dort sind etwa 3.000 Arbeiter und 2.000 Angestellte beschäftigt, die in zwei verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind.

Im Oktober letzten Jahres waren die Anchovis-Fischer von Chimbote in einen unbefristeten Streik getreten, um gegen die Reprivatisierung der Fischfangflotte und die damit verbundene Entlassung Tausender von Fischern zu protestieren (siehe „blätter des iz3w, Nr. 59, Febr. '77). Die Arbeitergewerkschaft von Siderperu plante einen Solidaritätsstreik mit den Fischern für den 4. November. Weil die Angestelltengewerkschaft ihre zunächst gegebene Zusage plötzlich wieder zurückzog, mußte der Streik kurzfristig abgesagt werden. Trotzdem wurden die Gewerkschaftsführer verhaftet, und zwar teilweise schon vor dem angekündigten Streikdatum. Arbeitervertreter wurden bei der legalen Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten festgenommen, so der Generalsekretär der Arbeitergewerkschaft, der beim Verlassen des Büros des Arbeitsministeriums in Chimbote von der Polizei zusammengeschlagen und verhaftet wurde. 26 inhaftierte Gewerkschaftler wurden nach Lima – auf acht verschiedene Polizeistationen verteilt – verlegt; sie wurden alle bis auf einen von der Unternehmensleitung entlassen, mit der zynischen Begründung: „Unerlaubtes Fehlen am Arbeitsplatz". Bei fünf Gewerkschaftsführern wurde als Entlassungsgrund Verstoß gegen das Gesetz 011-76 („Lähmung der Arbeit") angegeben, obwohl sie bereits vor dem angekündigten Streik verhaftet worden waren und der Streik gar nicht stattgefunden hatte. Im Februar d.J. wurden einige verhaftete Arbeiter entlassen, während die verbleibenden 15, darunter die wichtigsten Gewerkschaftsführer in das Zuchthaus von Callao verlegt wurden. Obwohl sie jetzt schon ein halbes Jahr in Haft sind, wurde gegen sie weder Anklage erhoben, noch wurden sie einem Richter vorgeführt. Die Arbeiter und Angestellten von Siderperu haben mit mehreren kurzfristigen Aktionen im Stahlwerk gegen die fortdauernde Haft der Gewerkschaftsführer protestiert. Auch fast alle wichtigen Gewerkschaften und Massenorganisationen, selbst die von der Regierung gegründete Bauernorganisation CNA, haben die Freilassung der Inhaftierten gefordert und die Unterdrückung der Arbeiter durch die Regierung verurteilt.

2. Beispiel: Die Lage der Arbeiter bei BAYER Industrial in Lima

Mitte April erhielten wir den nebenstehend abgedruckten Brief der Arbeitergewerkschaft von Bayer Industrial in Peru, mit der Bitte, ihn an die Gewerkschaft des Mutterkonzerns Bayer in Leverkusen weiterzuleiten. Wir haben ihn an die IG Chemie-Papier-Keramik und an den Betriebsrat der Bayer AG Leverkusen geschickt, ohne Hoffnung, daß dadurch eine positive Reaktion für die peruanischen Arbeiter ausgelöst würde. Uns scheint der Brief aber ein Dokument über die Ausbeutung der Arbeiter in einem Tochterunternehmen eines deutschen Konzerns in der Dritten Welt zu sein, auch ein Dokument über die Illusionen, die man sich dort über Solidaritätsverhalten unserer Gewerkschaften macht.

In der noch jungen, aber schnell wachsenden verarbeitenden Industrie Perus nimmt die Chemieindustrie mit ihrer modernen Technologie eine Schlüsselstellung ein. Etwa 15 % des Wertes der gesamten peruanischen Industrieproduktion entfallen auf sie, davon befinden sich 4/5 in ausländischer Hand. Unter den zahlreichen Cemieunternehmen mit Niederlassungen in Peru, darunter Schering, Hoechst, BASF, Merck, CIBA, Sandoz, Roche, ist Bayer Industrial das größte. Daneben gibt es noch zwei weitere Bayer-Niederlassungen in Peru: Bayer Quimicas Unidas und Laboratorios Bayer. Alle drei Unternehmen sind als Niederlassungen der Bayer Foreign Investment (Toronto, Kanada) eingetragen, die über 50 % des jeweiligen Stammkapitals hält und ihrerseits eine direkte Tochter von Bayer Leverkusen ist.

Die Firma Bayer Industrial war 1972 nach langen Verhandlungen mit der peruanischen Militärregierung gegründet worden. Ihre Anfangsproduktion betrug 6000 t Dralon im Jahr. Die Verhandlungen waren im Rahmen eines Ergänzungsvertrages zur Petrochemie in der „Lateinamerikanischen Freihandelszone (LAFTA)" geführt worden, in dem Peru das Recht zugestanden worden war, Polyacrylfasern (Dralon) zollfrei nach Chile und Bolivien einzuführen. Andere Länder müssen einen 50%igen Zoll zahlen; außerdem sagten Chile und Bolivien zu, die Errichtung eigener Dralon-Fabriken durch Nichtgewährung von Steuererleichterungen usw. zu entmutigen. Der Vertrag von 1972 sicherte Bayer Industrial damit

von Anfang an eine Monopolstellung in diesen drei Andenländern.
Allerdings war 1970 von der peruanischen Militärregierung eine Industriereform beschlossen worden, die eine Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeiterschaft an den Fabriken vorsah. Diese Bestimmungen wurden umgangen, indem man Bayer Industrial zu einem „strategischen" Unternehmen erklärte. In einem „strategischen Unternehmen erhalten die Arbeiter lediglich eine 10%ige Gewinnausschüttung, werden aber nicht am Gesellschaftskapital beteiligt und haben deshalb kein Mitspracherecht in der Unternehmenspolitik. Dagegen beteiligte sich der peruanische Staat mit 30 % am Grundkapital von Bayer Industrial.
Bayer Industrial ist nicht nur wegen seiner Monopolstellung in den drei Andenländern Peru, Chile und Bolivien wichtig, sondern auch wegen seines Modellcharakters für den „peruanischen Weg" einer direkten Beteiligung des Staates an den ausländischen Investitionen. Weit entfernt davon, eine wirksame Kontrolle zu sein, bietet eine solche (Minderheits-)Beteiligung des Staates den ausländischen Konzernen im Gegenteil alle Garantien, um ihre Gewinne zu realisieren und die Sonderbestimmungen zu erhalten, die für ein „günstiges Investitionsklima" erforderlich sind.

KORREKTUR:

Im Artikel der Ausgabe Nr. 60 der „Blätter des iz3w" „BOLIVIEN, Dokument der illegalen Opposition" ist von **150 000 US-Dollar** deutscher Finanzierung für die Umsiedlung deutscher Familien aus afrikanischen Ländern in die Staaten Lateinamerikas die Rede.
Es handelt sich bei dem Betrag jedoch um **150 Mio. US-Dollar.**

Bayer-Arbeiter bitten deutsche Kollegen um Solidarität

Die Arbeitergewerkschaft der BAYER INDUSTRIAL SA in Lima hat in einem Brief an ihre deutschen Kollegen von Bayer-Leverkusen die zunehmende politische Unterdrückung in Peru und vor allem die schamlose Ausnutzung des Ausnahmezustands, der seit Juli 1976 herrscht, durch den BAYER-Konzern denunziert. Streikverbot, Lohnstop, politische und Rationalisierungsentlassungen, Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit sowie polizeiliche und militärische Unterdrückung mit Massenverhaftungen, Folter und Todesfällen kennzeichnen die Situation in Peru, die Nutznießer sind vor allem die großen und das heißt die ausländischen Unternehmen.
Die BAYER INDUSTRIAL SA hat immer schon besondere Privilegien zu Lasten der Arbeiter genossen: Das für alle peruanischen Großbetriebe geltende peruanische Mitbestimmungs- und Vermögensbeteiligungsmodell gilt für Bayer nicht – die Produktion von Acrylfasern wurde 1972 erst aufgenommen, als garantiert war, daß Bayer-Arbeiter in Lima keine Mitbestimmungsrechte erhalten würden. Das Bayerwerk, an dem der peruanische Staat mit 30 % beteiligt ist, besitzt für seinen Absatz innerhalb des Andenpaktes praktisch ein Monopol, da Chemiefaserimporte nach Peru, Venezuela, Bolivien, Ecuador und Columbien (bis 1976 auch Chile) mit 35 % Zoll belastet werden, während Bayer-Peru seine Produkte zollfrei verkaufen kann.
Die staatliche Beteiligung sichert Bayer zugleich vor möglichen Enteignungs- oder Nationalisierungsgefahren, da ein Betrieb schon als nationaler gilt, wenn der Staat bestimmte Anteile hält. Die Bayer-Investition ist zweifellos die wichtigste innerhalb des Modells von Auslandskapital und Staatsbeteiligungen, da sie die Dominierung der nationalen Industrie durch das Auslandskapital mit Hilfe der Militärdiktatur über die Staatsbeteiligung garantiert.
Bayer ist – ebenfalls durch Investitionen seiner kanadischen Tochter BAYFORIN – auch noch durch die BAYER QUIMICAS UNIDAS und die BAYER LABORATORIOS in Peru vertreten, alles Investitionen, die hohe Gewinne, aber nur geringe Beschäftigungseffekte garantieren. Daß bei einer offenen Arbeitslosenquote von 6 - 10 % und einer verdeckten Arbeitslosigkeit von etwa 45 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Arbeitsplätze das vordringlichste Ziel von Investitionen sein müßten, liegt auf der Hand; bei Bayer-Peru wurde jedoch pro 40 000 Dollar nur ein Arbeitsplatz geschaffen.
„Si es Bayer es bueno – Wenn es Bayer ist, dann ist es gut", lautet der berühmte Werbeslogan für die peruanischen Bayer-Produkte. Die Bayer Arbeiter sehen das freilich anders.
Ob die deutschen Kollegen in den Bayer-Betrieben sie verstehen? Und ob die Kollegen überhaupt etwas von dem Brief der peruanischen Bayer-Leute erfahren?

A.C. Hardtko

SINDICATO DE TRABAJADORES DE BAYER INDUSTRIAL S. A.

An den
Generalsekretär der
Arbeitergewerkschaft von
BAYER –Leverkusen

Lima, den 10.4.1977

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,
mit diesem Schreiben übermitteln wir Ihnen unsere solidarischen Grüße. Wir sind Gewerkschaftsführer der Arbeitergewerkschaft von BAYER INDUSTRIAL S. A. in Lima, Peru. Insgesamt sind in diesem Unternehmen 520 Arbeiter beschäftigt. Wir schreiben Ihnen, weil wir zum einen eine enge Beziehung mit Ihrer Gewerkschaftsorganisation herstellen und zum anderen von den verschiedenen Problemen berichten möchten, vor die wir uns gegenwärtig gestellt sehen.
Hier in Peru, einem unterentwickelten, vom US-Imperialismus dominierten Land mit einer Militärregierung, die nichts anderes als die Marionette dieser ausbeuterischen Polypen ist, durchleben wir zur Zeit eine schwere Wirtschaftskrise. Es wurde der Ausnahmezustand verhängt, nicht einmal die grundlegenden demokratischen Rechte werden respektiert, Repression und Folter stehen auf der Tagesordnung. Ebenso politische Morde. Wir dürfen nicht streiken, unsere Löhne und Gehälter wurden eingefroren.
Dies ist die eine Seite der Situation, in der wir uns befinden. In Bayer Industrial S.A., dem multinationalen Unternehmen mit deutschem und kanadischem Kapital, wird

uns Tag für Tag eine höhere Produktionsleistung abgepreßt, die Maschinen stehen keine Minute still, denn wenn das der Fall wäre, würde man uns nach dem neuesten Gesetz D.S. 011-76-TR, das Arbeitsministerium und Unternehmer gemeinsam zu verantworten haben, der „Sabotage" oder „Minderung" der Produktion beschuldigen. In der Zeit vom 1. Januar 1977 bis heute wurden in Bayer Industrial S.A. 6 Arbeiter willkürlich und ohne jede Erklärung entlassen. Alle 6 sind Familienväter, die Ernährer bescheidener Haushalte und schulpflichtiger Kinder. Ohne Arbeit ist die Lage dieser Familien extrem kritisch.
Ende Juni dieses Jahres soll ein neues „Arbeitsplatzschutz-Gesetz (Ley de Estabilidad Laboral)" erlassen werden, daß es den Unternehmern ermöglichen wird, 10 Prozent des Personals zu entlassen. unsere Lohnforderungen hatten wir im Juli 1974 eingereicht, aber am 19. Oktober wurden sie vom Arbeitsministerium verweigert. Damit wurden wir unserer gerechten Forderung beraubt: Familienunterstützung, Schichtvergütung, Lebensmittelhilfe, Weihnachtsgratifikation und Vergütung für die nationalen Feiertage.
Die Unternehmensleitung profitiert bei diesen Entlassungen von dem Ausnahmezustand.
Sehr geehrter Herr Generalsekretär, wir denunzieren vor Ihrer Gewerkschaft diese politische, soziale und ökonomische Situation in der wir uns befinden. Die geheiligten Rechte der Arbeiter werden von den Unternehmern verletzt, d.h. der 8-Stunden-Tag, das Streikrecht, die Vorlage von Lohnforderungen, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht, das Recht, Vollversammlungen durchzuführen und uns politisch zu organisieren. Wir bitten Sie, diese unsere Situation in ihren Veröffentlichungen zu berücksichtigen und Ihren Protest zu erheben gegen diese Angriffe auf die Arbeiterschaft, gegen die Verfolgung von Sozialkämpfern und Gewerkschaftsführern, die verhaftet wurden und noch im Gefängnis sitzen, die deportiert wurden oder die einfach verschwunden sind. Obwohl Peru Mitglied der Vereinten Nationen ist, werden hier in unserem Land die Menschenrechte ständig mißachtet.
Wir hoffen, daß diese unsere Sorgen und Probleme Ihr Gehör finden werden und daß wir auf diese Weise mit Ihnen in brüderlichem Kontakt verbleiben können. Denn es darf nie vergessen werden, daß auch die Arbeiter in Deutschland unsere Klassenbrüder sind.

Mit solidarischen Grüßen:

gez.	gez.	gez.
Secretario General	Sec. Defensa	Sec. Organizacion

Lieder aus Peru

Tiempo Nuevo (Peru)
„Por tierra y liberación nacional!"
(Für Land und nationale Befreiung!)
Schallplattenverlag NEUE WELT
Werderstraße 23, 5000 Köln 1
Best. Nr. NWIS 1007, DM 20,–

Die 12 Lieder dieser Langspielplatte dokumentieren, daß auch in Peru die lateinamerikanische Tradition des politischen Liedes ihren Niederschlag gefunden hat. Die musikalisch reifste peruanische Musikgruppe, Mitglied der „Frente de los trabajadores del arte", „Kulturarbeiter", die sich der Sache des Volkes verschrieben haben, spielt Lieder, die zum Teil direkt in sozialen Kämpfen entstanden sind: So hat das Minenproletariat von Cerro de Pasco zu einer traditionellen Melodie der Sierra einen neuen Text gemacht, in dem sie das „Massaker von Cobriza" denunziert – 1971 hatte hier die angeblich antiimperialistische Militärregierung einen Streik zusammenschießen lassen, der die Verstaatlichung der US-Kupfermine forderte. Ein anderes Lied propagiert die Landbesetzungen des klassenbewußten Bauernverbandes Confederación Campesine del Peru, CCP, und dient auf Solidaritätsveranstaltungen in Peru dazu, Informationen über diese von der Regierungspresse totgeschwiegenen Kämpfe zu vermitteln.
Die Gruppe stellt in einem Interview im Beiheft ihre politische und künstlerische Position klar, ein Einleitungstext belegt mit zahlreichen Beispielen aus den über acht Jahren angeblich fortschrittlicher Militärdiktatur die These: Peru 1977 – der Dritte Weg als Sackgasse. Auf der Plattenhülle ist vermerkt: „Die Lieder wurden im Dezember 1976 in Lima/Peru aufgenommen, um auf die wachsende Repression in Peru hinzuweisen und um die internationale Solidarität mit den politischen und sozialen Gefangenen zu unterstützen."
Über diese praktische Solidaritätsfunktion hinaus beweisen die Lieder, wie traditionelle künstlerische Ausdrucksformen und aktueller politischer Kampf in den „Canciones testimoniales" der peruanischen Musik eine neue Form der Agitation und Dokumentation hervorbringen.

a.c.h.

Solidaritätssammlung für Mocambique
Wir rufen die fortschrittlichen Teile der schweizerischen Bevölkerung zur Solidarität mit dem mocambiquanischen Volk in seinem Kampf um die Wahrung seiner Souveränität und um die eigene, unabhängige gesellschaftliche Entwicklung auf.
Ausdruck der Solidarität soll eine Aktion zugunsten der „Banco de Solidariedade" in Mocambique (Solidaritätsbank) sein, deren Fond zum Teil den Opfern der Angriffe Rhodesiens auf die Bevölkerung Mocambiques zugute kommt. Sie unterstützen die Solidaritätsaktion für die Kriegsgeschädigten in der Volksrepublik Mocambique, indem sie einen Betrag auf das Konto **40-32 217** bezahlen (Vermerk: Mocambique)

SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR AFRIKA ASIEN UND LATEINAMERIKA SKAAL
Postfach 692 CH-8026 Zürich/Schweiz

MOZAMBIQUE

Universitätsbrigaden auf dem Land

Das koloniale Erziehungssystem in Mozambique ermöglichte Bildung nur für wenige, während über 90 % der Bevölkerung Analphabeten blieben. Den wenigen, die die Schule besuchen konnten, wurde eingeredet, Bildung als ein Mittel anzusehen, um zu Reichtum zu kommen – „lerne, um etwas zu verdienen, lerne mehr, um mehr zu verdienen," so klassifizierte Samora Machel das System.
In der Volksrepublik Mozambique ist die Bildung für alle da, nicht nur für eine ausgewählte Minderheit; die Verbreitung von Bildung wurde in einen neuen ideologischen Kontext, in einen revolutionären Kontext gestellt, *Wissen ist zum Werkzeug geworden, um den Massen zu dienen, nicht mehr, um sich selber zu bereichern.*
Als ein Teil der Veränderungen, die stattgefunden hatten, verbrachten die Lehrer, Studenten und Angestellten der Eduardo-Mondlane-Universität den Monat Juli, um mit dem Volk zu arbeiten und von ihm zu lernen. Dieses jährliche Programm ist bekannt unter dem Namen „Juli-Einsatz"; seine wichtigsten Ziele sind:
1) die interne Umformierung der Universität von einer kolonial-kapitalistischen zu einer Institution, die der gesamten Bevölkerung des Landes dient, voranzutreiben;
2) den Angestellten, Studenten und Lehrern zu ermöglichen, etwas von der wirklichen Lage der ländlichen Gebiete zu erfahren;
3) allen die Teilnahme an einem Aspekt des nationalen Wiederaufbaus zu ermöglichen;
4) das Elitetum zu bekämpfen;
5) das Spezialistenwissen der Probe durch die Praxis auszusetzen;
6) Kenntnisse von der Geschichte, der Wirtschaft und der Kultur von Mozambique zu verbreiten, die so lange Zeit

unterdrückt worden waren.
Unter den Teilnehmern am Juli-Einsatz in den verschiedenen Teilen des Landes waren auch ausländische Lehrer an der Eduardo-Mondlane-Universität. Zwei englische Mitglieder des Lehrkörpers verfaßten folgende Berichte über ihre Erfahrungen:

David Wield, Abteilung für Ingenieurwissenschaften, Juli-Einsatz in Angonia im Nordosten der Provinz Tete.

„Angonia besitzt eine reiche landwirtschaftliche Produktion, Mais, Kartoffeln und Gemüse werden in großer Fülle angebaut. In der Kolonialzeit jedoch gehörte der reiche dunkle Boden dieses Gebiets nicht dem Volk Mozambiques, sondern portugiesischen Siedlern, die große Farmen errichteten und die bezahlte Arbeitskraft der in der Umgebung ansässigen Bauern ausnutzten.
Seit der Unabhängigkeit sind diese Siedler-Farmer einer nach dem anderen abgezogen, viele von ihnen nahmen mit, was sie nur transportieren konnten. Sechs Wochen, bevor die Universitätsbrigade nach Angonia kam, zog einer dieser Farmer ab und man bat uns, auf dieser Farm zu arbeiten, die nun nationalisiert war; wir sollten helfen, die reiche Maisernte einzubringen, die reif auf den Feldern lag.
Dreizehn von unserer Universität arbeiteten mit 20 bis 40 der einheimischen Bauern zusammen.
Vor der Nationalisierung schufteten die Bauern 60 Stunden in der Woche auf der Farm, von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends, fünf Tage in der Woche, zwölf Monate im Jahr ohne jeden Urlaub. Heute arbeiten sie von sieben Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags und haben im Jahr einen Monat Urlaub. Die Maisernte ist harte Arbeit, und wir von der Universität waren am Anfang langsam, uns schmerzte der Rücken, und wir zerschnitten uns die Hände an den scharfen Blättern. Zuerst arbeitete jeder einzeln in einer Maiszeile, die schnelleren Arbeiter halfen den langsameren am Ende eines Arbeitstags.
Nach ein paar Tagen diskutierten wir bei einer Zusammenkunft die Möglichkeiten, die Arbeit kollektiver zu gestalten, und in der zweiten Woche arbeiteten mehrere Leute gleichzeitig in einer Zeile. Der Kollektivgeist kam voran, wir redeten viel miteinander und sangen, aber mit der Arbeit ging es bergab. Dann arbeiteten wir wieder einzeln in den Zeilen, doch diesmal halfen die Leute nebeneinander liegender Zeilen sich gegenseitig und wir rückten in einer breiten einheitlichen Linie vor. Die Produktivität nahm gewaltig zu, ebenso der Enthusiasmus der Arbeitenden, die zum ersten Mal für ihre eigene Arbeitsdisziplin selber verantwortlich waren.
Die Arbeitstage des Teams waren gefüllt mit der Arbeit auf dem Feld, nächtlichen Treffen zur Analyse, Kritik und Selbstkritik über die Arbeit, um sechs Uhr morgens war Gymnastik, um die steifgewordenen Muskeln für die Tagesarbeit wieder aufzulockern.
Am Samstagnachmittag und sonntags hatten die Universitätsbrigade andere Aufgaben; beispielsweise Nachforschungen über die Geschichte des Landstrichs, wobei wir die alten Leute interviewten; Untersuchungen über die wirtschaftliche und kulturelle Aktivität in dem Gebiet und Auflistung der Basistechnologien, die in den Dörfern im Gebrauch waren.
Von einem alten Mann aus dem Nachbardorf Bachone hörten wir Dinge aus der Geschichte dieser Gegend, die uns wertvollen Aufschluß über ihre gegenwärtige Situation gab. Seine Erzählung begann noch vor 1918, als die Portugiesen noch Männer aus dem Dorf in Ketten zur Arbeit auf den Latifundien im Zambezi-Tal brachten. Im Jahr 1918 wurden in dieser Gegend Steuern eingeführt, anfangs noch drei Hühner, bald darauf aber als Geldabgaben. Um zu diesem Geld zu kommen, begannen die Bauern, Güter in anderen Dörfern oder im nahegelegenen Malawi zu verkaufen.
Wer die Steuern nicht bezahlen konnte, wurde als Kontraktarbeiter auf Latifundien wie die Sena-Zuckerplantage am Zambezi geschickt. Frauen und Kinder blieben zu Hause und versuchten, von der Arbeit auf den Machambas (Farmen) zu leben.
Von 1955 an änderten sich die Verhältnisse im Dorf weiter. Ein portugiesischer Zollbeamter (der Mann, der sechs Wochen vor unserer Ankunft abgereist war) zog nahe beim Dorf eine Farm auf. Er dehnte seine Besitztümer schnell aus, indem er seine Traktoren zum Pflügen an die Bauern auslieh, gegen ein Stück Land aus ihrem Besitz, das er gerade gebrauchen konnte, „um seine Häuser und Scheunen auszubauen." Er kontrollierte nicht nur bald weite Landgebiete, wobei er die Arbeitskraft der Bauern kaufte, er hatte auch die Wirtschaft des ganzen Gebiets durch die Kontrolle von Handel und Transport in der Hand. Er besaß die Handelsstation und alle Lastwagen.
Er kaufte das Mehrprodukt der Bauern auf und transportierte alles zu seinen Läden in den Städten Nampula und Quelimane; auf diese Art zog er den Reichtum nicht nur aus seiner eigenen Farm, sondern auch noch aus den kleineren in seiner Nachbarschaft. Später gab er Saat-Kartoffeln, Kunstdünger und seinen Traktor an einzelne Bauern und kaufte deren Produkte zu einem niedrigen Preis. Derart kam er zu noch höheren Profiten, und die Unterschiede im individuellen Reichtum der Bauern wurden durch sein Zutun größer als vorher.
So gab es dann im größten Nachbardorf einige reichere Bauern, die andere Bauern dafür bezahlten, daß sie auf ihrem Land arbeiteten.
Die Wirtschaft der Gegend in der unmittelbaren Nachbarschaft war aus diesen Gründen vollständig von diesem portugiesischen Grundbesitzer abhängig; und die Sozialstruktur des Dorfes war nicht nur von den alten, vom Häuptling dominierten Beziehungen geprägt, sondern auch von neueren kleinkapitalistischen Beziehungen, die von einem großen Kapitalisten abhängig waren.
In diesem Gebiet wurde mit der Kollektivierung kleiner, von einzelnen Familien betriebener Farmen noch nicht begonnen. Während des Befreiungskriegs wurde diese Region nicht, wie andere große Teile der Provinz Tete, von der Frelimo kontrolliert. Obwohl den Dorfbewohnern klar war, daß die Frelimo für sie kämpfte, kamen sie nicht mit den Strukturen der Frelimo in Berührung. Als Ergebnis herrscht heute ein mangelndes Verständnis in einzelnen Punkten, obwohl die Leute die Hauptrichtlinien der Politik der Frelimo verstehen und unterstützen.
Beispielsweise fragte die Universitätsbrigade, ob die alten Männer immer noch mit den Knaben zusammensäßen und ihnen Geschichten aus der Vergangenheit erzählten. Man behauptet, dies wäre nach der Unabhängigkeit aufgegeben worden, weil sie nicht sicher waren, ob der Frelimo Gespräche über die Vergangenheit genehm waren oder nicht. Sie waren glücklich, als sie hörten, daß sie es tun könnten, daß es sogar wichtig war, die Geschichte der Region am Leben zu erhalten.
Alle Farmen des Bezirks, deren Besitzer von sich aus gegangen waren, waren von einer staatlichen Organisation namens „Haus der Landwirtschaft" übernommen worden, deren Aufgabe es ist, die Fortführung der Produktion zu gewährleisten. Die Organisation ist jetzt gut bekannt, so daß Arbeiter, die eines morgens auf einer Farm ankommen und sehen, daß der Besitzer mit zwei Wagen und zwei Lastwagen auf und davon ist, sich sogleich an das „Haus der Landwirtschaft" wenden. Die Organisation hilft, indem sie die Verteilung der Feldfrüchte übernimmt, Saatgut und Dünger kauft, die Transporte koordiniert usw. Die Arbei-

ter legen große Verantwortung an den Tag bei der alltäglichen Wartung der Fahrzeuge, denn die Farmen sind meilenweit voneinander entfernt und die Straßen sind schlecht. Unsere Brigade nahm an dem ersten Treffen zwischen den Arbeitern der Farm, auf der auch wir arbeiteten, und dem Bezirks-„Verantwortlichen" für die Staatsfarmen teil. Als er ankam, wurde die Arbeit unterbrochen und ein Treffen abgehalten. Die Arbeiter waren anfangs still und fühlten sich etwas unwohl, offensichtlich weil sie noch niemals zuvor ein öffentliches Treffen wegen der Arbeit mitgemacht hatten. Doch bald konnte der Verantwortliche das Eis brechen, zum Teil indem er die Arbeiter dazu brachte, Lieder zu singen, und es gab gute Antworten auf Fragen nach den Verhältnissen auf der Farm. Als die Arbeiter sich besser fühlten, erzählten sie über den langen Arbeitstag, die Lohnbeschneidungen und über die schlimme Ausplünderung in der Vergangenheit; der Verantwortliche erklärte sorgfältig, daß die neuen und besseren Verhältnisse nicht deshalb eingeführt worden sind, weil die Frelimo gegen Arbeit ist, sondern weil sie gegen Ausbeutung der Arbeitskraft ist..

Als der Morgen zuende ging, waren neue Arbeitssysteme organisiert und einige Probleme durch Diskussion gelöst worden. Es gab beispielsweise keinen Laden in der Gegend, und es wurde deshalb ausgemacht, daß ein Lastwagen die Arbeiter zum nächsten Laden und wieder zurück bringen sollte.

Im Verlauf unseres einmonatigen Aufenthalts in dieser Gegend konnten wir auch die Werkzeuge und Techniken beobachten, die die Leute in ihrem alltäglichen Leben anwandten. Es ist Teil der Regierungspolitik, die Verpflanzung von Ideen von einer Region des Landes in andere zu ermutigen, um so die Kenntnis von Techniken überall dorthin zu verbreiten, wo sie von Nutzen sein könnten. In Angonia sahen wir, wie Ziegel für Steinhäuser mit hölzernen Türen und Fenstern gemacht wurden, Töpfe und Tiegel aus Lehm, wie Ochsen zum Ziehen von Karren und Pflügen abgerichtet wurden, sogar ein altes Fahrrad, das, auf dem Kopf stehend, zum Antrieb eines Luftgebläses diente, welches das Feuer einer Eisen- und Stahlschmiede anfachte. In einigen Landesteilen führten Studenten einige dieser Techniken zum ersten Mal ein, doch in Angonia lernte umgekehrt die Universitätsbrigade von den Bauern und Arbeitern.

Die Brigade verließ Angonia mit der Kenntnis der Lebenswirklichkeit einer Gegend, die von der Betonstadt Maputos grundverschieden ist. Für viele war es die erste Erfahrung mit der Handarbeit und dem Leben auf dem Land, und durch die vielen Treffen mit Kritik und Selbstkritik lernten wir eine Menge über uns selbst, über unsere Stärken und Schwächen, individuell und als Gruppe.

Jeder kam zurück nach Maputo mit dem Wissen, etwas getan zu haben, was ihn zu größeren Anstrengungen anspornt beim Studium, bei der Arbeit und bei der Analyse, welche Rolle die Universität spielt und wie sie der ganzen Bevölkerung Mozambiques nützen kann."

Barry Munslow, Zentrum für Afrikanische Forschungen, Juli-Einsatz in den Provinzen Cabo Delgado, Niassa und Nampula

„Unsere Brigade reiste vier Wochen lang durch die nördlichsten Provinzen Mozambiques, auch durch äußerst isolierte Gegenden; dadurch war sie bestens in der Lage, sich die Errungenschaften und nicht bloß die Theorie der mozambiquischen Revolution anzueignen.

Wir vom Zentrum für Afrikanische Forschungen sammelten koloniale Aufzeichnungen und interviewten Leute, um ein politisches, soziales und ökonomisches Panorama der neun Bezirke, die wir in den drei Provinzen besuchten, zu erarbeiten.

Überall, wo wir hinkamen, war das koloniale Erbe spürbar, angefangen bei den holprigen Straßen und dem Mangel an Schulen und Krankenhäusern bis zu den Mörsergeschossen, Gummiknüppeln und vier Palmatorias*, die wir im Haus eines Administrators fanden. Dem Volk war jede bedeutsame Entwicklung abgeschnitten und es litt unter der rohen Brutalität der kolonialen Regierungsweise.

Ein Problem, das beständiges Kopfzerbrechen bereitet, ist der Transport, und die Ursachen für seine Mängel sind nicht schwer zu finden. In der Stadt Nampula gibt es einen Autofriedhof mit Unmengen von Personen- und Güterfahrzeugen, die von der sich auf dem Rückzug befindlichen portugiesischen Armee in einem letzten Akt mutwilliger Sabotage zerstört worden waren, ehe sie ihre einstigen Hauptquartiere übergab.

Dies hemmt die Arbeit bei der Mobilisierung der Leute, ihre „Vormarsch-Gruppen" zu bilden. Wir sahen, wie durch

------

* Die Palmatoria ist ein schweres Instrument aus Holz, mit dem die portugiesischen Kolonialisten die Afrikaner schlugen.

diese Komitees Alphabetisierungsaktionen gefördert, schädliche Traditionen wie etwa die Kinderheirat bekämpft und die Leute dafür begeistert wurden, kollektive Machambas zu bilden, der einzige Ausweg aus dem Lebenszyklus der Bauern aus Abhängigkeit und Armut.

Im Bezirk Mecula in der Provinz Niassa gibt es nur einen Landrover, und dies ist nachweislich der isolierteste Landstrich des ganzen Stats, im Norden an der Grenze zu Tanzania gelegen. Wenn der Landrover nicht zur Verfügung steht, geht Manuel Saidi, der Lehrer am Ort und Sekretär der Vormarsch-Gruppe, die 170 km bis Bezirksbüro der Vormarsch-Gruppe, für die er verantwortlich ist, zu Fuß. Einmal angekommen, ermutigt er die Bauern, die Mitglieder sind, in ihrer Arbeit, die Leute zu erziehen und zu organisieren.Solche Hingabe ist nur ein Beispiel unter vielen für den Enthusiasmus, mit dem die Aufgaben der Revolution durchgeführt werden.

Häufig sahen wir, wie dornenreiche lokale Probleme von den Verwaltungsbeamten, den Vormarsch-Gruppen und den politischen Kommissaren auf sinnreiche Art und Weise gelöst wurden. So war in Malema in der Provinz Nampula, eine kleine Station der Eisenbahnlinie nach Malawi, der Alkoholismus schon lange ein Problem. Geld und Nahrung wurde von verantwortungslosen Elementen für den Suff verschwendet, während Kinder nackt und hungrig herumliefen. Man machte die Runde durch die Schwarzbrennereien am Ort, Produkte, die zum Destillieren verwandt werden sollten, wurden beschlagnahmt und der Küche des Krankenhauses übergeben, Töpfe und Tiegel der Schule. Zwar konnte diese Operation das Problem des Alkoholismus nicht über Nacht lösen, aber als einer Administrationsmaßnahme kam ihr der Verdienst zu, daß damit auch eine politische Lektion erteilt wurde – wie von kargen Ressourcen besserer Gebrauch gemacht werden kann.

Nirgends war das Erbe des Kolonialismus und er Kampf der Frelimo gegen dieses Erbe deutlicher als in den Umerziehungslagern, die wir in zwei Provinzen besuchten. Viele der Städte im Norden waren früher nichts weiter als Garnisonen gelangweilter und verängstigter portugiesischer Truppen. Bars und Bordells war die Industrie, die ihnen auf dem Fuß folgte.

In einem der von uns besuchten Lager arbeiteten fünfhundert Frauen, zum größten Teil ehemalige Prostituierte, um Nahrungsmittel zu produzieren und Diskussionsveranstaltungen abzuhalten, warum und wie die Gesellschaft geändert werden muß. Ein zwingender Grund für eine Veränderung war die Tatsache, daß die Mehrzahl der Patienten im örtlichen Krankenhaus aus eben diesem Lager stammte und die häufigsten Beschwerden Geschlechtskrankheiten waren. Abgesehen von den individuellen Leiden ist der Gesundheitsdienst von Mozambique unter starkem Druck, mit den Armutskrankheiten fertig zu werden, die der Kolonialismus zurückgelassen hat; der gleichzeitige Kampf gegen die Auswirkungen der Kooruption in der Kolonialgesellschaft ist für das Land nur sehr schwer zu gewinnen. In jenem Krankenhaus gingen zwei Frelimo-Schwestern die Krankheitsfälle mit begrenzten Mitteln, aber mit dem ermutigenden Wissen an, daß der politische Teil der Aufgabe, nämlich die Ursachen für diese Krankheiten aufzuheben, zu gleicher Zeit angepackt wurde. Die Verhältnisse im Lager sind so gestaltet, daß sie auf die Rehabilitierung hinführen; siebzig Frauen wurden bereits umerzogen – eine davon ist inzwischen Leiterin des Lagers.

In Nampula besuchten wir das Gefängnis; uns wurde ein Innenhof gezeigt, wo die Gefängnisinsassen Körbe herstellten, die auf dem örtlichen Markt verkauft wurden. Das Geld schickten sie an ihre Familien oder sparten es, um bei ihrer Entlassung eine Ausgangsbasis zu haben. Einige hatten Besuch von Frau und Kindern, und wir nahmen gemeinsam ein Mahl ein. Es war bemerkenswert, die unähnlich einem Gefängnis es eigentlich war, es zeigte die tiefe Überzeugung der Frelimo, daß Kriminalität durch das Gesellschaftssystem vermittelt ist. Da Ausbeutung und Leiden nun aufgehoben sind, können die Menschen voll in die Gesellschaft reintegriert und die Ursachen der Kriminalität beseitigt werden.

Wie klein oder abgelegen die von uns besuchte Stadt auch immer war, sonntags fanden überall Zusammenkünfte statt; in jener Zeit war das Hauptthema der Diskussionen das Massaker an Landsleuten und an den „Brüdern aus Zimbabwe" durch die Truppen des Smith-Regimes. Nach einem solchen Treffen in Ribaue arbeiteten wir alle auf der „Zimbabwe Machamba", unser Beitrag zum Freiheitskampf – Händler, der Verwaltungsbeamte, Studenten, der Dorfpolizist, die Bauern und die Volksbefreiungsarmee Mozambiques.

Eine dieser Zusammenkünfte – in Lichinga, der Hauptstadt der Provinz Niassa – war von mehreren tausend Menschen besucht. Die Stimmung war kämpferisch. „Gebt uns Waffen, wir sind bereit, gegen die Aggression des Smith-Regimes zu kämpfen," lautete die Botschaft der Versammlung an die nationale Führung.

In vielen Lebensbereichen werden die Früchte der Massenorganisierung und -mobilisierung durch die Vormarsch-Gruppen immer offensichtlicher. Ein deutliches Beispiel ist die gegenwärtig laufende nationale Impfkampagne gegen Pocken, TBC und Röteln. In der Provinz Niassa trafen wir ein Impfteam und unterhielten uns über den Erfolg der Kampagne. Ein Mann von den Vereinten Nationen, der mit dem Team unterwegs war, sagte auf Grund der politischen Organisation des Volkes könne wohl in sechs Monaten so viel getan werden, wie in anderen unterentwickelten Ländern in zwei Jahren.

Ob es nun die Impfkampagne war, die Volksläden, die Alphabetisierungskampagnen, eines war klar – Mozambique ist auf dem Weg vorwärts. Unter der Anleitung der Frelimo organisieren sich die Leute selbst, eine wirkliche Unabhängigkeit wird gefestigt. Worte werden für einen jeden zu Taten."

Aus: Mozambique Information Agency, Bulletin No. 3
Übersetzung: Hans-Ulrich Laukat

Unsere Dokumentation zum Verhalten der Bayerischen Landeskirche und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und ihren diakonischen Einrichtungen bei der staatlich erzwungenen Verlegung von Kranken, Pflegebedürftigen und Behinderten aus diakonischen Anstalten in Tötungslager während des 3. Reichs wird von den angeschriebenen kirchlichen Stellen heute in jeglicher Form behindert.

Bei der Vielzahl der Einzelnachforschungen ist es uns mittlerweile unmöglich geworden, allen auftauchenden Hinweisen nachzugehen, so daß wir um die Mithilfe und Unterstützung unserer Arbeit bitten müssen.

Es geht vorerst immer noch um die Materialsammlung (zumeist Akten in Archiven, Briefwechsel mit möglicherweise Informierten, etc.).

Um nähere Information bitten wir zu schreiben an:
Heinrich Grißhammer, 6478 Nidda 15, Berliner Straße 18
Hans Georg Gebel, 1000 Berlin 45, Ringstr. 25

REPRESSION IN DER BRD

Zustände im Rastatter Asylbewerberheim

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Situation von Ausländern in der BRD, die um politisches Asyl gebeten haben, über deren Asylantrag aber noch nicht entschieden ist. Wichtig erscheint uns, daß die Zustände in dem Rastatter Asylbewerberheim nicht als zufällige Einzelerscheinung gesehen werden, sondern als ein Beispiel unter vielen für die miserable Behandlung von Ausländern durch die Bundesrepublik. Offenbar werden Ausländer weniger nach menschlichen oder rechtlichen als nach ökonomischen Gesichtspunkten (d.h. als Manövriermasse von Arbeitskraft, als industrielle Reservearmee, die je nach Konjunktur mobilisiert oder demobilisiert wird) behandelt. Im übrigen werden Ausländer noch schärfer politisch kontrolliert als deutsche Staatsangehörige, um antikapitalistische Kräfte auszuschalten. Das Ausländerrecht und seine praktische Anwendung geben dafür zahlreiche Beispiele. Zur Behandlung fortschrittlicher Iraner durch die BRD vgl. z.B. unsere Artikel in den „blättern ..." Nr. 54, S. 37, Nr. 56, S. 44, Nr. 60, S. 51.

Red.

Im folgenden soll ein kurzer Blick auf einige Aspekte des Lebens geworfen werden, das einen Asylbewerber erwarten kann, der vom Bundesamt nach Baden-Württemberg geschickt wird, also einige Zeit in Rastatt verbringen muß, ehe er von dieser Landesaufnahmestelle in eines der Übergangswohnheime weitergeschickt wird. Vorgesehen ist nur ein kurzer Aufenthalt, doch können bei den Asylbewerbern daraus sechs lange Monate werden, in denen sie darauf warten, im Übergangswohnheim einen Platz zu bekommen; denn – so sagt Helmut Haun, Leiter der Abteilung Eingliederung im Innenministerium – „Der Abfluß (!) der Asylbewerber hat nicht so funktioniert wie der Abfluß der Spätaussiedler" (Rundfunksendung SWF I, 6.1.1977).

Unterbringung: Die Große Kreisstadt Rastatt, eine Kleinstadt in der Rheinebene südlich von Karlsruhe, hatte im letzten Jahrhundert Bedeutung als Bundesfestung und während der Revolution von 1848-49. Aus dieser Zeit stammt auch das Gebäude, das ehemalige Festungslazarett, in dem die männlichen Asylbewerber ohne Familien untergebracht sind. Sie leben in großen Räumen, die mit Holzwänden unterteilt sind. Diese reichen allerdings nicht bis zur tonnenförmig gewölbten (gute Akustik!) Decke, bieten also keine Abschirmung gegen die drei Nachbarkabinen. Diese Verschläge sind etwa 12 m² groß. Zur Zeit der sträksten Belegung des Lagers mit über 400 Asylbewerbern teilten sich bis zu 6 Menschen diesen Raum – die Unterbringung von Tieren ist gesetzlich geregelt, die dieser Menschen nicht.
Vielleicht sollte diese Überbelegung eine Art Ersatz für mangelnde Heizungswärme sein. An manchen Tagen im Winter schaffte es die total veraltete Heizungsanlage nämlich nicht einmal, das Thermometer über 10°C steigen zu lassen, geschweige denn, Wasser zum Waschen oder Spülen zu wärmen. Zu diesem Mangel kommen veraltete und unzureichende sanitäre Anlagen und eine bei manchen Asylbewerbern aus arabischen Ländern zu beobachtende Einstellung, Reinigungsarbeiten durchzuführen sei unter ihrer Manneswürde. Als das Lager noch von Flüchtlingen aus der DDR bewohnt war, wurden beim Auszug von Familien Putzfrauen mit der Reinigung der verlassenen Räume beauftragt. Diese Stellen sind inzwischen eingespart worden, und in der Lokalpresse lautet das dann so: „Deutsche Arbeiter lehnen es ab, hier zu säubern, die Asylanten selbst halten nichts von Sauberkeit" (Badisches Tagblatt = BT, 10.12.1976).
Dabei hatten sich gerade, weil viele der Asylbewerber aus 22 Nationen durchaus die katastrophalen hygienischen Verhältnisse verbessern und Putzdienste einrichten wollten, die Spannungen im Lager so erhöht, daß sie sich in Schlägereien entluden. Die räumliche Trennung auf verschiedene Flügel des Gebäudes milderte die Feindseligkeiten, baute sie aber nicht völlig ab. Als bei einer anderen Gelegenheit eine Delegation von 10 Leuten den Lagerleiter um Vermittlung bat, war dessen Antwort nur: „Why don't you kill them?"

Verwaltung – Betreuung : Die gerade erwähnte Aussage wurde unwidersprochen von einem der Betroffenen in einer Fernsehsendung (1.2.77, S.3) vorgetragen und charakterisiert recht treffend die Einstellung des Leiters der Landesaufnahmestelle Otto Plaumann. Er ist auch für die Aussiedler aus Osteuropa zuständig, „die wieder Deutsche werden wollen und die nun einmal menschlich-verständlich, einem Lager-Vorsteher in Deutschland etwas näher stehen als Jussuf und Ali" (BT, 3.2.77 – das ist übrigens der vorherrschende Stil der lokalen Presseberichte). Von ihm das geringste psychologische Einfühlungsvermögen in die Probleme von Asylbewerbern aus Asien oder Afrika zu verlangen, bedeutete eine große Zumutung. „Die Polizei geht fast stündlich Streife" (Interview in Badische Neueste Nachrichten = BNN, 15.1.1977) – so will er der Probleme Herr werden, aber so trägt er sicher nicht zum Abbau der Spannungen bei. Auch nicht, indem er wichtige Mitteilungen für die Asylbewerber, die ihre Weiterleitung in die Regierungsbezirke betreffen, nur in schwierigem Amtsdeutsch anschlägt und mit dem Kommentar versieht: „,... und bitten unnötige Fragen, die unsere Arbeit nur erschweren, zu unterlassen." Es bleibt die Frage, wieso dieser Herr, der auf der Verwaltungslaufbahn diesen Posten und inzwischen auch das Pensionsalter erreicht hat und arbeitsmäßig und psychisch überlastet ist, nicht abgelöst wird.

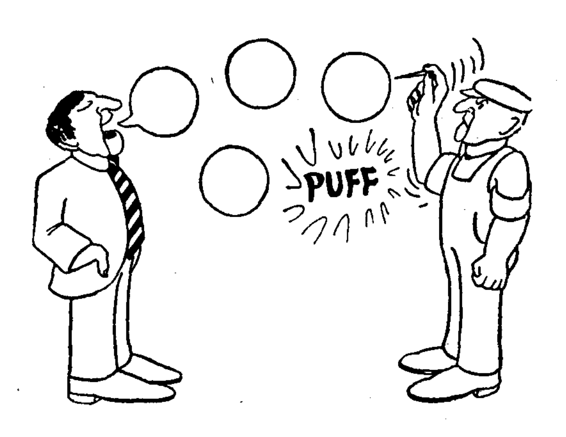
Wohlfahrtsverbände: Die katholische Kirche und die evangelische Landeskirche haben Sozialarbeiterinnen im Lager zur Betreuung von Aussiedlern und Asylbewerbern angestellt. Mit einer vorbildlichen sozialen Einstellung gegenüber den Asylbewerbern leisten sie alle mehr Arbeit als es ihren Arbeitsverträgen entspricht. Sie sind die Anlaufstelle für „unnötige Fragen" (s.o.). Trotz Behinderung durch die Lagerleitung lassen sie den Asylbewerbern die Hilfe und Menschlichkeit zukommen, von der Innenminister Schieß nur in wohlgesetzten Worten auf einer Weihnachtsfeier spricht, z.B. am 20.12.1976.

Medizinische Versorgung: Die medizinische Versorgung geschah bis Februar 1977 durch eine Krankenschwester, die die Aufgabe hatte, Menschen mit Beschwerden einen Krankenschein auszustellen und zum Arzt zu schicken. Völliger Mangel an irgendwelchen Fremdsprachenkenntnis-

sen machte jedoch die Verständigung fast unmöglich (sollte es deswegen auch gleichgültig sein, daß die Krankenschwester alle Asylbewerber duzte oder zeigt das ihre Einstellung?) und den Versuch, einen Krankenschein zu bekommen, oft zu einem Kampf, bei dem der Asylbewerber unterlag. Leuten, die wegen ständigem Hautjucken zum Arzt wollten, riet sie zu Kamillenseife – kein Wunder, daß die Krätze sich im Lager ungestört ausbreiten konnte. Nach öffentlicher Kritik an ihrem Verhalten, überließ die Krankenschwester ihren Posten zwei Monate vor ihrer Pensionierung einem Angestellten des Rastatter Gesundheitsamtes, der seinen Dienst freiwillig und ohne Bezahlung mit großem Elan versieht. Er appelliert z.B. an den zuständigen Rastatter Bürgermeister, endlich die notwendigen Maßnahmen zur Krätzebekämpfung einzuleiten – bisher ohne Erfolg.

Deutschkurse: Auf ähnlich freiwilliger Basis werden Deutschkurse abgehalten. Nachdem die Lagermisere in der Öffentlichkeit bekannter wurde, begannen einige Lehrer und Lehrerinnen von Rastatter Schulen in kleinen Gruppen Deutschunterricht zu geben. Vom Innenministerium gibt es keinerlei Hilfe für die Asylbewerber in Rastatt Deutsch zu lernen, selbst wenn sie sich dort sechs Monate ohne jegliche Beschäftigung aufhalten müssen.

Freizeit: Die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung sind beschränkt, obwohl es den Asylbewerbern wahrlich nicht an freier Zeit mangelt. Kino- und Gaststättenbesuche und andere Vergnügungen, die Geld kosten, müssen sie möglichst einschränken, da sonst die 283,– DM Sozialhilfe pro Monat nicht für den Lebensunterhalt reichen. Ausflüge in den nahen Schwarzwald dürfen nicht sein, da die Duldung, wie gesagt, nur den Aufenthalt in Rastatt erlaubt. Im Lager selbst gibt es keine Möglichkeiten zur Unterhaltung. Sport zu treiben gelingt den wenigen, die durch private Beziehungen zu einem Verein Zugang finden. Sozialarbeiterinnen, die sich bei Oberbürgermeister Franz Rothenbiller dafür einsetzten, den Asylbewerbern einen unbenutzten Sportplatz zur Verfügung zu stellen, stießen auf energische Ablehnung: Es sei den Kindern, die dort nachmittags manchmal spielten, nicht zuzumuten, den Platz mit Asylbewerbern zu teilen. Außerdem sei das Land Baden-Württemberg zuständig. Der Vorschlag einer SPD-Stadträtin, den Leuten doch wenigstens auf diese Art zu helfen, wurde im Stadtrat nicht diskutiert sondern nur ausgezischt. Damit soll das letzte und traurigste Kapitel eingeleitet werden: die Einstellung eines Großteils der Rastatter Bevölkerung und der Lokalpresse.
Charakteristisch und entlarvend ist die Art des Wortschatzes, mit dem die Asylbewerber in den Zeitungen BT und BNN belegt wurden. Da ist die Rede von: „Asylanten, ein Begriff mit einem 'Beigeschmack'" (BT), von „zumeist sehr jungen Exoten", „Hinterorientalen", „rund 400 schwarzhaarigen Gestalten" (BNN), von „andersfarbigen Miteinwohnern" (BT). Ganz selbstverständlich – obwohl Aussagen darüber nicht einmal der Lagerleitung sondern nur dem Bundesamt in Zirndorf zustehen – wird behauptet, sie trieben „Asyltourismus" wegen der Sozialhilfe, denn die „283 DM Unterstützung im Monat liegen meist weit über dem Durchschnittseinkommen in der alten Heimat" (BNN). Mit bestechender Logik wird geschlossen, daß die Auflösung des Lagers „eine Art Vertreibung aus dem Paradies" bedeuten würde, denn „andernfalls wären die Asylsucher doch längst freiwillig wieder in ihre Heimatländer zurückgekehrt" (BNN). Diese Diffamierung wird noch übertroffen von den Versuchen, in der Bevölkerung Angstgefühle zu schüren: „Angst haben viele Rastatter vor den Leuten mit fremden Gesichtern" (BT). Es ist die Rede von Gestalten, die „selbst beim männlichen Geschlecht unangenehme Gefühle erwecken, was rein gar



nichts mit Rassismus zu tun hat, sondern einem inneren Gefühl der Unsicherheit, wenn nicht der Angst, entspringt." (BNN). Unterstützt wird diese Hetze durch eine Anfrage an den Landtag, wie sie der Abgeordnete Roland Gerstner (CDU) vorbrachte: „Welche Maßnahmen erwägt die Landesregierung zu unternehmen, um diesen Zuständen ein Ende zu setzen und der deutschen Bevölkerung in den betreffenden Gemeinden wieder das Gefühl völliger Sicherheit zu geben?" (Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 7-838). Wen kann es dann noch wundern, wenn eine Bundestagsabgeordnete wie Dr. Renate Lepsius (SPD), die von „Zusammenballung menschlicher Probleme sozial nicht integrierter Ausländer" spricht und sich aktiv für die Lösung dieser Probleme einsetzt, anonyme Briefe bekommt, aus denen nackter Faschismus spricht. Auch anderen Bürgern, die sich für die Asylbewerber einsetzen, wird angekündigt, die wohl vergessene Vergasung werde nachgeholt.
Wenn selbst der Oberbürgermeister unwidersprochen das Wort „streunen" im Zusammenhang mit Asylbewerbern benutzt und sich seiner darin sichtbaren Einstellung entsprechend verhält, werden es sicher auch so aufgeschlossene Journalisten wie der mit –bs– zeichnende BT-Redakteur schwer haben, bei einem Großteil der Rastatter Kleinbürger Verständnis für Asylbewerber zu wecken. Der Oberbürgermeister fordert Verstärkung für die Rastatter Polizei wegen „der außerordentlich bedrohlichen Situation, die vom Asylantenlager ausgeht, mit dessen weiterem Verbleiben wir in Rastatt rechnen müssen" (BT, 15.4.77). Von -bs- muß er sich sagen lassen: „Sich ... aber zur Behauptung zu versteigen, es handle sich bei den Asylbewerbern zum größten Teil um ausgebildete Terroristen, ist angesichts des gerade jetzt wieder aktiven Terrors in der Bundesrepublik reichlich makaber" (BT, 16.4.1977). Solche Töne herrschen in der Stadtverwaltung auch jetzt vor, zu einem Zeitpunkt, an dem im Lager nur etwa 150 Asylbewerber leben.
Mitteilung der Tagespresse vom 22.4.77: Das dem Bundesamt angeschlossene Lager in Zirndorf ist wieder geöffnet, nachdem es ein Vierteljahr geschlossen war. Das bedeutet eine erneute Zunahme der Asylbewerber in Rastatt und der damit verbundenen Probleme, denn trotz Einstellung eines arabisch sprechenden Betreuers hat sich an der mißlichen Lage grundsätzlich nichts geändert.

Name und Anschrift des Autors sind der Redaktion bekannt.

Paragraph 88a in Aktion

PRESSEMITTEILUNG DES VERBANDES DES LINKEN BUCHHANDELS

29.3.1977

Ermittlungsverfahren wegen „Herstellung und Verbreitung der Druckschrift" 88a in Aktion – oder wie man Bücher verbrennt ..." gemäß § 88 a StGB".

Seit dem 18. März dieses Jahres haben 37 Verlage, Vertriebe, Buchhandlungen und Druckereien in der Bundesrpeublik und Westberlin durch Vorladungen zur Vernehmung bei der Polizei davon erfahren, daß gegen sie ein Ermittlungsverfahren wegen der Verbreitung der Dokumentation „88a in Aktion – oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen" eingeleitet wurde. Im Internationalismus Buchladen in Hannover wurden 13 Exemplare der Dokumentation ohne richterlichen Beschluß eingezogen.
Es ist zu erwarten, daß das Verfahren auf weitere Buchhandelsbetriebe ausgedehnt wird.
Das Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Frankfurt unter dem AZ 4 Js 54/77 eingeleitet.
Die Dokumentation „88a in Aktion" ist bereits im September 1976 erschienen und auf der Buchmesse öffentlich vorgestellt worden. Sie befaßte sich mit der bisherigen Anwendung des § 88a und seinen Auswirkungen, der Selbstzensur verschiedener Verlage.
In ihr sind Stellungnahmen des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, der Humanistischen Union – in deren Beirat sich der gegenwärtige Innenminister Maihofer engagierte [1] –, der Deutschen Jungdemokraten, des PEN-Zentrums und einiger von der Staatsschutzaktion betroffener Buchhandlungen enthalten.
Im Dokumentarteil sind Beiträge durchaus etablierter Blätte wie: „Der Spiegel", Neue Zürcher Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau und Westdeutsche Allgemeine Zeitung abgedruckt.
Unmittelbarer Anlaß für den VLB (Verband des linken Buchhandels), diese Dokumentation herauszubringen, war eine im August '76 gegen Buchhandlungen in sieben Städten durchgeführte Aktion, bei der eine Zeitschrift der „Revolutionären Zellen" mit dem Titel „Der Revolutionäre Zorn" beschlagnahmt wurde. Diese Zeitschrift ist folgerichtig – ausdrücklich als Dokument gekennzeichnet – in der Textsammlun g aufgenommen worden.
Im August '76 wurde gegen einige wegen Verbreitung des „Revolutionären Zorns" ermittelt.
Jetzt wird gegen alle ermittelt, die darüber nur öffentlich zu schreiben wagen.
88a in Aktion.

PARAGRAPH 88 a in Aktion

Wir drucken die Pressemitteilung des Verbandes des linken Buchhandels (VLB) ab weil wir

– uns gegen die staatlichen Zwangsmaßnahmen wenden, von denen 37 Verlage, Buchhandlungen und Druckereien in der BRD und West-Berlin betroffen sind.
– den § 88a für die juristische Grundlage eines politischen Handelns halten, die Bücher (noch) nicht verbrennt, aber beschlagnahmt und damit dem Effekt von Zensur besitzt.
– uns solidarisch erklären mit den Herausgebern der beschlagnahmten Broschüre „§ 88a in Aktion – oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen."



Die Broschüre enthält im wesentlichen Darstellungen von Betroffenen und Presseberichte über die Polizeiaktion vom August 1976, bei der Buchhandlunge und auch Wohnungen von Geschäftsführern stundenlang durchsucht wurden. Zum Teil kamen die Beamten mit Nachschlüsseln in die Räume und durchsuchten sie, ohne daß Leute des Buchladens dabei waren oder gar benachrichtigt wurden. Geschäftsunterlagen, Korrespondenzen und Abrechnungen wurden eingesehen, abgeschrieben und mitgenommen. Der Geschäftsführer des Bochumer und Essener Buchladens wurde sogar vom 18. –26.8.1976 in Untersuchungshaft gehalten.
Getragen wurde diese bundesweite Aktion von Beamten des BKA (Bundeskriminalamt) und von verschiedenen LKA's (Landeskriminalämter) sowie der örtlichen politischen Polizei und örtlichen Staatsanwaltschaften. Begründet wurde das Vorgehen mit dem Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) durch einen Verstoß gegen § 88a StGB (= Strafgesetzbuch) in Verbindung mit § 126 StGB. Um diesen ‚Verdacht' auch ‚beweisen' zu können, wurde die Zeitschrift „Revolutionärer Zorn"gesucht . Diese war vorher den Buchhandlungen a n o n y m zugegangen.
Der VLB erklärte zu den Aktionen des Staatsschutzes (Auszüge aus der Broschüre „§ 88a in Aktion"): „Es besteht für uns keine Veranlassung, diesen Beitrag (gemeint ist die Zeitschrift „Revolutionärer Zorn"), der zu einer umfassenden Diskussion und Information beiträgt, zu unterdrücken. Es ist völlig abwegig, von der bloßen Tatsache des Auslegens einer Druckschrift oder eines Buches auf Sympathie für den Inhalt zu schließen. Wollte man diesen Gedanken ernsthaft erwägen – wie es Bun-

desanwaltschaft, BKA und BGH (Bundesgerichtshof) offensichtlich tun –, müßte einem Buchhändler der Inhalt eines jeden Buches, einer jeden Zeitschrift in seinem Sortiment zugerechnet werden. Es versteht sich am Rande, daß bei einem Sortiment von ca. 10.000 Titeln so etwas gar nicht möglich ist. Kriminalisiert werden soll mit derartigen polizeistaatlichen Maßnahmen nicht mehr aktives Handeln, sondern eine bestimmte Gesinnung; die Staatsschutzbehörden wollen den Buchhandel zwingen, von sich aus 'verdächtige' Titel für den Staatsschutz auszusortieren, für sie Zensur auszuüben. Die bereits bestehenden staatlichen Zensurpraktiken sollen verdeckt, Zensur langfristig zur Selbstzensur werden."

Der Aspekt der Selbstzensur ist ein subtiler Unterdrückungsfaktor, der den § 88a noch gefährlicher erscheinen läßt, als wir es in unserer früheren Darstellung befürchtet hatten.[2]

Die offensichtliche Unterdrückung von Information und Meinung ist nur eine Seite des § 88a. Sichtbare Repression des Staatsapparats in Form von Durchsuchungen, Beschlagnahme und Vertriebsverbot ist dem Widerstand einer demokratischen und linken Öffentlichkeit ausgesetzt. Die andere Seite des § 88a entzieht sich aber zum Teil jeglicher öffentlicher Erkenntnis: die individuelle Selbstzensur. Sie drückt sich aus in Angst; Angst vor gesellschaftlichen Nachteilen, vor der verbauten zukünftigen beruflichen Stellung oder einfach vor „Unannehmlichkeiten (mögliche Überwachung, Bespitzelung). Amnesty international beklagt sich z.B. über mangelnde Bereitschaft, Unterschriften für die Freilassung von politischen Gefangenen zu geben.

Neben dieser individuellen „Selbstzensur" oder Selbst-Entrechtung, die so zustande kommt, daß man Rechte nicht mehr wahrnimmt, gibt es inzwischen auch die Eigenzensur eines ganzen Verlages. Luchterhand hat den 1975 im Pariser Verlag le Seuil erschienen Roman 'Der Einzelgänger' von Regis Debray in der deutschen Fassung um einen Dialog „gekürzt". Die Stelle ist im Buch weiß geblieben. Die Verlagsfußnote dazu lautet: „Im Hinblick auf § 88a kann der Verlag das hier erwähnte 'Rezept' nicht wiedergeben."[3]

Hier wird die subtile, völlig unkontrollierbare im Sinne von nicht d i r e k t bekämpfbare Seite des § 88a deutlich: nicht die Polizei, nicht der Staatsschutz tritt in Aktion, um Zensur zu üben, sondern die Verinnerlichung der Repression, das angepaßte, das deformierte Selbstbewußtsein betreibt Zensur. Ein solches zwangsweise eingeübtes Verhalten ist die Voraussetzung für eine weitere Verschärfung der Repression – sei es per Gesetz, durch Polizeiaktionen oder im Betrieb – und für den stetigen Abbau demokratischer Rechte.

Deshalb dürfen wir uns nicht nur gegen die Maßnahmen des § 88a wenden, von denen wir von Zeit zu Zeit hören werden. Wir müssen uns gegen den § 88a und seine Gesinnung stellen.

rb

1) nach Bekanntwerden der „Traube-Affaire" wurde Maihofer aus der Humanistischen Union ausgeschlossen
2) siehe „blätter des iz3w" Nr. 50
3) FR vom 30.8.1976; abgedruckt in: „§ 88a in Aktion" S. 8



Schnüffelagenturen: Zum Beispiel Intertect

Schnüffelagenturen haben in der BRD Hochkonjunktur. Es häufen sich ihre Anzeigen in der Presse, ihre Wühl- und Propagandaarbeit verstärkt sich zunehmend. Die Firma „Intertect" scheint hier alles bisher bekannte in den Schatten zu stellen. Ihr Chef-Detektiv Beckers – „Deutschlands Privatdetektiv Nr. 1" –, verschickt einen Wust von Flugblättern und Broschüren, in denen er sein Unternehmen unter dem Slogan „Ein Tag kommt, ein Tag geht, aber Intertect bleibt" anpreist. „Intertect" erklärt: „Wir informieren Sie über alles, sofern wir dies nach dem Gesetz dürfen." „Wir sind weltweit tätig...". „Schützen Sie sich vor Betrug und Machenschaften". „Intertect informiert Sie über persönliche Daten von jeder Person oder Firma..., über Nachbarn, Freunde ...".

In einer Werbebroschüre der Firma „Intertect" heißt es:

„Ein namhafter großer deutscher Industriekonzern beauftragte INTERTECT zum Preis der großen INTERTECT Personenauskunft festzustellen, ob ein Bewerber für eine Führungsposition geeignet war. INTERTECT recherchierte im Rahmen der großen Personenauskunft und stellte fest, daß der Bewerber zu einer radikalen Gruppe gehörte. Für den Preis von nur 89,90 DM wurde das Unternehmen vor großem Schaden bewahrt. Wie nachher die Firma bestätigte, macht sich der Preis für die große INTERTECT Personenauskunft 100 fach bezahlt, denn hätte der Industriekonzern von INTERTECT nicht die Auskunft erfragt, wäre ihm großer Schaden zugefügt worden, da der Bewerber, der als Radikaler galt, mit Sicherheit fehl am Platze gewesen wäre. Für den Preis einer einzigen Personenauskunft wurde dem Unternehmen dieser Fehlgriff erspart. Hätte das Unternehmen den Bewerber eingestellt und später festgestellt, daß es sich um einen Radikalen in der Firmenleitung gehandelt hätte, wäre dem Industriekonzern erheblicher Schaden zugefügt worden."

Auffallend ist, daß auf ihren Flugblättern mit Schauspielern faschistoider Filme wie Charles Bronson („Ein Mann sieht rot") für den „Arbeitsplatz von morgen" ... „zur Bewältigung der Expansion geworben wird. Diese Expansion der „Intertect" ist sicherlich kein Einzelfall innerhalb der westdetuschen Detektiv-Mafia, doch scheint „Intertect" durch seine Dienstleistungen („Die Leistungen des 'Intertect' Detektiv-Service kommen nicht von ungefähr. Dahinter steht mehr: Die konsequente Strategie eines Großunternehmens, das ... die hohe Schule des Denkens beherrscht.") eine führende Stellung einzunehmen. Inzwischen gehen sie schon so weit, daß sie Auskünfte über Personen im Stil eines Versandhauses verschicken.

Für 8.000 Mark hat das Außenministerium Aufträge zur Bespitzelung von 100 Personen an Privatpolizisten vergeben; die Aachener „Detectiv Gruppe Intertect Aktiengesellschaft" hat für Aufträge aus Bundes-, Länderbehörden, Kanzler- und Auswärtigem Amt jeweils zwischen 100 und 150 DM nach eigenen Angaben erhalten. Das war nun selbst SPD-Abgeordneten aus

Nordrhein-Westfalen zuviel. Sie forderten das „Verbot dieser Schnüffelpraxis" („Westfälische Rundschau", 15.12.1976).

Praktisch wird ein solches Verbot kaum wirksam sein, geht doch der Verfassungsschutz und auch die Polizei oft nahtlos in diese „privaten" Firmen über.

aus „Arbeiterkampf" 6.4.77

CHILE – BRD
Colonia Dignidad: Deutsches Gut als Folterlager

DEUTSCHES MUSTERGUT IN CHILE – EIN FOLTERLAGER DER DINA

– aus der neuen Dokumentation von amnesty –

Die im März 1977 von AI vorgelegte Broschüre über die „Colonia Dignidad" (deutsch: „Kolonie Würde") im Süden Chiles an der argentinischen Grenze ist zum einen ein weiterer Beleg und eine fundierte Anklage der brutalen und unmenschlichen Unterdrückung, die das Regime Pinochet praktiziert. Zum anderen haben die geschilderten Tatsachen aber einen besonderen Bezug zur BRD! Damit wird auch der Kreis der Verantwortlichen weiter gesteckt.
Um welche Vorgänge geht es nun in der Broschüre? Die Kolonia Dignidad ist eine große Farm (ca. 12.000 ha) in Süd-Chile, die 1961 von deutschen Einwanderern aufgebaut wurde. Sie ist praktisch autark, besitzt eine Infrastruktur mit allen Versorgungseinrichtungen für theoretisch 500 Personen, von der eigenen Stromerzeugung über ein Krankenhaus bis hin zum eigenen Flugplatz. Sie ist, ohnehin schon sehr abgelegen, hermetisch abgeriegelt und wird scharf bewacht. Z. Zt. wird sie von ca. 250 Menschen bewohnt, die nach wie vor deutsche Staatsbürger sind. Die Kolonie führt ein völlig isoliertes Dasein und ist nicht der chilenischen Gesetzgebung unterworfen.
Dieses Gut spielt im System der Gewaltherrschaft in Chile offensichtlich eine bedeutende Rolle. So schwer es auch ist, Licht in das Dunkel der Aktivitäten der Geheimpolizei DINA und der ihr assistierenden auch ausländischen Komplizen zu bringen, muß man doch die hier offengelegten Fakten als einwandfrei belegt ansehen. Danach ist die Colonia eines der KZ-ähnlichen Foltergefängnisse der Junta, in denen sie mit immer weiter verfeinerten und in ihrer Unmenschlichkeit perfektionierten Torturen versucht, Informationen über den Widerstand zu sammeln. Ein besonderer Aspekt dieses Falles ist die Rolle der deutschen Besitzer. Nach zwei Berichten der UN-Menschenrechtskommission und einer Reihe von bis in die Details übereinstimmenden Zeugenaussagen ehemaliger Häftlinge und von Bewohnern der Farm, die von ihr geflohen sind, können kaum noch Zweifel bestehen, daß dort unter Mitwirkung der Gutsbewohner von der DINA Leute festgehalten, gefoltert und in einigen Fällen auch getötet werden.
Die z.zt. etwa 250 Bewirtschafter der Farm sind seit 1961 in Chile ansässig. Ausgangspunkt der Emigration war Siegburg. Dort hatte 1952 Paul Schäfer einen Bibel- und Jugendkreis aufgebaut, nachdem er aus der evangelischen Kirche entlassen worden war. Im Laufe mehrerer Jahre entstand daraus eine Sekte mit einem vorgeblich religiösen humanistisch-sozialen Engagement. Sie gedieh soweit, daß sie ein eigenes Haus und eine Reihe von Geschäften erwerben konnte. Sie erhielt sogar die Anerkennung „gemeinnützig" und wurde damit staatlich gefördert. 1961 wurde dann offenbar, was sich in dem angeblichen Waisenheim der Sekte abspielte. Die Zöglinge wurden völlig von ihren Familien isoliert, phsychologisch von ihren „Betreuern" abhängig gemacht, körperlich mißhandelt und (homo-)sexuell mißbraucht. Schäfer entzog sich weiterer Verfolgungen, indem er untertauchte und am 27.7.1961 in Chile einreiste. Die Sekte erklärte in Deutschland lediglich, man habe sich von Schäfer getrennt. Von 1961 – 1963 wanderten aber nach und nach ca. 230 Angehörige der Vereinigung (darunter auch 50 Kinder) nach Chile aus. Dort hatte Schäfer inzwischen ein aus der Auflösung der Geschäfte und dem Verkauf des Hauses (Käufer: Bundeswehr; Preis: 900.000,– DM) sowie deutscher Liefervergünstigungen für technisches Gerät das Gut finanziert und ausgestattet. In Chile gab sich die Sekte den gleichen Anstrich wie in Deutschland. Dort nannte sie sich „Sociedad Benefica y Educacional Dignidad" (dtsch.: wohltätige und erziehende Gesellschaft Würde) Von den offiziellen Stellen war und ist die Gesellschaft wegen ihrer „Aufbauleistung" und der „Vorbildlichkeit" ihres Mustergutes hoch geschätzt. Ein Rest der Sociedad, ca. 20 - 30 Personen, lebt heute noch in Siegburg.
Er hat noch ständig Kontakt mit der Kolonie über einen Kurzwellensender. Im Laufe der Jahre gingen Medikamentenlieferungen im Wert von knapp 160.000 DM von hier nach Chile.
Derweil tritt Paul Schäfer, obwohl von Interpol steckbrieflich gesucht, in der Colonia auch vor Besuchern öffentlich auf.

Bei der Betrachtung dieses Falles drängen sich einige Fragen auf – insbesondere was das Verhalten der deutschen Behörden anbelangt. Wie war es möglich, daß die Sekte die Erlaubnis erhielt, 50 kleine Kinder nach Chile zu bringen, obwohl ihr wahrer Charakter schon aufgedeckt war? Warum wurde die Gründung der Kolonie durch Vergünstigungen und Empfehlungen unterstützt? Warum leiten die Behörden nicht gegen diese deutschen Staatsbürger eine gründliche Untersuchung ein? Wie kann sich der deutsche UN-Botschafter einfach bei der Abstimmung über den Kommissionsbericht der Stimme enthalten? Wie ist es möglich, daß der deutsche Botschafter in Chile nach einem Besuch (mit Kaffee, Kuchen und Kinderchor) in der Kolonie 1976 erklärt, die Vorwürfe bestünden zu Unrecht, obwohl eindeutige Beweise über die Folterungen vorliegen? Das Spektrum der denkbaren Antworten ist für einen Staat, der verbal so kompromißlos zur FDGO steht wie die BRD, verfänglich weit. Noch befremdlicher wirkt die Art, wie die Leitung der Kolonie in konsularischen Fragen von der deutschen Botschaft hoffiert wird. Statt auf diesem Wege (Einzelgespräche mit Leuten, die ihre Pässe verlängern müssen und dann nicht von der Leitung des Guts überwacht werden können z. B.) eine Klärung zu versuchen, werden ganze Stapel von Visa an einzelne Vertreter der Kolonie ausgehändigt oder der Konsularbeamte legt sogar eigens die fast 500 km zum Gut zurück, um den dortigen Herren jeden Ärger zu ersparen. Wenn man dieses Verhalten nicht direkte Begünstigung krimineller und unmenschlicher Handlungen nennen will, so ist es doch zumindest eine Duldung,

durch die sich die Verantwortlichen zu Mitschuldigen an den Qualen oder am Tod der Gefolterten machen.
Wer sich mit den zahlreichen Degails dieser Angelegenheit beschäftigen will, findet in der Broschüre von amnesty eine Beschreibung der momentanen Situation, die Entwicklung der Sekte, Auszüge aus Zeugenaussagen von ehemaligen Häftlingen usw. Die Dokumentation umfaßt 60 Seiten und ist zum Preis von 2,– DM zu beziehen über

amnesty international – ChileKoordinationsgruppe – Vogelbergsstraße 36, 6000 Frankfurt a. M. 1

Übrigens: Spenden ersetzen zwar nicht Handeln, sie helfen aber anderen dabei. Spendenkonto zugunten der geheimen Gefangenen
„Kennwort: 'Verschwundene in Chile', "
Deutsche Bank Hamburg Nr. 61 - 00333
Postscheckkonto Köln Nr. 224046-502

Nachtrag:
Am 22.4.77 wurde von der dritten Zivilkammer des Landgerichts Bonn eine einstweilige Verfügung erlassen. Unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 10.000 DM oder Haft bis zu sechs Monaten wurde Amnesty International die Verbreitung von vier Behauptungen untersagt, die darauf hinauslaufen, daß die Kolonie „Dignitat" ein Folterlager der chilenischen Geheimpolizei DINA ist. Außerdem wurde die weitere Verbreitung der Broschüre „Colonia Dignidad – Deutsches Mustergut in Chile, ein Folterlager der DINA". untersagt. Dazu Dieter Maier von Amnesty in Frankfurt: „Wir sind uns unserer Sache sicher und halten unsere Behauptungen und Anschuldigungen gegen Colonia Dinidad aufrecht. Auch die Broschüre verbreiten wir weiter." Unterstützen wir das mutige Verhalten von Amnesty, indem wir die Broschüre kaufen, lesen und verbreiten! Die Wahrheit läßt sich von Gerichten nicht untersagen.

Jusos fordern: Ausweisung von Ackerknecht

HAMBURGER JUSOS FORDERN DIE AUSWEISUNG DES CHILENISCHEN DIPLOMATEN CHRISTIAN ACKERKNECHT!

Auf ihrer Sitzung am Montag (18.4.1977) hat sich der Bezirksausschuß der Hamburger Jusos mit den Informationen über den jetzigen Militärattache der chilenischen Botschaft in Bonn, Christian Ackerknecht beschäftigt.
Christian Ackerknecht wurde durch den blutigen Putsch chilenischer Militärs gegen die demokratisch-sozialistische Regierung Allendes 1973 Oberbefehlshaber der chilenischen Provinz O'Higgins. Er ist damit verantwortlich für Folterungen an Gefangenen und für den Mord an Verhafteten. Auch in der Bundesrepublik lebende Exil-Chilenen sind Betroffene dieser Verbrechen.
Die Hamburger Jusos befürchten verstärkte Aktivitäten der chilenischen Geheimpolizei D.I.N.A. (die der GeStaPo in Nazi-Deutschland vergleichbar ist) in der Bundesrepublik.
So wurde mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß gegen Carlos Lira, in Hamburg lebender Exil-Chilene, in einem anonymen Brief massive Drohungen ausgesprochen wurden. Die Jusos weisen darauf hin, daß vor dem Mord an den Exil-Chilenen Orlando Letelier in den USA eine ähnliche Kampagne geführt wurde.
Dies muß mit der Veröffentlichung über Christian Ackerknecht im SPIEGEL Nr. 16/77 in Zusammenhang gesehen werden.
DIE HAMBURGER JUSOS BETRACHTEN DIE AN–WESENHEIT VON CHRISTIAN ACKERKNECHT ALS EINE ERNSTE GEFÄHRDUNG FÜR DIE SICHERHEIT IN DER BRD LEBENDER PERSONEN UND FORDERN DESHALB DIE AUSWEISUNG DES CHILENISCHEN DIPLOMATEN!

V. I. S. d. P.: Erhard Stammberger

Der Spiegelartikel vom 11.4.77 berichtet über die Herkunft Christian Ackerknechts, zur Zeit der Volksfrontregierung Kommandeur eines Regiments in Rancagua, der gleichen Stadt, in der Carlos Lira Moscosco Direktor des dortigen Gefängnisses war. Nach dem faschistischen Militärputsch von 1973 profilierte Ackerknecht sich als Oberbefehlshaber der Provinz O'Higgins in der Verfolgung und Ermordung politischer Gegner. Die Folterknechte handelten unter seinem unmittelbaren und persönlichen Befehl. Diese wie alle anderen Aussagen über den jetzigen chilenischen Diplomaten – Militärattache in Bonn – sind Carlos Lira Moscosco und seine ebenfalls von Ackerknecht mehrmals verhaftete und gefolterte Frau bereit, vor Gericht zu beeiden. Sie und zwei andere Exilchilenen aus den Niederlanden sagten schon in der Fernsehsendung „Report" vom 25.4.1977 gegen ihn aus.
Ackerknecht ließ Carlos Lira nach dem Militärputsch verhaften und zu 8 Jahren und 61 Tagen Gefängnis verurteilen wegen unerlaubten Tragens einer Waffe, wozu er jedoch eine Berechtigung besaß. Nach 26 Monaten Gefängnis und Folter durften er, seine Frau und seine Kinder in die Verbannung, was einem lebenslangen Einreiseverbot nach Chile gleichkommt. Sie fanden politisches Asyl in der BRD, in der sich seit wenigen Monaten auch Ackerknecht aufhält und jetzt angesichts der enormen Anschuldigungen „auch Schutz sucht", nur den der „Normen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen". Das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium haben zu diesem Fall noch keine Stellung bezogen und eine, diesen Mann akzeptierende Zurückhaltung geübt: ein Nazysympathisant, der mit rechtsradikalen Gruppen in Verbindung stand, die einen gewalt-

DROHBRIEF GEGEN EXILCHILENEN

„Senor
Carlos Lira Moscosc
Hamburg. –

Herr Ex-Gefängnisdirektor: –
Wir bedauern angesichts Ihrer Sicherheit außerordentlich, daß Sie Ihr Versprechen nicht erfüllt haben, im Ausland nicht zu sprechen.
Das ist mit den Erleichterungen unvereinbar, die wir Ihnen während Ihres Pensionsaufenthaltes gegeben haben. (Anm. d. Üb.: Mit „Pensionsaufenthalt" ist Gefängnisaufenthalt gemeint)
Deshalb wundern Sie sich nicht über die Maßnahmen, die wir ergreifen können, um zu verhindern, daß dies noch einmal geschieht.
Wir wünschen Ihnen Gesundheit und erwarten Sie unsere Nachrichten."

Der Brief wurde auf Briefpapier des „Hotel Palace", Berlin, geschrieben und trägt einen Hamburger Poststempel.

samen Sturz der demokratisch gewählten Volksfrontregierung planten. 1970 – 1971 nahm Ackerknecht sogar an einem Ausländerlehrgang der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg teil.

ewi

Nachtrag: Inzwischen hat die chilenische Regierung Christian Ackerknecht nach Chile zurückbeordert. Die Junta verschweigt allerdings, daß sie durch den Widerstand der Bevölkerung in der Bundesrepublik dazu genötigt wurde und begründet die Ablösung Ackerknechts mit fadenscheinigen formalen Argumenten.

USA
Ist Carter ein Friedenspräsident?

CARTERS MORAL-OFFENSIVE:
Des Präsidenten neue Kleider

Der folgende Artikel zeigt auf, daß zu Jimmy Carters Regierung in einflußreichen Positionen Politiker gehören, die sich zur Johnson-Zeit schwerer Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben. Damit weist er darauf hin, a u f w e l c h e W e i s e trotz Carters Moral-Kosmetik die imperialistische Politik der USA fortgeführt wird. Es wäre allerdings falsch, in dieser Kontinuität des Personals die U r s a c h e für die Kontinuität der Politik zu sehen. Auch wenn Carter nur Politiker mit bisher reiner Weste in seine Regierung genommen hätte, würden die USA nicht zur friedlichen Supermacht werden. Das liegt an den zwangshaften Bestrebungen des profithungrigen US-Kapitals, sich die Weltmärkte zu erobern und mit allen Mitteln die eigenen Interessen zu verteidigen. Dagegen könnte auch ein Präsident Carter nichts unternehmen, selbst wenn er es wollte. Daß er bereits „eingearbeitete" Kriegsverbrecher in seine Regierung holt, zeigt, daß er offenbar dieses noch nicht einmal will. Das Wort vom „Friedenspräsidenten" verdreht seine wahren Absichten ins Gegenteil.

Red.

Schenkt man dem Augenzeugen Willy Brandt Glauben, so hat mit Jimmy Carter ein neuer Geist Einzug gehalten in die amerikanische Politik. Ein Sturzbach der Erneuerung, der moralischen Aufrüstung, reißt die brüchig gewordenen Festungen des Nixon- und Ford-Erbes hinweg und legt die lang verschütteten Fundamente von „God's own country" frei, Zeugnisse gottesfürchtiger Rechtschaffenheit und unbeugsamer Gesetzestreue. So hätten sie's gern. Carters Rechtspopulismus nach innen scheint sein Pendant in der Außenpolitik gefunden zu haben, wenn der US-Vertreter vor der UN-Menschenrechtskommission die Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten für den Sturz der Allende-Regierung bedauert, wenn eine geläuterte US-Regierung lateinamerikanischen Folter-Diktaturen ihre Hilfe entziehen und die oppositionellen Kräfte Nicaraguas Carter für den richtigen Adressaten halten, um Unterstützung gegen die berüchtigte Diktatur zu gewähren. Die personelle Besetzung des außenpolitischen Bereichs jedoch läßt eher Erinnerungen an die dunkelsten Zeiten des US-Imperialismus wachwerden als Hoffnungen auf eine schönere Zukunft zu glauben. So ist die Invasion Vietnams eng mit dem Namen des neuen Außenministers, Cyrus Vance, verbunden, der in den Jahren 1964 bis 1967 als stellvertretender Verteidigungsminister Lyndon B. Johnsons und Kriegsspezialist eine Reihe von „Sondermissionen" leitete. Als im Jahre 1965 20.000 US-Soldaten über die Dominikanische Republik herfielen und den Volksaufstand gegen die Diktatur zerschlugen, war Vance wohl nicht nur unbeteiligter Zuschauer vor Ort. Zwei Jahre später leitete er den Einsatz von Armee und Nationalgarde gegen den Aufstand schwarzer Amerikaner in Detroit. An Erfahrung reich erledigte er im drauf folgenden Jahr die Protestaktionen der Schwarzen nach der Ermordung Martin Luther Kings. Als zweiter Mann neben Averell Harriman führte er die Pariser Vietnam-Verhandlungen, während zur gleichen Zeit Johnson Indochina noch immer „in die Steinzeit" zurückbombte. Warren M. Christopher, heute die Nummer zwei im Außenministerium, erwarb sich bleibende Anerkennung während der Präsidentenschaft Johnsons, indem er federführend ein Armeeprogramm entwarf zur Überwachung amerikanischer Bürger, die als potentielle Unruhestifter besonderer Kontrolle zu unterliegen hatten.

Der dritte Veteran der Johnson-Zeit ist Zbigniew Brzezinski, derzeit Chef des „Nationalen Sicherheitsrates". 1973 ernannte David Rockefeller ihn zum Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von der Rockefeller-Stiftung – Vorstandsvorsitzender: Cyrus Vance – finanzierten Denkfabrik in Sachen Außenpolitik.

Daß unter Carter keine neue Politik betrieben werden wird, zeigte sich mit aller Deutlichkeit in Sachen Indonesien/Ost-Timor vor dem Unterausschuß des Kongresses für Asien und den Pazifik. Zwischen Dezember 1975 und Juni 1976 stellte die Ford Administration die Militärhilfe an Suharto wegen der bekanntgewordenen Massaker auf Ost-Timor ein. Man hatte in Erfahrung gebracht, daß indonesische Invasionseinheiten mit amerikanischen Waffen ausgerüstet waren, wer hätte sich das träumen lassen. Danach wurde die Hilfe wieder aufgenommen und die Annexionspolitik Indonesiens anerkannt. Vertreter der Carter Administration sagten eindeutig, daß diese Politik fortgesetzt werden würde: in diesem Jahr soll Suharto für 23,1 Mio US-Dollar Militärhilfe bekommen, im nächsten Jahr dann 40 Mio.

Jerry hat schon vorexerziert, was Jimmy nun als den neuesten Friedenshit loswerden will. Als Carter einige Länder aufzählte, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, vergaß er Indonesien. Ein Zufall? Aus dem Beispiel Indonesiens läßt sich möglicherweise ablesen, wie in Zukunft die Widersprüche zwischen den US-Interessen und der Sprücheklopferei von Carter gelöst werden können – zur Zufriedenheit aller Beteiligten, mit Ausnahme derer, für die sich Carter friedenssanft gibt. Tatsächlich ist die Drohgebärde, keine Waffen mehr in Länder zu liefern, in denen die Menschenrechte mißachtet werden, lediglich ein Mittel, sich Regierungen verschiedenster Art gefügig zu machen, falls notwendig vielleicht sogar Cliquen zur Macht zu verhelfen, die sich ein wenig liberaler geben. Zweifellos ein Schachzug, mit dem die öffentliche Meinung hinters Licht geführt werden soll, um eine humanisierte Ausbeutung der dritten Welt zu gewährleisten. Mit blutrünstigen Terrorregimes ist kein großer Staat mehr zu machen, die flotten Technokraten

müssen her, seien es die Chicago-Boys in Chile oder die Berkely-Mafia in Indonesien.
Nur wo es brennt, da verläßt man sich auf die alten Methoden. Einigen Aufschluß über diese Ränkespiele der politischen Diplomatie gibt auch der Fall der US-Basen auf den Philippinen. Angeblich zirkuliert im Pentagon ein Papier, das den Nachweis führt, die US-Basen könnten ohne Sicherheitsrisiko für die beiden Partner aufgegeben werden. Zumindest jetzt, wo die neuen Stützpunkte der USA im Indischen Ozean und im Pazifik noch nicht voll im Einsatz sind, scheint dies unwahrscheinlich. Daher kann man annehmen, daß derartige Gerüchte im Moment nur dazu dienen können, Marcos unter Druck zu setzen. Der philippinische Präsident sieht sich von mancher Seite bedrängt, sei es die Guerilla oder auch konservative Nationalisten, die den USA etwas suspekt erscheinen. Marcos kennt man, warum ihn nicht fester an sich binden?

D. H. / U. S.

aus: 3WM, heft 3, März 77

KANARISCHE INSELN
Interview mit Antonio Cubillo (M.P.A.I.A.C.)

Von der „Bewaffneten Propaganda" zum bewaffneten Kampf
Interview mit Antonio Cubillo, dem Führer der M.P.A.I.A.C.
„afrique-asie", 18.4.1977
Übers.: iz3w

Seit 1964 kämpft die M.P.A.I.A.C. (Bewegung für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln) gegen die spanische Kolonialherrschaft. Trotz der spanischen Zensur wurde die Bewegung international bekannt, seit sie jeden Abend über Radio Algier Sendungen ausstrahlen kann, die in ganz Europa und Nordafrika gehört werden können. Zu dem Zusammenstoß der zwei Jumbo-Jets auf dem Flughafen von Teneriffa vor wenigen Wochen kam es, nachdem die M.P.A.I.A.C. den Flughafen von Las Palmas durch Bombenanschläge blockiert hatte. Das Ereignis, das von der M.P.A.I.A.C. ausdrücklich bedauert wurde, führte zur vorübergehenden Einstellung der „bewaffneten Propaganda", machte aber ein weiteres Mal die Bemühungen der Spanier zunichte, die Existenz der M.P.A.I.A.C. zu verheimlichen.

Red.

Ihre Bewegung, die M.P.A.I.A.C. fordert seit 1964 die Unabhängigkeit der kanarischen Inseln; Worauf gründen Sie diese Forderung?

Antonio Cubillo: Wir sind eine spanische Afrikakolonie und nicht ein iberisches Volk, wie die spanische Kolonialideologie uns einreden will. Die Eroberung der kanarischen Inseln fing 1346 unter dem Königreich Aragon an und wurde 1383 – 1393 von den Kastiliern fortgesetzt. Sie wurde nach der Bildung Spaniens (der berühmten Heirat) 1383 wieder aufgenommen und wurde erst 1496 beendet.
Der Widerstand des kanarischen Volkes war somit einer der längsten der Kolonialgeschichte: 500 Jahre. Um Teneriffa zu erobern, mußte Spanien selbst die Armee von Granada zur Hilfe rufen ... Die strategische Lage des Archipels wurde in der Folgezeit zur Eroberung Amerikas ausgenutzt.
Das kanarische Volk ist ein Berber-Volk, eine Mischung von Kanaern und Lybiern, die unter den Karthagern auf die Kanarischen Inseln gekommen sind. Fast vernichtet durch die Kolonisation wurde es in die Sklaverei geführt. Bis 1920 verkaufte man kanarische Sklaven nach Spanien und ganz Europa, Lissabon, Venedig, Genua ... Trotzdem hat sich aber dieses Volk von Hirten und Bauern, isoliert im Süden des Archipels, erhalten und vermehrt, zur Verzweiflung der spanischen Siedler. Im Jahr 1678 verordnete ein königliches Dekret die Zwangsaussiedlung der Kanarer nach Südamerika. Jedes spanische Schiff mußte fünf kanarische Familien für je fünf Tonnen Waren in die „Neue Welt"mitnehmen. Trotzdem war der Völkermord nicht vollkommen und das kanarische Volk wurde nicht völlig ausgelöscht ...
Natürlich gab es im Laufe dieser wechselvollen Entwicklung Mischungen. Mehrere berühmte anthropologische Untersuchungen haben jedoch ergeben, daß das kanarische Volk etwa 70 % seiner ursprünglichen Charakteristika bewahrt hat.
Wir sind also eine afrikanische Kolonie Spaniens, ein afrikanisches Volk, das Spanien kolonisiert hat und wir haben folglich, wie alle Völker der Welt, das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Das ist es, was unsere Bewegung fordert.

Warum hält nach Ihrer Ansicht Spanien daran fest, den kanarischen Archipel in Abhängigkeit zu behalten?

A.C.: Vor allem aus strategischen Gründen, dieselben, die es am Anfang der Kolonisation motiviert haben. Die Kanarischen Inseln sind in gewisser Weise Kreuzungspunkt der Wege des Erdballs. Flughäfen und Häfen der Kanaren haben weltweite Bedeutung. 200 – 250 Flugzeuge landen täglich aus allen Himmelsrichtungen auf den kanarischen Flughäfen. Etwa 20 000 Schiffe aller Nationalitäten werfen jährlich in kanarischen Häfen die Anker. Als der Suezkanal geschlossen war, lief alles Erdöl der Welt an den Kanaren vorbei. Das Unterseekabel, das Südafrika mit Europa verbindet, geht über Teneriffa, von wo es eine Abzweigung nach Brasilien und – in naher Zukunft – nach Venezuela geben wird. Dies ist ein strategisches Kabel, das praktisch die Kommunikationen zwischen dem südlichen Afrika, Europa und Südamerika kontrolliert.
Darüber hinaus hat die NASA Basen auf den Kanarischen Inseln. Es gibt z.Zt. zwei amerikanische Basen, in Las Palomas und Teno, die den Nachrichtenverkehr über Satelliten kontrollieren. Sie kontrollieren auch die vorüberfahrenden Flotten ... Sie sind mit der amerikanischen Basis Kenitra in Marokko verbunden, um ein enorm wichtiges „strategisches Dreieck" in der Region zu bilden.
Im wirtschaftlichen Bereich zieht Spanien riesige Profite aus dem kanarischen Volk. Die Kanaren sind große Produzenten von Bananen (400 000 t/Jahr), Kartoffeln (350 000 t/Jahr) und von Frühobst, das vor allem nach Europa exportiert wird. Auf der anderen Seite empfangen die Kanarischen Inseln etwa 2 000 000 Touristen in jedem Jahr und besitzen die größte Erdölraffinierie Afrikas, die fünftgrößte der Welt (11 000 000 t/Jahr). Dazu kommt der Fischfang.
Spanien hat den Kanarern stets die Möglichkeit verweigert, eine eigene Fischfang-Flotte zu besitzen. Es hat es vorgezogen, die saharisch-kanarischen Küstenstriche, mit die reich-

sten der Welt, den ausländischen Fangflotten auszuliefern. Zur Zeit sahnt die größte Fischfangflotte der Welt die saharisch-kanarischen Küsten ab: 4 500 Schiffe, die pro Jahr etwa 3 000 000 Tonnen Fisch fangen. Diese Tonnage ist übrigens nicht richtig, sie ist auf der Basis der Fangmeldungen berechnet worden. Wenn man dazu das Ergebnis der „Piratenfischerei" rechnet, langte man bei etwa 4 000 000 Tonnen jährlich an.
Es bleibt der Tabak. Das ist eine Industrie, die bis 1960 unter kanarischer Kontrolle war. Seitdem sind jedoch die Multis des Tabakgeschäfts eingedrungen: Malboro, Philipp Morris, Rothman, Pall Mall, Camel, etc. Die kanarischen Fabrikanten, die versucht haben, sich der Beschlagnahme durch die Multis widersetzt haben, wurden durch alle Arten von Druck eines Besseren überzeugt (durch „zufällige" Brände z.B.), ruiniert und manchmal sogar ermordet.

Im Namen Ihrer Bewegung sind zwei Begriffe nebeneinander gestellt: Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Gehören für Sie beide zusammen oder kann es dazu kommen, daß die Selbstbestimmung nicht zur Unabhängigkeit führt?

A.C.: Es ist völlig klar, daß jedes Volk, daß sein Selbstbestimmungsrecht erhält oder erkämpft, die Unabhängigkeit wählt. Dieses Selbstbestimmungsrecht kann auf zwei Weisen erreicht werden: durch einen „friedlichen" Prozess, der uns z.Zt. verschlossen ist, oder mit der Waffe in der Hand. Seit 1964, dem Gründungsjahr der M.P.A.I.A.C. sind uns keine Zweifel über den Ausgang einer Volksabstimmung in Selbstbestimmung aufgekommen.
Im Übrigen: unsere Losung ist: Unabhängigkeit, Freiheit des Volkes und Sozialismus durch bewaffneten revolutionären Kampf. Wir begreifen die Unabhängigkeit als politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit. Nach der Eroberung der Macht wird die M.P.A.I.A.C. sich in eine Partei der kanarischen Arbeiter verwandeln und den wissenschaftlichen Sozialismus durch einen Klassenkampf erreichen

Was meinen Sie mit „Bewaffneter Propaganda" und warum kein bewaffneter Kampf?

A.C.: Die „bewaffnete Propaganda" ist eine Etappe, die unsere Bewegung gerade erreicht hat. Voran war eine Etappe des Boykotts der spanischen Händler und Läden gegangen, die den Ruin des kanarischen Kleinhandels verursacht haben.
Im September 1976 haben wir beschlossen, von dieser Etappe zur Etappe der „bewaffneten Propaganda" überzugehen, das war nach den heftigen dreitägigen Massendemonstrationen, die dem Tod eines studentischen Kämpfers der M.P.A.I.A.C. folgten. In einer Erklärung, die wir vorher in Algier gemacht hatten, hatten wir Spanien aufgefordert, anzuerkennen: a) daß der Archipel eine spanische Kolonie in Afrika ist und b) daß die M.P.A.I.A.C. der legitime Vertreter des kanarischen Volkes im Kampf um seine nationale Unabhängigkeit ist. Wir haben schließlich von Spanien gefordert, mit unserer Bewegung in Gegenwart eines Vertreters der OAU einen Zeitplan für die Unabhängigkeit festzulegen.
Als Antwort hat sich die spanische Regierung taub gestellt und die Repression verschärft. Wir haben folglich beschlossen, am 1. November 1976 zur Erinnerung an den algerischen Befreiungskrieg zur Aktion überzugehen, indem wir Bomben und Granaten im großen Rahmen auf spanische Reisebüros warfen. Unser Ziel ist es, keine Opfer zu machen, sondern die Aufmerksamkeit auf das Los des kanarischen Volkes zu lenken. Für uns kommt es auch darauf an, die Reaktion unseres Volkes zu testen, um den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Wir können sagen, daß der Test sehr positiv war. Überall im Land hat das Volk spontan Gruppen zur „bewaffneten Propaganda" gebildet.

Die Spanische Polizei hat erklärt, daß Ihre Bewegung auf den kanarischen Inseln zerschlagen worden ist. Stimmt das?

A.C.: Nach dem 1. November 1954 haben die gesamte kolonialistische Presse und die Behörden die „Liquidierung der Terroristen" verkündet. Acht Jahre später haben dieselben „Terroristen" die Besetzer verjagt. *(A.C. spricht hier vom algerischen Befreiungskrieg, Red.)* Uns geht es ein bißchen ähnlich. Man hat etwa dreißig Kämpfer der M.P.A.I.A.C. verhaftet, fünf von den Stoßtrupps – Kampfabteilung –, einige von der politisch-administrativen Organisation und ein Mitglied der Informationsdienste. Man hat uns auch einige Waffen abgenommen (zwei Maschinengewehre, sechs Revolver, einige Bomben aus eigener Produktion). Das nennen die spanischen Kolonialisten „die M.P.A.I.A.C. zerschlagen", das ist nicht ernstzunehmen.
In Wirklichkeit haben wir noch zahlreiche Waffenverstecke und verstärken weiter unsere Struktur um die spanische Regierung zu zwingen, unsere Bedingungen zu akzeptieren. Wir sind dabei, unsere Kämpfer so zu koordinieren, daß wir in die Phase des bewaffneten revolutionären Kampfes übergehen können. Der beste Beweis, daß die M.P.A.I.A.C. noch immer kraftvoll auf den Kanarischen Inseln vertreten ist, ist das, was sich am 14. März in Laguna ereignet hat. Ca. 20 000 Demonstranten riefen die Unabhängigkeitslosungen der M.P.A.I.A.C. aus. Sie waren auf die Straße gegangen, um gegen die Arbeitslosigkeit auf der Insel zu protestieren (es gibt mehr als 60 000 Arbeitslose auf den kanarischen Inseln). Am Abend befanden sie sich hinter Barrikaden gegenüber den spanischen Truppen und skandierten die Unabhängigkeits-Parolen. Ich überlasse es den spanischen Kolonialisten, daraus ihre Lehren zu ziehen.

PROTEST GEGEN DIE UNTERSTÜTZUNG SÜDAFRIKAS DURCH DIE DEUTSCHE BANK

Aus Protest gegen die Unterstützung des weißen Minderheitsregimes in Südafrika durch deutsche Firmen, insbesondere durch die Weiterführung der Darlehenspolitik der Deutschen Bank AG, haben WELTFRIEDENSDIENST e.V. und AKTIONSGEMEINSCHAFT SOLIDARISCHE WELT e.V., beide in Berlin ansässige private Entwicklungshilfeorganisationen, beschlossen, ihre bisherigen Geschäftsbeziehungen mit der zur Deutschen Bank gehörigen Berliner Disconto Bank langfristig aufzugeben.
Die Organisationen folgen mit diesem Schritt einer Empfehlung des Weltkirchenrates und rufen alle Organisationen, die die Notwendigkeit eines Wandels in Südafrika erkannt haben, zur Überprüfung ihrer eigenen Bankverbindung auf.

Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V.
1 Berlin 12, Jebenstraße 1



Weltmarkt und Entwicklungsländer

1. Vorbemerkung

Der soeben erschienene Sammelband: *Jose Linhard/Klaus Voll (Hrsg.) Weltmarkt und Entwicklungsländer („BSfjP" 1) 310 Seiten 1976, Dm 24,80. ISBN 3 - 88070 - 241 - 1,* will an einem Teilbereich des internationalen Beziehungssystems „die sehr vielfältige Problematik der Stellung der Entwicklungsländer (EL) im System des Weltmarktes sowie explizit auch unsere – d.h. der BRD und der Europäischen Gemeinschaft – Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt verdeutlichen".

Aus der Vielzahl der Einzelstudien (26) können im Rahmen dieser Rezension nur einige wenige, deren Auswahl nachsubjektiven Gesichtspunkten geschah, einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

2. Die Bedeutung internationaler Beziehungen für die Lehrerausbildung

Gerd Junne liefert im Einleitungsbeitrag die fachwissenschaftliche und pädagogische Begründung für die Behandlung internationaler Beziehungen in der Lehrerausbildung unter dem Gesichtspunkt, welche Bedeutung die einzelnen Themenbereiche für die später zu unterrichtenden Schüler haben können. Drei Gründe führt er dabei an:

1. Die internationale Entwicklung bestimmt unsere Arbeits- und Lebensbedingungen und unsere politischen Handlungsspielräume.

Dem liegt die Ansicht zugrunde, daß es im nationalen Rahmen praktisch keinen Bereich gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gibt, der noch zu verstehen wäre, wenn man mit der Analyse an den Landesgrenzen haltmacht. Auf EL bezogen heißt dies, daß die gleichen Mechanismen, die hier Verschwendung und Ausbeutung mit sich bringen, dort Hungerkatastrophen und Verelendung bedingen.

2. Ausländische Beispiele erleichtern das Verständnis der eigenen Gesellschaft.

Die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems wird Schülern eher einsichtig, wenn sie erkennen, daß aufgrund dieses Systems ein Drittel der Weltbevölkerung zu verhungern droht, als bei der Behandlung von im Vergleich hierzu weniger deutlichen sozialen Mißständen in unserer unmittelbaren Umgebung.

3. Die Entwicklung im Ausland demonstriert die Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und alternative Modelle gesellschaftlicher Organisation.

Die eigene Situation soll nicht nur über die Analyse anderer Länder besser *verstanden* werden, sondern durch das Kennenlernen anderer, vielleicht besserer gesellschaftlicher Organisationsformen, kann auch ein Beitrag zur *Veränderung* unserer Verhältnisse geleistet werden.

Die Ausbildung soll den künftigen Lehrer in die Lage versetzen, im Schulunterricht deutlich werden zu lassen, wie die gegenwärtige Situation in der Dritten Welt das Ergebnis einer erzwungenen internationalen Arbeitsteilung darstellt, die noch heute in modifizierter Form Unterentwicklung und Abhängigkeit perpetuiert und zum Teil verstärkt.

Das Ziel der Diskussion dieser Probleme im Unterricht soll dabei nicht die Erziehung zu unverbindlicher Solidarität oder karitativem Mitleid sein, sondern die Aufmerksamkeit soll auf solche Strukturen innerhalb der eigenen Gesellschaft gerichtet werden, die einer Veränderung der Abhängigkeitsstrukturen im Wege stehen. Als mögliche Beispiele für Unterrichtsthemen nennt Junne die Aktivitäten von deutschen multinationalen Konzernen in EL und das Gastarbeiterproblem.

(Vgl. hierzu die sehr guten Materialien in E. Meueler, Unterentwicklung, Band I, „Deutsche Firmen in der Dritten Welt" und „Dritte Welt Materialien" der Arbeitsgemeinschaft christlicher Schüler 2/75 – Multinationale Konzerne).

3. Historische Grundlagen

Die historischen Grundlagen zum Verständnis des gegenwärtigen Weltmarktsystems und der internationalen Arbeitsteilung liefern die Studen von Manns, Elsenhans und Voll. Der Artikel von Manns zeichnet sich dadurch aus, daß er auf wenigen Seiten einen Überblick überden historischen Prozeß der Herausbildung der Weltwirtschaft bis zum Entstehen der Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert gibt. Dabei wird deutlich, welches die objektiven Schranken innerhalb vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse waren, die eine Durchsetzung des Weltmarktes verhinderten. Erst mit dem Beginn der kapitalistischen Produktionsweise Ende des 15. Jahrhunderts waren die Bedingungen für das Aufkommen eines Weltmarktes geschaffen. Unter besonderer Berücksichtigung der dialektischen Entwicklung von Produktionsverhältnissen und Klassenkämpfen stellt der Beitrag von Elsenhans eine Fortführung und Vertiefung des von Manns angedeuteten Prozesses der Herausbildung eines durch Abhängigkeitsstrukturen gekennzeichneten Weltmarktes dar.

Erste Ansätze für eine noch zu erstellende *historische Theorie* peripherer Gesellschaftsformationen leistet Klaus Voll anhand des Beispiellandes Kenya. Dabei wird davon ausgegangen, daß ein Verständnis heutiger ökonomischer und gesellschaftspolitischer Strukturen in EL die Analyse peripherer Gesellschaftssysteme *vor dem Hintergrund ihrer kolonialen Geschichte* voraussetzt. Am ostafrikanischen EL Kenya wird ansatzweise aufgezeigt, wie durch die koloniale Eroberung der Engländer eine Spaltung – sowohl mit physischer als auch struktureller Gewalt – traditioneller Gesellschaftsstrukturen stattfand, deren Wirkung sich noch heute zeigt.

4. Gegenwartsbezogene Analysen

Der derzeit bestehende Einfluß der Metropolen auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt wird anhand der militärischen Expansion der Metropolen, der Aktivitäten multinationaler Konzerne und einer kritischen Analyse der Funktion der Entwicklungshilfe aufgezeigt. Ilias Katsoulis bewegt sich mit seiner Untersuchung des Zusammenhangs von Militarisierung und Unterentwicklung seit Beginn der Kolonisierung auf einem sozialwissenschaftlichen Forschungsgebiet, dem erst durch die Arbeiten von Senghaas und Albrecht der nötige Stellenwert bei der Analyse von Ursachen der Abhängigkeit und Unterentwicklung beigemessen wurde.

Kennzeichnend für die neueste Entwicklung der Militarisierung der Länder der Dritten Welt ist
a) die in zunehmendem Maße verstärkte Verlagerung technisch überholter Rüstungsindustrien bzw. der Bau von älteren Waffensystemen in Länder(n) der Peripherie.
b) die Konzentration des Aufbaus von Rüstungsindustrien in den Wachstums- oder Subzentren (Iran, Brasilien).
Die Folge davon ist eine Hierarchisierung des Internationalen Systems. Ordnungsfunktionen, die bisher die Metropolen ausübten, jedoch gerade im Zeichen wirtschaftlicher Rezession für sie zu kostspielig wurden, werden an die einheimischen Bourgeoisien in den Subzentren delegiert. Die daraus resultierenden gesellschaftspolitischen Folgen sind unverkennbar: einerseits Stärkung parasitärer Eliten, andererseits geht eine solche Verschwendung menschlicher und materieller Ressourcen zu Lasten der sozialen Leistungen und der Investitionstätigkeit des Staates in produktiven Bereichen, was die Durchführung von Entwicklungsprogrammen zugunsten der ärmsten Schichten erschwert. Im Zusammenhang mit der sogenannten Ölkrise und der maßgeblichen Beteiligung von ITT am Sturz Allendes sind die Aktivitäten multinationaler Konzerne (MNK) verstärkt in das Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik geraten.
Volker Prittwitz befaßt sich in seinem Artikel „Zur Kritik des MNK" mit den bürgerlichen Problemauffassungen und Erklärungsweisen des MNK, deren Schwächen – ahistorische Betrachtungsweise, Isolierung und Überinterpretation von Teilfaktoren, Leugnung des Profitratenzusammenhangs – der aufdeckt und ihnen Ansätze einer marxistischen Theorie des MNK gegenüberstellt. Eine solche Theorie hätte davon auszugehen, daß der MNK keine abgehobene Besonderheit innerhalb des kapitalistischen Systems darstellt, sondern, daß er sich organisch und zwangsläufig aus der kapitalistischen Ökonomie heraus entwickelt hat und entsprechend der allgemeinen Logik des Kapitals agiert.
Mit dem zunehmenden Einfluß MNK auf die wirtschaftliche Entwicklung in EL beschäftigt sich der Artikel von Michael Wild.
Dabei wird deutlich, daß MNK für EL nicht nur ein ökonomisches Potential darstellen, sondern in zunehmendem Maße auch ein politisches, da sie durch Ausnutzung ihrer starken ökonomischen Macht nationalstaatliche Entscheidungen in ihrem Interesse beeinflussen bzw. unterlaufen können.
Anhand eines Analysenkataloges, den Wild aufstellt, lassen sich Rolle und Funktion von MNK in exemplarischen EL messen.
Die Analyse von Konzernstrategien in Bezug auf EL folgt eine kritische Untersuchung der Entwicklungshilfekonzeptionen westlicher und östlicher Prägung sowie eine Darstellung der chinesischen Entwicklungspolitik.
Salua Nour kritisiert die bisherigen Leistungen der bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfe unter dem Aspekt ihres Beitrages zur Überwindung der internationalen Arbeitsteilung und Unterentwicklung. Ihre Kritik wird fortgeführt in der Untersuchung potentieller Reformmöglichkeiten des derzeitigen Entwicklungshilfesystems. Ein alternatives und pragmatisches Entwicklungshilfemodell müßte als seine Hauptziele die Überwindung der internationalen Arbeitsteilung und die Revision der Außenorientierung der Produktionsstruktur in EL betrachten. Zur Erreichung dieser Ziele könnte eine verstärkte Zusammenarbeit mit sozialistischen Ländern zumindest die Verhandlungsposition der EL gegenüber den kapitalistischen Metropolen stärken. Mit der Position der Weltbankgruppe (International Bank for Reconstruction and Development mit Unterorganisationen IDA und IFC) als größtem multilateralen Kreditgeber innerhalb des internationalen Bezugssystems befaßt sich Chahoud-Winter. Sie entlarvt den wirklichen Charakter der Weltbank als eine Art „Feuerwehr" kapitalistischer IL zur Unterdrückung des in EL entstandenen und entstehenden Konfliktpotentials. Bestehende Abhängigkeitsstrukturen werden durch die Politik der Weltbank nicht tendenziell aufgelöst, sondern aufrechterhalten und fortgesetzt. Diese Einschätzung wird anhand der Modifikation der Strategie der Weltbank seit dem Beginn der 1. Un-Entwicklungsdekade aufgezeigt. Daß sich die Weltbank nicht scheut, mit Hilfe eines ausgedehnten Restriktionsapparates, der von verbindlichen Auflagen vor der Darlehensauszahlung über Deckung der Kreditsummen bis zur endgültigen Kreditsperre reicht, auf die politisch-ökonomischen und gesellschaftspolitischen Strukturen der EL restriktiv einzuwirken, läßt sich an zahlreichen Beispielen belegen: Iran (bis 1958), Algerien (nach 1964), Ägypten (1956) und während der 60er Jahre), VR Kongo (zw. 61 und 69), Ghana (unter Nrumah), Peru (unmittelbar nach 68) Brasilien (62 bis zum Militärputsch), Kuba (seit dem Sieg der kubanischen Revolution) und jüngstes Beispiel: Chile unter Allende.

5. Alternativen und Länderbeispiele

Als ein Ausweg oder eine Alternative zu bisher beschrittenen Entwicklungswegen wird oftmals die regionale Wirtschaftsintegration (RWI) von EL betrachtet.
Ein Beitrag im vorliegenden Sammelband arbeitet die Integrationsproblematik sowohl theoretisch als auch empirisch anhand der ostafrikanischen und westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (OAG, ECOWAS) und der regionalen Wirtschaftskooperation zwischen Iran, Pakistan und Türkei auf. Die Schwierigkeiten welche die integrationswilligen Länder bei einem Integrationsprozeß zu überwinden haben, liegen nicht so sehr in der Zirkulationssphäre (Handelshemmnisse), sondern vor allem in der unterschiedlichen Produktionsstruktur der Länder begründet. Diese ist zumeist durch Monopolproduktion und durch eine einseitige Ausrichtung der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die jeweilige Metropole gekennzeichnet. Die RWI von EL kann deshalb nur erfolgreich sein, wenn die beiden letztgenannten Merkmale der Wirtschaftsstruktur überwunden werden und eine verstärkte Koordination von Wirtschafts- und Investitionspolitik angestrebt wird. Unterschiedliche Interessen bei den Nationalen Bourgeoisien und die Interessen der Metropole stehen einer solchen Entwicklung im Wege. Aus diesen Gründen haben intraregionale Handelsbeziehungen noch immer einen geringen Anteil an den Außenhandelsbeziehungen der betroffenen Länder (Andengruppe 6,4 %, Lateinamerikanische Freihandelszone ca. 15 %, OAG von 20 % 1965 auf 10 % 1974, ECOWAS 2,7 %). Außerdem trugen die bisherigen Integrationsbewegungen der EL eher dazu bei, die Kluft innerhalb der Länder zu erhöhen, statt eine Angleichung der weniger entwickelten an die höher entwickelten zu erreichen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Elsenhans in seiner Studie „Europäische Integration und ungleiche Entwicklung", in der er die Auswirkungen des westeuropäischen Integrationsprozesses auf die ungleiche Entwicklung innerhalb der EG-Staaten untersucht: Die Integration hat die ungleiche Entwicklung nicht beseitigt, sondern verschärft. Die Assoziierungspolitik der Europäischen Gemeinschaft gegenüber afrikanischen Staaten erschwert ebenfalls die Bemühungen um regionale Zusammenschlüsse, da sie einer Angleichung der unterschiedlichen Produktionsstrukturen entgegensteht. Rainer Kühn stellt in seinem Beitrag „Voraus-

setzungen, Resultate und Perspektiven der Assoziierung afrikanischer Staaten an die Europäische Gemeinschaft" zwar eine tendenzielle Auflösung einseitiger Abhängigkeitsstrukturen fest, dies jedoch bei gleichzeitigem Übergang in eine objektivere Form der Abhängigkeit, nämlich der des Weltmarktes. Dieser sich anbahnende Strukturwandel durch die Assoziierungspolitik wird die ungleichmäßige Entwicklung zwischen den armen, (meist ehemals französischen Kolonien) und den „reichen" (meist ehemals britischen Kolonien) assoziierten Ländern, die nun formal gleichberechtigt nebeneinanderstehen, eher noch verschärfen.

6. Zusammenfassung und Kritik
Im Großen und Ganzen genügt der vorliegende Sammelband dem Anspruch der Herausgeber, einen Beitrag zur Aufhellung des komplizierten internationalen Beziehungssystems zu leisten. Es wird deutlich, daß das derzeitige System der Weltwirtschaft Ergebnis eines historischen Prozesses ist, in dem die ökonomischen und politischen Interessen der Metropolen dominierten. An gegenwartsbezogenen Analysen wird aufgezeigt, daß sich an dieser Dominanz der Metropolen und der externen Bestimmung der politischen-ökonomischen Strukturen für die meisten unterentwickelten Länder noch nichts wesentliches geändert hat und daß teilweise eine Verstärkung dieser Abhängigkeitsverhältnisse stattfand (MNK, Entwicklungshilfekonzeptionen, Assoziierungsabkommen.)

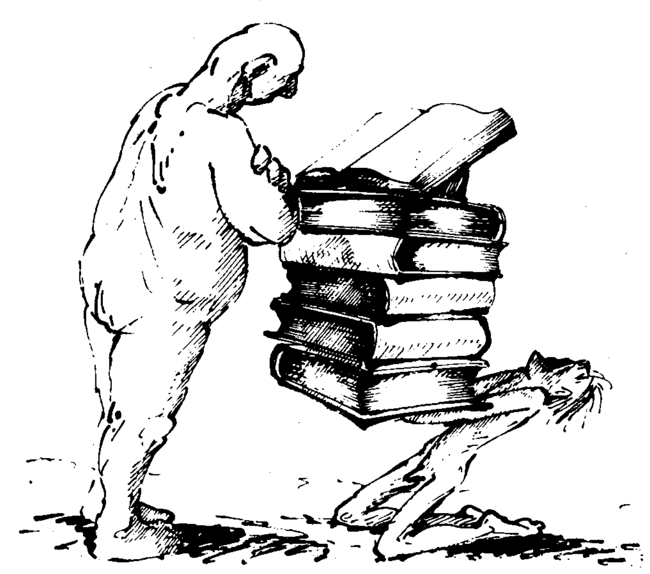
Da es sich bei den Autoren mit wenigen Ausnahmen um Berliner Politologen handelt, ist eine Vereinheitlichung des Begriffsapparates in fast allen Beiträgen gewährleistet, dabei haben sich die meisten Autoren bemüht, sich einer allgemeinverständlichen Sprache zu bedienen und auf ökonomische und entwicklungspolitische Fachausdrücke weitgehend zu verzichten. Wo dies nicht möglich war, werden Erklärungen gegeben (Marginalisierung, Terms of Trade, Brain-Drain etc.). Jedoch gibt es auch hier einige unrühmliche Ausnahmen. Zwar sind die meisten angesprochenen Themenbereiche zum Verständnis der Stellung der EL im System des Weltmarkts von großer Bedeutung und logisch nachvollziehbar, dem fachinteressierten Laien dürfte jedoch auf den ersten Blick der Bezug einiger Beiträge die offensichtlich nicht speziell für dieses Buch verfaßt worden sind zum Leitthema „Internationale Beziehungen" nicht einsichtig sein.
Trotz dieser Kritik, die sich auch auf eine nur bedingte Einfügung einzelner Problembereiche in ein übergreifendes Gesamtsystem der Beziehungen zwischen EL und IL ausdehnen ließe, kann der vorliegende Sammelband dazu beitragen, falsche Vorstellungen von internationalen Beziehungen aus der „Tagesschau-Perspektive" zu revidieren. Ein erster Zugang zum Verständnis der Zusammenhänge von ökonomischen Strukturen und politisch-ökonomischer, technologischer und militärischer Abhängigkeit der EL wird ermöglicht. Für den Leser bedeutet dies, daß er sich über den Erhalt von Informationen hinaus ein kritisches Problembewußtsein zu den mit der Thematik zusammenhängenden Fragestellungen verschaffen kann. Die praxisorientierte Auswertung und didaktische Aufbereitung des Stoffes für Lehrzwecke bleibt ihm jedoch selbst überlassen.
Impulse, sich mit den angesprochenen Problemen über den Rahmen des Buches hinaus zu beschäftigen, können die weiterführenden Fragestellungen am Ende jedes Einzelbeitrages und die deutschsprachigen Literaturhinweise sein.

Helmut Weber

Indiokinder in Bolivien

Christel Orzechowski, Berna Schulte:
„Komm ich zeig Dir wo wir leben"
Indiokinder erzählen aus den bolivianischen Anden.
Über 80, zum Teil farbige Fotos
Format: 26,5 cm x 20 cm
48 Seiten, DM 6,80

Versucht man die Probleme eines Entwicklungslandes nicht in einem Sachbuch, sondern in einem Kinderbuch darzulegen, so hat man eine Fülle von Vorentscheidungen zu treffen. Geklärt werden muß,
- welche Ausschnitte aus der komplexen Wirklichkeit gezeigt werden sollen,
- wie der Anschluß zur kindlichen Erlebniswelt gefunden werden kann,
- wie die Aussage des Textes visualisiert werden kann,
- ob die Rezeption der Abbildungen als selbständiger Prozess zu fördern ist, oder ob dieser Vorgang dem Lesevorgang zu subsumieren ist,



- wie die optische Information (Illustration) möglichst prägnant dargeboten werden kann.

Eine exemplarische Lösung der angedeuteten Probleme liefert das vorliegende Kinderbuch, welches in einfachen Worten die soziale Wirklichkeit der bolivianischen Indiokinder schildert. Dieses Buch kann von Kindern selbst gelesen werden – es eignet sich aber auch als Vorlesebuch. –
Verschiedentlich griffen Kinderbuchautoren auf das Medium des Comic-strips zurück. Christel Orzechowski und Berna Schulte entschieden sich, ausschließlich Fotos zur Illustration heranzuziehen. Gezeigt wird somit keine schlecht gemachte Oberfläche (vergleiche Comics), sondern (dokumentarische) Aufnahmen aus dem Alltag der Indiokinder; geschildert werden die Sorgen, die Probleme des täglichen Sattwerdens, der Arbeitslosigkeit, aber auch die Freude über (gemeinsam)Erreichtes, über kommende Feste. Genau in diesem dokumentarischen Charakter der Fotos liegt deren verborgene politische Bedeutung. Die Wirkung der Fotos wird durch die optimale graphische Gesamtgestaltung noch verstärkt.
Text und Fotos provozieren keinen 'Hungeralarm', drücken nicht auf die Tränendrüse. Keine morbid-schönen Fotos vom Elend der Kinder werden gezeigt; keine perfekten Arran-

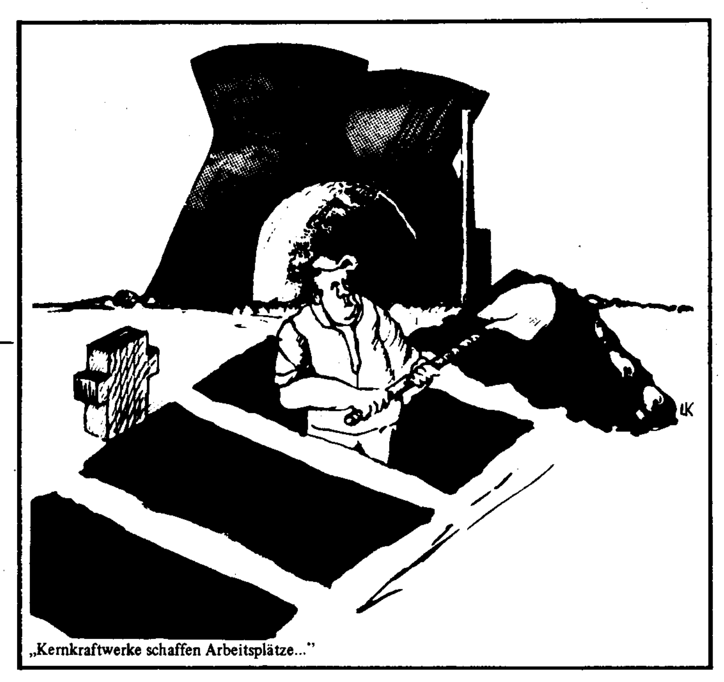
gements, aufdringliche Konstruktionen und artistische Stilisierungen, wie wir sie aus „Mission-Aktuell" oder aus der sonstigen illustrierten Massenpresse kennen. Die Fotos aus dem vorliegenden Kinderbuch beschönigen nichts; sie sind in der Lage, Solidaritätsgefühle und Engagement zu wecken. Nicht ein einzelnes Indiokind, welches den (jungen) Leser durch die gesamte Geschichte führt, wählen die Autoren; die zwischen dem Leser und dem Geschehen brückenschlagende Bezugsperson wechselt ständig. Dadurch wird eine völlige Identifikation vermieden, welche ein Merkmal der Trivialdarstellung in manchen Comics ist. Verhindert wird somit auch, daß der Informationsvermittlung nur eine Rolle am Rande zukommt. Sicherlich: auch der fotographische Diskurs kann (im Gegensatz zum sprachlichen) nicht die gesamte Komplexität der Wirklichkeit abbilden. Aber letztlich wird eine tiefere Analyse der Lage Boliviens auch gar nicht angestrebt. Was das Buch zu leisten vermag, ist eine erste Hinführung zu den Problemen der Unterentwicklung. Die Voraussetzung dafür – Abbau gängiger Klischees (Dritte Welt = abenteuerlich-exotische Welt) – wird von den Autoren mit Erfolg angegangen.

uk

Brasilianische Wirklichkeit

„Aspekte der brasilianischen Wirklichkeit"
Herausgeber: Komitee Generalamnestie in Brasilien, Vereinigung Internationaler Kulturaustausch
94 Seiten, Einzelpreis: DM 3,–
Bezugsadresse: Komitee für die Generalamnestie in Brasilien, c/o ESG der TU Berlin, 1 Berlin 12, Carmerstr. 11

Um das allgemein niedrige Informationsniveau über die brasilianische Wirklichkeit zu heben, veröffentlichten die oben genannten Organisationen die vorliegende Broschüre. Ausgehend von den durch die Massenpresse bekanntgewordenen Ereignissen über die jüngsten Vorgänge in Brasilien, versuchen die Autoren teils gängige Brasilien-Klischees zu revidieren, teils Informationen aus der bürgerlichen Presse zu erweitern. Dies wird durch Dokumente und analytische Artikel, welche durch lyrische Texte aufgelockert werden, erreicht. Die nun 13-jährige Diktatur wird in all ihren schrecklichen Auswirkungen dargestellt: die tagtägliche Verletzung der Menschenrechte, die Techniken der Wahlmanipulation, die andauernden Gesetzesänderungen, welche den Militärs die Voraussetzungen zur Unterdrückung geben. Aufgezeigt werden die sozialen Kosten des „Wirtschaftswunders Brasilien", welches den Unternehmern eine durchschnittliche Profitrate von 19,86 % gewährt, 47 % der Bevölkerung jedoch einen Lohn einräumt, welcher geringer ist, als das staatliche Mindesteinkommen von ca. 150,– DM pro Monat. Mehrere Tabellen illustrieren die Unmenschlichkeit des brasilianischen Unterdrücker-Regimes – leider sind diese Tabellen jedoch nur mangelhaft didaktisch aufbereitet und bleiben so teilweise unverständlich.
Dem deutsch-brasilianischen Atomgeschäft, welches den Militärs den gesamten Brennstoffzyklus in die Hand gibt, räumen die Autoren der Broschüre breiten Raum ein. Im Gegensatz zu der von Amnesty International und anderen Gruppen herausgegebenen Broschüre „Das deutsch-brasilianische Atomgeschäft" (eine Besprechung dieser Broschüre findet sich in der Nr. 59 der „blätter des iz3w") zeigen die Herausgeber Zusammenhänge zwischen zunehmend imperialistischen Tendenzen der BRD und den Interessen der brasilianischen Militärs auf. Gezeigt wird, daß weniger die Sicherung der Energieversorgung durch Brasilianisches Uran bei diesem Geschäft im Vordergrund steht (die bürgerliche Presse verwies in den letzten Wochen immer wieder auf diesen Beweggrund) als vielmehr die langfristige Sicherung von Märkten und Rohstoffen. Die Autoren legen dar, daß die Lieferung des gesamten Sprengstoffzyklus an eine subimperialistische Macht („Wohin Brasilien geht, muß Lateinamerika folgen" – Präsident Nixon anläßlich des Amerikabesuchs General Medicis, 1971) unweigerlich zum Bau der Atombombe führen muß.



„Kernkraftwerke schaffen Arbeitsplätze..."

Die Broschüre ist trotz mancher Oberflächlichkeiten (so bleibt die Analyse der Brasilien-Berichterstattung in der bürgerlichen Presse recht oberflächlich) empfehlenswert. Sie liefert nicht nur eine Fülle von Fakten, sondern zeigt auch, was wir hier in der BRD für die Unterdrückten tun können.

uk





Jeder Leserbrief ist sehr willkommen. Allerdings muß sich die Redaktion das Recht vorbehalten, aus Platzgründen hier und da zu kürzen.

Äthiopien – keine Zeit für Kompromisse

„Keine Zeit für Kompromisse" – das ist die Äthiopien-Schlagzeile der März-Ausgabe des „Africa-Magazins". Sie bezieht sich dabei auf die Regierungsumbildung im Februar – wo wie so oft – Meinungsverschiedenheiten mit der MP gelöst wurden. Man könnte diese Schlagzeile aber auch als Überschrift für den jetzigen Zustand in Äthiopien bezeichnen. Keine Zeit für Gefühlsduselei und falsche (?) „Rechtsstaatlichkeitsgefühle". Für so etwas ist in einem Land, in dem eine Revolution stattfindet, kein Platz. Als Humanist oder als Christ mag man sich deshalb mit Grausen wenden – sicher auch mit gutem Grund. Wo täglich Dutzende von „antirevolutionaries, counter – revolutionaries, outlaws, anarchists und bureaucratic capitalists" getötet werden, fällt einem diese Empörung leicht. Ich selber überlege mir jeden Tag, ob nicht der Punkt gekommen ist, der einem den Aufenthalt hier verbietet.

Aber ist diese ganze einseitige und negative Äthiopien-Darstellung nicht sehr scheinheilig? Hat man nicht auch in der BRD ganz offen davon gesprochen, daß Äthiopien nach 3.000 Jahren feudalistischer Herrschaft und Ausbeutung reif für eine Revolution sei? Hat man nicht den Sturz Haile Selassies begrüßt? Was erwartet man von einer Revolution? Ist es etwas total Neues, daß dabei auch Unschuldige sterben? Warum vergißt man beim Aufzählen von Greueltaten der Regierung die nicht minder blutigen Aktivitäten der EPRP, EDU und ELF?

Ich möchte mich selber beileibe nicht als kritikloser Regierungsanhänger bezeichnen. Aber was beweist, daß die EPRP eine bessere und menschlichere Politik als die jetzige Regierung machen würde?

Programme lesen sich immer gut; warum betrachtet man nicht mehr die Bemühungen und Leistungen der Regierung? Mit dem gleichen Recht, mit dem man Äthiopien als unmenschliches, die Opposition unterdrückendes Regime darstellt, kann man es als ein wirklich auf dem Weg zum Sozialismus befindliches Land darstellen.

Die Opposition reicht von ultralinks bis ultrarechts. „Dagegen" sein ist einfach, das totale Chaos bräche erst nach dem Sturz der jetzigen Regierung aus.

Verstaatlichung von Ländereien, Versicherungen, Banken und Industrien, Bildung von Bauern- und Arbeiterräten und von „Kebeles" (eine Art „Stadtdistrikt-" oder „Dorfrat" mit legislativer, judikativer und exekutiver Funktion) haben stattgefunden.

So versucht man die ehemals unterdrückten Massen an Entscheidungen zu beteiligen, bzw. diese in ihre Hände zu legen. Reiche und „Ex-Ausbeuter" sind durch entsprechende Verordnungen von diesen Wahlen ausgeschlossen. Politisches Bewußtsein soll auf regelmäßig im ganzen Land stattfindenden political meetings geweckt werden.

Seit ungefähr Anfang des Jahres hat eine Art politischer Kurswechsel stattgefunden: eine mehr „offene Verteidigung" der Revolution. Nach dem Motto des „Ethiopian Herald": „The masses will defend the revolution". Lebensgefahr nach der mitternächtlichen curfew an Stromleitungen geworfene EPRP-Fähnchen, EPRP-Kritzeleien und Plakate an Häusern und Mauern. Oppositionelle Studenten benutzen das Semester um sich zu (re)organisieren und den geregelten Unterricht zu sprengen (dazu gehörte auch das Aufknüpfen von regierungstreuen Studenten). Viele Studenten blieben dem Unterricht aus Angst vor EPRP-Aktivitäten fern. Regierungstreue Studenten revanchierten sich durch Verprügeln und Töten von „EPRP-agents" in der Studentenschaft, unterstützt durch das Militär. Das neue Semester im Frühjahr '77 startete mit über einmonatiger Verspätung.

Auf dem Land gehört das Verhaften und Erschießen von Regierungsbeamten, die dann im „Ethiopian Herald" als „paid agents, imperialists und feudalists" dargestellt werden, fast zum Alltag. Tatsache ist aber, daß wirklich sehr viele Regierungs-Angestellte EPRP-Sympathisanten sind und durch z.B. mangelnde Arbeitsleistung und Passivität viel (finanziellen) Schaden anrichten. Mangelnde Arbeitsmoral (zu spätes Bestellen von dringend benötigtem Saatgut, mangelnde Kontrolle der Arbeitsergebnisse, Schlamperei in der Verwaltung) wird, oder besser wurde, ganz offen gerechtfertigt damit, daß man gegen die Regierung ist. So gesehen erscheinen viele Verhaftungen plötzlich in einem anderen Licht. Andererseits führen sie aber doch zu Entscheidungsangst und Angst vor Verantwortung. Die Administration befindet sich in einem großen Teil in einem desolaten Zustand.

In der letzten Märzwoche fand nun in Addis Abeba eine große Säuberungsaktion statt. Zwei Wochen nach Fidel Castros Äthiopien-Visite wurden systematisch ganze Stadtviertel abgesperrt und Haus für Haus nach Waffen, Munition und „konterrevolutionärem Material" durchsucht. „Erkannte Feinde der Revolution wurden liquidiert oder arrestiert." (Ethiopian Herald). Täglich findet man Listen und Fotos der beschlagnahmten Gegenstände im Ethiopian Herald abgebildet.

Neben Armee waren an der Suchaktion auch die neugegründeten Volksmiliz-Einheiten beteiligt. Diese Volksmilizen übernehmen auch die Kontrolle (Gepäck/Ausweis) innerhalb der Stadt und auf Überlandsreisen. Sie sind nicht besonders gekennzeichnet, höchstens an der mitgeführten Waffe zu erkennen. Dies, die mangelnde Ausbildung und ein großer Ehrgeiz, Volksfeinde (oder solche, die so aussehen) zu fangen, machen sie für Freund und Feind gefährlich.

Mit der Säuberungsaktion verbunden war eine Vorverlegung der curfew auf 22.00 Uhr und ein Alkohol-trink- und -Kaufverbot von 7.00 – 19.00 Uhr. Private Motorräder dürfen in Addis Abeba nicht mehr gefahren werden, ebenso ist die Benutzung der Regierungsfahrzeuge nur in den Dienstzeiten erlaubt, um so Fluchtmöglichkeiten für potentielle Feinde zu verhindern. Die genannten Aktionen hatten zu einer spür-

baren gespannten Athmosphäre geführt. Jeder Weiße ist ein potentieller CIA-Agent. Ein Schwede und ein Engländer, die sich an einem Kontrollpunkt verdächtig gemacht haben sollen, sind getötet worden.
Doch die Erfolge sind spürbar. EPRP-Tätigkeiten (von Wandkritzeleien bis zur Ermordung von „Kebele"-Mitgliedern) haben aufgehört. Ob es daran liegt, daß die Opposition empfindlich getroffen worden ist, oder ob sie sich neu formiert, vermag ich nicht zu beantworten.
An den Schulen haben regierungstreue Studenten jetzt die Oberhand. Mehr Studenten als zuvor besuchen jetzt den Unterricht und sind auch lernfreudig. Allerdings sorgen auch Komitees in den Schulen und Betrieben dafür, daß Regierungsgegner ausfindig gemacht werden. Über die Notwendigkeit und die Treffsicherheit der Komitees kann man bestimmt streiten; Tatsache ist, daß sie das Klima für einen freien Meinungs- und Gedankenaustausch nicht verbessern. Selbst Ausländern wird angeraten, in ihren Meinungsäußerungen vorsichtig und zurückhaltend zu sein.
Wie sich die innenpolitische Situation entwickelt, ist nicht abzusehen. Kehrt nach den Säuberungen Ruhe ein, oder sind sie Anstoß für alle Oppositionellen, sich neu zu formieren und um einen Gegenangriff zu starten? Eines ist sicher, das Land könnte Ruhe gut gebrauchen.
Aber auch außenpolitisch scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Der Eritrea-Konflikt geht weiter. Bürgerkrieg herrscht auch in Tigre, Begemder und Bale. Die Auseinandersetzung mit dem Sudan, auf dessen Territorium die ultrarechte EDU einen Propagandasender betreibt, nimmt zu. Somalische Truppen sind im Ogaden und Harrarje einmarschiert. Djibouti kann zum Zankapfel zwischen Äthiopien und Somalia werden, wenn es im Sommer unabhängig wird. –
Politisch findet eine starke Orientierung nach dem Osten statt. Ob nun die UdSSR die beiden sozialistischen Staaten Äthiopien und Somalia von einer kriegerischen Auseinandersetzung abhalten kann?
Vielleicht treffen die Worte eines Äthiopiers zu, der sagte: „Der Haß auf die Somalis ist in unseren Herzen. Wo das Herz spricht, hat der Verstand nichts zu sagen."
Auch nicht der sozialistische?

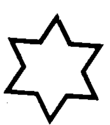
G.F.

(Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt)

Anmerkung zum Äthiopien – Leserbrief

Wir sind mit dem Autor einer Meinung, daß in der gegenwärtigen Situation Äthiopiens keine Zentralgewalt denkbar ist, die sich ohne Bürgerkriegsmaßnahmen halten könnte. Die Frage, welche Oppositionsgruppe eine bessere und menschlichere Politik ausüben könnte, läßt sich auch nicht allein aufgrund der politischen Programmatik beantworten. Schließlich muß jede Partei, die mit den Massen gegen eine Regierung angehen will, den Massen mehr Macht versprechen. Es ist das historische Verdienst der Militärs, dem äthiopischen Feudalismus den seit langem fälligen Todesstoß versetzt zu haben. Es bleibt aber auch festzuhalten, daß es die Militärs waren, die die Bildung demokratischer Parteien und einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung verhindert haben. Dies war in gewissem Umfang eine Notwendigkeit, um zu verhindern, daß die reaktionären Kräfte sich unter dem Mäntelchen demokratischen Aufbaus reorganisierten.
Festzustellen ist jedoch, daß fortschrittliche Forderungen der Massen in großem Umfang übergangen werden. Die berechtigten regionalen Autonomiebewegungen im zusammengeräuberten ehemaligen Kaiserreich wurden ebenso unterdrückt wie die Separatisten Eritreas. Völkermord als Mittel zur Rettung der staatlichen Einheit ist mit sozialistischer Politik unvereinbar.
Alle politische Arbeit der Militärs lief bislang anscheinend darauf aus, die Massen zu politisieren, ihnen aber jeden Einfluß auf die äthiopische Politik zu verweigern. Denken wurde gefördert, kritisches Denken mit dem Tode bestraft. Uns erscheinen die Forderungen der EPRP nach größerer Beteiligung der Massen an der Macht richtig; ihre revolutionäre Zweckmäßigkeit ist jedoch solange fragwürdig, wie auch reaktionäre (und sogar faschistische) Oppositionsgruppen über eine beträchtliche Massenbasis verfügen. Der Autor mag sich fragen, ob nach dem blutigen Regierungsterror der letzten Jahre der EPRP-Gegenterror nicht eine verständliche Reaktion darauf ist.

Red.



Zum Themenblock „Dritte Welt Handel"

Sehr geehrte Herren,
zu den beiden Artikeln „Aktionen: Dritte Welt Handel" in den Blättern des IZ3W Nr. 59, Februar 1977 nimmt die GEPA wie folgt Stellung.

- Der Artikel von W. Müller gibt nicht den neuesten Informations- und Diskussionsstand im Bereich GEPA und A3WH e.V. wieder. Warum hat man nicht den Gesamtvorstand der A3WH e.V. um einen Grundsatzbeitrag in den Blättern gebeten? Auch Bernhard Merk hat nach eigenen Angaben seit 1974 keinen direkten Kontakt zur Aktion gehabt.
- Die GEPA wurde Mitte 1975 gegründet und konnte erst dann beg innen, Partner und Projekte auszuwählen, Importe zu tätigen und die Informationsarbeit aufzubauen.
  Die A3WH e.V. und die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V. sind neben den beiden Kirchen Gesellschafter und bestimmen die Politik der GEPA voll mit.
  Erstes Anliegen der GEPA war, arbeitsfähige Instrumente zu schaffen, die Kriterien für Partner- und Produktauswahl zu erarbeiten und die dazugehörige Information zu erstellen.
  Der Beirat der GEPA hat am 7.9.1976 den Projektpartnerausschuß berufen, in dem Vertreter aller Gesellschafter sitzen. Mit der Verabschiedung der Projektauswahlkriterien ist in absehbarer Zeit zu rechnen.
- Zu den neuen Partnern der GEPA liegen bereits Informationen vor. Daß eine Verbesserung und Ausweitung dieser Informationen notwendig ist, ist allen Beteiligten klar. Aufgabe der GEPA wird dabei sein, Informationsmaterial zu erstellen und es allen, die mit diesem Aktionsmodell arbeiten wollen, zur Verfügung zu stellen. Die pädagogische Aufarbeitung dieses Infomaterials liegt entsprechend je ihrer eigenen Motivation und Zielsetzung bei der A3WH e.V., der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden e.V. sowie bei allen Gruppen, Verbänden, Kirchengemeinden und Schulen, die mit diesem Modell arbeiten, vor. Die GEPA wendet sich gegen jede Dogmatisierung.
- Von Anfang an hat die GEPA den Schwerpunkt von kunstgewerblichen Artikeln auf Konsumgüter verlagert. Der Bestand an Kunstgewerbe wurde dabei qualitativ verbessert.
- Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den Kirchen, möchten wir rückfragen, ob inzwischen Begriffe wie „Kirche" und „kirchlich" von vornherein negativ etikettiert werden müssen.
- Dem Modell A3WH die Unterstützung politischer Gefangener und die Unterstützung von Befreiungsbewegungen als Alternative gegenüberzustellen, wie Bernhard Merk das getan hat, halten wir für unsinnig, da es sich hier um verschiedene Ebenen handelt.
- Die GEPA würde es begrüßen, wenn Anregungen und Kritik sie in Zukunft auch direkt erreichten.

Mit freundlichen Grüßen
für den Beirat der GEPA
gez. Jan Hissel

Zur Kritik der GEPA:

- *Zur Behauptung, Wolfgang Müllers Artikel gebe nicht den neuesten Informations- und Diskussionsstand von A3WH und GEPA wieder: Warum schreibt Herr Hissel nichts dazu? GEPA und A3WH sind hier (zum zweiten Mal, die erste Aufforderung stand schon in meinem Artikel) aufgefordert, uns i n h a l t l i c h zu schreiben, was sie von den Darstellungen unserer Artikel halten!*
- \+ *Bereits in unserer Einleitung zu dem betreffenden Themenblock steht, warum wir Wolfgang Müller (und nicht den Gesamtvorstand der A2WH z.B.) gebeten haben, eine kritische Darstellung der A3WH zu schreiben: Wir wollten keinen unkritischen Vertreter der A3WH-Positionen schreiben lassen, sondern einen kritischen "Insider", der sich (bei allen Vorbehalten) noch mit dem Dritte-Welt-Handels-Konzept in den Hauptzügen identifiziert.*
- \+ *Daß Bernhard Merk seit 1974 keinen direkten Kontakt mehr zur A3WH gehabt hat, steht nicht im Artikel und ist auch nicht richtig: Noch im September 1976 diskutierte ich auf einer AGG-Tagung (Nürnberg) mit Vertretern der A3WH (z.B. H. Haas) und der Läden (z.B. Hamburg, Tübingen ...) Über Theorie und Praxis der A3WH.*
- *Auch wenn die GEPA erst Mitte 1975 gegründet wurde:*
- \+ *Die A3WH gibt es schon einige Jahre länger, sie kann sicher keine zu kurze Anlaufzeit o.ä. für ihre Projektauswahl und Bildungsarbeit geltend machen.*
- \+ *Zu den GEPA-Gesellschaftern (siehe S. 11 in „blätter des iz3w" Nr. 59): Dritte-Welt-Läden und A3WH haben k l e i n e r e Gesellschafteranteile als die beiden kirchlichen Organisationen und haben deshalb n i c h t die gleichen Stimmanteile bei der Projektauswahl.*
- *Ich verstehe nicht, wie mein Artikel mit „Dogmatisierung" in Verbindung gebracht werden kann. Oder was soll diese unterschwellige Unterstellung in der GEPA-kritik sonst heißen?*
- *Worin drückt sich denn der Konsumgüterschwerpunkt der GEPA aus?*
- *Begriffe wie „Kirche" und „Kirchlich" (und auch die Zusammenarbeit mit den Kirchen) werden von uns keinesfalls „von vornherein negativ etikettiert": Bezüglich GEPA und A3WH meinen wir allerdings, daß es richtig wäre, wenn die aktiven Gruppen und Läden autonome Entscheidungsgewalt über die unterstützten Projekte hätten. Hier handelt es sich ja doch wohl weniger um eine „Zusammenarbeit" mit als eher um eine Fremdbestimmung durch die kirchlichen Entwicklungshilfe-Organisationen.*
- *Warum die „Unterstützung politischer Gefangener" als Alternative zur A3WH unsinnig sein soll, bleibt unklar: selbst wenn sie auf einer anderen „Ebene" (welcher?) liegen sollte, i s t sie eine Alternative für Menschen, die noch nicht sehr lange über Dritte Welt-Fragen arbeiten, sich aber trotzdem an der praktischen Unterstützung für die unterdrückten Völker beteiligen wollen.*

bm

Betreff: A3WH Kritik / Feb'77

Ich stimme der Kritik an der Aktion 3 Welthandel im Großen und Ganzen zu. Nur ist für mich die Frage nach der Alternative, die eine möglicht große bewußtseinsverändernde Wirkung hat, noch nicht gelöst. In unseren Dritte Welt-Laden, in dem wir überwiegend Informationen vertreiben, kommen leider nur verhältnismäßig wenig Leute. So ist unsere Informationsverbreitende Wirkung gering. Entsprechend haben wir auch nur wenig Mitarbeiter. Diese können die erforderlichen Dinge, Unterhalt des Ladens, Werbung, Aktionen etc. kaum alle ausführen. Immerhin haben wir 22 1/2 Stunden in der Woche geöffnet.
Wegen der geringen Einnahmen sind wir auf Zuschüsse der evang. Jugend und der Aktion Selbstbesteuerung angewiesen.
Ich habe diese Probleme unseres Ladens nur kurz beschrieben, um zu zeigen, daß eine Alternative zur A3WH, die wir praktizieren, viele Schwierigkeiten mit sich bringt. Trotzdem bin ich der Meinung, daß der Weg, den wir gehen, richtig ist. Unsere Wirksamkeit ist zwar nicht überragend, aber die Impulse, die wir geben können, sind doch, so hoffe ich, in die richtige Richtung.

Kai Kreuzer

Liebe Freunde,
etwas spät komme ich dazu, auf das gute Heft mit dem Schwerpunktthema Aktionen: Dritte Welt-Handel zu antworten.
Es wird sicherlich einige Mitarbeiter aus 3.-Welt-Läden geben, die sich „unverstanden" fühlen.
Damit zu diesem wichtigen Thema – spez. zu „Bohne für Bohne von Indios für Sie geerntet" eine Stimme eines dazu leider berufenen „Fachmannes" dazukommt, wollen wir hier kurz aus einer Stellungnahme vom Präsidenten von Guatemala, General Kjell E. Langerud hinzufügen. Ihm kann man wohl wirklich nicht nachsagen, daß er ein großer Feind der „freien Marktwirtschaft" ist.
„Hier in Guatemala gibt es das Privateigentum ... Wo ist, meine Herren Abgeordneten, der „kommunistische" Charakter unserer Politik, wenn wir den Kleinbauern helfen und das Genossenschaftswesen unterstützen. Das Genossenschaftswesen, meine Herren, im Gegensatz zur Kollektivierung erhält voll das Prinzip des Privateigentums aufrecht, ebenso den Anreiz des Gewinns bei individueller Arbeit; was das Fundament des demokratischen Systems ist.
Das Genossenschaftswesen eignet sich nichts Fremdes an, es ist nicht nötig, Land oder Güter des Nächsten zu enteignen. Den Kleinbauern ermöglicht das Genossenschaftswesen, ihre Kräfte zusammenzutun, um mehr zu produzieren und einen größeren Ertrag zu erzielen. Und, für den Staat, das muß ich einmal deutlich sagen, ist das Genossenschaftswesen das Vehikel, mit dem neue Techniken und Hilfen an die Bauern weitergegeben werden können, die in individueller Form nicht gegeben werden könnten, weil das erhebliche Investitionen erforderlich machen würde. Wir können also klar sehen, daß die Bereiche klar getrennt bleiben und, daß weder Form noch Inhalt unserer demokratischen Institutionen in Guatemala verändert werden..."
(diese höchst beachtenswerten Präsidentenworte waren abgedruckt in der Zeitung „La Nacion", Guatemala-Ciudad, am 5.7.75).
Es ist wirklich nicht Schadenfreude, wenn es mich interessieren würde, was Mitarbeiter des A3WH dazu meinen, oder, ob das nicht Anzeichen dafür sind, daß FEDECOCAGUA sehr in das guatemaltekische System integriert ist.

Heinz Schulze

Zum Heft 59 möchte ich Euch mal wieder einen längeren Leserbrief schicken:
1) A3WH
Seit langer Zeit endlich mal wieder eine Auseinandersetzung mit konkreten Aktionsformen; eine Sache, die auch in Zukunft weitergeführt werden sollte. Dabei sollten aber nicht nur überregionale, sondern auch lokale Aktionen einbezogen werden (so wie es zum Beispiel im „New Internationalist" geschieht).
Den Artikel selbst,d.h. speziell die Kritik an der A3WH fand ich sehr gut. Besonders wichtig fand ich, daß durch die A3WH Projekte unterstützt werden, die ausdrücklich nicht auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung abzielen. Wollte man solche Projekte unterstützen, dann kann man eben nicht deren Produkte verkaufen, sondern muß sich andere Aktionsformen überlegen.
Der Weiterbestand von 3. Welt Läden hätte dann einen Sinn, wenn das Ziel des Produktenverkaufs im Handeln der beteiligten Leute nur einen sehr geringen Teil ausmacht. Der Laden könnte dann den Hintergrund für weitere Aktionen bilden, Aktionen zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen, zur Information und Agitation der Bevölkerung etc. Einzelne Projekte zu unterstützen hat nur dann Sinn, wenn diese Unterstützung keine permanente,sondern eine einmalige ist, mit Hilfe deren das Projekt selbständig weiterlaufen kann.
Auch wenn ein 3. Welt Laden für die anfangs mitarbeitenden Leute nur ein Durchgangsstadium ist in dem sie informiert und politisiert werden und sie dann hinterher in anderer Form weiterarbeiten, kann dem Laden ein gewisser Sinn nicht abgesprochen werden. Oder?

2) Grundsätzliches zum Aufbau längerer Artikel
G l i e d e r n, d.h. übersichtlich gestalten ja – auf jeden Fall. Aber nicht so wie in der A3WH Kritik, wo wenige Sätze jeweils einen eigenen Gliederungspunkt bilden. (Der darauffolgende Brasilien Artikel machte das sehr viel besser).
A n m e r k u n g e n werden z.T. schon so gestaltet, daß bei einem „a.a.O." auf die Ziffer verwiesen wird, wo der volle Text genannt ist. Dies solltet Ihr grundsätzlich so machen, sonst kann man sich manchmal totsuchen. Oder aber Ihr steigt auf die angelsächsische Zitierweise um, was ich besser fände. D.h. im Text den Autor und Seitenzahl nennen, bei mehreren Veröffentlichungen auch das Jahr, und hinterher eine alphabetisch geordnete Literaturliste (z.B. ... (Text) ... (Conraths 1976: 71) ...)
Die E i n l e i t u n g zu einem Artikel sollte mehr als das sein, eher ein „abstract", in dem der Inhalt und das Ergebnis in wenigen Sätzen dargestellt werden.

3) Rezensionen
sollten grundsätzlich Buchempfehlungen sein und auch so genannt werden. Weiterhin möchte ich natürlich Texte empfohlen haben, die nicht schon ein halbes Jahr auf dem Markt sind und die ich schon längst gelesen habe. Bemüht Euch, Bücher schon vor deren Veröffentlichung zum rezensieren zu bekommen. Und noch was: Rezensionen sollten nicht Lückenbüßer für inhaltliche Artikel sein, können auch ruhig kleiner gedruckt werden.

Michael Franke



Zum Tansania-Heft und zur politischen Sprache

Betr.: Themenblock Tansania in Nr. 60, März 1977

Daß Ihr Euch „zum zweiten Mal nach wenig mehr als einem Jahr" ausführlich mit Tansania beschäftigt, finde ich richtig; denn es gibt in der Dritten Welt nur wenige Länder, die politisch/entwicklungsstrategisch so interessant und – ja!, trotz allem – so 'fortschrittlich' sind. Eure Textauswahl aber und vor allem, wie Ihr sie rechtfertigt, finde ich schwach.

Mag sein, daß die deutschsprachig zugänglichen Veröffentlichungen über Tansania „ein einseitig positives Bild" zeichnen (1). Für das Gros der wissenschaftlichen Literatur, meist anglo-amerikanischen und tansanischen Ursprungs, trifft das schon lange nicht mehr zu. Im Gegenteil: Tansania, Ende der 60er Jahre noch das Dorado linker Schatzsucher, gleicht heute einer Deponie enttäuschter Hoffnungen. Das Land der Verheißung wurde für viele zum Gegenstand der Verachtung.
Mit Tansanias Entwicklung hat dieser Wandel der Positionen gar nicht so viel zu tun (schließlich steht das Land heute doch 'sozialistischer' da als vor acht, zehn Jahren, oder?), eher schon mit den Einstellungen und Erfahrungen der Autoren. Gerade unter denjenigen, die längere Zeit dort gelebt haben, um beim 'Aufbau des Sozialismus' mitzuhelfen, gibt es einige, die meiner Meinung nach dazu neigen, die Schwierigkeiten ihrer Arbeit in diesem Land als die Probleme des Landes selbst anzusehen und deren Mißerfolge somit als das Scheitern des tansanischen Modells' auszugeben.
Nicht, daß ich Leuten wie Raikes und Coulson die Urteilsfähigkeit absprechen wollte. Aber wer jahrelang sich ziemlich erfolglos mit Regionalplanung herumgeschlagen hat, kommt leicht dazu, die Dezentralisierungsstrategie insgesamt für Unfug zu halten (Raikes), und wer immer wieder erlebt, mit welchen Widerständen die Agrarpolitik zu kämpfen hat, betrachtet bald das ganze Ujamaa-Konzept als Farce (Coulson). Zu viel persönliche Konfrontation mit banaler Alltagspolitik kann den Blick auf die Gesamtentwicklung versperren, zu viel Insider-Kenntnis die Perspektiven verzerren.
Das soll nicht heißen, daß diese Autoren keine richtigen und wichtigen Informationen lieferten, auch nicht, daß ihre Kritik unwesentlich sei. Aber sie erscheint mir etwas kurzatmig und kurzsichtig. Kurzatmig, weil doch die Erwartung verwegen, wenn nicht naiv ist, die tansanische Wirklichkeit könne binnen weniger Jahre dem Anspruch von 'Arusha' und 'Mwongozo' gerecht werden; kurzsichtig, weil der Vergleich fehlt. Schaut man sich in Afrika um – nehmt Kenia, Uganda, Sambia, Elfenbeinküste, Ghana, Senegal etc. etc. –, so ist doch erklärungsbedürftig an Tansanzia vor allem, wie immerhin all dies möglich sein konnte: Nyerere, 'Arusha', 'Mwongozo', Ujamaa, eine solche Einkommensverteilung, Gesundheitspolitik, Außenpolitik, – und nicht in erster Linie, warum denn nicht mehr erreicht wurde.
Keine Sorge, ich will Tansania nicht weiß – (oder, sozusagen rot-)waschen, a la: Es ist doch allemal 'besser' als Kenia etc., also o.k. Nein, ohne Zweifel liegt vieles dort im argen, Dinge auch, von denen Eure Texte kaum berichten: die politischen Häftlinge in tansanischen Gefängnissen z.B. (2); die polizeistaatlichen Methoden, die bei der 'Verdörflichungskampagne', der 'Operation Maduka' oder bei der Zwangsverfrachtung von städtischen Arbeitslosen angewandt wurden („democracy", „participation"?); die Tatsache, daß heute mehr denn je Tansania von ausländischer Finanzierung abhängig ist, seit Jahren von UN und Weltbank ausgehalten wird („self-reliance", „socialism"?) ...
Worauf ich aber hinaus will: Ihr habt es Euch zu leicht gemacht. Ihr habt bundesdeutsches Fernsehen gespielt: Proporz, Ausgewogenheit des Programms. Erst (Nov. 75) Hundsdörfer und Nyerere – na, das war wohl dicke 'pro', einseitig!? Drum jetzt (März 77) gleich viermal Coulson + Raikes + Mbilinyi.
Nichts gegen diese Artikel als solche; die sind recht instruktiv. Aber ich finde schon, Ihr hättet sie ein bißchen kompetenter kommentieren, in einen 'Rahmen' stellen sollen. Ein paar Hinweise wenigstens auf den notorischen I. Shivji und die MajiMaji-Gruppe und deren (m.E. ziemlich unfruchbares) Konzept von der „petit-bourgeois bureaucracy", das ja auch diesen Artikeln zugrunde liegt; noch etwas mehr über die Autoren (3) als die ehrfurchtheischende Bemerkung, sie gehörten einer „inertansanischen Opposition" an und übten „solidarische Kritik"; wenigstens der Versuch einer Fortschreibung von Hundsdörfers Situationsbericht aus 1975 (Stichworte: Weltbank-Intervention, 3. Fünfjahresplan, Industrialisierungsstrategie für 20 Jahre, Regierungsumbildung, Parteifusion).
Euer Vorwort aber, das dies hätte leisten sollen, ist – verzeiht! – einfach lächerlich. Da wird nur laufend unterstellt: dem Nyerere „die besten Absichten"; allen, daß sie „immer wieder" annähmen, „auf Unabhängigkeit und Sozialismus" seien die „Interessen und Pläne" der „nationalen Bürokratie" gerichtet; dieser, daß sie eine „neue herrschende Klasse" (!) sei. Es erschiene Euch falsch, schreibt Ihr, „Tansania fraglos (!) als Vorbild für andere afrikanische Länder zu betrachten" – ja wem denn nicht?
Da wird vage vermutet und auf heiße Spuren gelockt, aber nicht informiert: Nyerere, auch er ein Gegner der Bürokratie („nicht ausgeschlossen"), soll nun („Gerüchte im Umlauf") „durch einen gefügigeren Politiker ersetzt werden". Nun, der Herr heißt Jumbe, kommt aus Sansibar und wird Präsident der Republik; Nyerere wid sich auf den Vorsitz der aus TANU und ASP gebildeten Partei CCM konzentrieren; das Kabinett wurde markant umbesetzt – all das geschah Anfang Februar und war z.T. schon Monate vorher bekannt (4). Hatte Euer Archiv Euch verlassen?
Ich verstehe das nicht. Ihr habt Euch so viel Mühe gemacht mit Übersetzung, Grafiken, Fotos, 'Kasten', habt alte Artikel ausgegraben (Coulson) und einen brandneuen aufgespürt (Mbilinyi) – da hätte es sich doch gelohnt, ein bißchen mehr Hintergrund zu liefern, etwas präziser und profunder zu informieren. So ein Vorwort für über 30 Seiten Text! Ihr hättet besser darauf verzichtet.
Außerdem, wie schon gesagt, die Auswahl der Artikel: Zuviel ins selbe Horn getutet, für meinen Geschmack. Wenn schon Kontrastprogramm und Ausgewogenheit, dann doch simultan und nicht über 17 Monate hinweg. Auch stehen die Texte von Heft 49 und 60 in keiner Beziehung zueinander, abgesehen von der, daß die einen die tansanische Entwicklung 'optimistisch', die anderen 'pessimistisch' deuten.
Wäre da eine direkte Gegenüberstellung kontroverser Meinungen nicht viel aufschlußreicher gewesen? So z.B. Green, der den Sozialismus in Tansania bereits verwirklicht sieht, kontra Boesen, der meint, Tansania habe die Möglichkeit, je sozialistisch zu werden, fast schon verspielt (5). Dazu vielleicht noch, als 'mittlere' Position, Clark (6) oder diverse Arbeiten von Saul, Cliffe, Bienefeld, Mapolu, J. Rweyemamu u.a. Gewiß, das könnte menühaft wirken, aber es hätte auch die Leser, die mit Tansania wenig vertraut sind, in die Lage

versetzt, Spektrum und Intensität der Tansania-Diskussion kennenzulernen, und diese zudem in den Zusammenhang einer allgemeinen entwicklungspolitischen Debatte gestellt.

Diese Chance, schade!, ist vertan. Und ein Leser, der nur die „Blätter" als Quelle hat, muß rätseln: „...versucht Tanzania unter der Führung der TANU..., aus eigener Kraft einen sozialistischen Entwicklungsweg zu gehen" (Nr. 59 oder „herrscht" dort „eine nationale Bürokratie..., deren Entscheidungen oft sogar neue Abhängigkeiten schaffen und die rückständige, koloniale Struktur vertiefen" (Nr. 60)?

Die Vermutung ist begründet, daß beides zutrifft, daß Tansanias politische Situation eben widersprüchlich ist. Aber das bloße Nebeneinanderstellen von gegensätzlichen Informationen ist noch keine Beschreibung, schon gar nicht Analyse, solcher Widersprüche.

Um „das Bild von Tansania in der BRD etwas gerader (zu) rücken", hättet Ihr, meine ich, also mehr tun müssen, als nur ein 'schiefes' Bild dem anderen nachzuschieben. Denn noch so viel (vermeintlich) reines Wasser der Kritik 1977 hineingeschüttet, macht den (angeblich) zu roten Wein Jahrgang 75 nur unbekömmlich, nicht klar. –

'Aufklären' aber, die Urteilsfähigkeit fördern, Bewußtseinsbildung vorantreiben – das ist doch Euer selbstgestellter Auftrag?! Darum, Ihr habt ja zur Kritik ermuntert, auch allgemein noch dies:

Was mir bei vieler Eurer Artikel (der über Jamaica im März-Heft ist dafür ein Beispiel, leider nicht untypisch) sehr unangenehm auffällt und, wichtiger, was ich politisch wirklich für bedenklich halte, ist die „Blätter"-Sprache.

Ich meine nicht Stil als ästhetische Kategorie, nicht exzessiven Fremdwörtergebrauch, komplizierte Satzkonstruktionen u. dgl. (wie schwer es ist, einfach, deutlich und zugleich 'schön' zu formulieren, zeigt ja auch dieser Brief zur Genüge!); Was ich meine, ist die Verwendung von Begriffen als Schlaginstrumenten.

Nehmt z.B. die Wortkombination „US-Imperialismus"! Ganz gleich, ob die Regierung in Washington gemeint ist oder ein Senator aus Minnesota, eine amerikanische Bank, Handelsfirma, die CIA – immer ist „der US-Imperialismus" am Werk. Die Formel, so häufig und wahllos gebraucht, enthält keine Information mehr. Ein mit politischem Bedacht und theoretischem Konzept entwickelter Begriff, nämlich Imperialismus, ist so zur Allerweltsvokabel verkommen und hilft nicht mehr begreifen.

Gleiches gilt für „Kapital", „Ausbeutung", „Neokolonialismus", „Faschismus" etc.: Wörter, so ausgelutscht, daß sie keine Kraft mehr haben. Leere Geschoßhülsen. Da wird nichts erklärt, nicht aufgeklärt, nur noch etikettiert und denunziert – man spürt, man soll dagegen sein.

Im Grunde ist das Verharmlosung. Imperialismus, Faschismus etc. sind schließlich lebensgefährlich. Wenn aber alles und jedes, was man für schlecht hält, so genannt wird, verliert man das Gefühl für die Gefahren oder wird zum Paranoiker.

Gewiß, ohne Kürzel kommt man nicht aus. Selbstverständlich kann man polemisch sein. Natürlich soll Sprache auch als politische Waffe benutzt werden. Aber die wird stumpf, wenn überstrapaziert, ziellos, wenn gegen zu vieles eingesetzt. Und Polemik als Dauerritual wird zur puren Litanei, zu viele Kürzel fördern den Kurzschluß.

Auf der 'Gegenseite' ganz Ähnliches: Auch hier schreckliche Vereinfachungen und überdramatische Diktion. Vor lauter Euphorie wird die Grenze zum (selbstbetrügerischen!) Euphemismus verwischt. Was man für gut hält, wird ständig gelobt und enthusiastisch gefeiert. Wörter wie „Volk", „Sieg" (natürlich „ein überwältigender"), „Unabhängigkeit" („die endgültige"), „Sozialismus" usw. – sind sie denn wirklich nur noch als triumphalistische Floskeln verwendbar? Als ob wir nicht wüßten, wofür wir uns einsetzen wollen! Als ob wir vergessen sollten, wie schwierig die Aufgabe ist!

Warum laßt Ihr solche Sprache zu? Warum diesen Bombast von Schlagwörtern, die nichts mehr ausdrücken, diese Flächenbombardements mit Begriffen, die niemanden mehr treffen? (7)

Wie schätzt Ihr eigentlich Euer Publikum ein? Glaubt Ihr wirklich, Eure Leser haben dieses ständige Einpeitschen und Aufputschen nötig? Fürchtet Ihr nicht um Eure Glaubwürdigkeit? Schreckt Euch das Beispiel „Neues Deutschland" & Konsorten nicht?

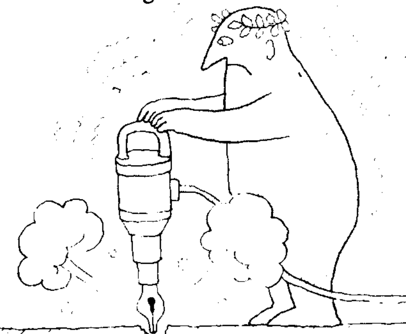
Ich jedenfalls empfinde dieses Fassadenvokabular, diese Haufen von Scheininformationen und trivialen Interpretationen, dieses tausendmal wiedergekäute und ausgekotzte Theorie-Surrogat, in dem nur zu viele Eurer Artikel schwelgten, als ablenkenden, gedankenzerstörenden Ballast. Die „Blätter", glaube ich, wären besser ohne sie.

Das heißt beileibe nicht: Hände weg von Theorie! Doch: Höchste Vorsicht vor theorieloser Verwendung theoretischer Termini! Gut recherchierte, klar formulierte Beschreibungen dessen, was passiert, sprächen für sich selbst. Eingehende Analyse ist eindringlich genug; sie bedarf der künstlichen Emphase und der verdinglichten Begriffe nicht.

Seid also bitte sparsamer mit den großen Worten, macht sie nicht zur billigen Münze! Holzhammer betäubt. Er vernichtet nicht, noch klärt er auf. –

Uff. Ich kann kaum hoffen, daß Ihr hinter all diesen (leider recht theatralisch geratenen) Anwürfen mein Motiv noch spüren könnt. Aber gerne nähme ich für mich in Anspruch, was Ihr Andrew Coulson zubilligt: „solidarische Kritik" geliefert zu haben ...

Walter Satzinger
Edinburgh, 3.5.1977



Anmerkungen:

1) An wen denkt Ihr da? Küper, Hundsdörfer, Kürschner, Meueler? Das Ostafrika-Reisehandbuch? Grohs, Tetzlaff? So richtige (und dabei halbwegs wichtige) 'Jubel-Literatur' zu Tansania fällt mir gar nicht ein. Euch?
2) Vgl. SZ v. 29.1.1977, S. 119; vgl. RAPE (Review of African Political Economy), No. 6 (1976), Artikel H. Chase, pp.15-33
3) Andrew Coulson, übrigens, ist seit vergangenem Jahr an der Uni in Bradford/England. – Kürzlich war er hier in Edinburgh, am Centre of African Studies. Er machte auf mich einen psychisch wie intellektuell ausgelaugten Eindruck. Er ist ein Tansania-Geschädigter par excellence; versteht nicht, warum dort nicht alles so war und wurde, wie er sich's erhofft hatte. Jetzt durchstöbert er „Das Kapital" auf der Suche nach theoretischer Erklärung für diese Enttäuschung.
4) Vl. z.B. SZ v. 27.12.1976
5) Reg H. Green: Toward Socialism and Self-Reliance. Scandinavian Institute of African Studies, Research Report No. 38, 1977; Jannik Boesen: Tanzania – From Ujamaa to Villagization. Institute for Development Research (IDR) Paper A. 76.7, Kopenhagen 1976
6) Edmund Clark: Socialist Development in an Underdeveloped Country – The Case of Tanzania. In: World Development, Vol. 3, No. 4, London 1975, pp. 223-228
7) Zitate als Belege dafür gäb's wirklich in jeder Nummer zuhauf. Lest, bitte, den ersten Satz im Schlußabschnitt des besagten Jamaica-Artikels, dann wißt Ihr, was ich meine.

Redaktionelle Bemerkungen zum Leserbrief von W. Satzinger:

Es lag nicht in unserer Absicht, einen repräsentativen Überblick über die wissenschaftliche Tansania-Diskussion zu geben. Vielmehr ging es uns darum, die westdeutschen Aktionsgruppen zu einer realistischeren Einschätzung Tansanias zu veranlassen, ohne gleich eine neue umfassende Ein-Schätzung zu produzieren. Wir wollten der Gefahr, daß „die Ujamaa-Dörfer zur blauen Blume romantischer Aktionen" werden (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt), durch einen – zugegeben recht starken – Dämpfer entgegenwirken.
Wir sind nicht die Tansania-Insider, für die Walter Satzinger uns hält. Unsere Kenntnis der angelsächsischen Tansania-Diskussion geht nicht so weit, daß wir uns zutrauen, die jüngsten Veränderungen in Tansania abschließend zu beurteilen, geschweige denn, überhaupt alle sich anbahnenden Veränderungen aufzuspüren. Bezüglich des neuen Präsidenten Aboud Jumbe hatte uns nicht unser Archiv verlassen (auf Seite 8 in Nr. 60 haben wir eine einschlägige Zeitungsmeldung aus unserem Archiv abgedruckt), sondern unsere vorsichtige Formulierung in der Vorbemerkung zum Themenblock bezog sich auf die Einschätzung Jumbes als „gefügigerer Politiker". Wir halten die Bedeutung und die Auswirkungen der Ablösung in der Staatsführung, insbesondere was das Verhältnis Sansibars zum Gesamtstaat Tansania angeht, noch immer für sehr schwer einschätzbar.
Als wir das Heft 49 herstellten, sahen wir die Entwicklung in Tansania noch zu optimistisch; wir haben dazugelernt, was unsere Leser uns gestatten sollten. Der große Frust ist deshalb bei uns noch nicht ausgebrochen. Wenn Andrew Coulson heute darunter leidet, spricht das eher für als gegen seine kritische Analyse der tansanischen Realtität. Ent-Täuschung theoretisch zu hoch gespannter Erwartungen halten wir für etwas Positives. Wozu wir anregen wollten, ist eine stärkere Auseinandersetzung mit der banalen Alltagspolitik in Tansania.
Eine sich anbahnende kritische Auseinandersetzung der westdeutschen Aktionsgruppen mit dem tansanischen „realen Sozialismus" kann allerdings von einer verstärkten wissenschaftlichen Diskussion nur gefördert werden. Einem Beitrag des Leserbrief-Schreibers sehen wir gern entgegen, insbesondere, wenn er die umfassende Analyse der widersprüchlichen tansanischen Wirklichkeit tatsächlich leistet, die er von uns offenbar erwartet hat.
Den Grundgedanken, von der Walter Satzingers Kritik an unserer Sprache ausgeht, halten wir für richtig: kritische Sprache darf nicht zur emotionalen Wortfassade ohne konkreten Inhalt verkommen. Wir geben jedoch zu bedenken: Die „blätter" werden nicht von neutralen Wissenschaftlern gemacht, die nur „Beschreibungen dessen, was passiert", liefern wollen, und wenn die noch so gut recherchiert und noch so klar formuliert wären. Vielmehr geht es uns darum, gegenüber der Realität in der Dritten Welt einen eindeutigen, auf Veränderung bestehenden Standpunkt zu beziehen, zu dem natürlich auch die emotionalen Komponenten der Kritik oder der Solidarität gehören. Das mag immerhin verständlich machen, warum die Sprache der „blätter" gelegentlich „überdramatisch" wird. Wir glauben übrigens nicht, daß das „in jeder Nummer zuhauf" geschieht, da wir uns der Gefahr durchaus bewußt sind und ihr durch Textüberarbeitungen entgegenzuwirken versuchen. Uns würden Stellungnahmen anderer Leser zu diesem Punkt interessieren.
Entschieden wehren wir uns aber dagegen, daß „Kapital", „Ausbeutung", „Kolonialismus", „Faschismus", „Imperialismus" leere Worthülsen sein sollen, wenn sie nicht stets mit ihrer theoretischen Definition versehen werden. Mit wieviel „politischem Bedacht und theoretischem Konzept" diese Begriffe auch entwickelt sein mögen, sie bezeichnen eine elende Wirklichkeit und müssen daher auch in der Praxis angewendet werden. Diejenigen, die von dieser elenden Wirklichkeit profitieren, möchten aus durchsichtigem Interesse die Begriffe, die sie bezeichnen, außerhalb von universitären Seminarräumen tabuisieren. Zu ihnen gehören wir nicht.

Es kommt allerdings darauf an, ob aus dem Zusammenhang, in dem solche Begriffe benutzt werden, auch deutlich und konkret hervorgeht, welche Wirklichkeit sie meinen. Das muß aber nicht unbedingt durch theoretische Definitionen geleistet werden. Es kann auch die genaue Wiedergabe der Fakten sein, die dann unter dem Begriff „Imperialismus" oder „Kolonialismus" oder „Ausbeutung" zusammengefaßt werden. Der von Walter Satzinger kritisierte Jamaica-Artikel scheint uns so reich an Daten und Anschauungsmaterial, daß aus seinem Zusammenhang eindeutig hervorgeht, was US-Imperialismus ist, so „überdramatisch" die Begrifflichkeit gegen Ende auch erscheinen mag. Eine Stellung zum Faktum der Abhängigkeit Jamaicas (sicher nicht von einem Senator aus Minnesota, einer US-Bank, dem CIA, einer einzelnen Handelsfirma oder der Regierung in Washington allein – von wem also dann?) bezieht Walter Satzinger in seinem Brief leider nicht. Die würde uns sehr interessieren. Die Begrifflichkeit beispielsweise des Jamaica-Artikels ist eben keine leere Fassade, sondern eine sprachliche Äußerlichkeit, hinter der Realität steckt, die der Text des Artikels insgesamt recht konkret und anschaulich erfaßt. Darauf kommt es uns an.

das erste 3.WELT MAGAZIN in der BRD

Ihr background zu Fragen der internationalen Entwicklung

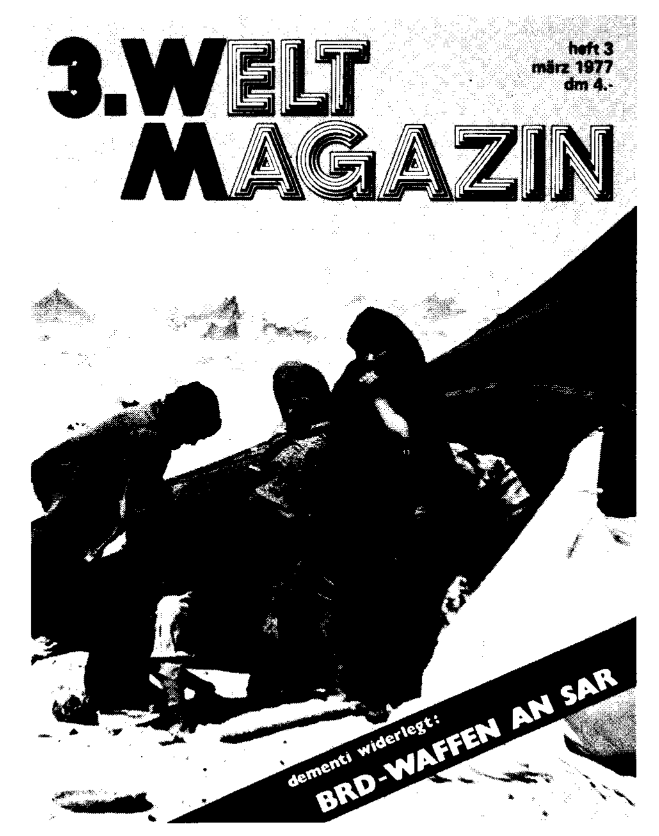
Wir versuchen nicht nur im Konflikt zwischen Industriestaaten und sogenannten Entwicklungsländern, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten Stellung zu beziehen, sondern die Abläufe imperialistischer Unterdrückung dokumentarisch nachzuweisen.

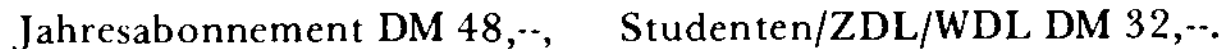
So werden im Heft Nr. 3/4 die ANC (African National Congress of South Africa) Dokumente zusammengefaßt und analytisch verarbeitet, auf denen alle Presseberichte über die nucleare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika beruhen.

Das Magazin erscheint jeden Monat. Authentischer Background und aktuelle Informationen werden übersichtlich vermittelt. Dazu gehören Photoreportagen, Berichte von internationalen Konferenzen, Filmbesprechungen und vieles mehr. Für ein weitergehendes Informationsbedürfnis haben wir den Informations-Block entwickelt: Wichtige Themen werden auf 20-30 Seiten breiter behandelt und dokumentiert (auch einzeln erhältlich). Also die Möglichkeit, einen kurzen Überblick zu Fragen der internationalen Entwicklung zu finden, ebenso wie Grundlagen für eine tiefergreifende Auseinandersetzung.

Sonderdrucke:

- DEMOKRATISCHE ARABISCHE REPUBLIK SAHARA
  Befreiungskampf und internationale Einflüsse
  32 Seiten Dokumentation; DM 3,00
- GHASSAN KANAFANI
  Palästinensische Kultur und nationale Befreiung
  32 Seiten Kulturbeilage; DM 3,00
- NUKLEARE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESREPUBLIK UND SÜDAFRIKA
  Dokumentation des African National Congress of South Africa 20 Seiten; (vergriffen)
- ISRAEL-SÜDAFRIKA: KOOPERATION IMPERIALISTISCHER VORPOSTEN
  32 Seiten; DM 3,00
- LIBANON-KRIEG: POLITISCHE UND SOZIALE HINTERGRÜNDE
  32 Seiten; DM 3,00
- INDONESIEN
  Subimperialistisches Zentrum auf Zeit?
  24 Seiten; DM 2,00
- TUNESIEN-DOKUMENTATION
  Verfolgung und Widerstand der Sozialisten
  44 Seiten; DM 3,00
- OMAN: REVOLUTION UND KONTERREVOLUTION
  32 Seiten; DM 3,00




Jahresabonnement DM 48,--, Studenten/ZDL/WDL DM 32,--.



verlag • verleih • agentur

PROGRESS DRITTE WELT VERLAG – BUSCHSTRASSE 20, 5300 BONN-1, POSTFACH 1528, TEL 21 34 64

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Solidaritätskomitee für Afrika Asien und Lateinamerika SKAAL

Das SKAAL unterstützt den Kampf der Völker des Trikontinents gegen Ausbeutung und Unterdrückung.
Das SKAAL leistet materielle Hilfe für diejenigen, welche die Ursache der Armut und des Elends beseitigen.

Das SKAAL informiert über das Geschehen im Trikontinent.

'Solidarität' ist das Organ des SKAAL und informiert über:

Die Geschichte und Probleme der unterdrückten Völker. Die Befreiungskämpfe im Trikontinent. Den Aufbau der unabhängigen Staaten. Die Politik der Schweiz im Trikontinent. Die Arbeit des SKAAL. Die theoretische Diskussion der kolonialen Revolution. Die Hintergründe der Unterentwicklung. Stellungsnahmen der Befreiungsbewegungen, Parteien, Gewerkschaften und nationaler- und internationaler Organisationen des Trikontinents.

Ausschneiden und einsenden an: SKAAL, Postfach 589, CH-4001 BASEL

☐ Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten

Ich abonniere die **Solidarität**
☐ Jahresabonnement (10 Nummern: Fr.15.––)
☐ Unterstützungsabonnement (ab Fr.20.––)

☐ Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr.25.––) und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name

Strasse | Nummer

PLZ | Ort | Datum

EINE VOLKSNAHE MEDIZIN

Der Aufbau des Gesundheitswesens in Eritrea
Komitee Äthiopien-Eritrea
Postfach 299
CH 8035 Zürich Preis: DM/SFr. 2,-

Ein Bericht der EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) über den Aufbau des Gesundheitswesens. Die 16seitige Broschüre gibt einen Abriß der Geschichte des eritreischen Befreiungskampfes und schildert Organisation und Schwierigkeiten des Gesundheitsdienstes für die Bevölkerung der befreiten eritreischen Gebiete.

Geschenkabonnement

Bitte aus-füllen und abschicken! Danke!

Ich bestelle für

....
Name des Beschenkten

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

....
Name des Schenkers

....
Postleitzahl und Ort

....
Straße und Hausnummer

blätter des iz3w

Abonnierzettel
Ich abonniere die „blätter des iz3w"
☐ rückwirkend von Anfang dieses Jahres
☐ ab der letzten erschienenen Nummer
☐ ab Nr. ....

zum Normalpreis von DM 28,– / öS 200.00 / SFr 28,80 pro Jahrgang (8 Hefte)

☐ Ich bin ....
und abonniere zum ermäßigten Preis für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Soldaten, Rentner usw. vor DM 20,– / öS 140,– / SFr 20,40 pro Jahr

Ich bitte um **Nachlieferung** – soweit lieferbar – des Jahrgangs

☐ 1973 (Nr. 21/22 – 30 DM 18,00)
☐ 1974 (Nr. 31 – 40 DM 18,00)
☐ 1975 (Nr. 41/42 – 50 DM 25,00)
☐ 1976 (Nr. 51 – 58 DM 28,00)

Absender